

**Bericht über die örtliche Prüfung
des Jahresabschlusses 2021
der Stadt Ostfildern**

Rechnungsprüfungsamt

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeine Grundlagen	4
1.	Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)	4
2.	Jahresabschluss.....	6
3.	Prüfungswesen	7
4.	Überörtliche Prüfung	11
5.	Rechnungsprüfung in Ostfildern	13
II.	Grundsätzliche Feststellungen	16
1.	Vorjahresabschluss 2020	16
2.	Abwicklungen aus den Vorjahren	17
3.	Aufstellung und Vorlage des Jahresabschlusses 2021	19
4.	Komponenten des Jahresabschlusses.....	21
5.	Kennzahlen zum Jahresabschluss	22
6.	Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit.....	25
7.	Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht	31
III.	Prüfung der Haushaltswirtschaft.....	33
1.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	33
2.	Abweichungen in der Haushaltswirtschaft	35
3.	Berichtspflicht – Stand des Haushaltsvollzugs.....	39
4.	Übertragung von Haushaltsansätzen (Ermächtigungsübertragungen)	42
5.	Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft	45
6.	Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre	48
IV.	Prüfung des Jahresabschlusses	49
1.	Die Grundlagen: Buchführung, Summen- und Salden-Liste	49
2.	Die Bilanz	51
3.	Einzelne Aktivposten der Bilanz.....	55
4.	Einzelne Passivposten der Bilanz	68
5.	Erträge der Ergebnisrechnung	74
6.	Aufwendungen der Ergebnisrechnung	80
7.	Ordentliches Ergebnis.....	87
8.	Sonderergebnis.....	88
9.	Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	89
10.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	90
11.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	91
12.	Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	93

V.	Prüfung der Kassen	95
1.	Grundlagen der Kassenprüfung	95
2.	Kassenprüfung	96
3.	Anmerkungen zu den Prüfungen bei den Zahlstellen und Handvorschüssen	103
4.	Prüfung von Sonderkassen	104
VI.	Weitere Prüfungen.....	114
1.	Prüfung des Gesamtabchlusses / Erweiterten Beteiligungsberichts	114
2.	Prüfung der Jahresabschlüsse von den Eigenbetrieben sowie des Jahresabschlusses des Gymnasialen Schulverbandes Ostfilder	115
3.	Prüfung des Sonder- und Treuhandvermögens.....	116
4.	Prüfung der Betätigung der Gemeinde.....	117
5.	Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung.....	121
6.	Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Vereins SOFiA.....	126
7.	Prüfung des Verwendungsnachweises 2021 „Partnerschaft für Demokratie“	137
8.	Zuwendungsprüfungen.....	147
9.	Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit und nachhaltige Beschaffung	148
10.	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	149
VII.	Einzelne Prüfungsfeststellungen – Allgemeine Verwaltung –	153
1.	Prüfung des internen Kontrollsystems (IKS)	153
2.	Personalprüfung	155
3.	Anfragen und Beratungen	168
VIII.	Einzelne Prüfungsfeststellungen – Baubereich, technische Prüfung –.....	173
1.	Grundlagen	173
2.	Beratungen	174
3.	Vergaberecht	174
4.	Wasenäckerschule - Trockenbauarbeiten	175
IX.	Bestätigungsvermerk	179

Anlagen

I. Allgemeine Grundlagen

1. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)

Die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen sind vom Landtag am 22. April 2009 im Rahmen des Gesetzes zur **Reform des Gemeindehaushaltsrechts** beschlossen und insbesondere in den Jahren 2013 und 2015 angepasst worden. 1

Mit Artikel 5 des Gesetzes zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften hat der Landtag von Baden-Württemberg am 11. April 2013 die Verlängerung der Umstellungsfrist für die Kommunen auf das NKHR beschlossen. **Spätestens** ab dem **Haushaltsjahr 2020** sind die Bestimmungen für die Haushaltswirtschaft anzuwenden. 2

Weitere **inhaltliche Änderungen** ergaben sich aus der **Evaluation** gespeist durch die ersten Erfahrungen der Doppik-Kommunen in Baden-Württemberg. Diese hat zu Änderungen sowohl auf der **Gesetzesebene** als auch bei den **untergesetzlichen Regelungen** geführt.

In den Jahren 2015 und 2016 wurden die **Gemeindeordnung**, die **Gemeindehaushaltsverordnung**, die **Gemeinekassenverordnung** sowie die **Verwaltungsvorschrift Produkt- und Kontenrahmen** angepasst. Eine Überarbeitung der **Gemeindeprüfungsordnung** folgte im Frühjahr 2018. 3

Letztlich wurde noch das **Eigenbetriebsrecht** im Jahr 2020 **novelliert**. Dieses besteht aus dem Eigenbetriebsgesetz und – da die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe auf der Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs oder auf der Grundlage der für die Gemeinden geltenden Vorschriften für die Kommunale Doppik erfolgen können – aus der Eigenbetriebsverordnung-HGB sowie der Eigenbetriebsverordnung-Doppik. 4

Die Frist für die Verpflichtung zur erstmaligen Erstellung eines kommunalen **Gesamtabschlusses** wurde mittlerweile vom Jahr 2022 auf das Jahr 2025 verschoben. Der erste Gesamtabschluss ist nun **spätestens** für das Jahr **2025** aufzustellen. 5

Der Gemeinderat der Stadt Ostfildern hat am 28.06.2006 festgelegt, das neue kommunale doppelte Haushaltsrecht bei der **Stadt Ostfildern** zum **01.01.2010** einzuführen. Die **Eröffnungsbilanz** wurde **erstellt** und dem Gemeinderat am 27.07.2011 **zur Kenntnis** vorgelegt. Nach örtlicher **Prüfung** durch das Rechnungsprüfungsamt und überörtlicher Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt hat der Gemeinderat am 26.09.2012 die Eröffnungsbilanz und den ersten Jahresabschluss 2010 **festgestellt**. 6

Die gemeindehaushaltsrechtlichen Regelungen zum Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR), der Kommunalen Doppik, zielen darauf ab, ein **generationengerechtes Rechnungswesen** zu ermöglichen. 7

Die **Kommunale Doppik** stellt im Gegensatz zur Kameralistik, einer zahlungsorientierten Darstellungsform, in der im Wesentlichen nur Geldflüsse betrachtet werden, auf die Veranschlagung und Buchung des **Ressourcenverbrauchs** (Aufwand und Ertrag) sowie der **Zahlungsvorgänge** (Auszahlungen und Einzahlungen) in einem doppelischen Rechnungswesen ab. So berücksichtigt die Kommunale Doppik beispielsweise auch Abschreibungen, die zwar Aufwand darstellen, aber nicht unmittelbar zu Auszahlungen führen. Ziel ist dabei, verbrauchte Ressourcen zumindest mittelfristig periodengerecht auszugleichen. 8

Mit der Kommunalen Doppik erhalten die Kommunen **betriebswirtschaftliche Instrumente**, die die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für **Kommunalpolitiker** und **Verwaltungen** verbessern und zugleich die Transparenz des Haushaltsgeschehens auch für die **Bürger** erhöhen. Möglich werden eine **ergebnisorientierte und nachhaltige Steuerung** der kommunalen Leistungen und ihrer Finanzierung sowie eine **Stärkung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns** in den Kommunalverwaltungen.

9

Den Grundstein hierfür hat die **Innenministerkonferenz** am 21.11.2003 gelegt, indem sie Regelungsentwürfen für eine Reform des kommunalen Haushaltsrechts im Interesse einer intergenerativen Gerechtigkeit zugestimmt hat. Diese Regelungsvorschläge lassen für **länderspezifische Gegebenheiten** und **konzeptionelle Unterschiede** Raum, gewährleisten aber gleichzeitig **bundesweit die Einheitlichkeit der Grundzüge des NKHR**.

10

Das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen basiert auf einer **Drei-Komponenten-Rechnung** mit

11

- **Ergebnishaushalt/-rechnung** zur Darstellung des **Ressourcenverbrauchs**,
- **Finanzhaushalt/-rechnung** zur Darstellung der **Zahlungsströme** sowie
- **Bilanz** (bis 14.01.2016 als **Vermögensrechnung** bezeichnet) zur Darstellung von **Vermögen und Schulden**.



12

Während die **Haushalte** die künftigen **Planwerte** darstellen, zeigen die **Rechnungen** die in der Vergangenheit erzielten **Ist-Ergebnisse**.

13

Durch diese drei Rechenwerke wurde das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen grundlegend neugestaltet, um die Einführung des **Ressourcenverbrauchskonzepts** und der **neuen Haushaltssteuerung** zu ermöglichen.

14

2. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss umfasst sämtliche wirtschaftlichen Vorgänge des Haushaltsjahres . Er legt somit Rechenschaft darüber ab, was in einem Haushaltsjahr = Kalenderjahr „passiert ist“.	15
Zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ist ein Jahresabschluss aufzustellen. Dieser ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) zu erstellen und muss sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten (Vermögensrechnung bzw. Bilanz), Erträge, Aufwendungen (Ergebnisrechnung) sowie Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzrechnung) enthalten. Es ist die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darzustellen (§ 95 GemO).	16
Der Jahresabschluss ist bis zum 30. Juni des Folgejahres aufzustellen und vom Bürgermeister unter Angabe des Datums zu unterzeichnen (§ 95 b Abs. 1 GemO).	17
Die Bestandteile des Jahresabschlusses (§ 95 GemO) sind	18
• Ergebnisrechnung, • Finanzrechnung und • Bilanz.	
Der Jahresabschluss ist um einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern . Zum Anhang gehören auch Anlagen wie Vermögensübersicht, Schuldenübersicht oder die Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen.	19
Auf eine Kontinuität sowohl in der Form der Darstellung (insbesondere der Gliederung) als auch in den Ansatz- und Bewertungsmethoden ist zu achten.	20
Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss nach Aufstellung innerhalb von vier Monaten zu prüfen (§ 110 GemO).	21
Es legt dem Oberbürgermeister einen Bericht über das Prüfungsergebnis vor. Dieser veranlasst die Aufklärung von Beanstandungen .	22
Das Rechnungsprüfungsamt fasst seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammen, der dem Gemeinderat vorzulegen ist.	23
Erst danach kann der Gemeinderat den Jahresabschluss feststellen . Dies hat innerhalb eines Jahres nach Ende des Haushaltsjahres zu erfolgen (§ 95 b Abs. 1 GemO).	24
Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist der Rechtsaufsichtsbehörde sowie der überörtlichen Prüfungsbehörde unverzüglich mitzuteilen und ortsüblich bekannt zu geben. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen ; in der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen (§ 95 b Abs. 2 GemO).	25

3. Prüfungswesen

Die Anforderungen an das Prüfungswesen ergeben sich aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (**Gemeindeordnung** – GemO) ergänzt um die Verordnung des Innenministeriums über das kommunale Prüfungswesen (**Gemeindeprüfungsordnung** – GemPro). 26

a) Prüfungsaufgaben

Das Rechnungsprüfungsamt ist in der Gemeindeordnung verankert. Zu seinen **gesetzlichen Aufgaben** gehört die Prüfung 27

- des Jahresabschlusses, § 110 GemO,
- des Gesamtabchlusses, § 110 GemO,
- der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, § 111 Abs. 1 GemO,
- der Jahresabschlüsse der Sonder- und Treuhandvermögen, § 111 Abs. 2 GemO,
- der Kassenvorgänge und die Kassenüberwachung, § 112 Abs. 1 GemO.

Dem Rechnungsprüfungsamt sind gemäß § 112 Abs. 2 GemO durch **Beschluss des Gemeinderats** vom 31. Mai 1989 zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben die in § 112 der GemO aufgeführten **weiteren Aufgaben** übertragen worden: 28

- die Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung
- die Prüfung der Vergaben
- die Prüfung der Wirtschaftsführung der kommunalen Unternehmen
(nach § 102 GemO als „wirtschaftliche Unternehmen“ bezeichnet)
(Mögliche Rechtsformen: organisatorisch selbstständiger öffentlich-rechtlicher Eigenbetrieb (ohne eigene Rechtsfähigkeit), selbstständige Kommunalanstalt in Form einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts oder eine privatrechtliche Unternehmensform wie beispielsweise "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" (GmbH))
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge bei den Eigenbetrieben
- die Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafter oder Aktionär in Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- die Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen, die sich die Stadt bei einer Beteiligung, bei der Hingabe eines Darlehens oder sonst vorbehalten hat.

b) Prüfungsinhalt

Der **Prüfungsgegenstand** ist der Jahresabschluss mit all seinen Komponenten und Erweiterungen (vgl. § 95 Abs. 2 und 3 GemO, §§ 47 - 55 GemHVO). 29

Die Prüfungsinhalte ergeben sich im Wesentlichen aus § 110 der Gemeindeordnung sowie den ergänzenden Ausführungen in der Gemeindeprüfungsordnung. Der Jahresabschluss ist vom Rechnungsprüfungsamt dahingehend zu prüfen, ob	30
• bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist, • die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind, • der Haushaltsplan eingehalten worden ist und • das Vermögen sowie die Schulden und Rückstellungen richtig nachgewiesen worden sind.	
Die wesentlichen Prüfungsgrundsätze stehen in § 1 der Gemeindeprüfungsordnung. So dient die Prüfung der öffentlichen Finanz- und Rechtmäßigkeitskontrolle .	31
Sie wirkt darauf hin, dass die geprüfte Verwaltung ihre Aufgaben ordnungsgemäß, d. h. rechtmäßig, sparsam und wirtschaftlich (§ 77 Abs. 2 GemO) erledigt. Aber auch die Nachhaltigkeit der Gemeinde („dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist“, § 77 Abs. 1 GemO) steht im Fokus der Betrachtung. Die Prüfung soll zudem risikoorientiert und zukunftsgerichtet sein.	32
Sie kann im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung Hinweise insbesondere zur Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns und zur Erledigung von Prüfungsfeststellungen geben und Effizienzpotenziale aufzeigen .	33
Die sachliche, rechnerische und förmliche Prüfung hat dabei entsprechend dem Prüfungszweck angemessen zu sein. Daher kann eine Prüfung nicht lückenlos, sondern nur in Stichproben und unter Bildung von Schwerpunkten erfolgen (§ 3 GemPrO).	34
Die bereits erwähnten Aufgaben zur Prüfung des Jahresabschlusses (vgl. § 110 GemO) werden in § 11 der Gemeindeprüfungsordnung noch weiter verfeinert. Hier werden die Umfänge der Prüfung weiter konkretisiert . Dabei werden zahlreiche Gesichtspunkte in weiteren 20 Gliederungsnummern aufgelistet.	35
Es obliegt dem Prüfenden durch eine geeignete Prüfungsplanung , u. a. mittels Festlegung der Prüfungsfelder, -ziele und -handlungen den entsprechenden Nachweis führen zu können, so dass die geforderten Aussagen festgestellt werden können.	36
Im Rahmen der Prüfung werden dabei Themenblöcke gebildet, um einzelne Aussagen zu den Kassengeschäften, der Haushaltsführung, der Buchführung sowie den weiteren Elementen des Jahresabschlusses wie bspw. Bilanz thematisch miteinander zu behandeln.	37
Neben der Prüfung, ob die gesetzlichen Vorschriften, ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen eingehalten worden sind, ist zu prüfen, ob die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) unter Berücksichtigung der besonderen gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Insbesondere ist auch zu prüfen, ob der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Ostfildern darstellt.	38

c) Prüfungsumfang

Die **Aufwendungen** und **Erträge** sowie **Aus- und Einzahlungen** wurden **stichprobenweise** 39 anhand der Gesamtergebnisrechnung, der Teilergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie der Belege **geprüft**. Die **Rechnungsabläufe** hinsichtlich der Rechnungslegung wurden auf Vollständigkeit und periodenbezogene Abgrenzungen **in Stichproben geprüft**.

d) Prüfungsbemerkungen und Empfehlungen

Der Prüfungsbericht wurde neben den Randzahlen, die eine bessere Orientierung ermöglichen 40 sollen, mit folgenden Randmarkierungen versehen:



Dieser Fingerzeig weist auf eine **Bemerkung** hin, die ein konkretes Tun oder 41 Unterlassen erfordert und/oder zukünftiges Handeln verlangt.



Diese Pinnnadel gibt eine **Empfehlung/Anregung** zur Optimierung, welche 42 das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen seiner prüfungsbegleitenden Beratung ausspricht.

e) Prüfungsergebnis

Das Ergebnis der Prüfung hat das Rechnungsprüfungsamt in einem **Bestätigungsvermerk** 43 zusammenzufassen. Der Bestätigungsvermerk hat Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung zu beschreiben und dabei die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und Prüfungsgrundsätze anzugeben. Der Bestätigungsvermerk ist ein zusammengefasstes **Gesamturteil** über das Ergebnis der Prüfung. Das Gesamturteil ist nicht allein die Summe der Einzelurteile über die Prüfungsgegenstände, sondern erfordert eine Gewichtung der Einzelergebnisse, aus denen ein abschließendes Gesamturteil abgeleitet wird. Der Bestätigungsvermerk ist ein Positivurteil.

Ergeben sich aus der Prüfung keine Einwendungen, so ist der **Bestätigungsvermerk uneingeschränkt** 44 zu erteilen. In einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ist zu erklären, dass die durchgeführte Prüfung zu keinen Beanstandungen geführt hat, der Jahresabschluss auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften, Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt. Dieser Bestätigungsvermerk kann um Hinweise ergänzt werden, die ihn nicht einschränken.

Sofern sich insgesamt ein positives Gesamturteil des Prüfers ergibt, auf Teilgebieten jedoch 45 Einwendungen bestehen, so ist der **Bestätigungsvermerk** dahingehend **einzuschränken**.

Ist kein positives Gesamturteil möglich, ist mit der Berichterstattung über das Ergebnis der 46 Prüfung ein **Versagungsvermerk** zu erteilen. Dann liegen **wesentlichen Beanstandungen** gegen den Jahresabschluss vor, welche sich auf den Jahresabschluss als Ganzen auswirken und so **bedeutend** oder **zahlreich** sind, dass eine Einschränkung des Bestätigungsvermerks nicht mehr angemessen wäre.

f) Prüfungsberichte

Das Ergebnis der Prüfung wird in einem Prüfungsbericht festgehalten (§ 5 GemPrO). Der Prüfungsbericht muss **Art und Umfang der Prüfung** und die Namen der Prüfenden enthalten. 47

Der Prüfungsbericht soll sich auf die **wesentlichen Sachverhalte, Feststellungen und Hinweise** im Rahmen des Prüfungszwecks einschließlich der Darstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse beschränken. Er soll eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Prüfung enthalten. 48

Der Bericht ist dem **Oberbürgermeister** vorzulegen. Dieser **veranlasst** die **Aufklärung** von etwaigen Beanstandungen. 49

Neben den einzelnen **Prüfungsberichten** fasst das Rechnungsprüfungsamt seine Bemerkungen in einem **Schlussbericht** zusammen, der dem **Gemeinderat** vorzulegen ist. 50

Dieser Prüfungsbericht endet mit einer **Beschlussempfehlung** an den Gemeinderat. Nach **Kenntnisnahme** des Prüfungsberichts entscheidet der Gemeinderat über die Feststellung des Jahresabschlusses. 51

g) Künftige Entwicklungen im Finanz- und Prüfungswesen

Veränderungen im Finanz-, Haushalts- und Kassenwesen bedingen zwingend immer auch eine Anpassung im Prüfungswesen. 52

Zukünftige Entwicklungen werden durch rechtliche und technische Zwänge verursacht und sind derzeit bei folgenden **Themen** erkennbar: 53

- Umsetzung der Novellierung des Rechts zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen der **Eigenbetriebe**
- **E-Rechnung**
- **Gesamtabschluss**, im Sinne eines Konzernabschlusses bzw. **Erweiterter Beteiligungsbericht**
- Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen **in elektronischer Form** sowie zum Datenzugriff (**GoBD**)
- **Grundsteuer-Reform** zum 01.01.2025
- Softwareumstellung im Bereich des Finanzwesens auf DZ-Kommunalmaster Doppik (**SAP**) erfolgte zum 01.01.2022, Folge-Umstellung auf SAP HANA im Jahr 2027
- Neuregelung und deren Umsetzung ab 01.01.2023 bei der Stadtverwaltung Ostfildern bei der Umsatzbesteuerung, **§ 2b UStG**
- Einrichtung von **Governance, Risiko-Management und Compliance-Systemen** (GRC)

4. Überörtliche Prüfung

a) Allgemeine Finanzprüfung

Die **Gemeindeprüfungsanstalt** Baden-Württemberg (GPA) ist nach § 113 Abs. 1 GemO für die überörtliche Prüfung bei der Stadt zuständig. 54

Gegenstand der letzten Prüfung waren gemäß § 114 Abs. 1 GemO die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der 55

- **Stadt Ostfildern** in den Haushaltsjahren 2015 bis 2018

sowie die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der **Eigenbetriebe**

- **Stadtwerke Ostfildern** in den Wirtschaftsjahren 2014 bis 2017,
- **Hallenbäder Ostfildern** im Wirtschaftsjahr 2015 und
- **Wohnungsverwaltung Ostfildern** in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019.

Die Prüfung erfolgte – mit Unterbrechungen – in der Zeit vom 21.06.2021 bis 11.11.2021 bei der Verwaltung und anschließend bei der GPA. 56

Von einer **Schlussbesprechung** konnte abgesehen werden. Die Verwaltung ist am 03.12.2021 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung mündlich unterrichtet worden. 57

Der **Prüfungsbericht** der GPA datiert vom 24.03.2022. Er bescheinigt: „Die Verwaltung hat in den geprüften Verwaltungsbereichen insgesamt gesetzmäßig gearbeitet.“ 58

Wesentliche Feststellungen der Prüfung betrafen die örtliche Prüfung, das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, die Jahresabschlüsse, das Personalwesen, den Eigenbetrieb Stadtwerke, den Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung sowie den Eigenbetrieb Hallenbäder. 59

Zu diesem Prüfungsbericht hat die **Stadt** mit Schreiben vom 22.07.2022 fristgerecht **Stellung genommen**. 60

Der **Gemeinderat** wurde in der Sitzung am 05. Oktober 2022 über das Ergebnis der Finanzprüfung **unterrichtet**. Mit der Sitzungsvorlage Nr. 104/2022 erfolgte sowohl die Unterrichtung des Gemeinderats über den **wesentlichen Inhalt des Prüfberichts** gemäß § 114 Abs. 4 GemO als auch die Ergänzung um die **Stellungnahme der Verwaltung** zu den Feststellungen über wesentliche Anstände. Der Gemeinderat **nahm** hiervon **Kenntnis**. 61

Eine **ergänzende Stellungnahme** wurde von Seiten der **Rechtsaufsichtsbehörde** mit Schreiben vom 15.11.2022 **angefordert**. 62

Zu dem Themenkomplex mit der **Fragestellung der Rechnungsabgrenzung** des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Gewerbesteuerumlage konnten die **fachlich unterschiedlichen Standpunkte** zwischen städtischer Finanzverwaltung und Regierungspräsidium **nicht ausgeräumt** werden. 63

Die **Finanzdienste** sahen ihre Ansicht – auf eine jeweils mathematisch korrekte Formel und logischere Darstellung der Gewerbesteuerumlage und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, welche nicht im Jahresversatz untergeht – bestärkt durch den **interkommunalen** 64

Austausch mit anderen Kommunen sowie gestützt durch die **Abstimmung mit dem Gremium** im November 2022.

Letztlich konnte wegen diesem einzigen Punkt nur eine **beschränkte Abschlussbestätigung** erwirkt werden. 65

Zum **Abschluss der überörtlichen Prüfung** der Finanzen der Stadt Ostfildern in den Haushaltsjahren 2015 bis 2018 wurde durch das **Regierungspräsidium Stuttgart** am 13.12.2023 die **eingeschränkte Bestätigung** gemäß § 114 Abs. 5 Satz 3 GemO **erteilt**. 66

In der Sitzung vom 31.01.2024 wurde der **Gemeinderat** über dieses **Ergebnis** der allgemeinen Finanzprüfung **unterrichtet**. 67

b) Prüfung der Bauausgaben

Die **überörtliche Prüfung** der Bauausgaben fand zuletzt für die Wirtschaftsjahre **2016 bis 2020** statt. Die Prüfung erfolgte mit Unterbrechungen – in der Zeit vom 06.09.2021 bis 29.09.2021 bei der Verwaltung und anschließend bei der GPA. 68

Von einer **Schlussbesprechung** konnte abgesehen werden. Die Verwaltung ist am 29.09.2021 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung mündlich unterrichtet worden. 69

Der **Prüfungsbericht** der Gemeindeprüfungsanstalt datiert vom 14.07.2022. 70

Neben **allgemeinen Prüfungsfeststellungen** wurden auch **Einzelfeststellungen** zu den geprüften Bauausgaben getätigt. 71

Die **Unterrichtung des Gemeinderats** gemäß § 114 Abs. 4 GemO über den **wesentlichen Inhalt** des **Prüfungsberichts** ergänzt um die **Stellungnahme der Verwaltung** ist am 08.02.2023 erfolgt. Der Gemeinderat nahm vom Ergebnis der Bauprüfung – wie in der Vorlage Nr. 014/2023 dargestellt – Kenntnis. 72

Auf die **erste Stellungnahme** durch die Stadtverwaltung hin, wurde seitens der GPA um eine **ergänzende Stellungnahme** gebeten. Letztlich waren **mehrere ausführliche Stellungnahmen notwendig**, um **umstrittene Themen** (im Wesentlichen handelte es sich um Generalunternehmer- bzw. Totalübernehmervergaben) **klären** zu können. 73

Die überörtliche Prüfung der Bauausgaben der Stadt Ostfildern in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 fand ihren Abschluss in der Erteilung der **uneingeschränkten Bestätigung** durch das **Regierungspräsidium Stuttgart** vom 12.05.2025. Hierin wird konstatiert, dass „die wesentlichen Anstände im Prüfungsbericht der GPA vom 14.07.2022 erledigt sind“. 74

In der Sitzung am 21.05.2025 wurde der **Gemeinderat** über den **Abschluss dieses Prüfungsverfahrens unterrichtet**. 75

5. Rechnungsprüfung in Ostfildern

a) Personalbestand des Rechnungsprüfungsamtes

Für die Rechnungsprüfung (Verwaltungs- und Bauprüfung) stehen jeweils 2,0 Stellen im Beamten- sowie Beschäftigtenverhältnis zur Verfügung. Im Kalenderjahr waren die vier Stellen mit vier Mitarbeitern aufgrund unbesetzter Stellen mit einem **Vollzeitäquivalent von 2,48** besetzt. 76

Die **Wirksamkeit der kommunalen Prüfung** unterliegt einer Reihe von Einflussfaktoren. Eine **quantifizierte und qualifizierte Personalausstattung** ist dabei ein wesentlicher Aspekt. 77

Die **Zahl der Prüfer** hängt von der örtlichen Aufgaben- und Verwaltungsstruktur ab. 78

Nach Erhebungen der **Gemeindeprüfungsanstalt** Baden-Württemberg (vgl. Wirkungsvoll prüfen! Handreichung für die kommunale Praxis, Februar 2024) „liegt eine durchschnittliche und anforderungsgerechte Besetzung bei Stadtkreisen und großen Kreisstädten bei ca. 1 Arbeitskraft / 10.000 bis 12.000 EW für die gesetzlichen Aufgaben - ohne Bauprüfung (bei einer Stadt mit 20.000 Einwohner sind insoweit mindestens 2 Vollzeitstellen erforderlich). Für die Bauprüfung kann in ähnlicher Weise von einem Bedarf von 0,5 Arbeitskraft / 20.000 Einwohner ausgegangen werden.“ Übertragen auf Ostfildern sind dies **in Summe 5,0 Arbeitskräfte** Prüfer. 79

b) Beratende Tätigkeit kontra Prüfung

Die letzten Jahre waren geprägt von Verschiebungen in der Aufgabengewichtung des Rechnungsprüfungsamts. Lag früher der Schwerpunkt auf der Prüfung unter den Aspekten **Ordnungsmäßigkeit** und **Rechtmäßigkeit**, trat zunehmend die Bedeutung der Prüfung der **Wirtschaftlichkeit** und der **Zweckmäßigkeit** mit ins Bewusstsein. 80

Verbunden damit ist auch eine **stärkere Betonung der Beratungstätigkeit** durch die Rechnungsprüfung. Zum einen hätte es wie bereits von Kühn, Weizenegger, Obergfell im Standardwerk „Kommunales Prüfungsrecht in Baden-Württemberg“ ausgeführt wurde, „ja auch wenig Sinn, die Prüfung nur repressiv tätig werden zu lassen und zuzusehen, bis die Gemeinde die Grenze zur Rechtsverletzung überschritten hat, um dann erst in der folgenden Prüfung die Angelegenheit aufzugreifen.“ Daher sind durch den Prüfungszweck auch **präventive Vorschläge und Anregungen** zur Vermeidung sich abzeichnender künftiger Rechtsverstöße gedeckt. Damit ist die Prüfung nicht nur vergangenheits-, sondern auch stark **zukunftsbezogen**. 81

Zum anderen sind die Leistungen der Beratung geradezu prädestiniert, die **Gremien** und die **Verwaltungsleitung** bei der Führung der Gemeinde zu unterstützen. Von der Unterstützung der **Gesamtsteuerung** bis hin zur Wahrnehmung ihrer jeweiligen Überwachungsverpflichtungen. Die Beratung soll einen **Mehrwert schaffen**, indem Hinweise insbesondere 82

- zur Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns,
- Effizienzpotenziale aufgezeigt,
- Prozesse und Strukturen optimiert sowie
- Chancen und Risiken aufgezeigt

werden.

Im Rahmen des Vollzugs der gesetzlichen Aufgaben und unserer Möglichkeiten geben wir der Verwaltung schon bisher vielfältige **beratende Hinweise** und **Hilfestellungen**. Sie sind im Wesentlichen aus unseren Berichten ersichtlich. 83

In den letzten Jahren kann eine signifikante **Zunahme** in der Nachfrage der **Beratungstätigkeit** des Rechnungsprüfungsamts beobachtet werden. Wir begrüßen dies ausdrücklich. Gleichwohl **binden** diese Aktivitäten auch **Personalressourcen**. 84

Allerdings ist **Prüfung nicht Verwaltungsvollzug**, darf dies auch gar nicht sein, und insoweit nicht „absichernd“ in ihn eingebunden werden. 85

Das Recht zur (nachträglichen) Prüfung bleibt stets unbeschadet, zumal die Verwaltung in eigener Zuständigkeit und Verantwortung entscheidet, ob und inwieweit sie unsere Empfehlungen annimmt und umsetzt. Beratungen dürfen schon aus Rechtsgründen zu keinerlei Kollision mit der **weisungsfreien und unabhängigen Prüfung** führen. 86

c) Bericht über Prüfungsergebnisse

Die **Ergebnisse der Prüfung** finden ihren Niederschlag in Berichten und Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamts. Sie bilden in ihrer Gesamtheit den Bericht über das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses, der dem Oberbürgermeister nach § 110 Abs. 2 Satz 2 GemO vorzulegen ist. Die wesentlichen Bemerkungen daraus wurden in diesem Schlussbericht zusammengefasst. Aufgenommen werden auch **sonstige Feststellungen**, die wegen ihrer Aktualität oder Wichtigkeit dem Gemeinderat zeitnah mitgeteilt werden sollen. 87

Wert und Erfolg einer Prüfung lassen sich nicht allein an finanziellen Ergebnissen messen, weil die **Prüfung ebenfalls präventiv wirkt**. Das Rechnungsprüfungsamt wirkt auch mit praktischen Vorschlägen u. a. auf strukturelle und organisatorische Änderungen und Verbesserungen hin, die Fehlerquellen von Grund auf vermeiden helfen. 88

Soweit der Stadt durch fehlerhaftes Verhalten der Verwaltung Schäden entstanden sind, hat die Verwaltung **rechtliche Möglichkeiten zum Ausgleich zu prüfen** (insbesondere Rückforderungen, Haftung der Verantwortlichen, Versicherungsansprüche) und diese zu verfolgen. 89

d) Weitere Aktivitäten des Rechnungsprüfungsamts

Das Rechnungsprüfungsamt beteiligt sich an dem **interkommunalen Austausch** mit den weiteren großen Kreisstädten im **Landkreis Esslingen** sowie dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises. Der Erfahrungsaustausch erfolgt mit dem Ziel, eine vergleichende Prüfung zu ermöglichen und auch eigene Standpunkte abzusichern. Konkrete Fragestellungen, Prüfungsanregungen und Expertentipps auf vergleichbarer Ebene in lokaler Nähe bedeuten unmittelbaren Mehrwert. 90

Ähnliche Ziele verfolgt auch die Arbeitsgemeinschaft der **Rechnungsprüfungsämter Württemberg** im Städtetag Baden-Württemberg. An den jährlich stattfindenden Tagungen der Arbeitsgemeinschaft nehmen wir ebenfalls teil. 91

e) Rechnungsprüfung relevant für die Beteiligung von Jugendlichen?

Die Stadt Ostfildern hat eine **Kinder- und Jugendbeteiligung** gemäß § 41a GemO **eingerrichtet**. 92
Hierzu fand die **Wahl einer Jugendvertretung** statt.

Zudem wurden alle **Sitzungsvorlagen ergänzt** um die **Frage** „Ist diese Vorlage relevant für die 93
Beteiligung von Jugendlichen?“

Während dies für Themen die **sachlich-inhaltlich** einen **Bezug** auf das **unmittelbare Lebens-** 94
umfeld der Kinder und Jugendlichen haben, relativ einfach zu bejahen ist, ist dies schon
schwerlicher zu beantworten, wenn es um **Fragen der Gemeindevirtschaft** geht.

Bei der Gemeindevirtschaft geht es insbesondere um **Haushaltsplan** und **Jahresabschluss**, 95
aber auch die **Rechnungsprüfung**. Beispielhaft sollen einige Fragen genannt werden, wie

- Ist die **stetige Erfüllung der Aufgaben** der Stadt Ostfildern gesichert?
- Erfolgt die Haushaltswirtschaft **sparsam und wirtschaftlich**?
- Wie viele **Schulden** macht die Gemeinde?
- Ist ein **Ausgleich** des ordentlichen Ergebnisses möglich?
- Wird die tatsächliche **Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** der Gemeinde dar-
gestellt? Wie sieht diese aus? Welche **Entwicklung** soll sie in den nächsten Jah-
ren nehmen?
- Wie erfolgt die **öffentlichen Finanz- und Rechtmäßigkeitskontrolle**?

Diese Fragen zeigen unmittelbar auf, dass auch **Vorgänge von ökonomischer Bedeutung rele-** 96
vant für Jugendliche sein können.

Eine **einheitliche Behandlung** aller gemeindevirtschaftlicher Vorgänge rund um **Planung**, 97
Rechnungslegung und **Prüfung** erscheint u. E. **sinnvoll**.

Im Lichte der **weiteren Entwicklung der Jugendvertretung** und der **politischen Diskussion** 98
sollte dazu ein **Prozess** gestartet werden, der die **Relevanz** und die **angemessene Beteiligung**
klärt.

II. Grundsätzliche Feststellungen

1. Vorjahresabschluss 2020

Der Gemeinderat hat am 11.03.2026 einstimmig die **Feststellung des Jahresabschlusses 2020** der Stadt Ostfildern beschlossen. 99

Der **Beschluss** über die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 wurde **unverzüglich** 100

- dem Regierungspräsidium Stuttgart als **Rechtsaufsichtsbehörde** sowie
- der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg als **Prüfungsbehörde**

jeweils mit Schreiben vom 22.04.2026 **mitgeteilt**.

Die **ortsübliche Bekanntgabe** gemäß § 95 b der Gemeindeordnung erfolgte am 16.04.2026 in der Stadtrundschau. Eine **Veröffentlichung** im Internet auf der städtischen Homepage ist seit dem 16.04.2026 ebenfalls **Online** gestellt worden. In beiden Bekanntgaben wurde auch auf die öffentliche Auslegung hingewiesen. 101

Die **öffentliche Auslegung** des Jahresabschlusses 2020 mit dem dazugehörigen Rechenschaftsbericht fand in der Zeit vom 20.04.2026 bis 28.04.2026 je einschließlich statt. Damit war eine **Einsichtnahme** an sieben Tagen möglich, wie gemäß § 95 b GemO vorgeschrieben. 102

2. Abwicklungen aus den Vorjahren

Eine Prüfung soll einen Beitrag zu einer **nachhaltigen Verbesserung** und weiterem **Erfolg** leisten. Daher endet eine Prüfung nicht mit den Prüfungsfeststellungen und Bemerkungen. Nur dann, wenn eine **Nachprüfung** bzw. ein nochmaliges darauf Schauen („review“) stattfindet, kann festgestellt werden, ob die **Prüfungsanstände abgearbeitet** wurden und nach Möglichkeit auch Vorkehrungen getroffen wurden, um **zukünftig** derartige **Fehler zu vermeiden**. 103

Daher ist es nicht überraschend, dass die Gemeindeprüfungsordnung fordert, dass bei der Prüfung insbesondere festzustellen ist, ob **Feststellungen früherer Prüfungsberichte noch unerledigt sind** (vgl. § 6 GemPrO). Im **Schlussbericht 2020** hat das Rechnungsprüfungsamt **Prüfungsbemerkungen** getroffen, über deren weitere Entwicklung nachstehend berichtet wird. Die weitere **Nachverfolgung erfolgt** durch das Rechnungsprüfungsamt. 104

- Bemerkungen zum **Jahresabschluss**

Es erfolgten etliche Einzelfeststellungen, die von den Bereichen zur Kenntnis genommen wurden. Somit kann davon ausgegangen werden, dass entsprechende Prüfungsbemerkungen **zukünftig entfallen**. 105

Die weiteren Prüfungsbemerkungen wurden durch die **Finanzverwaltung** anerkannt und aufgearbeitet. Eine **ausführliche Stellungnahme** dazu ist eingegangen. Eine **Umsetzung** ist **zugesagt**. 106

Die thematisch von den **Fachbereichen 1 und 6** aufzuarbeiten **Prüfungsbemerkungen** wurden **angegangen**. Das Rechnungsprüfungsamt wurde zur weiteren Umsetzung teilweise zu Rate gezogen. Bis zum **Stichtag** dieses **Prüfungsberichts** konnte jedoch teilweise **noch keine endgültige Umsetzung** konstatiert werden. 107

- Bemerkungen zur **Verwaltung**

Die Prüfungsbemerkungen aus der **Prüfung des Personalwesens** konnten noch nicht aufgearbeitet werden. Für die Stellungnahme wurde auf Antrag des Fachamts eine Fristverlängerung des Oberbürgermeisters gewährt, welche mit der Fertigstellung des Prüfungsberichts 2021 zusammenfiel. 108

Eine Stellungnahme vom **technisches Gebäudemanagement** ist eingegangen. Die **Aufarbeitung** der Prüfungsbemerkungen ist **erfolgt**. Verbesserungen zur **Vorgehensweise**, welche in den vergangenen Jahren **angepasst** wurde, seien erfolgt. Teilweise lassen sich die Vorgänge zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr nachzuvollziehen. Ebenso erhielten wir die **Zusage** zukünftig bestimmte **Fehler abzustellen**. Eine **Verbesserung der Dokumentation** wurde uns ebenfalls **zugesagt**. 109

- Bemerkungen zu **übertragenen Prüfungen**

Bei den **jährlich wiederkehrenden übertragenen Prüfungen** wie bspw. der Prüfung des Jahresabschlusses der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung, der Prüfung des Jahresabschlusses des Vereins SOFiA und des Projekts Partnerschaft für Demokratie zeigen sich die **Verbesserungen im mehrjährigen Vergleich**. 110

- Auch die **Empfehlungen und Anregungen**, die das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen seiner prüfungsbegleitenden Beratung ausgesprochen hat, wurden **weiterverfolgt**. 111
- Die Themen benötigen größtenteils **noch Zeit für die Umsetzung**. Das **Rechnungsprüfungsamt** **wird** sich zu diesen und anderen Themen **weiter** aktiv einbringen und **berichten**. 112
- Eine **Prüfung** ist immer nur eine **Momentaufnahme**. Das bedeutet auch, dass die Anforderungen und der Wissensstand der Geprüften und der Prüfer sich mit dem Zeit- und Projektverlauf ändern und neue Anforderungen gestellt werden. 113

3. Aufstellung und Vorlage des Jahresabschlusses 2021

Der **Jahresabschluss** ist gemäß § 95 b GemO **innerhalb von 6 Monaten** nach Ende des Haushaltsjahres **aufzustellen** und vom **Bürgermeister** unter Angabe des Datums zu **unterzeichnen**. 114

Die Unterschrift des Oberbürgermeisters zur Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte im Rahmen der **Sitzungsvorlage 071/2022**. Die Vorlage der Finanzdienste datiert vom 24.06.2022. Diese wurde vom Verwaltungsausschuss am 20.07.2022 und vom Gemeinderat am 27.07.2022 jeweils öffentlich zur Kenntnis genommen. 115

Im Beschlussantrag unter Ziffer 7 erfolgt der **Aufstellungsbeschluss** „Die Stadt Ostfildern stellt hiermit den Jahresabschluss zum 31.12.2021 gem. § 95 b Abs. 1 GemO auf.“ Die Sitzungsvorlage ist vom Oberbürgermeister unterschrieben. Die Zustimmung zur Sitzungsvorlage und damit die formale Aufstellung erfolgte am 19.07.2022. Die vorgeschriebene **Frist** (30.06.) konnte somit **nahezu eingehalten** werden. 116

Das Rechnungsprüfungsamt hatte angeregt, diesen **Aufstellungsbeschluss** auch als **formalen Bestandteil in den Jahresabschluss mit aufzunehmen**. Auf den Hinweis des Leitfadens zum Jahresabschluss (2. Auflage, Dezember 2018) mit „Es bleibt der Kommune freigestellt, ob diese Unterschrift **am Anfang oder am Ende** des Jahresabschlusses vorgenommen wird.“ wird verwiesen. Die **textliche Aufnahme** des Aufstellungsbeschlusses in die **Vorlage** (vgl. Beschlussantrag Ziffer 7) haben wir begrüßt, dennoch sollte aus unserer Sicht auch der **Jahresabschluss selbst** diesen **Aufstellungsbeschluss enthalten**. Dies ist eine **formale Anforderung**, sie verursacht aus unserer Sicht einen geringen Aufwand und könnte problemlos umgesetzt werden. 117

Die **Aufstellung des Jahresabschlusses** soll nach § 116 der Gemeindeordnung durch den **Fachbediensteten für das Finanzwesen** erfolgen. Von daher ist es legitim, dass er den Rechenschaftsbericht unterzeichnet. Dies ist mit Datum vom 24.06.2022 geschehen. 118

Dem **Gemeinderat** wurde der Jahresabschluss 2021 der Stadt Ostfildern am 27.07.2022 zur **Kenntnisnahme** vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 071/2022). 119

Der **Jahresabschluss** ist gemäß § 39 Abs. 2 GemHVO **dauernd in ausgedruckter Form aufzubewahren**. Darunter ist eine zeitlich unbefristete Aufbewahrung zu verstehen. Das bedeutet, dass der Jahresabschluss spätestens nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen für Bücher, Inventare und Belege an das **Stadtarchiv** zu **übergeben** ist. 120

Hierzu lässt die Finanzverwaltung ein **gebundenes Buch** erstellen. Hierin sind alle Ausdrücke der einzelnen Rechenwerke wie bspw. Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnungen enthalten. Dieses Buch ist das **beurkundete Werk** des Jahresabschlusses. 121

Die **Ausdrücke** zu diesem Jahresabschluss sind mit Datum vom 24.11.2022 erfolgt und somit **deutlich später als** die **Sitzungsvorlage**. **Etwaige nachträgliche Änderungen** wären noch **möglich**. Nach Ansicht des Rechnungsprüfungsamts sollte der **Ausdruck zeitgleich** mit den Komponenten in der **Sitzungsvorlage** erfolgen. Die **Finanzverwaltung** hat **bereits zugesagt** bei den künftigen Jahresabschlüssen, die **Ausdrücke** des zu bindenden Jahresabschlusses **zeitnaher** an die Sitzungsvorlage **anzugleichen**. 122

In der **Dokumentation** des gebundenen Buches wird des Weiteren aufgeführt: 123

- Die **Aufstellung** des Jahresabschlusses beurkundet, 24.11.2022 durch den Stadtkämmerer

- Der Jahresabschluss wurde **festgestellt** durch Beschluss des Gemeinderates vom ...
- Der Beschluss wurde der **Rechtsaufsichtsbehörde** mit Bericht vom ... mitgeteilt.
- Der Jahresabschluss wurde am ... **öffentlich bekannt** gemacht.

Zudem findet sich auf dem Papierblatt die **Unterschrift** des **Ersten Bürgermeisters**. Das Rechnungsprüfungsamt ist der Ansicht, dass dies **nicht ausreichend** ist, da der Jahresabschluss nach § 95b GemO vom Oberbürgermeister unter Angabe des Datums zu unterzeichnen ist. Dies wurde mit der **Finanzverwaltung** bereits im Rahmen der letztjährigen Prüfung **erörtert**. Eine **Praxisänderung** kann erst **ab dem Jahresabschluss 2025** erfolgen.

124

4. Komponenten des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Stadt besteht gemäß § 95 Abs. 2 GemO aus:

125

- der **Ergebnisrechnung**,
 - der **Finanzrechnung**,
 - der **Bilanz**
- und wird
- um einen **Anhang** erweitert sowie
 - durch einen **Rechenschaftsbericht** erläutert.

Der neunte Abschnitt der **GemHVO** (§§ 47 - 55) befasst sich mit dem **Jahresabschluss**. Dort wird im § 51 Abs. 2 gefordert: „Für den Gesamthaushalt und für jeden Teilhaushalt sind die Planansätze den Werten der Ergebnis- und Finanzrechnung gegenüberzustellen.“. Somit sind diese Teilrechnungen (**Teilergebnisrechnungen und Teilfinanzrechnungen**) ebenfalls als **Bestandteile des Jahresabschlusses** anzusehen. Dabei sind nach § 51 Abs. 1 GemHVO für die „Ergebnis- und Finanzrechnung des Gesamthaushalts und der Teilhaushalte die Erträge und Einnahmen, die Aufwendungen und Auszahlungen nach Arten (§§ 2, 3 und 4) gegliedert auszuweisen“.

126

Weitere inhaltliche Pflichtbestandteile des Jahresabschlusses ergeben sich aus den zum Anhang eingeforderten **Anlagen** nach § 95 Abs. 3 GemO:

127

- **Vermögensübersicht**,
- **Schuldenübersicht** und
- Übersicht über die in das folgende Jahr zu **übertragenden Haushaltsermächtigungen**.

Weitere Forderungen zur konkreten **inhaltlichen Ausgestaltung** der einzelnen Komponenten des Jahresabschlusses ergeben sich aus den § 47 bis 55 der GemHVO sowie den nach § 145 GemO **verbindlich vorgegebenen Mustern** (siehe VwV Produkt- und Kontenrahmen).

128

Die **Bestandteile** des Jahresabschlusses entsprechen nach unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen dem Grunde und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung **weitgehend** den **gesetzlichen Vorschriften**.

129

Aus der **letztjährigen Prüfung** hatten sich **Bemerkungen** hinsichtlich **fehlender Angaben** in der Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung und der Bilanz sowie im Anhang ergeben.

130

Die **Finanzverwaltung** hat dies in ihrer **Stellungnahme** anerkannt und teilte mit, dass im Jahresabschluss 2024 teilweise bereits Verbesserungen gemacht wurden bzw. die weiteren Anpassungen erst im Jahresabschluss 2025 erfolgen können. Aufgrund der gleichbleibenden und unveränderten **Struktur-, Prozess- und Zeitabläufe** wäre bei einer **erneuten Prüfung kein anderes Ergebnis** als im Vorjahr zu erwarten, so dass **hiervon abgesehen** wird.

131

5. Kennzahlen zum Jahresabschluss

Dem Jahresabschluss sind Kennzahlen beizufügen, die eine **Analyse der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage** der Stadt ermöglichen. Entsprechende Kennzahlen aus der Jahresabschlussanalyse werden im Jahresabschluss 2021 dargestellt. Besonders erfreulich ist, dass hier die letzten vier Jahre nebeneinander dargestellt werden, so dass der **einzelne Jahreswert** auch im Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Jahre **beurteilt** werden kann. Aus der mehrjährigen Darstellung lassen sich so auch **Tendenzen** bzw. langfristige **Entwicklungen** ableiten und aufzeigen. 132

Die GPA hat dem Innenministerium bereits im Oktober 2013 Vorschläge für ein „Kennzahlen-set“ zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit übergeben. Auch in anderen Bundesländern liegen teilweise entsprechende Kennzahlensets vor. Im Rahmen des **Evaluationsprozesses** hat der Gesetzgeber mit der Neufassung der VwV Produkt- und Kontenrahmen vom 09.06.2016 dann die **verbindlichen Kennzahlen** zum Jahresabschluss vorgegeben, um eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune zu ermöglichen. Mit dem Jahresabschluss wurden diese einheitlichen **Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit** ermittelt und dargestellt. 133

Somit liegen nun im Jahresabschluss **zwei Seiten mit finanziellen Kennzahlen** vor. Zum einen die Schlüsselkennzahlen der Jahresabschlussanalyse und zum anderen die Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Dabei zeigen sich sowohl **gemeinsame Schnittmengen** (bspw. Aufwandsdeckungsgrad, Eigenkapitalquote) als auch **anderweitige Informationen** zur Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage. 134



Das Rechnungsprüfungsamt erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die einheitlichen **Haushalts- und Rechnungsmuster** zwar **verbindlich** sind, aber gemäß der VwV Produkt- und Kontenrahmen jederzeit „bei Bedarf ergänzt und gestalterisch angepasst werden [können], .. jedoch mindestens die in den Mustern vorgeschriebenen Angaben enthalten [müssen].“ Mit Aufnahme der stadtspezifischen Kennzahlen wird eine **einheitliche Darstellung** ermöglicht und es werden **Redundanzen vermieden**. 135

Die Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß Anlage 29 der VwV Produkt- und Kontenrahmen nimmt auch die **GPA**, um anhand **ausgewählter Finanzkennzahlen im Prüfungszeitraum** und auf Basis eines nach einheitlichen Maßstäben **standardisierten Bewertungsverfahrens** der GPA die **Ertrags- Finanz- und Kapitallage der Stadt**, unter Einbeziehung der festgestellten Jahresabschlüsse zu **bewerten**. 136

Das Bewertungsverfahren/Bewertungstool der GPA und die damit einhergehenden maschinellen Abfragen etc. sind speziell aufgrund der Aufgabenstellung der GPA entwickelt worden. Dieses **Tool** (einschließlich der inhaltlichen Vorgaben mit Gewichtungen, Ausgestaltung des Punktesystems etc.) **wird von der GPA nicht weitergegeben**. 137

Bedauerlicherweise wird dadurch **jegliche rechnerische Transparenz** und **Nachvollziehbarkeit verhindert**. So sind uns weder das eindeutige **Beurteilungskriterium** für jeden Zielerreichungsgrad noch die festgelegten **Wertgrenzen** für das Erreichen der vier **Zielerreichungsgrade** („nicht erreicht“, „erreicht“, „übertrifft“, „weit übertrifft“) bekannt. Auch die Zuordnung des durchschnittlichen Ergebnisses aus dem Prüfungszeitraum auf die sechs Ergebnisfelder der ausgewiesenen vier Kategorien („kritisch“, „zufriedenstellend“, „gut“ oder „sehr gut“) ist nicht nachvollziehbar (die Kategorien zufriedenstellend und gut werden in je zwei Feldern dargestellt). 138

Somit kann dem **Prüfungsbericht** über die **allgemeine Finanzprüfung** der Stadt Ostfildern in den Haushaltsjahren **2015 bis 2018** zwar entnommen werden, dass im Prüfungszeitraum die **finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse** der Stadt anhand der Kennzahlen **als gut bis sehr gut beurteilt** worden sind. 139

Allerdings können wir diese **Einschätzung nicht nachvollziehen** und zudem **auch nicht teilen**, da bspw. 140

- die Kennzahl „Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung“ mit der höchsten Bewertung „sehr gut“ im Prüfungszeitraum versehen worden ist. Während hingegen die Kennzahl „ordentliches Ergebnis“ lediglich mit einem schwachen gut bewertet wurde. 141
- die Kennzahl „Verschuldung“ mit der höchsten Bewertung „sehr gut“ im Prüfungszeitraum versehen worden ist. Gleichwohl wurde die Pro-Kopf-Verschuldung in diesen vier Jahren zwischen 325 und 328 EUR/Einw. angegeben. 142

Wir hatten bereits in einem früheren Schlussbericht auf die **wesentlichen Prüfungsaussagen** zu den Kennzahlen verwiesen: 143

- Sind sie vollständig vorhanden?
- Sind sie richtig berechnet?
- Werden sie zum Vorjahr stetig verwendet?
- Werden Sie konsistent in Plan und Abschluss verwendet?
- Sind sie aussagekräftig?

Der **Schwerpunkt** der Prüfung 2017 lag bei den Fragen „Vorhanden? Richtig berechnet? Konsistenz in Plan und Abschluss?“. Dabei haben sich mit einer Ausnahme keine Beanstandungen ergeben. 144

Aufgrund dieser Vorergebnisse sowie durch die Vorgabe der verbindlichen Muster und gleichzeitig das zur Verfügung stellen von den aktuellen Mustern und Programmierhilfen auf der Website des Innenministeriums Baden-Württemberg haben wir uns von der **rechnerischen Richtigkeit** lediglich **in Stichproben überzeugt**. 145

Prüfungsansatz in diesem Jahr war die Frage, ob die Kennzahlen **zum Vorjahr stetig verwendet** werden und ob diese auch **konsistent in Plan und Abschluss** verwendet werden. Aufgrund der **Verwendung des verbindlichen Musters** sowohl im **Haushaltsplan** als auch im **Jahresabschluss** ist die stetige Verwendung sichergestellt und auch die Vergleichbarkeit sichergestellt. 146

Sind die **Kennzahlen aussagekräftig**, also sind sie hinsichtlich Angemessenheit und Verständlichkeit sachgerecht definiert und nachvollziehbar, entspricht ihre Interpretation der wirtschaftlichen Realität. Wir hatten bereits berichtet, dass es schwierig ist, für alle Kennzahlen entsprechende **Zielkorridore** bzw. **angestrebte Eckwerte** zu definieren. Vor allen Dingen dann, wenn der **gewünschte Zielwert** nicht wie bspw. beim Aufwandsdeckungsgrad mit 100 % oder mehr unmittelbar auf der Hand liegt. Mit anderen Worten: Ist eine Personalaufwandsquote von 30 % ein guter Wert oder sollten es eher weniger oder eher mehr sein? Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn auch von anderen Kommunen mehrere NKHR-Jahresabschlüsse vorliegen, werden diese Fragestellungen aus dem Quervergleich besser zu beurteilen sein. 147

- Für derartige **interkommunale Vergleiche** bieten sich z. B. Vergleichsringe an, bei denen sich Kommunen mit vergleichbarer Größe, Aufgabenstruktur etc. einem **Benchmarking** unterziehen. Im Rahmen der Vergleichsringarbeit können bestehende vergleichsstörende Faktoren konkret hinterfragt und entsprechend bei der (vergleichenden) Analyse berücksichtigt werden (ausgeübte Wahlrechte bei der erstmaligen Bewertung, Auslagerung von Bereichen etc.). 148
- Einen Einstieg in die **Vergleichswerte** mit den anderen Kommunen im Landkreis Esslingen zur **Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit** findet sich im nächsten Kapitel. 149
- Zudem können Kennzahlen auch als **Einstieg** in die Prüfungshandlungen verwendet werden. So sollen im Rahmen von **analytischen Prüfungshandlungen** Zusammenhänge zwischen bestimmten Informationen und Daten genutzt werden, um einen Nachweis für die **Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit** von Daten zu bekommen. Nicht tolerierbare Differenzen verpflichten dazu, ihnen nachzugehen und zu versuchen, sachgerechte Erklärungen und angemessene Nachweise zu erhalten. 150
- Als **Beispiele** werden Transferleistungen im Verhältnis zu demografischen Angaben oder die Steuereinnahmen im Verhältnis zu demografischen Angaben bzw. wirtschaftlichen Bedingungen oder Indikatoren genannt (vgl. Internationale Normen für Rechnungskontrollbehörden (ISSAI 1520)). Genauso wie die **Bilanzanalyse** wird dies Gegenstand weiterer Betrachtungen in den nächsten Jahren sein, welche das Rechnungsprüfungsamt begleiten wird. 151

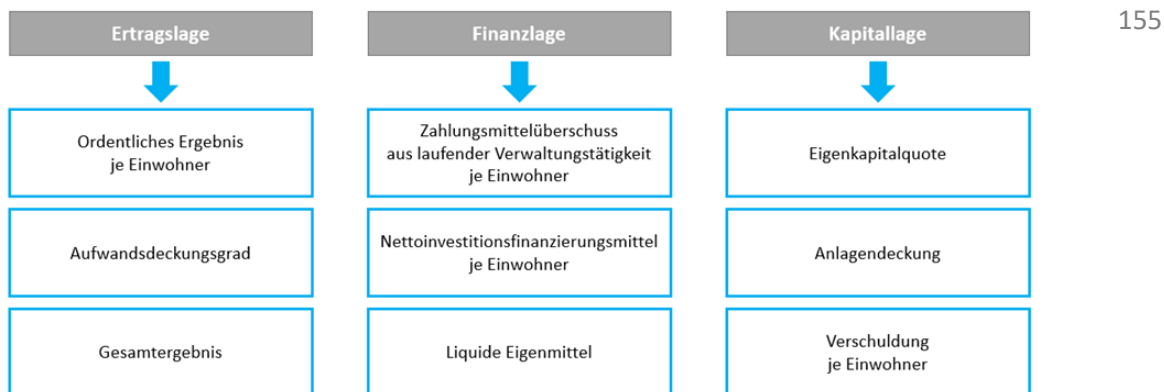
6. Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit

a) Einführung

Zur Einordnung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Ostfildern wurde ein **Vergleich** mit **umliegenden Gemeinden** des Landkreises Esslingen durchgeführt. 152

Um eine einheitliche Gegenüberstellung zu gewährleisten, wurden die durch die VwV Produkt- und Kontenrahmen verbindlich vorgegebenen Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen als Grundlage verwendet. 153

Hieraus wurden **jeweils drei Kennzahlen zu Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Kapitallage** extrahiert. Primär wurde dabei auf Kennzahlen geachtet, die einen aussagefähigen Vergleich ermöglichen. So wurde statt dem absoluten ordentlichen Ergebnis das Ergebnis im Verhältnis zur Einwohnerzahl ausgewählt, um eine einheitliche Vergleichbarkeit sicherzustellen. 154



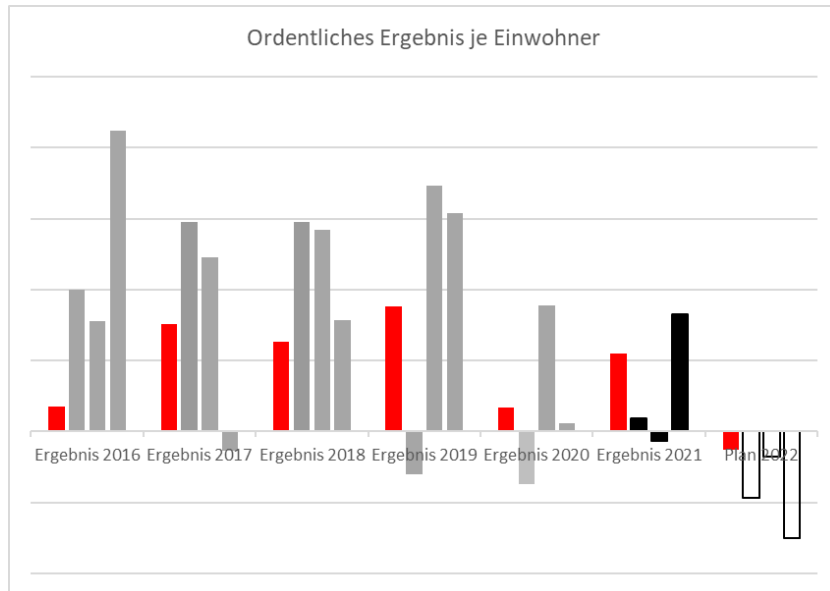
Die ermittelten Kennzahlenwerte stammen aus den **letzten sechs Ergebnisjahren** und zeigen jahresbezogene Schwankungen und Entwicklungen auf. Sie werden durch den **nachfolgenden Planwert** aus dem kommenden Haushaltsjahr ergänzt. Bei den Kennzahlen zur Kapitallage muss hierauf leider verzichtet werden, da der Gesetzgeber eine Planbilanz im Haushalts- und Rechnungswesen nicht vorgesehen hat. 156

Damit soll der Verlauf, wo kommen wir her und wohin geht die Entwicklung, analysiert werden, um **für die Zukunft die richtigen Entscheidungen treffen** bzw. **Änderungen vornehmen** zu können. 157

b) Ordentliches Ergebnis je Einwohner

Das ordentliche Ergebnis stellt dar, ob der **Ressourcenverbrauch vollständig erwirtschaftet** wurde. Es wird aus der Differenz zwischen den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen gebildet, welche durch die Einwohnerzahl zum 30.06. des Vorjahres geteilt wird.

158

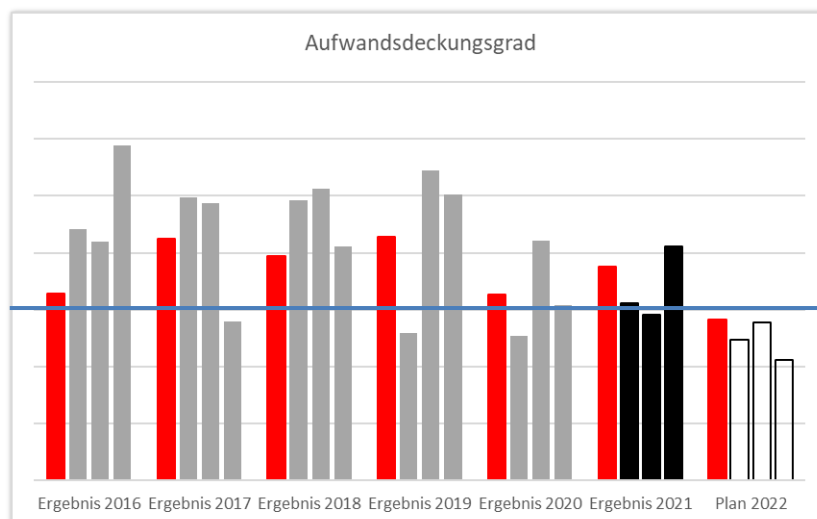


159

c) Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad beschreibt, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt worden sind. Er ist außerdem eine wichtige Kennzahl zur **Beurteilung der Generationengerechtigkeit** der Haushalte.

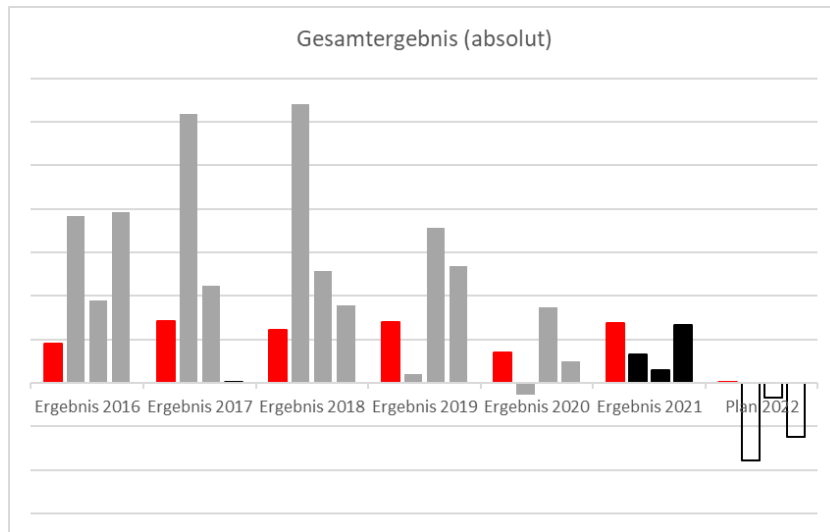
160



161

d) Gesamtergebnis

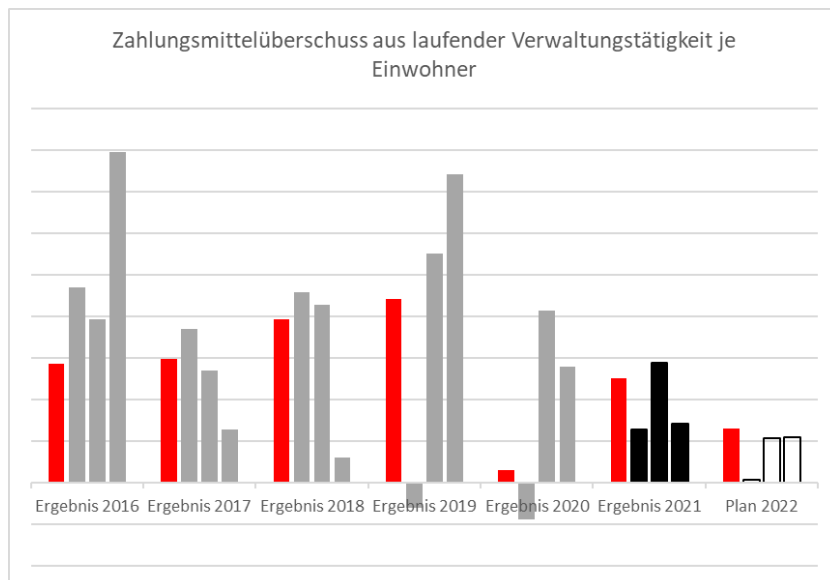
Das Gesamtergebnis ist die **Summe** aus **ordentlichem Ergebnis** und **Sonderergebnis**. Somit sind auch die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge enthalten. 162



163

e) Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit je Einwohner

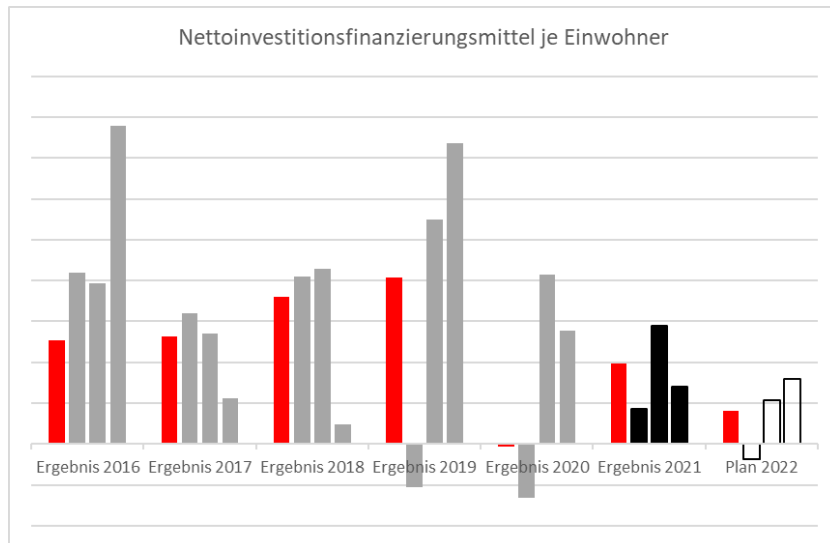
Der Zahlungsmittelüberschuss stellt die Höhe der aus laufender Verwaltungstätigkeit erwirtschafteten Mittel je Einwohner dar. 164



165

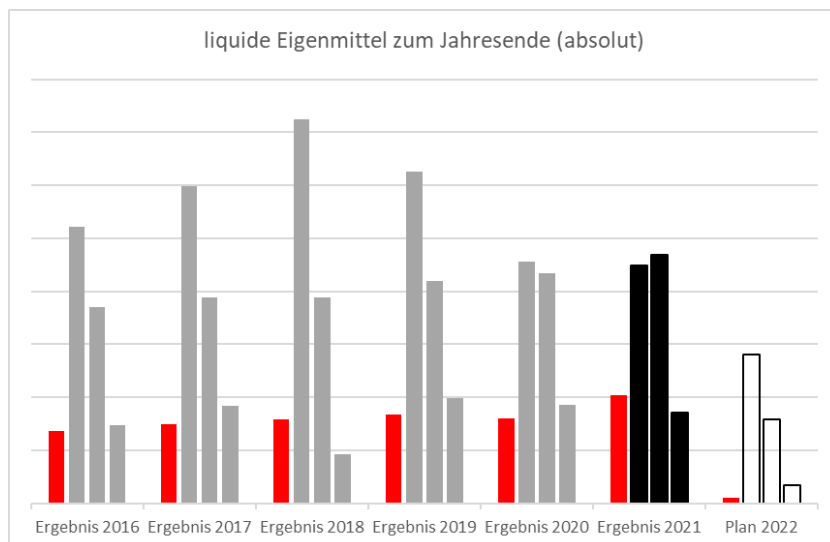
f) Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel je Einwohner

Die Nettofinanzierungsmittel sind die Mittel, die vom Zahlungsmittelüberschuss nach Abzug des Mindestzahlungsmittelüberschusses zur **Finanzierung von Investitionen** verbleiben. 166



g) Liquide Eigenmittel zum Jahresende

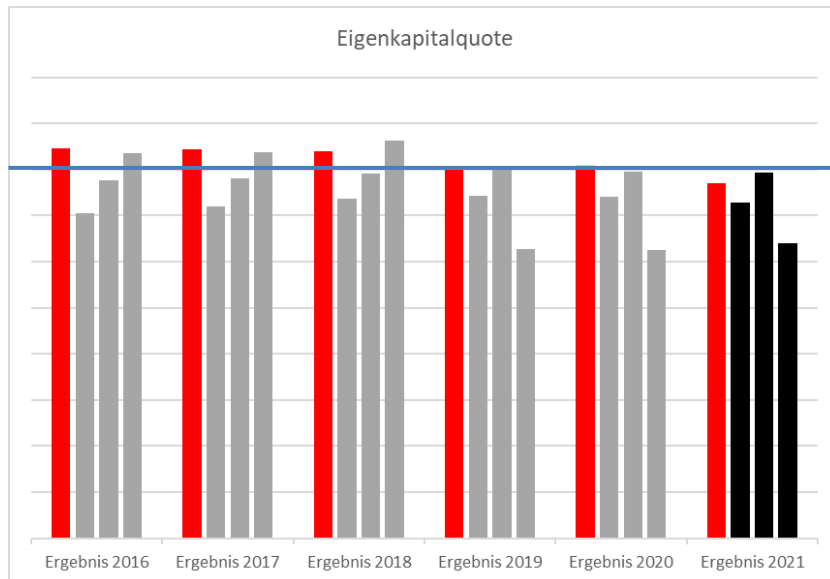
Die liquiden Eigenmittel zum Jahresende stellen dar, ob die **Zahlungsfähigkeit** der Kommune **sichergestellt** ist. Idealerweise wird ein **Liquiditätspolster** für die **Folgejahre** gebildet. 168



h) Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt das **Verhältnis vom Eigenkapital zum Gesamtvermögen** an.
(Die Markierungslinie entspricht einer Quote von 80 %).

170

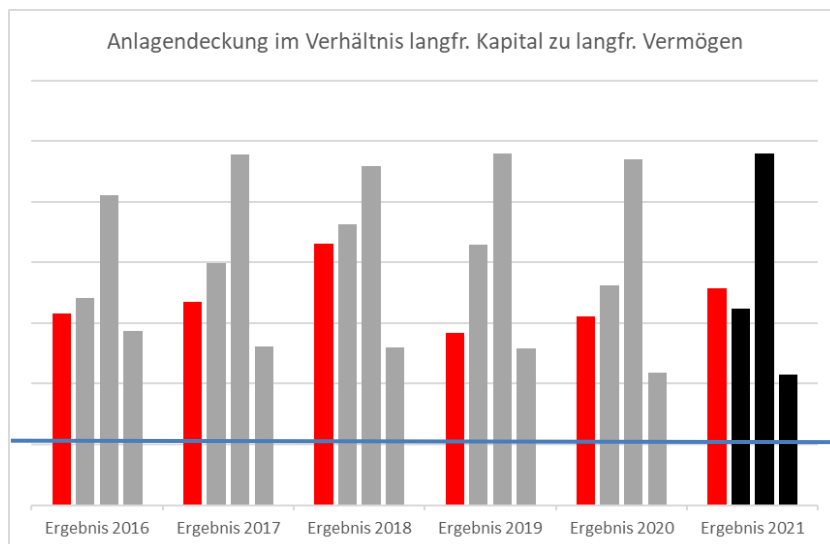


171

i) Anlagendeckungsgrad

Der Anlagendeckungsgrad zeigt an, welcher Anteil des Anlagevermögens mit Eigenkapital finanziert ist. Idealerweise sollte dieser Wert nach der „**Goldenen Bilanzregel**“ **mindestens 100%** betragen.

172

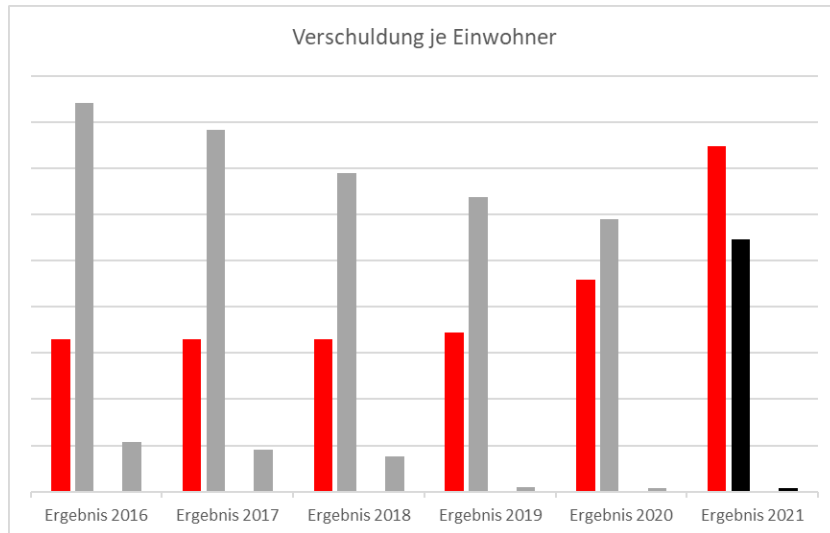


173

j) Verschuldung je Einwohner

Die Verschuldung setzt sich aus den Verbindlichkeiten aus Anleihen, Kreditaufnahmen und der Aufnahme von Kassenkrediten zusammen. In diesem Fall wird die Verschuldung pro Kopf dargestellt.

174



175

Während in Ostfildern in den letzten Jahren eine **Zunahme zu verzeichnen** ist, konnte andernorts die Verschuldung je Einwohner verringert werden bzw. sind sogar schuldenfrei.

176

k) Ausblick

Die **finanzielle Leistungsfähigkeit** ist ein Ausdruck des **allgemeinen Haushaltsgrundsatzes** der Gemeinde, „so zu planen und zu führen, dass die **stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert** ist“ (siehe § 77 Abs. 1 GemO). Auch die Rechnungsprüfung muss die Frage stellen, welchen **Beitrag zur Stabilisierung des Haushaltes** sie leisten kann.

177

Die Beantwortung dieser einen Frage ist ein **komplexer Vorgang**, der sich durch eine Vielzahl weiterer Fragen eher erschließt:

178

- Ist dazu der oftmals angewandte **Ex-post-Prüfungsansatz** noch zeitgemäß?
- Wie kann die **Transparenz** und **Qualität** der Rechenschaft deutlich verbessert werden?
- Wie stark kann man sich **steuerungsunterstützend** in den operativen Prozess einbringen, um finanzielle Ressourcen für die Kommune zu erschließen?
- Sind die klassischen Ansätze einer **Aufgabenkritik** noch auskömmlich?
- Welche Empfehlungen hinsichtlich einer **Ressourcen-, Leistungs- und Wirkungsorientierung** können ausgesprochen werden?
- Welche Maßnahmen in den **einzelnen Produktbereichen** und welche **bereichsübergreifende Maßnahmen** können vorgeschlagen werden?
- ...

Diese Ausführungen sollen der **Einstieg** sein, um Ansätze für **erste Antworten zu ermöglichen**.

179

7. Stellungnahme zum Rechenschaftsbericht

a) Förmliche Prüfung

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Hierzu sind die **wichtigsten Ergebnisse** des Jahresabschlusses sowie **erhebliche Abweichungen** der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine **Bewertung** der Abschlussrechnung vorzunehmen. 180

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 54 Abs. 2 GemHVO auch **darstellen**: 181

- die Ziele und Strategien,
- Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung,
- die Entwicklung und Deckung der Fehlbeträge und
- die Entwicklung der verbindlich vorgegebenen Kennzahlen.

Der Rechenschaftsbericht im Jahresabschluss 2021 enthält folgende **Kernaussagen** zur wirtschaftlichen Lage der Stadt Ostfildern: 182

- Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und deren Analyse
- Informationen zur Ergebnisrechnung und zur Finanzrechnung
- Informationen zur Kassenlage/Liquidität und Schuldenentwicklung
- Erläuterung von Kennzahlen und Beurteilung des Jahresabschlusses
- Ziele und Strategien sowie Aufgabenerfüllung bei den Schlüsselprodukten

Somit ist zwar eine **andere Gliederungsstruktur und -reihenfolge** im Rechenschaftsbericht gewählt, aber es sind fast alle aufgezählten Punkte der gesetzlichen Notwendigkeiten enthalten. 183

Die letztjährige Prüfungsbemerkung, dass „... eine **Aussage zu Vorgängen von besonderer Bedeutung**, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, **fehlt**.“ wurde aufgegriffen. 184

So wurde im **diesjährigen Rechenschaftsbericht konstatiert**: „Nach Abschluss des Haushaltsjahres sind bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2021 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.“ 185

Grundsätzlich sind hierunter **alle Informationen** zu verstehen, die **nach dem Bilanzstichtag** (31.12.2021) bis zum Tag der Aufstellung des Rechenschaftsberichtes (24.06.2022) eingetreten sind und das Bild der Kommune **maßgeblich positiv oder negativ beeinflussen**. 186



Nach Einschätzung der Finanzverwaltung sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Diese **Ansicht** wird vom Rechnungsprüfungsamt **nicht geteilt**. Der Ausbruch des **Ukraine-Krieges** im Februar 2022 und dessen **unabsehbaren Folgen** wäre hier **zu nennen**. 187

Der **Inhalt** des Rechenschaftsberichts **entspricht** ansonsten den **gesetzlichen Anforderungen**. 188

Sein **Umfang** von 23 Seiten zuzüglich Anlagen mit den Kennzahlen und die Informationen zu den Schlüsselprodukten ist **ausreichend**, um kurz und prägnant ein **hinreichendes Bild der tatsächlichen Verhältnisse zu vermitteln**. 189

b) Sachliche Prüfung

Im **Leitfaden zum Jahresabschluss** nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg, welcher von den Rechtsaufsichtsbehörden und den Prüfungsbehörden im Rahmen ihrer Prüfungstätigkeiten herangezogen wird, wird ausgeführt (Hervorhebungen nicht im Original): 190

„Nach § 95 Abs. 2 Satz 2 GemO ist der Jahresabschluss durch einen Anhang zu erweitern und durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Durch die Formulierung wird zum Ausdruck gebracht, dass der **Rechenschaftsbericht** selbst **kein Bestandteil des Jahresabschlusses** ist.“ 191

„Wie ... ausgeführt, ist der Rechenschaftsbericht kein Bestandteil des Jahresabschlusses, sondern beinhaltet einige wesentliche inhaltliche Erläuterungen. Da das Rechnungsprüfungsamt nach § 110 Abs. 1 GemO lediglich den Jahresabschluss zu prüfen hat, **unterliegt** der Rechenschaftsbericht auch **nicht der Prüfungspflicht**.“ 192

Einschränkend wird allerdings **vermerkt**: „Sofern dem Rechnungsprüfungsamt **eindeutige Anhaltspunkte** bekannt werden, dass die im Rechenschaftsbericht dargestellte wirtschaftliche Lage **offensichtlich nicht** den tatsächlichen Verhältnissen **entspricht**, ist es geboten, dass das Rechnungsprüfungsamt **hierauf** in seinem Schlussbericht **hinweist**.“ 193

Für das Rechnungsprüfungsamt haben sich diesbezüglich **keine Anhaltspunkte** ergeben. Der Rechenschaftsbericht vermittelt nach unserer Beurteilung **ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild** der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage, indem er den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die wirtschaftliche Lage der Stadt Ostfildern zutreffend darstellt. 194

III. Prüfung der Haushaltswirtschaft

1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan

a) Aufstellung und Verabschiedung

Die **Haushaltssatzung** 2021 ist mit ihren Anlagen am 09.12.2020 durch den Gemeinderat der Stadt Ostfildern **verabschiedet** worden. Sie wurde nach den Bestimmungen des § 79 der Gemeindeordnung aufgestellt. 195

In § 1 der Haushaltssatzung der Stadt Ostfildern sind für das **Haushaltsjahr** 2021 folgende **Beträge festgesetzt** worden: 196

Ergebnishaushalt 197

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	99.231.170 Euro
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	113.591.410 Euro
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	- 14.360.240 Euro

Außerordentliche Erträge	5.300.000 Euro
Außerordentliche Aufwendungen	0 Euro
Veranschlagtes Sonderergebnis	+ 5.300.000 Euro

Veranschlagtes Gesamtergebnis	- 9.060.240 Euro
--------------------------------------	------------------

Finanzhaushalt 198

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	98.598.300 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	111.359.340 Euro
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	- 12.761.040 Euro

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.563.220 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	16.631.600 Euro
Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	- 11.068.380 Euro

Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf	- 23.829.420 Euro
---	-------------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	11.000.000 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.010.400 Euro
Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit	+ 8.989.600 Euro

Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands	
Saldo des Finanzhaushalts	- 14.839.820 Euro

Des Weiteren wurden in der Haushaltssatzung 2021 die **Kreditermächtigung** mit 11.000.000 Euro und die **Verpflichtungsermächtigungen** mit 14.570.000 Euro festgesetzt. 199

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite** ist auf 4.500.000 Euro festgesetzt worden. 200

b) Bestätigung der Gesetzmäßigkeit

Die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssatzung ist der **Rechtsaufsichtsbehörde** vorzulegen (vgl. § 81 Abs. 2 GemO). 201

Das **Regierungspräsidium Stuttgart** als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für die Stadt Ostfildern hat die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit Erlass vom 26.01.2021 **bestätigt**. 202

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** mit 11.000.000 € wurde genehmigt. Die **Verpflichtungsermächtigungen** waren mit 14.570.000 € im Haushalt veranschlagt und wurden in einer Höhe von 13.500.000 € **genehmigt**. 203

Abschließend **empfahl** das **Regierungspräsidium** der Stadt Ostfildern in den kommenden Jahren geeignete Maßnahmen zu treffen, um einen **Wiederaufbau der liquiden Mittel** zu erreichen. 204

c) Öffentliche Bekanntmachung und Auslegung

Die **öffentliche Bekanntmachung** der Haushaltssatzung erfolgte am 04.02.2021 auf der städtischen Homepage, sie wurde per Screenshot nachgewiesen. Auf die öffentliche Bekanntmachung wurde in der Stadtrundschau vom 04.02.2021 hingewiesen. Hier erfolgte auch der Hinweis auf die **öffentliche Auslegung** des Haushaltsplans im Zeitraum vom 08.02.2021 bis zum 16.02.2021 (je einschließlich). Damit war eine **Einsichtnahme an sieben Tagen möglich**, wie gemäß § 81 Abs. 3 GemO vorgeschrieben. 205

d) Anordnung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre

Der Erlass einer **haushaltswirtschaftlichen Sperre** gemäß § 29 GemHVO ist in diesem Wirtschaftsjahr **nicht erfolgt**. 206

2. Abweichungen in der Haushaltswirtschaft

Für die **Haushaltswirtschaft** ist nach § 11 Abs. 2 der Gemeindeprüfungsordnung insbesondere festzustellen, ob **Abweichungen** von den Ansätzen des Haushaltsplans **zulässig waren**. 207

a) Grundlagen der Abweichungen

Abweichungen ergeben sich zunächst im Rahmen der **beweglichen Haushaltsführung**. Dazu gehören die nach § 84 GemO möglichen **Planabweichungen** durch **überplanmäßige** und **außerplanmäßige** Aufwendungen oder Auszahlungen. Diese sind nur zulässig, wenn sie unab- weisbar sind oder ein dringendes Bedürfnis besteht und zugleich Deckung/Finanzierung gewährleistet ist (vgl. § 84 GemO). Zugleich bedürfen die Aufwendungen oder Auszahlungen, wenn sie nach Umfang und Bedeutung erheblich sind, der Zustimmung des Gemeinderates. 208

Diese „Plananpassungen“ werden in der Spalte **ergänzende Festlegungen im Haushaltsvollzug** abgebildet (vgl. jeweils Spalte 5 der verbindlichen Muster für Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung, Teilergebnisrechnung und Teilfinanzrechnung nach der VwV Produkt- und Kontenrahmen). Neben den über- und außerplanmäßigen Veränderungen werden dort auch die haushaltswirtschaftlichen Sperren oder die Inanspruchnahmen von Deckungsfähig- keiten abgebildet. 209

Dabei gilt für die Haushaltswirtschaft der Grundsatz der **Gesamtdeckung** (§ 18 GemHVO) sowie die weiteren Deckungsgrundsätze wie **Zweckbindung** (§19 GemHVO), **gegenseitige Deckungs- fähigkeit** oder **einseitige Deckungsfähigkeit** (§ 20 GemHVO). 210

Des Weiteren sind **Abweichungen im Rahmen der gebildeten Budgets** tolerabel. Dabei bildet zumindest jeder Teilhaushalt ein Budget, d. h. für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veran- schlagte Personal- und Sachmittel (Ermächtigungen) und Haushaltsübertragungen, die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungs- ziele zugewiesen sind. 211

Die Frage der **Zulässigkeit von Abweichungen** zu den Haushaltsansätzen ist somit durch eine Betrachtung der gebildeten Budgets je Teilhaushalt oder in den Teilhaushalten (wie bspw. das Schulbudget) festzustellen. 212

Neben den **Budgets der Teilhaushalte 1-8** wurden organisatorisch weitere **eigenständige Budgets** für Baubetriebshof, Feuerwehr, Schulen, Musikschule, Volkshochschule, Stadtbüche- rei, Kindergärten sowie Schulkindbetreuungen gebildet (vgl. Haushaltsplan Seite 513). 213

Nach den **qualitativen Rechengrößen** ist dabei zu unterscheiden zwischen: 214

- **außerordentlichen** Erträgen und Aufwendungen,
- **außerplanmäßigen** Aufwendungen oder Auszahlungen und
- **überplanmäßigen** Aufwendungen oder Auszahlungen.

b) außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Definition nach § 61 GemHVO: **Außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit** anfallende Erträge und Aufwendungen, insbesondere Gewinne und Verluste aus Vermögensveräußerung, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind, zum Beispiel ungewöhnlich hohe Spenden, Schenkungen, Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Schadensereignissen. 215

Diese Geschäftsfälle sind **in aller Regel** vorher **nicht planbar**. Im Haushaltsplan 2021 waren jedoch für geplante Grundstücksveräußerungen insbesondere im Baugebiet „Ob der Halde“ bereits **außerordentliche Erträge** in Höhe von 5.300.000 € **veranschlagt**. Dies entsprach zugleich dem geplanten veranschlagten Sonderergebnis, da keine außerordentlichen Aufwendungen vorgesehen waren. 216

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen **bilden zusammen** das **Sonderergebnis**. In diesem Jahr sind letztlich sowohl geringere außerordentliche Erträge von 2.976.729,17 € als auch höhere außerordentliche Aufwendungen mit 452.167,51 € angefallen. Hieraus resultiert ein Sonderergebnis in Höhe von **2.524.561,66 €**. Dieses wird im **Kapitel Prüfung Jahresabschluss\Sonderergebnis** näher betrachtet. 217

c) außerplanmäßig versus überplanmäßig

Die Rechtsgrundlage ist zunächst § 84 GemO, der die beiden Begriffe einführt. Eine nähere Begriffsbestimmung findet sich in § 61 der GemHVO: 218

- **Außerplanmäßig** sind Aufwendungen oder Auszahlungen, für die im Haushaltsplan **keine Ermächtigungen veranschlagt** und **keine** aus den Vorjahren **übertragenen Ermächtigungen** (Haushaltsübertragungen) **verfügbar** sind. 219

- **Überplanmäßig** sind Aufwendungen oder Auszahlungen, die die im Haushaltsplan **veranschlagten Beträge** und die aus den Vorjahren **übertragenen Ermächtigungen** (Haushaltsübertragungen) **übersteigen**. 220

Dabei ist nicht nur zwischen den außerplanmäßigen und überplanmäßigen Vorgängen zu unterscheiden, sondern es gibt auch unterschiedliche Rechtsfolgen. So gilt bspw. der § 84 Abs. 2 GemO nur für überplanmäßige Auszahlungen, nicht aber für außerplanmäßige Auszahlungen. 221

Darüber hinaus ist in beiden **planabweichenden Fällen** (außerplanmäßig/überplanmäßig) auch noch jeweils die Unterscheidung nach 222

- **konsumtiven** („Aufwendungen“, „Ergebnisrechnung“) und
- **investiven** („Auszahlungen“, „Finanzrechnung“)

Geschäftsvorfällen zu beachten.

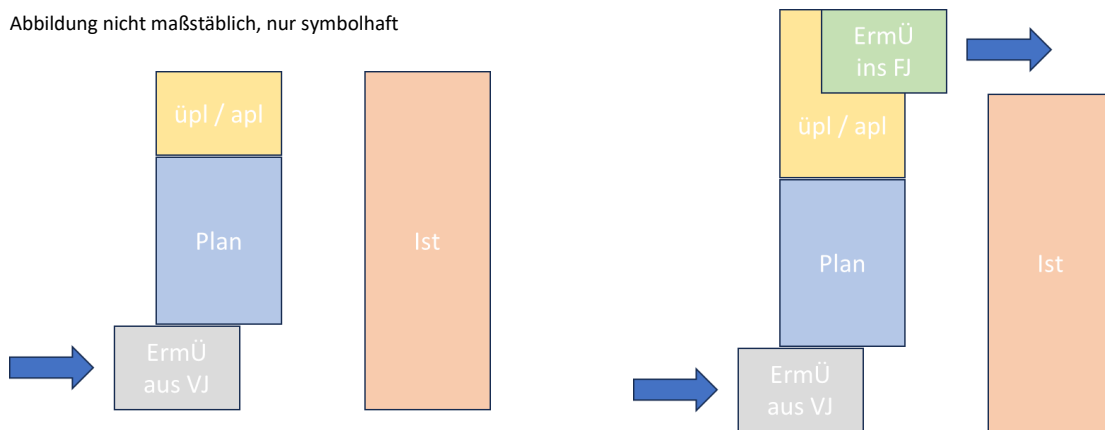
Dabei zählen die außerplanmäßigen und überplanmäßigen Vorgänge zur **gewöhnlichen Geschäfts- bzw. Verwaltungstätigkeit**. Sie wurden lediglich nicht veranschlagt, d. h. es gab keinen oder einen zu geringen Mittelansatz im Haushaltsplan. 223

- Nach der **Hauptsatzung** obliegt dem **Verwaltungsausschuss** „die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen von mehr als 10.000 €, aber nicht mehr als 50.000 € im Einzelfall“. 224
- Die Entscheidungsbefugnis über darunterliegende Beträge – also überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen bis zum Betrag von 10.000 € im Einzelfall – liegt bei dem **Oberbürgermeister**. 225
- Die darüberliegenden Beträge über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen von mehr als 50.000 € bleiben dem **Gemeinderat** vorbehalten. 226
- Als Folge dieser Regelungen ergaben sich die **Sitzungsvorlage 034/2022** mit der Zuständigkeit des **Verwaltungsausschusses** sowie die **Sitzungsvorlage 035/2022** mit der Zuständigkeit des **Gemeinderates**. 227
- Zu beiden Vorlagen wurde **jeweils** ein **einstimmiger Beschluss** gefasst. Zu der Vorlage 034/2022 in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 06.04.2022 und zu der Vorlage 035/2022 in der Sitzung des Gemeinderats vom 13.04.2022. 228
- Irritierenderweise tragen **beide Sitzungsvorlagen** den **gleichen Thementitel** „Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2021“. 229
 Das Rechnungsprüfungsamt **regt an**, die jeweilige **Zuständigkeit** mit in die Bezeichnung **aufzunehmen**, damit bereits durch das Thema der Sitzungsvorlage eine **eindeutige Identifikation** des Vorgangs erfolgen kann.
- Der **Verwaltungsausschuss** genehmigte über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2021 von insgesamt **339.304 Euro**. Diese verteilen sich auf den Ergebnishaushalt mit 189.030 Euro und den Finanzhaushalt mit 150.274 Euro. Dezierte **Nachfragen** des Gremiums zu zwei Positionen konnten in der Sitzung durch die Verwaltung **beantwortet** werden. 230
- Der **Gemeinderat** genehmigte weitere über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von **1.801.463 Euro**. Davon im Ergebnishaushalt 1.267.332 Euro und im Finanzhaushalt 534.131 Euro. 231
- In den jeweiligen **Anlagen** zu den beiden Sitzungsvorlagen werden die jeweiligen **Positionen detailliert** aufgeführt und erläutert sowie um eine **Begründung** für die Über- bzw. Außer-Planmäßigkeit ergänzt. Ebenso wird auch ein **Deckungsvorschlag** unterbreitet. Eine sach-logische **Plausibilitätsprüfung** ergab mit einer Ausnahme keine Hinweise auf eine **notwendige Prüfungsvertiefung**. 232
- Bei einer **Position** der über- und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt in der Zuständigkeit des Gemeinderates ist die **Rechenlogik** „Plan-Ansatz“ zuzüglich „Ermächtigungsübertrag“ minus „Ist-Ergebnis“ gleich „Überschreitung“ (im Sinne eines negativen Ergebnisses) **nicht gegeben**. Da dies **ungewohnt** ist, haben wir die Position **näher betrachtet**. 233
- Für das Projekt **Außenanlage Campus Ost** in der **Realschule Nellingen** wurde eine **außerplanmäßige Auszahlung** in Höhe von 86.000 Euro bewilligt (Auftragssachkonto I 5510 8001 7872 000). Der **Planansatz** 2021 betrug 150.000 Euro, eine übertragene Ermächtigung (**Haushaltsübertragung**) wurde im Vorjahr 2020 mit 85.000 Euro gebildet und steht zur Verfügung. 234

Von den bewilligten **außerPLANmäßigen Mitteln** in Höhe von 86.000 Euro wurden lediglich 23.621,05 Euro als Ist-Auszahlung verbucht, so dass im Haushaltsjahr 2021 noch eine **Haushaltsübertragung** in Höhe von 297.378,95 Euro **gebildet** werden konnte (vgl. Vorlage 050/2022). 235

Während **üblicherweise** die über- und außerplanmäßigen **Mittel bewilligt** werden, um die **erhöhten Abflüsse** im Haushaltsjahr **zu decken**, wurden **hier** sogar **mehr Mittel** bereitgestellt, so dass aufgrund der **Nicht-Inanspruchnahme** noch eine **Ermächtigungsübertrag ins Folgejahr** gebildet werden konnte. 236

Abbildung nicht maßstäblich, nur symbolhaft



Bereits in der **letztjährigen** Prüfung hatten wir diese **Fallkonstellation** festgestellt und angeregt, dass die Finanzverwaltung die **Fachbereiche** an die **Einhaltung der Planungsprinzipien** erinnert und diese auch einfordert. Aufgrund der Prüfungsprozesse konnte dies noch nicht umgesetzt werden. 237

3. Berichtspflicht – Stand des Haushaltsvollzugs

Der **Gemeinderat** ist **unterjährig** über den **Stand des Haushaltsvollzugs** (Erreichung der **Finanz- und Leistungsziele**) in den Teilhaushalten und im Gesamthaushalt zu unterrichten (§ 28 GemHVO). 238

Dies erfolgt durch die **Finanzzwischenberichte** sowie die **Steuerungsberichte**. 239

a) Finanzzwischenbericht

Im Jahresverlauf werden dem Gemeinderat in der Regel **drei Finanzzwischenberichte** vorgelegt. Dies war auch in diesem Jahr so. Der erste Finanzzwischenbericht wurde mit Stand zum **31.05.2021** (vgl. Vorlage 067/2021) vorgelegt. Die nächste Fortschreibung des Finanzzwischenberichts erfolgte mit Stand zum **31.08.2021** (vgl. Vorlage 118/2021). Gefolgt von einer weiteren Fortschreibung mit Stand zum **15.11.2021** (vgl. Vorlage 146/2021). 240

Bei den **Finanzzwischenberichten** wird die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen in der **Gesamtergebnisrechnung** nach der gesetzlichen Mindestgliederung (vgl. hierzu § 2 Abs. 1 Nummern 1 bis 20 GemHVO) im Hinblick auf den voraussichtlichen Zielwert zum Jahresende (Prognose) dargestellt, ferner die Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen sowohl im Bereich der **Investitionstätigkeit** als auch der **Finanzierungstätigkeit** ebenfalls mit Blick auf den voraussichtlich erreichten Jahresendwert. 241

Die **Notwendigkeit** derartiger Berichte wurde bereits **im Vorjahr besonders deutlich**. Der **unerwartete Verlauf** der Corona-Pandemie **spiegelte sich** in der Entwicklung des ordentlichen Ergebnisses **wider**. So wurde damals beim originären Planansatz noch von einem positiven ordentlichen Ergebnis von rund 1,21 Mio. Euro ausgegangen, über den Nachtragsplan mit einem geplanten Ergebnis von - 6,68 Mio. Euro ergab sich eine stete Verbesserung und Stabilisierung über - 4,16 Mio. Euro (31.08.2020) auf - 2,29 Mio. Euro (16.11.2020). Letztlich ergab sich sogar wieder ein positives ordentliches Ergebnis von 1,35 Mio. Euro. 242

In **diesem Jahr** war der **Verlauf noch dynamischer**. Wurde zunächst noch mit einem Verlust beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von - 14,36 Mio. Euro geplant, konnte durch die Fortschreibungen eine Verbesserung über - 10,84 Mio. Euro (31.05.2021) und - 4,54 Mio. Euro (31.08.2021) auf - 2,74 Mio. Euro (15.11.2021) prognostiziert werden. Im Jahresabschluss selbst konnte sogar ein positives ordentliche Ergebnis von + 4,35 Mio. Euro realisiert werden. 243

Das Ergebnis wird dadurch erklärbar, dass fast alle **Ertragspositionen** des Ergebnishaushalts **besser** abschlossen als geplant, vor allem die Steuern, insbesondere die Gewerbesteuer, die Zuweisungen und Zuschüsse sowie die sonstigen ordentlichen Erträge. Zudem erfolgte eine sparsame Bewirtschaftung mit **großen Einsparungen** bei den **Personal- und Sachkosten**. 244

b) Steuerungsbericht

Die **Steuerungsberichte** informieren den Gemeinderat in der Regel jeweils zum Ende des 1., des 2. und des 3. Quartals. Der Gemeinderat hat von der Entwicklung jeweils Kenntnis genommen am 12.05.2021, 21.07.2021 und 10.11.2021 (vgl. Vorlagen 062/2021, 083/2021 und 125/2021). 245

In den **Steuerungsberichten** werden die Summen über alle disponiblen Erträge sowie Aufwendungen ermittelt und differenziert nach den Budgets der **Teilergebnisrechnungen** (=Teilergebnishaushalte) dargestellt. Die dargestellte Steuerungskennzahl ist verbleibende Aufwandsmittel in Prozent. Auf wesentliche **Abweichungen** (ab 10.000 €) wird bei den jeweiligen Produkten eingegangen. Zudem wird auch ein Ausblick auf **zu erwartende Risiken/Chancen** im weiteren Geschäftsverlauf des Jahres gegeben. 246

Die **zu erklärenden Abweichungen** im Steuerungsbericht waren in diesem Jahr **wieder zahlreich**, es wurden bis zu 14 Darstellungsseiten an Informationen aufbereitet. Dies zeigt die **informativische Dichte** aber auch die **Notwendigkeit einer unterjährigen** Information gegenüber dem Gemeinderat. 247

c) Bauprojektcontrolling

Neben dem **Steuerungsbericht (konsumtive Ergebnisentwicklung)** wird zusätzlich eine **Übersicht über die aktuellen Bauprojekte** der Stadt sowie des Gymnasialen Schulverband Ostfildern vorgelegt (**investive Finanzentwicklung**). In diesem **Bauprojektcontrolling** sind Bauprojekte mit einem Gesamtbudget größer 1 Mio. € berücksichtigt. Ein **Ampelsystem** zeigt zudem Überschreitungen in den **Kosten** von bis zu 10 % und größer als 10 % an. 248

Ein weiteres **Ampelsystem** soll **Bauzeiten** visualisieren. Eine Regel für die „Bauzeiten-Ampel“, wann die Ampel auf grün, gelb oder gar rot gestellt wird, wird hier allerdings nicht mitgeliefert. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum beispielsweise bei jeweils angegebener „Bauzeit bis 2019“ in dem einen Projekt die Ampel auf grün steht, in anderen Projekten hingegen auf gelb oder gar rot. 249



Wir regen an, die **Darstellung zu erklären und weiter zu verbessern**. Im Zuge einer Neugestaltung bzw. Verbesserung des Berichts könnte bspw. auch die **Visualisierung des Fertigstellungsgrads** oder eine weitere **Tiefendifferenzierung bei den Projekten** nach Teilgewerken o. ä. aufgegriffen werden. 250

d) Stand des Haushaltsvollzugs

Im **Zusammenspiel der Finanzzwischenberichte und der Steuerungsberichte** ist der Gemeinderat unterjährig **regelmäßig informiert**. 251

Bei den **Finanzziele** liegt der Informationsschwerpunkt dabei im Wechsel auf 252

- Gesamtentwicklung und Detailsicht
- Zielerreichung (Prognosewert, Vorschau) und Abweichungsanalyse
- Planungszeitraum (Wirtschaftsjahr) und Berichtszeitraum (bislang oder „year-to-date“)



Wie schon in den Vorjahren weisen wir darauf hin, dass eine **unterjährige Unterrichtung** des Gemeinderats über die **Erreichung der Leistungsziele** bislang **nicht erfolgt**, gleichwohl der Gesetzgeber dies explizit vorgesehen hat (vgl. § 28 Abs. 1 GemHVO). 253

Die **Finanzverwaltung** hat zugesagt, **zukünftig** bei der Erstellung von Finanzzwischenberichten etwas zu den **Leistungszielen auszusagen**. In ihrer Stellungnahme zum vorjährigen Prüfbericht führt sie aus, dass dies der Hilfe des Controlling-Teams bedarf. 254

Diese Ansicht wird vom Rechnungsprüfungsamt geteilt. Es ist notwendig, zunächst die Frage zu klären, in welcher **Detailtiefe** die **unterjährige Berichterstattung** zu erfolgen hat. Die Notwendigkeit, hierfür Schlüsselpositionen, quantitative und qualitative Leistungsgrößen, Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung sowie Aktivitäten und Maßnahmen zu beschreiben, wird bereits umgesetzt. 255

Allerdings sollten diese **Elemente** nicht nur im **Haushaltsplan** sowie dem **Jahresabschluss enthalten** sein, sondern auch Eingang in die **unterjährige Berichterstattung** finden. Hierfür bieten sich die **Steuerungsberichte** an. Dabei erscheint uns eine **selektive Verdichtung** geboten, um einer Überfrachtung des Berichtes vorzubeugen. 256

Der **Aufwand** und die **Mühen**, die man sich im Prozess der Haushalts-Planung mit der **Planung der operativen Produktziele** (vgl. Eckwertebeschluss zum Haushaltsplan) macht, sind letztendlich **fraglich**, wenn der Planung keine Kontrolle folgt. An das bekannte Zitat „**Planung ohne Kontrolle ist sinnlos, Kontrolle ohne Planung unmöglich.**“ sei erinnert. 257

4. Übertragung von Haushaltsansätzen (Ermächtigungsübertragungen)

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 110 Abs. 1 Ziffer 3 GemO auch zu prüfen, ob der **Haushaltsplan eingehalten** worden ist. 258

Dazu wird zunächst der **fortgeschriebene Haushaltsansatz** mit dem tatsächlichen **(Ist-)Ergebnis** verglichen. Da es oftmals anders als geplant kommt, sind hierbei auch die **ergänzenden Festlegungen im Haushaltsvollzug** zu berücksichtigen. 259

Zudem finden auch die **Ermächtigungsübertragungen** Eingang in die weiteren Überlegungen. Unter einer Ermächtigungsübertragung versteht man die **zeitliche Übertragung von nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmitteln** in das folgende Haushaltsjahr. 260

Eine „**Übersicht** über die in das folgende Jahr zu übertragenden **Haushaltsermächtigungen**“ ist nach § 95 Abs. 3 GemO eine von den **drei Pflichtanlagen zum Jahresabschluss**. Die Weiteren sind die **Vermögensübersicht** sowie die **Schuldenübersicht**. 261

Im Gegensatz zu den beiden letztgenannten Anlagen wird durch die VwV Produkt- und Kontenrahmen für die **Ermächtigungsübertragungen kein verbindliches Muster vorgegeben**. Ein solches findet sich weder in der zum Zeitpunkt für die Haushaltswirtschaft bzw. diesen Jahresabschluss gültigen Verwaltungsvorschrift vom 30.08.2018 noch in der ganz aktuell gültigen VwV Produkt- und Kontenrahmen vom 16. Januar 2023. 262

Lediglich dem **Leitfaden** zum Jahresabschluss (2. Auflage, Dezember 2018) „sind Beispiele beigefügt, welche die einschlägigen rechtlichen Grundlagen berücksichtigen. Diese können bei Bedarf erweitert werden.“ 263

Bei allen **Beispielen** werden die **Ermächtigungsübertragungen** zunächst nach **Ergebnisrechnung** (konsumtive Vorhaben) und **Finanzrechnung** (investive Vorhaben) unterschieden. Die weitere Darstellung erfolgt in **Tabellenform**. 264

In der **horizontalen Differenzierung** wird wenigstens der **Wert** des gebildeten Ermächtigungsrestes genannt; meistens zudem weitere Informationen wie 265

- **zuständige Stelle** (Fachamt / bewirtschaftende Stelle),
- **Kontierungsinformationen** (Sachkonto, Kostenstelle/Produkt, Auftrag),
- **Erläuterungen / Begründungen** (textliche Hinweise) und
- weitere **Haushalts- und Rechnungswesen-Daten** wie Ermächtigungsreste des Vorjahres, fortgeschriebener Haushaltsansatz, ergänzende Festlegungen im Haushaltsvollzug, Rechnungsergebnis und noch verfügbare Mittel.

(Diese Spalten werden auch in den verbindlichen **Mustern zur Gesamtergebnis- bzw. Gesamtfinanzrechnung** aufgeführt, siehe Anlage 19 bzw. 21 VwV Produkt- und Kontenrahmen.)

Die **vertikale Differenzierung** erfolgt nach den **Gliederungsobjekten** (Organisationseinheiten, Produkten) bei der **Ergebnisrechnung** bzw. den **Investitionsaufträgen/-objekten** in der **Finanzrechnung** in den **jeweiligen Teil-Haushalten**. 266

Ein **Bestandteil des Jahresabschlusses 2021** ist die „Übersicht der in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Ermächtigungsreste [sic!] (Anhang Anlage 3)“. Hiernach werden getrennt 267

nach „Summe Ermächtigungsreste Ergebnishaushalt 2021“ insgesamt 1.236.829,62 € und „Summe Ermächtigungsreste Finanzhaushalt 2021“ insgesamt 13.057.907,29 € übertragen. Nachdem im Vorjahr erstmals Ermächtigungsreste für Einzahlungen im Finanzhaushalt gebildet wurden, ist dies auch im Jahr 2021 in Höhe von insgesamt 225.720,39 € erfolgt.

Für letztere Übertragung ist der **Hintergrund** eine **geänderte gesetzliche Regelung**. Im Zuge der Anpassung des Gemeindehaushaltsrechts wurden einzelne Aspekte der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) neu gefasst. U. a. wurde im „§ 21 Übertragbarkeit“ ab 21.05.2016 die Möglichkeit geschaffen, **neben den Ansätzen für Auszahlungen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen **auch die die Ansätze für zweckgebundene investive Einzahlungen** (Einzahlungen aus Investitionszuwendungen sowie Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit), da deren Eingang sicher ist, **für übertragbar zu erklären**. Damit können die **Ein- und Auszahlungen einer Investitionsmaßnahme einheitlich veranschlagt und auch übertragen** werden. 268

Bevor der Jahresabschluss erstellt wurde, wurden die genannten **Ermächtigungsübertragungen** gemäß Vorlage 050/2022 „Bildung von Ermächtigungsresten im Haushaltsjahr 2021“ bereits **durch den Gemeinderat beschlossen**: 269

- Aufwendungen im Ergebnishaushalt in Höhe von 1.236.829,62 €
- Auszahlungen im Finanzhaushalt in Höhe von 13.057.907,29 €
- Einzahlungen im Finanzhaushalt in Höhe von 225.720,39 €

Daraus ergibt sich eine **Nettobelastung** der Stadt in Höhe von **14.069.016,52 €** (Netto-Gesamt-Betrag der Ermächtigungsreste). Die **beschlossenen Positionen stimmen** mit dem Jahresabschluss **überein**. Die **formalen und inhaltlichen Anforderungen** werden **erfüllt**. 270

Unsere **Anregung** zur Anpassung der **Darstellung der Wertespalten**, nämlich die Daten aus dem Haushalts- und Rechnungswesen „von links nach rechts chronologisch“ darzustellen, wurde **aufgegriffen**. Damit ist auch die **Rechenlogik** „Ermächtigungsübertrag VJ“ + „Planansatz HHJ“ - „Ergebnis HHJ“ = maximal möglicher Ermächtigungsübertrag **leichter nachvollziehbar**. 271

Die **Übertragung** von Haushaltsmitteln von einem **in das nächste Haushaltsjahr** ist die wichtigste **Ausnahme vom Grundsatz der Jährlichkeit**. Die Übertragung bedarf daher eines **Beschlusses durch den Gemeinderat**. Dieser wurde durch die o. g. Beschlussvorlage **herbeigeführt**. 272

Die **Übertragbarkeit** und die **Deckungsfähigkeit** sind wichtige Prinzipien im **Konzept der Budgetierung**. 273

Die **übertragenen Mittel erhöhen** die im neuen Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden **Ansätze** und **mindern** zugleich auch die **liquiden Mittel**. 274

Der **Übertragbarkeit** wohnt zugleich die **Gefahr der Intransparenz** („Schattenhaushalt“) inne. Wenn die vorgesehene **Maßnahme** zunächst **verschoben**, sodann **gestreckt** oder ganz **vertagt** oder **gekippt** wird, und gar letztlich womöglich in einem **späteren** Haushaltsjahr **neu angemeldet** wird, dann stehen die **Mittel für andere Zwecke zur Verfügung**. 275

Neben dem **Gebot der Transparenz** sind auch die **Haushaltsgrundsätze der Wahrheit** und **Klarheit** durch den „Verschiebebahnhof“ in das nachfolgende Jahr berührt. 276

Zudem ist ein **hoher Anteil an Ermächtigungsübertragungen** auch ein **Indikator** dafür, dass die vorgesehenen Aufgaben, Aktivitäten und Maßnahmen **nicht wie geplant realisiert** werden konnten.

277

Die **Ermächtigungsübertragungen** werden nach **konsumtiven** (Ergebnishaushalt) und **investiven** (Finanzhaushalt) **getrennt** ausgewiesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die **Entwicklung** in den letzten Jahren.

278

in €	konsumtiv (Aufwendungen)	investiv (Auszahlungen)	investiv (Einzahlungen)
2015	675.194,97	6.845.218,02	
2016	599.162,87	10.666.032,86	
2017	656.504,35	10.614.244,89	
2018	872.752,83	8.340.534,96	
2019	1.184.167,49	9.326.118,56	
2020	1.410.668,15	11.251.242,80	1.451.182,00
2021	1.236.829,62	13.057.907,29	225.720,39

Die **Nachwirkungen** der **Pandemie** haben zweifelsohne auch zu der einen oder anderen **Verwerfung bei den Finanzdaten** gesorgt. Letztlich zeigte sich ein neues „**Allzeit-Hoch**“ bei den **investiven Ermächtigungsübertragungen**.

279

Zu einer **besseren Einschätzung** hat das Rechnungsprüfungsamt die gebildeten **Ermächtigungsübertragungen** der letzten vier Jahre **ins Verhältnis zu** dem jeweiligen **Planansatz** gesetzt.

280

Übertragungs- quote	Aufwendungen Ergebnishaushalt	Auszahlungen Finanzhaushalt
2018	0,9 %	48,8 %
2019	1,1 %	52,0 %
2020	1,3 %	55,4 %
2021	1,1 %	78,5 %



Während sich im **Ergebnishaushalt** die Übertragungsquoten im niedrigen einstelligen Bereich bewegen, welche sich als **erwartbare tolerable Unabwägbarkeiten** erklären lassen, liegt die **Übertragungsquote** im **Finanzhaushalt** zuletzt bei **über Dreiviertel der Mittel**. **Aus Steuerungssicht** ist ein so hoher Wert sehr fragwürdig.

281

Das Rechnungsprüfungsamt hat sich eine **Vertiefung der Thematik** in den folgenden Jahresabschlussprüfungen **vorgemerkt**.

282

Zum einen hinsichtlich der **Prüfung** nach § 11 Abs. 2 GemPro, ob die **Haushaltsübertragungen** (übertragene Ermächtigungen) **ordnungsgemäß gebildet** und **abgewickelt** worden sind. Dies bedarf einer **mehnjährigen Betrachtung** der einzelnen Übertragung eines Vorhabens.

283

Zum anderen im **Quervergleich** auch mit anderen **großen Kreisstädten der Region** zu der Frage, ob es sich um eine spezifische Abweichung vor Ort oder ein system-immanentes Problem handelt.

284

5. Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

Bei der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft handelt es sich um einen **unbestimmten Rechtsbegriff**, der inhaltlich nicht konkretisiert ist und unterschiedlich interpretiert werden kann. 285

Die **haushaltsrechtlichen Vorschriften**, die sich nicht explizit auf den Jahresabschluss beziehen, sollen beachtet und eingehalten werden. Hierzu zählen insbesondere 286

- die **allgemeinen Haushaltsgrundsätze** (§ 77 GemO), namentlich die **stetige Aufgabenerfüllung, Konjunkturgerechtigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit** sowie die **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung** (GoB)
- die Grundsätze der **Erzielung von Erträgen und Einzahlungen** (§ 78 GemO)
- sowie der Grundsatz der **Öffentlichkeit** (§ 81 GemO).

Darüber hinaus sind die **Rechts- und Verwaltungsvorschriften** sowie die **Verträge, die ortsrechtlichen Bestimmungen** und die **dienstlichen Regelungen** entsprechend zu beachten. 287

Vom **Institut der Rechnungsprüfer** (IDR), einem bundesweiten Berufsverband der öffentlichen Rechnungsprüfer, gibt es eine **Prüfungsleitlinie „Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft“**. Diese beinhaltet einen **Fragenkatalog**, der sich mit der **Ordnungsmäßigkeit** der haushaltswirtschaftlichen **Organisation**, der haushaltswirtschaftlichen **Instrumente** sowie der haushaltswirtschaftlichen **Prozesse** befasst. 288

Dieser Fragenkatalog des IDR basiert weitgehend auf dem **in der Praxis bewährten Prüfungsstandard** des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW PS 720. Viele der dort genannten Fragen sind auch für die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft relevant. 289

Die **Fragenkreise** umfassen die nachfolgenden **Themen** 290

- Tätigkeit von Überwachungsorganen und Verwaltungsleitung
- Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen
- Strategische Steuerung
- Ziele und Kennzahlen
- Controlling
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Risikofrüherkennungssystem
- Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate
- Haushaltsgrundsätze
- Planungswesen
- Haushaltssatzung
- Haushaltsplan
- Haushaltssicherungskonzept
- Investitionen

- Kredite
- Liquidität
- Forderungsmanagement
- Vergaberegelnungen
- Gebühren- und Beitragssatzungen
- Korruptionsprävention
- Berichterstattung an das Überwachungsorgan
- Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage
- Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven
- Finanzierung
- Eigenkapitalausstattung
- Rentabilität/Wirtschaftlichkeit
- Strukturelles Defizit und seine Ursachen
- Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

Bei der **Vielzahl der Fragen** ist es nicht möglich, eine örtliche Prüfung mit hinreichender Sicherheit vorzunehmen. Aus wirtschaftlichen Gründen können auch nicht jedes Jahr alle Bereiche mit der gleichen Intensität geprüft werden. Daher wird das Rechnungsprüfungsamt eine **mehnjährige Prüfungsplanung mit wechselnden Schwerpunkten** durchführen. 291

Wie unschwer zu erkennen ist, werden **bereits** einige Themen **im derzeitigen Prüfungsbericht behandelt**. Auf die Kapitel 292

- Kennzahlen zum Jahresabschluss
- Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit
- Haushaltssatzung und Haushaltsplan
- Berichtspflicht – Stand des Haushaltsvollzugs

wird verwiesen. Diese werden dabei **von Prüfungsjahr zu Prüfungsjahr fortgeschrieben**.

Der **letztjährige ausgewählte Prüfungsschwerpunkt** lag beim Thema „Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage“, also die **Grundsätze der Erzielung von Erträgen und Einzahlungen** aufzugreifen. 293

Zum **Einstieg in die Thematik** lohnt sich ein Blick in die **Gemeindeordnung**. In **§ 78** GemO ist der **Grundsatz zur Erzielung von Erträgen und Einzahlungen** geregelt. 294

Während in Absatz 1 lediglich die **deklaratorische Rolle** festgehalten ist „Die Gemeinde erhebt Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften.“ – die entsprechenden Ermächtigungsgrundlagen finden sich somit jeweils in anderen Gesetzen – wird in Absatz 2 die Art und die **Rangfolge der Deckungsmittel** festgelegt: „Die Gemeinde hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben 295

erforderlichen Erträge und Einzahlungen 1. soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für ihre Leistungen, 2. im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Erträge und Einzahlungen nicht ausreichen. Sie hat dabei auf die wirtschaftlichen Kräfte ihrer Abgabepflichtigen Rücksicht zu nehmen.“ Gefolgt von Absatz 3 „Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.“

Zunächst sind die **Zuflüsse** aus den „**Sonstigen Erträgen und Einzahlungen**“ zu betrachten. 296
Dabei wird zwischen dem **privatrechtlichen** und dem **öffentlich-rechtlichen** Bereich differenziert. Wesentliche privatrechtliche Posten umfassen dabei die Miet- und Pachteinnahmen, Konzessionsabgaben, Vermögenserträge durch Verkauf oder aus Beteiligungen sowie Zinsen und Dividenden. Bei den öffentlich-rechtlichen Posten sind insbesondere die Zuweisungen und Zuwendungen sowie die Kostenersätze zu nennen.

Unter den **Entgelten für Leistungen** sind die einmaligen Anschluss- und Erschließungsbeiträge 297
sowie die wiederkehrenden Verwaltungs- und Benutzungsgebühren zu nennen. Dabei gilt es die sozialen und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen („soweit vertretbar und geboten“).

Soweit all dies nicht ausreicht, um den Finanzbedarf zu decken, sind **nachrangig Steuern** zu 298
erheben. Dazu gehören Gewerbesteuer, Grundsteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer und ggf. weitere örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern. Bei den freiwilligen Steuern hat die Stadt darauf Einfluss, ob sie diese erhebt. Bei den Pflichtsteuern liegt die Höhe des Steuerertrags im eigenen Ermessen.

Dieses **breite und vielfältige Spektrum an Erträgen und Einzahlungen** soll den bestehenden 299
Finanzbedarf decken und zugleich aber auch in seiner Erhebung auf die **wirtschaftlichen Kräfte** der Abgabepflichtigen **Rücksicht nehmen**. Dieser Spagat gelingt am besten, wenn die notwendigen Betrachtungen im Lichte der **aktuellen Erfordernisse** und kürzlich **erfolgten** sowie zukünftig **erwarteten Entwicklungen** erfolgen. Dies führt zur **Forderung von regelmäßig aktuellen Überprüfungen** und ggf. Anpassungen der Grundlagen zur Erzielung von Erträgen und Einzahlungen.

Die Rechnungsprüfung begrüßt und unterstützte die im Rahmen der **Haushaltsstruktur-** 300
kommission im Herbst 2024 entwickelte **Tabelle zu den Steuern, Gebühren und Entgelten** sowie die Festlegung eines **Turnus für Prüfungen**, da dies zu einer **Regelmäßigkeit** der **Steuer-, Gebühren- und Entgeltanpassungen** beiträgt. Diese Übersicht ist zugleich auch der Arbeitsauftrag an die Verwaltung, um die **geforderte Aktualität ständig zu erhalten**.

6. Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

§ 42 GemHVO verlangt, dass **unterhalb der Bilanz** folgende Vorbelastungen **auszuweisen** sind, die spätere Haushaltsjahre belasten: 301

- Bürgschaften,
- Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen,
- eingegangene Verpflichtungen und
- in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen.

Die Formulierung im § 42 GemHVO, dass die Angaben „unter der Bilanz“ zu erfolgen haben, soll insbesondere der **Bilanzklarheit** dienen. 302

Um den **rechtlichen Anforderungen** Genüge zu tun, hatte das Rechnungsprüfungsamt eine **entsprechende Ergänzung der Darstellung** „unter der Bilanz“ bereits angemahnt. Eine Umsetzung konnte aufgrund der **zeitlichen Verwerfungen** zwischen Erstellung, Prüfung und vollzogener Anpassung in dem diesjährigen Jahresabschluss **noch keine Berücksichtigung** finden. Die Umsetzung ist im Jahresabschluss 2024 erfolgt. Hier sind die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre nach § 42 GemHVO direkt unter der Bilanz aufgeführt. 303

Neben der Angabe unter der Bilanz sind die **Vorbelastungen** nach § 53 Abs. 2 Nr. 7 GemHVO **zusätzlich auch im Anhang anzugeben**. Während sich die Angabe unter der Bilanz auf die Angabe einer Summe je Art beschränkt, erfolgt im Anhang eine **weitergehende Erläuterung**. 304

Auf die entsprechend **vorliegenden** und **formell korrekten Anlagen** 305

- Sicherheiten und Gewährleistungen an Dritte (Anlage 5)
- Übersicht über die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 6)

im **Anhang** des Jahresabschlusses wird verwiesen.

IV. Prüfung des Jahresabschlusses

1. Die Grundlagen: Buchführung, Summen- und Salden-Liste

Die **wesentlichen grundlegenden Bestimmungen** zum Jahresabschluss werden in § 95 Abs. 1 306
GemO genannt:

- Die Gemeinde hat **zum Schluss** eines jeden **Haushaltsjahres** einen Jahresabschluss aufzustellen.
- Der Jahresabschluss ist nach den **Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung**
- unter Berücksichtigung der besonderen **gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen** aufzustellen
- und muss **klar** und **übersichtlich** sein.
- Der Jahresabschluss hat **sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen** zu enthalten, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- Er hat die **tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** der Gemeinde darzustellen.

Bereits bei den **allgemeinen Haushaltsgrundsätzen** in § 77 Abs. 3 GemO wird auf das **Führen der Bücher** verwiesen, welches in der Form der **doppelten Buchführung (Kommunale Doppik)** zu erfolgen hat. 307

Doppelte Buchführung bedeutet, dass jeder **Geschäfts- bzw. Verwaltungsvorfall** auf einem **Konto und einem Gegenkonto** erfasst wird. Zur Unterscheidung wird ein Buchungssatz gebildet, in dem festgelegt wird, auf welchem Konto im „Soll“ und auf welchem im „Haben“ gebucht wird. 308

Die doppelte Buchführung wurde erstmals **1494** von dem italienischer Mathematiker **Luca Pacioli** beschrieben. So erklärt sich auch die Bezeichnung, da dem Kontentitel das Soll und das Haben folgt. Im italienischen „deve dare“ und „deve avere“ (zu deutsch „soll geben“, „soll haben“). Später fiel in Deutschland links das Geben und rechts das Soll weg, so dass wir heute nur noch Soll und Haben anwenden. 309

Soll und Haben sind somit die technische Umsetzung der doppelten Buchführung. Der **Buchungssatz** lautet immer: **Soll an Haben**. 310

Eine **wesentliche Auswertung** aus der doppelten Buchführung ist die **Summen- und Salden-Liste**. Sie liefert eine Übersicht aller bebuchten Konten mit den jeweiligen Anfangssalden, Bewegungen in Summen und Endsalden. Diese **interne Übersicht** bietet einen **guten Überblick** zu den wesentlichen **Positionen und Kontobewegungen** innerhalb eines Jahres. Damit ist ihre **Analyse** zugleich Ausgangspunkt für eine daraus abgeleitete **risiko-orientierte Prüfungsplanung**. 311

Im Sinne einer **risiko-orientierten Prüfungsplanung** erfolgte als **analytische Prüfungshandlung** eine **Durchsicht der Summen-Salden-Liste**. Dabei wurden die **Abweichungen** zum Vorjahr in 312

absoluten und relativen Werten **ermittelt**. Bei Überschreiten von Schwellenwerten wurden die auffälligen Abweichungen näher betrachtet. Im Einzelnen wird bei den nachfolgenden Prüfungsposten der Aktiva und Passiva darauf eingegangen.

Ebenso bedingen eine Vielzahl von **Ertragsbuchungen im Soll** oder **Aufwandsbuchungen im Haben** einer näheren Prüfungsbetrachtung der jeweiligen Erfolgskonten. Denn Erfolgskonten werden dort bebucht, wo sie in der Gewinn- und Verlustrechnung stehen: 313

- **Aufwandskonten** mithin auf der (linken) **Sollseite**, weil die Aufwendungen das **Eigenkapital mindern**.
- **Ertragskonten** auf der (rechten) **Habenseite**, weil die Erträge das **Eigenkapital erhöhen**.

Von den **gebuchten Werten auffällig** war u. a. das Konto **3321 000 Benutzungsgebühren / ähnliche Entgelte**. Auf diesem Ertragskonto wurden im Haben 7.614.433,85 € verbucht und im Soll 1.038.865,86 €, so dass sich im Saldo 6.575.567,99 € ergab. Die **nicht erwarteten Soll-Buchungen** lagen wertmäßig bei 13,6 % der Haben-Buchungen. 314

Wir verschafften uns einen **Überblick** und stellten fest, dass insgesamt weit **über 10.000 Buchungen** vollzogen wurden. Ein größerer im Soll gebuchter Betrag (212.752,26 €) wurde als **Stichprobe** geprüft. Dabei handelte es sich um einen Geschäftsvorfall zur **Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens** für Grabnutzungsgebühren. Unter passive Rechnungsabgrenzungsposten fallen **Einnahmen**, die **vor dem Bilanzstichtag** eingehen, aber wirtschaftlich einen **Ertrag** für eine bestimmte Zeit **nach dem Bilanzstichtag** darstellen. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten dient der **periodengerechten Gewinnermittlung**. 315

Die **begründenden Unterlagen** zu dem Beleg wurden **eingesehen**. Sowohl **buchhalterisch** als auch **dokumentatorisch** ergaben sich **keine Bemerkungen**. 316

Im **Vorvorjahr** hatten wir bereits ein **anderes Sachkonto** einer näheren **Betrachtung unterzogen** und zur **Prüfung** die **Buchungen** auf dem Konto **angeschaut**. Damals sind uns Umbuchungsbelege aufgefallen, bei denen **quartalsweise** ein **höherer Betrag umgebucht** wurde. Dies nahmen wir seinerzeit zum Anlass, die **Geschäftsvorgänge** beim Fachbereich **zu hinterfragen**. Als **Ergebnis** der Untersuchung ließen sich die „nicht erwarteten Buchungsvorgänge“ **nachvollziehbar erklären**. 317

2. Die Bilanz

a) Das Rechenwerk Bilanz

- Die **Bilanz** (lateinisch bilancia „(Balken-)Waage“; aus lateinisch bi „doppelt“ und lanx „Schale“) ist ein in vielen Fachgebieten vorkommender Begriff, worunter allgemein eine nach bestimmten Kriterien **gegliederte, summarische** und sich **ausgleichende Gegenüberstellung** von Wertkategorien verstanden wird. 318
- Oftmals wird der Ausdruck Bilanz unmittelbar mit dem klassischen **betrieblichen Rechnungswesen** in Verbindung gebracht. Darüber hinaus gibt es auch Bilanzen, die andere Gesichtspunkte betrachten, wie bspw. Energiebilanz, Sozialbilanz, Umweltbilanz oder Wissensbilanz. 319
- Die Bilanz ist der **Abschluss des Rechnungswesens** zu einem **bestimmten Zeitpunkt** (Bilanzstichtag), in der Regel zum Ende des Geschäftsjahres (Jahresabschluss). Sie ist verknüpft mit der **Buchführung**, der zeitlich und sachlich **geordneten Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle** in einem Betrieb. 320
- Der wirtschaftliche Begriff Bilanz lässt sich **historisch** zurückverfolgen bis zu den Anfängen der doppelten Buchführung, die von dem italienischen Mönch und Mathematiker Luca Pacioli im Jahr 1494 erstmals komplett beschrieben wird. 321
- Die Bilanz ist eine **systematische Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital**, also von den eingesetzten betrieblichen Mitteln. Sie wird üblicherweise in der Form eines T-Kontos aufgestellt. 322
- Das **Vermögen (Aktiva)** zeigt die **Mittelverwendung** für die einzelnen Vermögensgegenstände wie bspw. immaterielles Vermögen, Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge, Beteiligungen oder liquide Mittel. 323
- Dagegen zeigt das **Kapital (Passiva)** die **Mittelherkunft** aus Eigenkapital oder Schulden (Verbindlichkeiten) bzw. Rückstellungen durch ungewisse Verbindlichkeiten oder unbestimmte Aufwendungen. 324
- Vermögen und Kapital stellen dieselbe Wertgesamtheit (**Bilanzsumme**) dar; dies kommt in der sogenannten Bilanzgleichung (**Aktiva = Passiva**) zum Ausdruck. 325
- Beide Seiten der Bilanz werden dabei **nach der Fristigkeit** bzw. Bindungsdauer der Posten **gegliedert**. Je näher zum Geld, je kürzer die Bindungsdauer der Gegenstände, je dringlicher die Verpflichtung, desto „weiter unten“ in der Bilanz stehen die Posten. 326
- Die Bilanz dient der **Dokumentation, Information** und **Erfolgsermittlung**. Sie ist das **zentrale Bindeglied** im betrieblichen Rechnungswesen und ermöglicht das Zusammenspiel der Ergebnis- und Finanzrechnung in der **Drei-Komponentenrechnung** des NKHR. Und letztlich ermöglicht die Bilanz den Einstieg in die Beurteilung der **tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage** der Gemeinde. 327

b) Die Bilanzwerte zum 31.12.2021

Die Bilanz der Stadt Ostfildern zum 31.12.2021 ist diesem Bericht als Anlage beigelegt. Die 328
Veränderungen zur Bilanz zum 31.12.2020 stellen sich **im Überblick** wie folgt dar:

	31.12.2021	31.12.2020	
Aktivseite			329
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	265.818,46 €	217.934,89 €	
1.2 Sachvermögen	251.106.540,61 €	239.505.727,77 €	
1.3 Finanzvermögen	59.921.423,00 €	51.430.115,93 €	
2. Abgrenzungsposten	21.233.405,08 €	17.621.537,96 €	
Summe Aktivseite	332.527.187,15 €	308.775.316,55 €	

Passivseite			330
1.1 Basiskapital	201.774.897,20 €	201.774.897,20 €	
1.2 Rücklagen	54.437.825,49 €	47.560.386,55 €	
2 Sonderposten	13.432.852,99 €	13.574.042,21 €	
3 Rückstellungen	18.768.311,08 €	15.319.686,80 €	
4 Verbindlichkeiten	39.977.658,34 €	26.470.512,97 €	
5 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	4.135.642,05 €	4.075.790,82 €	
Summe Passivseite	332.527.187,15 €	308.775.316,55 €	

Die obige Überblicksdarstellung entspricht nicht der **gesetzlich vorgegebenen Mindestgliederung**. Nach § 52 GemHVO sind die Werte teilweise bis hinunter auf die dritte Strukturebene auszuweisen. Diese Anforderung wird durch die **im Jahresabschluss** vorgelegte Bilanz **erfüllt**. 331

Die teilweise **darunterliegende Strukturebene**, die nachfolgend auch mit den Ergebniswerten erläutert wird, ergibt sich durch die **Aufteilung auf weitere sinnvolle Wertbereiche** wie beispielsweise nach den thematischen Arten der unbebauten bzw. bebauten Grundstücke. 332

c) Die Prüfung der Bilanz

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss daraufhin zu prüfen, ob das **Vermögen** 333 sowie die **Schulden** und **Rückstellungen** richtig nachgewiesen worden sind (vgl. § 110 Abs. 1 Ziffer 4 GemO). Diese Posten stehen in der Bilanz.

Dies wird durch die Gemeindeprüfungsordnung (vgl. § 11 Umgang der Prüfung) dahingehend 334 konkretisiert, dass u. a.

- die einzelnen Maßnahmen der **Vermögens- und Schuldenverwaltung** den von 335 der Gemeinde zu beachtenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie den Verträgen und dienstlichen Regelungen der Gemeinde entsprechen,
- die **Bücher** ordnungsgemäß angelegt, geführt und abgeschlossen sind, 336
- **Forderungen** rechtzeitig eingezogen worden sind und die Voraussetzungen für 337 die **Stundung**, die **Niederschlagung** oder den **Erlass** von Ansprüchen vorlagen,
- das **Inventar** ordnungsgemäß aufgestellt und die **Ansatz- und Bewertungsvor-** 338 **schriften** eingehalten worden sind,

Analyse der Bilanz, Risikobeurteilung

Um die **Komplexität** der Prüfung des Jahresabschlusses zu **reduzieren** und gleichzeitig den 339 **gestiegenen Anforderungen** an die Prüfungsnotwendigkeiten **Genüge zu tun**, werden in einem ersten Schritt **notwendige Prüffelder identifiziert**.

In der Bilanz wird das Vermögen (Aktivseite) der Kommune und seine Finanzierung (Passiv- 340 seite) zum Stichtag 31.12. gegenübergestellt. Aus der **inhaltlichen Differenzierung** nach **Mittelverwendung** (Aktiva) und die **Mittelherkunft** (Passiva) sowie der **zeitlichen Besonderheit** jeweils nur **stichtagsbezogen Auskunft** zu geben, ergibt sich der erste Prüfungsansatz hinsichtlich **wesentlicher Wert-Abweichungen**.

Wesentliche Wert-Abweichungen

Im **Vergleich** zwischen den **Vorjahreswerten** und den **aktuellen Bilanzwerten** lassen sich 341 **wesentliche Abweichungen** in der Bilanz erkennen. Diese Gegenüberstellung wird im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses auf der Ebene der **Sachkonten** ermittelt.

Das Ergebnis fließt in den weiteren Kapiteln in die **Prüfung von ausgewählten Aktivposten** 342 bzw. **Passivposten** mit ein. Alternativ findet es **Berücksichtigung im Prozesszusammenhang**; so entsteht der **Wertzuwachs** bei einem Vermögensposten in der Regel durch den **Kauf eines Anlagegutes**, dies wird wiederum bei der **Auszahlung für Investitionstätigkeit** abgebildet.

Bildung von Schwerpunkten

Die nach der Gemeindeprüfungsordnung geforderte **Bildung von Schwerpunkten** bei der Prüfung hat unter Berücksichtigung der folgenden **allgemeinen Aspekte** zu erfolgen: 343

- Komplexität und Schwierigkeit
- wirtschaftliche Bedeutung
- Risiko, insbesondere auch die Wahrscheinlichkeit etwas falsch zu machen sowie
- Zeitabstand und Ergebnisse der letzten Prüfung

Zudem sind die Aspekte der **einzelnen Prüfungsgebiete** zu berücksichtigen. Dabei sind Fragen nach der **Bilanzierung** (Nachweis und Ansatz), **Gliederung** (Ausweis) und **Bewertung** zu beantworten. 344

Prüfungsaussagen

Bei der Prüfungsdurchführung werden auch die zu tätigenen **Prüfungsaussagen** berücksichtigt. Dieses Konzept wird durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sehr stark verfolgt. So sollen bspw. Aussagen zur **Vollständigkeit, Existenz, Genauigkeit und Bewertung** getroffen werden. 345

So ist bspw. bei der Position Rückstellungen auf die Vollständigkeit zu achten oder es ist bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen der Nachweis der Existenz zu überprüfen. Die Genauigkeit zielt auf Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, während die Bewertung auf den richtigen Wertansatz hin untersucht. Diese **Überlegungen** greifen wir bei den **einzelnen Prüfungspositionen** auf. 346

Zugleich entwickelt sich die **Jahresabschlussprüfung** weiter, indem im Sinne einer **prozessorientierten Prüfung** ein Verständnis für die Geschäftsprozesse entwickelt wird. Daraus werden **Risiken identifiziert** und implementierte **interne Kontrollsysteme (IKS)** überprüft. Diese **Systemprüfung** (Prüfung der Verwaltungsprozesse) wird durch **Plausibilitätsprüfungen** und **Einzelfallprüfungen** ergänzt. 347

3. Einzelne Aktivposten der Bilanz

a) Immaterielle Vermögensgegenstände 265.818,46 € (217.934,89 €)

Bei diesem Bilanzposten sind die Vermögenswerte für **Konzessionen, Lizenzen und DV-Software** erfasst worden. Eine Aktivierung kann nur erfolgen, wenn immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworben wurden und wenn sie selbständig bewertungsfähig sind. 348

Die Bilanzposition gliedert sich in **zwei Bereiche**: 349

- Lizenzen 77.419,20 € (80.314,25 €)
- DV-Software 188.399,26 € (137.620,64 €)

Gegenüber dem **Vorjahreswert** haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände insgesamt um 47.883,57 € **erhöht**. 350

Im letztjährigen Prüfungsbericht haben wir die **Bilanzposition näher betrachtet** und zunächst die **Entwicklung der letzten Jahre** dargestellt. 351

Der Wert in der Eröffnungsbilanz 01.01.2010 betrug 320.816,42 Euro. Das **Allzeit-Hoch** lag am 31.12.2014 bei 392.903,36 €. **Nachdem** sich der **Wert in den letzten Jahren stets rückläufig entwickelt** hat, ist im Prüfungsjahr erstmals wieder eine Steigerung festzustellen. 352

2011	268.970,74 €
2012	246.032,56 €
2013	258.689,14 €
2014	392.903,36 €
2015	375.257,30 €
2016	379.612,12 €
2017	307.004,96 €
2018	278.562,40 €
2019	244.785,66 €
2020	217.934,89 €
2021	265.818,46 €

In den letzten Jahresabschlüssen wurde stets ausgeführt, dass die **Normal-Abschreibungen** die **Investitionen übersteigen**, so dass sich der **Bestand** im Vergleich zum Vorjahr **verringerte**. 353

Dies ist in diesem Jahr bei den **Lizenzen** wieder der Fall. Hier erfolgten diverse Abschreibungen in Summe von 26.649,20 € und es wurden investive Anschaffungen für Kollaborations- und Datensicherungs-Software-Lizenzen von insgesamt 23.981,48 € getätigt. 354

Bei der **DV-Software** wiederum stehen den Normal-Abschreibungen von 38.548,00 € investive Vorgänge in Höhe von 94.548,00 € gegenüber. Diese resultieren überwiegend aus der Beschaffung für die **Einführung der Finanzsoftware SAP** zum 01.01.2022. 355

Aus beiden Bereichen wurden einzelne Belege **in Stichproben geprüft**. Daraus ergaben sich **keine Bemerkungen**. 356

**b) Unbebaute Grundstücke und
grundstücksgleiche Rechte**

21.861.025,66 € (22.784.629,96 €)

Unbebaute Grundstücke sind **Grundstücke**, auf denen sich **keine Gebäude** befinden. Innerhalb dieses Bilanzpostens erfolgt eine Unterteilung in **Grünflächen** (z. B. Parkanlagen, naturschutzwürdige Flächen, Wasserflächen), **Ackerland** (landwirtschaftlich genutzte Flächen der Gemeinde ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen), **Wald und Forsten** (der im gemeindlichen Besitz befindliche Wald sowie sonstige forstwirtschaftlich genutzte Flächen ohne Gebäude-, Hof- oder Wegeflächen) sowie sonstige unbebaute Grundstücke (z. B. unbebaute **Bau- oder Gewerbegrundstücke**). Angesetzt werden der Wert von Grund und Boden sowie des Aufwuchses.

357

Die Bilanzposition **gliedert sich** wie folgt:

358

	31.12.2021	31.12.2020
• Grünflächen	5.449.821,37 €	5.443.564,12 €
• Ackerland	4.325.086,19 €	5.242.405,01 €
• Wald, Forsten	1.470.881,06 €	1.455.580,74 €
• Sonstige unbebaute Grundstücke	10.615.237,04 €	10.643.080,09 €
	21.861.025,66 €	22.784.629,96 €

Der **Bestand** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 923.604,30 € **verringert**. Veränderungen, also entweder Ab- oder Zunahmen sind bei allen Posten zu verzeichnen.

359

Im **Vorjahr** wurde bei der Bilanzposition eine **Detailprüfung** als Schwerpunkt vorgenommen, die zu **keinerlei Beanstandungen** geführt hatte.

360

Die **augenfälligste Abnahme** (- 17,5 %) ergab sich beim **Ackerland** mit minus 917.318,82 €. Auf diesem Konto wurden alle Buchungen gesichtet. Hieraus ergaben sich **keine Prüfungsansätze**.

361

c) **Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte**

149.017.306,03 € (138.682.017,44 €)

Hier wird der Wert von Grund und Boden, der Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen folgender **Grundstücksarten** nachgewiesen. 362

	31.12.2021	31.12.2020
• Wohnbauten	20.828.521,50 €	13.460.712,26 €
• Kindertagesstätten	18.757.620,32 €	18.980.616,01 €
• Sonstige soziale Einrichtungen	3.078.098,86 €	3.150.806,56 €
• Schulen	39.216.318,76 €	36.486.619,50 €
• Kulturanlagen	17.053.016,89 €	17.346.551,23 €
• Sportanlagen	24.207.042,88 €	24.318.109,10 €
• Freizeit- und Gartenanlagen	5.166.905,81 €	5.327.254,04 €
• Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	20.709.781,01 €	19.611.348,74 €
	149.017.306,03 €	138.682.017,44 €

Von diesen Werten entfallen auf 363

• Grund und Boden sowie Außenanlagen	39.045.265,18 €	35.598.313,12 €
• Gebäude , Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	109.972.040,85 €	103.083.704,32 €

Bei den **Wohnbauten** gab es sowohl bei dem **Grund und Boden** (+ 64 %) als auch bei den **Gebäuden** (+ 48 %) sowie bei den Außenanlagen der **Kindergärten** (+ 14 %) gab es deutliche Zuwächse. 364

Bei den **Wohnbauten** (Grund und Boden sowie Gebäude) wirkt sich die **Übernahme** der ehemals beim **Eigenbetrieb** Wohnungsverwaltung Ostfildern (**WVO**) geführten Grund- und Bodenwerte mit 3.570.785,78 € sowie die zugehörigen Gebäudewerte mit 3.954.839,30 € **bestandsmehrend** (+ 7,5 Mio. €) aus. 365

Das Rechnungsprüfungsamt hat **Einblick** in die zu diesem Vorgang geführten **Akten der Finanzverwaltung** genommen. Wir konnten uns von der **Ordnungsmäßigkeit der Übernahme** mit der gegenständlichen Aufnahme und der richtigen Wert-Übernahme **überzeugen**. 366

d) Infrastrukturvermögen **67.198.081,94 €** (66.704.660,85 €)

Das Infrastrukturvermögen stellt die **zweitgrößte Position** des Sachanlagevermögens dar und umfasst **Grund und Boden** sowie die zuzurechnenden **Aufbauten, Betriebseinrichtungen und Bauwerke**, welche getrennt bewertet und als Vermögensgegenstände in der Anlagenbuchhaltung geführt werden. 367

	31.12.2021	31.12.2020
• Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	28.829.948,11 €	28.018.136,96 €
• Brücken	1.487.812,53 €	1.521.143,03 €
• Straßen, Wege, Plätze, Verkehr	34.986.302,40 €	35.500.165,89 €
• Wasserbauliche Anlagen	151.391,79 €	107.357,45 €
• Friedhöfe	1.666.579,01 €	1.471.533,09 €
davon Grund und Boden	274.415,52 €	274.415,52 €
• Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	76.048,10 €	86.324,43 €
	67.198.081,94 €	66.704.660,85 €

Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein **geringer Zuwachs** (493.421,09 €), da den getätigten Investitionen wertmäßig niedrigere Abschreibungen gegenüberstehen. 368

Die **wesentlichsten Bestandsmehrungen** entstanden bei den **wasserbaulichen Anlagen** (Sanierung des Feuerlöschteichs in Scharnhausen) sowie verschiedene Ausstattungsmaßnahmen auf den **Friedhöfen** in Ruit und Kemnat. Hierzu haben wir als Stichprobe zwei **Belege geprüft**, es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 369

Ferner sorgte auch der Vollzug eines **Veränderungsnachweises** für eine **Bestandserhöhung** beim **Grund und Boden** des Infrastrukturvermögens. 370

e) Bauten auf fremden Grundstücken **500,45 €** (500,45 €)

Hierbei handelt es sich um einen Baum auf einem privaten Grundstück in Ruit. 371

f) Kunstgegenstände und Kulturdenkmale **181.955,69 €** (185.437,02 €)

Hier sind im Wesentlichen die Kunstgegenstände der städtischen **Galerie** sowie **Kunstwerke im öffentlichen Raum** abgebildet. 372

Der Bilanzwert hat sich gegenüber dem Vorjahreswert **geringfügig reduziert**. 373

g) Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge 2.862.854,02 € (3.041.586,65 €)

Bei diesem Bilanzposten sind alle Maschinen und technischen Anlagen sowie Fahrzeuge 374 erfasst, die für die **Leistungserbringung durch die Stadt erforderlich** sind.

	31.12.2021	31.12.2020
• Fahrzeuge	1.596.861,48 €	1.690.799,30 €
• Maschinen	177.384,66 €	197.181,51 €
• Technische Anlagen	1.088.607,88 €	1.153.605,84 €
	2.862.854,02 €	3.041.586,65 €

Bei den **Fahrzeugen** trat, wie schon im Vorjahr insgesamt eine **Bestandsminderung** ein. D. h. 375 die neuen Beschaffungen waren wertmäßig geringer als die Summe der Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände.

Auch bei den **Maschinen** ergab sich erneut ein **leichter Rückgang** im Bestandswert. 376

Auch bei den **technischen Anlagen** ergab sich eine **geringfügige Minderung** des Bestands- 377 wertes.

h) Betriebs- und Geschäftsausstattung 959.761,90 € (943.281,61 €)

Unter dieser Bilanzposition sind **Einrichtungsgegenstände** in Büros, Schulen, Kindertagesstät- 378 ten, Werkstätten und anderen Einrichtungen sowie etwaige Betriebsvorrichtungen **aktiviert**.

Der **Bilanzwert** hat sich im Vergleich zum Vorjahr durch verschiedene Beschaffungen **nur ge- 379 ringfügig erhöht**.

Im **Vorjahr** haben wir **alle Buchungen** gesichtet und **einzelne Belege** in Stichproben geprüft. 380 Dabei haben sich **keine wesentlichen Prüfungsbemerkungen** ergeben, weshalb wir uns **dieses Jahr** auf die **stichprobenartige Prüfung einiger weniger Belege** beschränkt haben. Dabei erga- ben sich **keine Prüfungsbemerkungen**.

i) Vorräte 53.449,15 € (43.527,56 €)

Unter dieser Bilanzposition werden hauptsächlich die **Heizöl-, Holzpellets- und Flüssiggas- 381 bestände** städtischer Gebäude sowie der **Streusalz- und Splittbestand** des Bauhofs abgebildet.

Die Stadt Ostfildern bewertet ihre Vorräte nach dem „**FiFo-Verfahren**“ (First In – First Out). 382 Hierbei wird unterstellt, dass die zuerst beschafften Bestände zuerst verbraucht werden und sich die zuletzt eingetroffenen Lieferungen im Lagerbestand befinden. Alle eingehenden Lief- erungen werden nach ihrem tatsächlichen Wert bewertet.

Der **Bilanzwert** zeigt sich gegenüber dem Vorjahr **erhöht**. 383

j) Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau 8.971.605,77 € (7.120.086,23 €)

Auf dieser Bilanzposition werden **Maßnahmen** nachgewiesen, die zum 31.12.2021 **nicht endgültig fertig gestellt** waren und somit den vorstehenden Bilanzpositionen noch nicht konkret zugeordnet werden konnten. Die Anlagen im Bau umfassen dabei nicht nur Gebäude und sonstige Bauten, sondern auch Maschinen, Transportanlagen und andere Anlagegüter, deren Anschaffung oder Herstellung bis zum Bilanzstichtag noch nicht beendet ist. 384

Auf derselben **Bilanzposition** werden **auch** die geleisteten **Investitionszuschüsse** an die Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Ostfildern mbH (**SEG**) abgebildet. 385

Die **Anlagen im Bau** werden **nicht abgeschrieben**. Nach der **Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme** erfolgt eine **Umbuchung** auf das entsprechende aktive **Bestandskonto**. 386

Die Bilanzposition **gliedert sich** wie folgt: 387

	31.12.2021	31.12.2020
• Anlagen im Bau	5.431.806,50 €	3.913.031,14 €
• Sanierungsmaßnahmen SEG	3.539.799,27 €	3.207.055,09 €
	8.971.605,77 €	7.120.086,23 €

Bei den Anlagen im Bau hat sich der **Wert um ca. 1,85 Mio. € erhöht**. Bei den Anlagen im Bau konnten im Jahr 2021 einige Maßnahmen abgeschlossen werden (bspw. die Sanierung des Feuerwehrhauses in Scharnhausen sowie der Wasenäckerschule) zugleich wurden auch neue mehrjährige Maßnahmen begonnen (bspw. Schule im Park, Festhalle Kemnat). 388

Im **vorletzten Prüfungsjahr** hatten wir uns **intensiver** mit dieser Position **befasst**. 389

Dabei ließen wir uns den **Geschäftsprozess** beschreiben und inhaltlich erläutern. Die Vorgehensweise in der Anlagenbuchhaltung stellt eine zeitnahe und korrekte Bearbeitung sicher. 390

Auch bei der **stichprobenartigen Prüfung** einzelner Posten hatten sich **keine Prüfungsbemerkungen** ergeben. 391

Somit konnte im **aktuellen Prüfungsjahr** auf eine tiefere Prüfung **verzichtet** werden. 392

k) Finanzvermögen **59.921.423,00 €** (51.430.115,93 €)

Das Finanzvermögen der Stadt im Überblick **besteht aus:** 393

	31.12.2021	31.12.2020
• Anteilen aus verbundenen Unternehmen	207.451,31 €	0,00 €
• sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen	289.877,04 €	499.699,94 €
• Sondervermögen (Eigenbetriebe)	10.973.321,47 €	11.543.343,61 €
• Ausleihungen	2.164.815,22 €	2.320.909,20 €
• Wertpapiere	15.469.642,48 €	15.968.275,42 €
• öffentlich-rechtliche Forderungen	378.864,07 €	2.266.766,10 €
• Forderungen aus Transferleistungen	0,00 €	0,00 €
• privatrechtliche Forderungen	2.575.711,38 €	1.536.028,33 €
• liquide Mittel	27.861.740,03 €	17.295.093,33 €
	59.921.423,00 €	51.430.115,93 €

Der **Bilanzwert** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.491.307,07 € also **16,5 % erhöht.** 394
Wesentliche **Veränderungen** zeigen sich bei den **privatrechtlichen Forderungen** und insbesondere bei den **liquiden Mitteln (+ 10,5 Mio. €)**. Bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen gab es eine Verminderung um fast 1,9 Mio. €.

l) sonstigen Beteiligungen und Kapitaleinlagen **289.877,04 €** (499.699,94 €)

Hier werden die **Beteiligungen** nachgewiesen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Verbindung zu diesen Unternehmen herzustellen, **ohne einen beherrschenden Einfluss** auszuüben. An dieser Stelle werden auch **Mitgliedschaften in Zweckverbänden** ausgewiesen. 395

Im Jahr 2021 gab es nur drei **Veränderungen** bei den **Beteiligungen**. Zunächst wurde die **Beteiligung an der SEG umgebucht** auf Anteile an verbundenen Unternehmen. Der Wert der Beteiligung am **Solarpark Kenzingen verminderte** sich um knapp 5.000 € aufgrund einer **Kapitalanpassung** und die Stadt **beteiligte** sich an der **Klimaschutzagentur Esslingen gGmbH** mit 2.500 €. 396

m) Sondervermögen**10.973.321,47 €** (11.543.343,61 €)

Das **Vermögen der Eigenbetriebe** Stadtwerke Ostfildern (SWO), Hallenbäder Ostfildern (HBO) (zum 31.12.2019 aufgelöst) und Wohnungsverwaltung Ostfildern (WVO) (zum 31.12.2020 aufgelöst) wird nach § 96 GemO dem Sondervermögen zugeordnet und in der Bilanz als Bestandteil des Finanzvermögens ausgewiesen. 397

Der **Stand** des Sondervermögens beträgt **zum 31.12.** der jeweiligen Jahre: 398

in €	2018	2019	2020	2021
Eigenbetrieb SWO	10.973.321,47	10.973.321,47	10.973.321,47	10.973.321,47
Eigenbetrieb HBO	811.014,96	811.014,96	0,00	0,00
Eigenbetrieb WVO	570.022,14	570.022,14	570.022,14	0,00
Sondervermögen	12.354.358,57	12.354.358,57	11.543.343,61	10.973.321,47

Der **Wertausweis** erfolgt dabei **teilweise nachlaufend**, da die entsprechenden Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe erst nach der Aufstellung des Jahresabschlusses der Stadt aufgestellt werden. 399

Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu einer Verringerung, da der Eigenbetrieb WVO zum 31.12.2020 aufgelöst wurde. 400

Nach den **Auflösungen** (jeweils zum 31.12.) **der Eigenbetriebe HBO 2019 und WVO 2020** ist damit eine „Bereinigung“ vollzogen worden. 401

In den **nächsten Jahren** wird es bei den Wertansätzen des Sondervermögens nur noch dann zu weiteren **Veränderungen** kommen, wenn der Wertansatz des Eigenbetriebs Stadtwerke angepasst wird. 402

n) Ausleihungen**2.164.815,22 €** (2.320.909,20 €)

Ausleihungen sind **finanzielle Forderungen** der Stadt wie z. B. **gegebene Darlehen**. Aber auch **erworbene Genossenschaftsanteile** sind den Ausleihungen zugeordnet. 403

Im Vergleich **zum Vorjahr** ergab sich eine nur eine geringfügige **Veränderung** (- 156.093,98 €). 404

Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf **Abschreibung des Darlehens** an den Waldheimverein auf 1,00 € zurückzuführen. Das Rechnungsprüfungsamt hatte dies wegen der **fehlenden Wert-haltigkeit** und **nicht vorhandener Tilgungsregelung** angeregt. 405

Die weiteren **Rückgänge** sind auf die **regelmäßigen Tilgungen** von Darlehen zurückzuführen. 406

o) Wertpapiere **15.469.642,48 € (15.968.275,42 €)**

Die **Wertpapiere** wurden in Folge der letzten überörtlichen Prüfung durch die GPA als neue Position seit dem Jahresabschluss 2017 hinzugefügt. Die Kapital- und Spareinlagen, die zuvor mit in den liquiden Mittel aufgeführt waren, werden nunmehr **selbstständig ausgewiesen**. 407

Der **Gesamtwert** von 15.469.642,48 € hat sich im Vergleich zum Vorjahreswert 15.968.275,42 € nur geringfügig **verringert**. 408

Die Geldanlagen wurden überwiegend bei den **Hausbanken** sowie **regionalen Banken und Sparkassen** getätigt. In einem Fall liegt noch eine Anlage bei einer **traditionsreichen Privatbank** vor, die im Jahr 2017 der Stadt Ostfildern aus einem Sonderkontingent eine **mündelsichere Festgeldanlage** angeboten hatte. Zudem werden unter der Position auch die **Bausparguthaben** ausgewiesen. 409

Das Rechnungsprüfungsamt hatte in einer der **letzten Prüfungen** diesen Posten **punktuell vertieft geprüft**. Hieraus hatten sich **keine Prüfungsbemerkungen** ergeben. 410

In diesem Jahr erfolgte eine **Prüfung in Stichproben** mit dem **Schwerpunkt** auf dem **Finanzierungskonto** Scharnhausen West. Dabei ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 411

Durch diese **Maßnahme** ergibt sich ein **beiderseitiger Nutzen**. Zum einen verringern sich die von der Stadt zu bezahlenden Verwarentgelte und zum anderen reduzieren sich die Finanzierungskosten der Erschließungsmaßnahme. 412

p) Forderungen **2.954.575,45 € (3.802.794,43 €)**

Forderungen sind **Zahlungsansprüche gegenüber Dritten**. Nach der **Art der Forderung** wird in der Bilanz unterschieden in **öffentlich-rechtliche** Forderungen, Forderungen aus **Transferleistungen** und **privatrechtliche** Forderungen (vgl. § 52 GemHVO). 413

Die bestehenden Forderungen zum Bilanzstichtag sind **wertmäßig** im Verhältnis zur Bilanzsumme **weniger bedeutsam** (in diesem Jahr sind es 0,89 %). Allerdings sind in diesem Posten **erhebliche Risiken zu vermuten**. Daher wird die Prüfung der Forderungen immer wieder ein Prüfungsschwerpunkt sein. 414

Ansatzpunkte können sein die 415

- **Vollständigkeit**, die vollständige Erfassung aller Forderungen,
- **Existenz**, also das tatsächliche Vorhandensein der Forderung,
- **Bewertung**, insbesondere auch hinsichtlich der Werthaltigkeit und
- **Genauigkeit**, ob die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten wurden oder ob der richtige differenzierte Ausweis erfolgt ist.

q) Öffentlich-rechtliche Forderungen**378.864,07 € (2.266.766,10 €)**

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen werden zum Bilanzstichtag (31.12.) ausgewiesen und unterliegen einer **gewissen Schwankung**, wie aus den **Werten der letzten fünf Jahre** zu erkennen ist.

416

in €	2017	2018	2019	2020	2021
öffentlich-rechtliche Forderungen in Euro	1.047.445,36	1.585.563,98	1.400.941,59	2.266.766,10	378.864,07

Dem Jahresabschluss ist eine **Übersicht der Forderungen nach Art der Forderung** beigelegt. Eine **Durchsicht** der einzelnen Forderungen ergab **keine Hinweise**, die Anlass zu einer **vertieften Prüfung** gegeben hätte.

417

Der **Rückgang** erfolgte insbesondere im Bereich der **Gewerbesteuer** mit - 1,34 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Die Ursache ist in den **herabgesetzten Vorauszahlungen** in Folge der **Pandemie** zu sehen.

418

r) Privatrechtliche Forderungen**2.575.711,38 € (1.536.028,33 €)**

Die privatrechtlichen Forderungen werden zum Bilanzstichtag (31.12.) ausgewiesen und unterliegen einer **gewissen Schwankung**, wie aus den **Werten der letzten fünf Jahre** zu erkennen ist.

419

in €	2017	2018	2019	2020	2021
privatrechtliche Forderungen in Euro	2.448.344,35	2.304.712,36	3.303.002,46	1.536.028,33	2.575.711,38

Im Vergleich **zum Vorjahr** ergab sich ein **deutlicher Anstieg** um rund 1,0 Mio. Euro. Allerdings ist im Zeitvergleich eher das letzte Jahr als „Ausreißer nach unten“ zu benennen.

420

Ursächlich für die Erhöhung ist im Wesentlichen ein **einzelner Geschäftsfall** über rund 1,02 Mio. Euro. Die Forderungseinbuchung betrifft einen ausstehenden Anteil an der Einkommensteuer 2021.

421

s) Pauschalwertberichtigung auf Forderungen

Bei den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen wurde jeweils eine **Pauschalwertberichtigung vorgenommen**, um das **allgemeine Ausfallrisiko**, das einzelnen Ansprüchen nicht zugeordnet werden kann, **zu berücksichtigen**.

422

Im Jahresabschluss wurde bei den öffentlich-rechtlichen Forderungen eine **Pauschalwertberichtigung** in Höhe von 7 % (Betrag: 195.000 €) und bei den privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 0,5 % (Betrag: 8.000 €) **verbucht**.

423

Im **vorletzten Prüfungsbericht** war dieser Posten ein **Schwerpunkt**. Wir hatten die **Unterlagen eingesehen** und die **Berechnung nachvollzogen**. 424

Wir stellten fest, dass bei den **öffentlich-rechtlichen Forderungen** im Jahr 2019 der prozentuale Anteil von 4 % im Vorjahr auf 9 % erhöht wurde. Diese Erhöhung erschien plausibel und nachvollziehbar. In Erwartung von schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise wurde im Jahr 2020 die **pauschale Wertberichtigung** angehoben auf 10 %. Diese konnte in diesem Jahr wiederum auf 7 % gesenkt werden. 425

Bei **privatrechtlichen Forderungen** blieb die Pauschalwertberichtigung unverändert auf dem Vorjahreswert von **0,5 %**. 426

Das Rechnungsprüfungsamt hat auch in diesem Jahr wiederum eine **Prüfung** der begründenden Unterlagen zur **Berechnung und Festlegung** der pauschalen Wertberichtigung (PWB) vorgenommen. 427

Dabei zeigte sich, dass unsere **Empfehlung**, die Berichtigungsquote nach den Erfahrungswerten der Vorjahre festzulegen, mittlerweile **umgesetzt** wurde. Damit werden Spitzen, die sich in einzelnen Jahren ergeben könnten, durch den **mehrfährigen Durchschnitt** relativiert. 428



Allerdings erfolgt die **Berechnung** der Pauschalwertberichtigung nach wie vor zu dem **Stichtag** zu Beginn des Haushaltsjahres (01.01.). Wir hatten bereits darauf hingewiesen, dass als Basis die Forderungen zum Bilanzstichtag (31.12.) maßgeblich sind. Wenn einerseits der Forderungsbestand zum Stichtag im Vergleich zum Vorjahr zurückgeht, andererseits aber die Pauschalwertberichtigung (durch Bezug auf den erhöhten Vorjahreswert) ansteigt, so ist dies sach-chronologisch nicht zu verstehen. Unsere diesbezüglichen **Prüfungsbemerkungen** aus Vorjahren sind **noch umzusetzen**. 429

Einen Überblick über die **Entwicklungen der letzten Jahre** bietet die nachfolgende Tabelle. 430

in €	2017	2018	2019	2020	2021
öffentlich-rechtliche Forderungen in Euro	1.047.445,36	1.585.563,98	1.400.941,59	2.266.766,10	378.864,07
Pauschalwertberichtigung	100.000	70.000	149.000	155.000	195.000
gebildete Quote	7,0 %	4,0 %	9,0 %	10,0 %	7,0 %
in €	2017	2018	2019	2020	2021
privatrechtliche Forderungen in Euro	2.448.344,35	2.304.712,36	3.303.002,46	1.536.028,33	2.575.711,38
Pauschalwertberichtigung	23.000	19.000	23.000	17.000	8.000
gebildete Quote	1,0 %	1,0 %	1,0 %	0,5 %	0,5 %

In der **Bilanz** werden die Forderungen bereits saldiert dargestellt. Das bedeutet die **Pauschalwertberichtigungen** werden als Korrekturposten zu den Forderungen auf besonderen Konten erfasst und bei der Erstellung des Jahresabschlusses mit den **Forderungen saldiert**, so dass lediglich die wertberichtigten Forderungen in der Bilanz ausgewiesen werden. 431

t) Liquide Mittel **27.861.740,03 €** (17.295.093,33 €)

Hier werden die frei verfügbaren Mittel, also **Bargeld** und **Guthaben bei Kreditinstituten** nachgewiesen. Da in der Kommune das **Prinzip der Einheitskasse** greift, werden neben den liquiden Mitteln der Stadt auch die der Eigenbetriebe, des Zweckverbands GSV sowie die Handvorschüsse ausgewiesen. 432

Die **liquiden Mittel** haben sich im Vergleich zum Stichtag vom Vorjahr um 10.566.646,70 € **deutlich erhöht**. Neben dem Anstieg der liquiden Mittel bei der Stadt, sind auch die liquiden Mittel beim Zweckverband GSV von 1.041.655,88 € zum 31.12.2020 auf 2.517.238,52 € zum 31.12.2021 angewachsen. 433

Gemäß § 22 Abs. 2 GemHVO soll der planmäßige Bestand an liquiden Mittel ohne Kassenkreditmittel sich in der Regel auf mindestens zwei vom Hundert der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre belaufen. Diese sogenannte **Mindestliquidität** beträgt im Prüfungsjahr nach Angaben der Finanzverwaltung 1.947.615 € (im Vorjahr 1.840.185 €). 434

Wir hatten bereits **in einem der letzten Jahre** die **Berechnung dezidiert geprüft**, sie erfolgte entsprechend den gesetzlichen Vorgaben. Bei nur geringfügigen Wertveränderungen sowohl der Ausgangswerte als auch des Ergebniswertes besteht **kein Anlass** zu einer **erneuten Prüfung** der Berechnung. 435

Nachdem der Endbestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende tatsächlich 27.861.740,03 € beträgt, ist die **Anforderung** des § 22 Abs. 2 GemHVO bei Weitem **erfüllt**. 436

u) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten **233.503,16 €** (252.314,31 €)

Hier werden grundsätzlich **vor dem Abschlussstichtag geleistete Auszahlungen** nachgewiesen, soweit sie **Aufwand** für eine bestimmte Zeit **nach diesem Tag** darstellen (§ 48 Abs. 1 GemHVO). 437

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten liegen **betragsmäßig** nahezu in der **Größenordnung** des **Vorjahres**. Wesentlicher Bestandteil sind auch in diesem Jahr die **Bezüge für die Beamten**. Sie werden im Vormonat für den Folgemonat ausbezahlt. Aufgrund der **periodengerechten Abgrenzung** ist für die im Dezember erfolgte Auszahlung ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden, der im Januar wieder aufgelöst wird. 438

v) Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse 20.999.901,92 € (17.369.223,65 €)

Auf dieser Position werden die **investiven Zuwendungen** der Stadt **an Dritte** (z.B. kirchliche Kindergärten, Gradmann-Stiftung, Zweckverbände, Verband Region Stuttgart) dargestellt. Die **Auflösung der Sonderposten erfolgt im selben Verhältnis wie die Abschreibung** des damit finanzierten Vermögensgegenstandes. 439

Im Vergleich zum **Vorjahr** gab es wie schon im Vorjahr erneut einen **deutlichen Zuwachs** (+ 3,6 Mio. €). Dieser beruht auch in diesem Jahr im Wesentlichen auf einer hohen **Kapitalumlage** an den **Gymnasialen Schulverband Ostfilder** sowie für Zahlungen für den Umbau und Erweiterung einer Kinderbetreuungseinrichtung. 440

Sieben weitere Posten (Zus.priv.Gebäude) in Höhe von 254.662,85 Euro ließen wir uns von den Finanzdiensten **erläutern**, da ein Aufruf von sogenannten „Systembelegen“ nicht möglich war. Die Finanzdienste teilten mit, dass es sich um **Investitionskostenzuschüsse** von der **SEG an Private** (hier: Sanierungsgebiet Kemnat I) handelt. Die Beträge werden von der SEG jährlich **gemeldet** und die Beträge auf dem Konto 1803000 **aktiviert**. Der Zuschuss wird über die **Nutzungsdauer aufgelöst**. Es ergaben sich **keine Beanstandungen** an der **Buchungspraxis**. 441

Einzelne Belege wurden **in Stichproben geprüft**. Hieraus ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 442

4. Einzelne Passivposten der Bilanz

a) Basiskapital 201.774.897,20 € (201.774.897,20 €)

Unter dem Basiskapital versteht man das **Eigenkapital der Kommune**. Das Basiskapital, auch Basisreinemögen oder Reinemögen genannt, ist der Unterschiedsbetrag zwischen Vermögen und Schulden. 443

Im Prüfungsjahr gab es **keine Veränderungen** beim Basiskapital. 444

b) Rücklagen 54.437.825,49 € (47.560.386,55 €)

Rücklagen sind Teil des Eigenkapitals der Bilanz. Sie sind für bestimmte Zwecke vorgesehen oder als **Ergebnisrücklagen** aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sowie den Überschüssen des Sonderergebnisses je gesondert zu führen. 445

Die **Überschüsse im ordentlichen Ergebnis** (4.352.877,28 €) und **im Sonderergebnis** (2.524.561,66 €) des Jahres 2021 konnten den Rücklagen zugeführt werden. Die Rücklagen weisen zum 31.12.2021 folgende **Endstände** auf: 446

- Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses 35.203.461,70 €
- Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses 19.234.363,79 €

Zweckgebundene Rücklagen sind Rücklagen für besondere Zwecke, z. B. zweckgebundene Erträge, verbunden mit einer Verpflichtung gegenüber Dritten, z. B. Zuschussgeber. 447

Auf dieser Position wurde **im Vorjahr** noch die Rücklage für die restliche **Erschließung „Zinsholz“** mit 125.000,00 € abgebildet. 448

Diese Rücklage wurde aufgrund einer Prüfungsfeststellung der Gemeindeprüfungsanstalt **umgebucht** auf die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und wird dort als **Davon-Position** künftig **ausgewiesen**. 449

c) Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses 0,00 € (0,00 €)

Diese Position ist vom Gesetzgeber vorgesehen, insoweit ein Ausgleich des ordentlichen Jahresergebnisses nicht erreicht wird, sondern erst in den folgenden Jahren der Finanzplanung ermöglicht werden soll. 450

d) Sonderposten**13.432.852,99 €** (13.574.042,21 €)

Durch den Ausweis der Sonderposten zwischen Basiskapital und Rückstellungen wird deutlich, dass eine eindeutige Zuordnung zum Eigenkapital oder zum Fremdkapital nicht vorliegt. Mitunter werden diese Sonderposten als **Eigenkapitalersatz** bezeichnet. 451

Als Sonderposten werden Investitionszuweisungen, Investitionsbeträge, Geldspenden für Investitionen sowie der Wert von Sachzuwendungen passiviert. Die **Auflösung** der Sonderposten erfolgt **im selben Verhältnis wie** die **Abschreibung** des damit finanzierten Vermögensgegenstandes. 452

Aufgrund des bei der Stadt im Normalfall geltenden **Netto-Prinzips** werden hier nur die Investitionsbeiträge aus Erschließungsbeiträgen und ähnlichen Einzahlungen dargestellt. Hinzu kommen Wertzuwächse aus Baulandumlegungen und unentgeltlichem Erwerb. 453

Im Vergleich zum **Vorjahr verminderte** sich der Wert nur geringfügig um 141.189,22 €. Dies entspricht insgesamt einer **üblichen Entwicklung**, da zum einen die Sonderposten in dem Maße aufgelöst werden, wie die damit finanzierten Vermögensgegenstände abgeschrieben werden, und zum anderen sich Wertzuwächse aus neuen Zugängen ergeben. 454

e) Rückstellungen**18.768.311,08 €** (15.319.686,80 €)

Rückstellungen sind für **Verpflichtungen** zu bilden, die zum Bilanzstichtag dem **Grunde und /oder der Höhe** nach **ungewiss** und daher keine Verbindlichkeiten sind. Rückstellungen sind neben den Verbindlichkeiten dem Fremdkapital zuzuordnen. 455

Die Bildung von Rückstellungen bewirkt, dass künftige Vermögensminderungen bereits im Jahr der rechtlichen Entstehung oder wirtschaftlichen Verursachung berücksichtigt werden. Sie dienen also dazu, die bestehenden Verpflichtungen vollständig auszuweisen. Die **Rückstellungsbildung** ist **aufwandswirksam**. 456

Dies führt zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses. Tritt die Verpflichtung zukünftig ein, wird dies durch die Rückstellung gedeckt und ist bei ausreichender Rückstellungsbildung per Saldo (zum nächsten Abschlussstichtag) nicht mehr ergebnisverschlechternd. 457

§ 41 Abs. 1 GemHVO sieht **Pflichtrückstellungen** vor für: 458

- die Lohn- und Gehaltszahlung für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen,
- die Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen,
- die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien,
- den Ausgleich von ausgleichspflichtigen Gebührenüberschüssen,
- die Sanierung von Altlasten und
- drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen.

§ 41 Abs. 2 GemHVO räumt weitreichende **Rückstellungswahlrechte** ein. So können weitere Rückstellungen gebildet werden u. a. für ausstehende Rechnungen, Prüfungsrückstellungen, Finanzausgleichsrückstellungen, anhängige Gerichtsverfahren oder auch für unterlassene Instandhaltung. 459

Der **Bilanzansatz** setzt sich aus folgenden **Rückstellungen** zusammen: 460

	31.12.2021	31.12.2020
• Lohn und Gehalt	818.066,96 €	(631.720,37 €)
• Arbeits-Langzeitkonten	1.548.862,48 €	(1.496.532,52 €)
• leistungsorientierte Bezahlung	534.887,07 €	(511.633,60 €)
• Radlerbonus	9.018,75 €	(0,00 €)
• anhängige Gerichtsverfahren	378.600,00 €	(390.600,00 €)
• GPA-Prüfung	75.850,00 €	(117.850,00 €)
• FAG (FAG- und Kreisumlage)	8.000.000,00 €	(5.100.000,00 €)
• unterlassene Instandhaltung	2.388.422,91 €	(1.859.457,29 €)
• Stadtbahnwägen	4.854.921,00 €	(4.830.000,00 €)
• Kita-Träger	159.681,91 €	(381.893,02 €)
	18.768.311,08 €	(15.319.686,80 €)

Der **Wert der Rückstellungen** hat sich im Vergleich zum Vorjahr **deutlich erhöht**. Vor allem die Erhöhung der Rückstellungen für die **FAG- und Kreisumlagen** mit 2,9 Mio. € und der Anstieg der Rückstellungen für **unterlassene Instandhaltung** um rund 529 T€ (+ 28,4 %) macht sich deutlich bemerkbar. 461

Im Zuge der Prüfung wurden die folgenden **Rückstellungen stichprobenartig geprüft**. 462

FAG- und Kreisumlage

Die Bildung der Rückstellungen für den **Finanzausgleich** sowie der **Kreisumlage** bilden die voraussichtlichen **Auswirkungen** des aktuellen Rechnungsergebnisses **in zukünftigen Jahren** ab. Bei den Berechnungen des aktuellen Finanzausgleichs und der Kreisumlage wird die Steuerkraftsumme der Kommune auf Basis des zweitvorangegangenen Jahres herangezogen. Daher werden bereits heute Rückstellungen für zukünftige Zahlungen gebildet. 463

Da diese Umlagen erst in zwei Jahren abgerechnet werden, sind in den **gebildeten Rückstellungen** der jeweiligen Jahresabschlüsse immer **zwei Wirtschaftsjahre** enthalten. Der Jahresabschluss 2021 enthält die aus dem Jahresabschluss 2020 kommende Rückstellung, die für die im Jahr 2022 zu bezahlende FAG-/Kreisumlage benötigt wird, und die im aktuellen Abschluss gebildete Rückstellung, die im Jahr 2023 benötigt wird. 464

Die **insgesamt** auf diesem Konto vorhandenen **Rückstellungen** von **8.000.000,00 €** setzen sich zusammen aus: 465

Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft	0 €
FAG-Umlage 2022	0 €
Kreisumlage 2022	500.000 €
Vorsorge für das Jahr 2022	500.000 €
Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft	3.400.000 €
FAG-Umlage 2023	1.700.000 €
Kreisumlage 2023	2.400.000 €
Vorsorge für das Jahr 2023	7.500.000 €

Der **Vorjahreswert** von **5.100.000,00 €** setzte sich aus der Vorsorge für das Jahr 2022 mit 500.000 € sowie der **Vorsorge** für das Jahr **2021** mit 4.600.000 € zusammen. Der letztgenannte Wert wurde in diesem **Jahresabschluss ausgebucht**. Diese Beträge finden sich aufwandsmindernd auf den Konten 4371001 Finanzausgleichsumlage Rückstellungen sowie 4372001 Kreisumlage Rückstellungen wieder. Die tatsächlich zu begleichenden Umlagen werden auf den korrespondierenden Aufwandskonten verbucht.

466

Die **Buchungen** und dazugehörige **Belege** waren **nachvollziehbar** und **ohne Beanstandung**.

467

Für die **Darstellung im Jahresabschluss** wäre es nach Ansicht des Rechnungsprüfungsamtes sinnvoll, die **Zusammensetzung der Rückstellungshöhe** ähnlich wie in obiger Übersicht **zu erläutern**. Dies trägt zur **Transparenz** und unmittelbaren **Erklärung** der jährlichen Veränderungen bei. Aufgrund der **Zeitläufe der Aufstellung und Prüfung** des Jahresabschlusses **konnte** diese Prüfungsanregung von den Finanzdiensten in diesem Jahr **noch nicht berücksichtigt werden**.

468

Unterlassene Instandhaltung

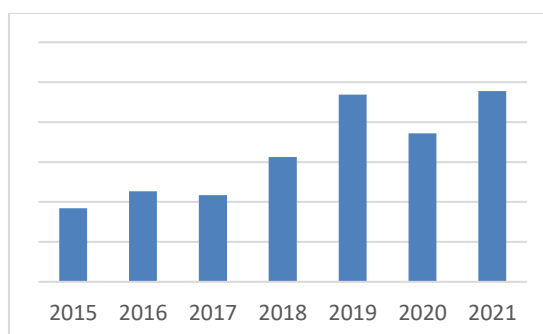
Zu den **Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung** in Höhe von 2.388.422,91 € findet sich im Jahresabschluss eine **dezidierte Übersicht** (siehe Seite 85 ff im Jahresabschluss). Damit werden die **Grundsätze der Einzelerfassung und Einzelbewertung** der Rückstellungen **erfüllt**.

469

Nach dem Rückgang im letzten Jahresabschluss zeigte sich in **diesem Jahr** wieder eine **deutliche Steigerung** (+ 529 T €), wodurch wieder ein Rückstellungswert für die unterlassene Instandhaltung von über 2,3 Mio. € (wie bereits in 2019) erreicht wurde.

470

Jahr	Euro
2021	2.388.422,91
2020	1.859.457,29
2019	2.345.124,56
2018	1.563.274,86
2017	1.085.738,39
2016	1.135.495,33
2015	922.121,43



471

Die diesjährigen **größten Posten** entfallen auf die **Straßenunterhaltung** der Gemeindestraßen sowie bei der **Gebäudeunterhaltung öffentlicher Einrichtungen**. 472

Die Bildung einer **Instandhaltungsrückstellung** ist in Anlehnung an § 21 Abs. 2 GemHVO nur dann zulässig, wenn die **Maßnahme innerhalb** der dem Jahr der Bildung **nachfolgenden zwei Haushaltsjahre nachgeholt** wird (vgl. Leitfaden zur Bilanzierung, 3. Auflage, Juni 2017). Das bedeutet die im Jahresabschluss 2021 gebildete Rückstellung muss spätestens im Jahr 2023 verwendet werden, ansonsten verfällt sie durch Zeitablauf am Jahresende 2023. 473

Umgekehrt sind **über das Jahr 2021 hinaus keine Rückstellungen** für Instandhaltungsmaßnahmen mehr fortzuführen, die bereits im Jahresabschluss 2019 gebildet wurden. 474

Eine entsprechende **Überprüfung** haben wir **vorgenommen**. Dabei haben wir alle im Prüfungsjahr gebildeten Rückstellungen mit den im Jahr 2019 gebildeten Rückstellungen abgeglichen. 475

Im Jahr **2021** wurden **68 Rückstellungen** mit einer Gesamtsumme in Höhe von **2.388.422,91 €** gebildet, im Vergleichsjahr **2019** auch **64 Rückstellungen** mit einer Summe von **2.345.124,56 €**. 476



Der Abgleich ergab, dass **17 Rückstellungen Instandhaltungsarbeiten** betrafen, für die **bereits 2019 Rückstellungen gebildet worden waren**. Dies ist, wie oben dargestellt, **nicht zulässig**. 477

Zur **Verdeutlichung** werden zwei **Beispiele** aufgeführt: Für eine **Kindertagesstätte** wurden bereits im Jahresabschluss 2018 zur Unterhaltung der baulichen Anlage 5.000 € zurückgestellt; bei der Maßnahme handelt es um die **Umrüstung der Eingangstüre zur Fluchttür** mit Kindersicherung. Genau die **gleiche Begründung** und der **gleiche Betrag** werden bei der Rückstellung **2019, 2020 und 2021 genannt**. („Durchreichung“). 478

Beim Produktsachkonto **Sporthalle Ruit**, Unterhaltung bauliche Anlagen wurde **2019** eine Rückstellung in Höhe von **30.000 €** gebildet. Die Begründung lautete wie folgt: Die Mittel werden für **Reparaturen am Dach inkl. Absturzsicherung** benötigt. Auch **2021** erfolgt eine Rückstellung in Höhe von **30.000 €** mit der Begründung „**Dachsanierung**“. 479



Instandhaltungsrückstellungen kommen für **konkrete** (unterlassene) Instandhaltungsmaßnahmen in Betracht. **Sie dienen nicht dazu, Mittel, die nicht verwendet wurden, in Folgejahre zu verschieben**. Bei **Verschiebungen über mehrere Jahre** stellt sich die Frage, ob die **Instandhaltungsmaßnahme überhaupt erforderlich** war. 480

f) Verbindlichkeiten 39.977.658,34 € (26.470.512,97 €)

Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem **Grunde**, der **Höhe** und der **Fälligkeit** nach **feststehenden Schulden**. Sie sind in der Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen (§ 44 Abs. 4 GemHVO). 481

Die **Verbindlichkeiten** sind entsprechend § 52 GemHVO **zu gliedern**. Der Bilanzausweis orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten, z. B. aus Krediten, aus Lieferungen und Leistungen sowie aus Transferleistungen. 482

Der Gesamtbetrag der **Verbindlichkeiten teilt sich auf in:** 483

	31.12.2021	31.12.2020
• aus Kreditaufnahmen	29.561.289,53 €	(18.067.026,18 €)
• aus Lieferungen und Leistungen	2.716.664,65 €	(3.336.816,16 €)
• sonstige Verbindlichkeiten	7.699.704,16 €	(5.066.670,63 €)
	39.977.658,34 €	(26.470.512,97 €)

Gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO ist dem Anhang zum Jahresabschluss eine **Schuldenübersicht** beizufügen. Diese **entspricht** in ihrem Aufbau den **Bestimmungen der GemHVO**. 484

Der **Zuwachs** bei den Verbindlichkeiten aus **Kreditaufnahmen** im Saldo um **rund 11,5 Mio. €** resultiert aus: 485

- Kreditaufnahme in Form eines Förderdarlehens für die Sporthalle I 10.000.000,00 €
- Aufnahme eines marktüblichen Darlehens 1.026.276,00 €
- Übernahme bestehender Kredite vom Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung abzüglich 2.573.011,48 €
- geleisteten ordentlichen Kredittilgungen mit 2.076.367,13 € und
- erhaltenen Tilgungszuschüssen von 28.657,00 €

Die beiden Geschäftsvorgänge zu den **Darlehensaufnahmen** wurden **geprüft**. Zugrunde lag u. a. auch ein einstimmiger Beschluss des Gemeinderats vom 10.03.2021. Es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 486

Im Jahr 2021 ergab sich die **Besonderheit**, dass zusätzlich zu den Kreditaufnahmen mit Wirkung zum 01.01.2021 die **Kredite vom aufgelösten Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung** im Betrag von 2.573.011,48 € **übernommen** wurden. 487

g) Passive Rechnungsabgrenzungsposten 4.135.642,05 € (4.075.790,82 €)

Hier werden vor dem Abschlussstichtag erhaltene Einzahlungen nachgewiesen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (§ 48 Abs. 2 GemHVO). Unter dieser Bilanzposition sind in der Hauptsache die **Grabnutzungsrechte** erfasst. 488

5. Erträge der Ergebnisrechnung

a) Steuern und ähnliche Abgaben 66.804.204,62 € (59.372.031,55 €)

Die Steuereinnahmen entwickelten sich im Rechnungsjahr 2021 besser, wie bei der Planung angenommen wurde. Unter dieser Position konnten 66.804.204,62 € eingenommen werden. **Gegenüber dem Ansatz** von 56.435.360,00 € waren dies **Mehreinnahmen** in Höhe von rund 10,4 Mio. €. 489

Die Mehreinnahmen resultieren größtenteils aus dem Bereich **Gewerbesteuer**. Bei der Gewerbesteuer lag das Ergebnis bei 23.061.523,91 € und damit um 9.561.523,91 € **höher als veranschlagt**. Die Gewerbesteuereinnahmen haben sich **im Vergleich zum Vorjahr**, in dem die Einnahmen coronabedingt deutlich reduziert waren, **wieder stabilisiert**. 490

Bei dem Ansatz für die **Grundsteuer B** in Höhe von 6.730.000 € gab es mit einem Ergebnis in Höhe von 6.808.177,05 € **geringfügig höhere** Einnahmen als veranschlagt. 491

Bei der **Vergnügungssteuer** wurden mit 299.845,22 € **deutlich weniger eingenommen** als veranschlagt. Hintergrund hierfür sind **coronabedingte Schließungen** von Gastronomiebetrieben. 492

Hingegen lag der **Gemeindeanteil Umsatzsteuer** mit 3.919.063,56 € um 121.193,56 € **über dem Planansatz**. 493

Beim **Gemeindeanteil Einkommensteuer** wurden mit 30.218.265,65 € im Vergleich zum Ansatz 866.705,65 € **mehr vereinnahmt** als geplant. 494

Bei der **Hundesteuer** wurde der Planansatz in Höhe von 172.000 € mit einem Ergebnis von 182.721,00 € **mehr als erreicht**. 495

Bei den **weiteren Steuern** wie Grundsteuer A, Zweitwohnungssteuer sowie beim Familienleistungsausgleich ergaben sich im Vergleich zum Ansatz jeweils **geringfügige Abweichungen**. 496

b) Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen 30.898.266,29 € (30.279.366,68 €)

Bei den Zuweisungen und Zuwendungen ergaben sich im Vergleich zum Haushaltsansatz **um 5.317.716,29 € höhere Beträge**. Insgesamt konnten 30.898.266,29 € verbucht werden. Damit wurde das Vorjahresergebnis minimal überschritten. 497

Insbesondere die **Schlüsselzuweisungen des Landes** nach der mangelnden Steuerkraft sind zu nennen, die einen **Mehrertrag von 3.570.357,70 €** im Vergleich zum **Planansatz** erbrachten. 498

Außerdem gab es im Vergleich zum Planansatz **erhöhte Erträge** bei der **Kommunalen Investitionspauschale** (+ 718.351,80 €) sowie beim Sachkonto **Zuweisung lfd. Zwecke Land** (+ 954.777,92 €). 499

Die **Kommunale Investitionspauschale** lag deswegen um 718.351,80 € **über** dem **Haushaltsansatz** (3.158.000,00 €), weil eine **Anhebung** auf 96,14 € **pro Einwohner** erfolgt ist. 500

Beim Sachkonto **Zuweisung für Große Kreisstadt** wurde der Planansatz mit 449.168,58 € mit 480.168,58 € etwas mehr als erreicht. 501

Bei den **Zuweisungen vom Bund** gingen 123.008,52 € ein (+ 75.088,52 €). Die **Mehreinnahmen** resultieren überwiegen aus einem **nicht geplanten Tilgungszuschuss** aus dem Programm IKK für die Dachdämmung der Grundschule Lindenschule und eine **Förderung** für die Heizungs-optimierung im Samariterstift. 502

Zum einen haben sich die **Zuweisungen für laufende Zwecke Land** um 954.777,92 € **erhöht** auf insgesamt 11.159.927,92 €. Ein Grund für die Erhöhung sind Zuweisungen für nicht eingeplante **Landesbeteiligungen für entfallene Elternbeiträge** in den Kindertagesstätten sowie Schulkindbetreuungen. 503

Zum anderen erhielt die Stadt bei den Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land für die **Flüchtlingsarbeit** 6.582,94 € € und damit 18.917,06 € **weniger als eingeplant bzw. im Vorjahr** wurden noch 66.248,74 € überwiesen. 504

Bei den **Zuweisungen für laufende Zwecke Gemeinde und Gemeindeverbände** wurden 336.279,60 € und somit 33.409,60 € **mehr vereinnahmt als veranschlagt** (Ansatz: 302.870 €). 505

Eine **stichprobenartige Belegprüfung** führte zu **keinen Beanstandungen**. 506

Bei den **weiteren Konten** für Zuweisungen und Zuwendungen ergaben sich **keine nennenswerten Abweichungen**. 507

c) Öffentlich-rechtliche Entgelte **7.565.592,74 € (6.666.349,73 €)**

Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten ergab sich eine **Erhöhung** der Erträge im Vergleich zum **Vorjahr** (6.666.349,73 €), sie lagen aber immer noch niedriger als der **Planansatz** (8.279.880,00 €). 508

Im Wesentlichen ergaben sich die **Mindererträge** bei den **Benutzungsgebühren** (Sachkonto 3321000) mit – 645.272,01 € im Vergleich zum Planansatz. Generell waren die Nutzungsgebühren niedriger als veranschlagt, ursächlich hierfür waren wie schon im Vorjahr die **Schließungen** verschiedener **Einrichtungen** während der **Coronapandemie**. 509



Die weitere **Untergliederung** der Benutzungsgebühren und ähnlicher Entgelte (Kontenart 332) erscheint uns **überdenkenswert**, da über 90 % in einem einzigen Sachkonto verbucht werden (3321). Wohingegen die restlichen Erträge in sechs weiteren eigenständigen Sachkonten mit Summen zwischen 1.018,60 € und 204.018,91 € ausgewiesen werden. 510

Im **Vorjahr** 2020 hatten wir die **Verwaltungsgebühren** (Sachkonto 33 11 000) einer **näheren Betrachtung unterzogen**. 2021 beschränken wir uns auf eine Darstellung der Entwicklung der **drei größten Erlösblöcke**, die über **drei Jahre** dargestellt werden. Nach den **coronabedingten Weniger-Einnahmen im Vorjahr** zeigt sich im **Prüfungsjahr** eine **Normalisierung**. 511

	2019	2020	2021
Einwohnerwesen, Meldeangelegenheiten	297.732,57 €	244.323,57 €	297.111,00 €
Einwohnerwesen, Ausweis/Dokumente	99.379,00 €	85.720,20 €	104.209,56
Brandschutz	76.981,75	59.592,00 €	98.257,40 €

512

Bei der **stichprobenartigen Belegprüfung** haben wir **einen Buchungsbeleg** mit einer Summe von über einer Million Euro einer **näheren Betrachtung** unterzogen. 513

Es handelt sich eine **Umbuchung von Benutzungsgebühren** für Flüchtlingsunterkünfte. Diese können nach Auskunft der zuständigen Bereiche **im Vorverfahren nicht** auf die beiden einschlägigen Konten **aufgeteilt werden**. Aus diesem Grunde ist im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten eine **Umbuchung erforderlich**. 514

Die **Aufteilung** erfolgt **anhand** eines nicht definierten **Schlüssels**, im Prüfungsjahr 20 % zu 80 %. Nachdem die **begründende Unterlage wenig aussagekräftig** war, haben wir beim zuständigen Fachbereich die **Grundlagen für diese Aufschlüsselung angefragt**. Damit konnte die **Berechnung nachvollzogen** werden. 515



Wir weisen darauf hin, dass die **begründende Unterlage aussagekräftig** sein sollte, die **Basis für die Aufschlüsselung** („Anzahl der Köpfe“) sowie die **Berechnung** ist **künftig beizufügen**. 516

d) Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte 4.102.953,43 € (2.867.816,94 €)

Bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten waren Erträge in Höhe von insgesamt 4.102.953,43 € zu verzeichnen. Der **Planansatz** wurde um 262.973,43 € **überschritten**. Das Ergebnis liegt um 1.235.136,49 € höher als im Vorjahr (2.867.816,94 €). 517

Die Bezeichnung als „sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ und der wertmäßige Ausweis ist nach GemHVO § 49 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 24 zwingend mindestens auszuweisen. 518

Um die Mindestgliederung nach GemHVO der Ertragsseite abzubilden, wurde im Kontenrahmen die **Kontenart** „346 sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ hinterlegt. Hierunter findet sich das gleichnamige **Konto** „3461 sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“. Hier sind Erträge in Höhe von annähernd 1,0 Mio. € gebucht. Es handelt es sich um ein Konto, auf dem alles gebucht wird, was nicht unter die genauer bezeichneten Konten, wie beispielsweise Miete/Pacht fällt. Aus **Steuerungs- und Transparenzgründen** wäre, wie schon im Vorjahresbericht ausgeführt, eine **Differenzierung** in weitere Konten **wünschenswert**. 519

Zum besseren Verständnis nachstehend ein **Auszug aus der Gesamtergebnisrechnung**. Hier sind die zugeordneten Sachkonten mit ihren Werten ausgewiesen. 520

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis	Fortgeschrieb.	Ergebnis	Vergleich
	2020	Ansatz 2021	2021	Ergeb./Ansatz (Sp. 3 - 2)
	1	2	3	4
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	2.867.816,94	3.839.980,00	4.102.953,43	262.973,43
10000 3411000 Miete/Pacht	1.354.762,19	2.616.160,00	2.689.702,32	73.542,32
10000 3411100 Miete/Pacht	100.318,58	77.500,00	104.480,36	26.980,36
10000 3411200 Grunddienstbarkeiten	540,00	100,00	100,00	0,00
10000 3421000 Ertrag aus Verkauf	42.600,89	28.500,00	33.512,10	5.012,10
10000 3421100 Ertrag aus Verkauf	47.543,25	66.500,00	53.977,00	-12.523,00
10000 3461000 sonst. priv.rechtl. Entgelt	1.214.165,76	790.680,00	941.020,27	150.340,27
10000 3461100 vermischte Erträge	107.886,27	260.540,00	280.161,38	19.621,38

Nach den Einnahmen aus Miete/Pacht mit insgesamt 2.794.182,68 € sind die **Erträge aus sonstigen privatrechtlichen Entgelten** der zweitgrößte Posten bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten. Hier wurde mit einem Rechnungsergebnis in Höhe von 941.020,27 € der Haushaltsansatz in Höhe von 790.680,00 € um 19 % überschritten. Die **wesentlichsten Mehreinnahmen mit 150.340,27 €** ergaben sich an dieser Stelle. 521

Bei der diesjährigen Prüfung ist aufgefallen, dass die **Ersätze Gebäudeunterhaltung** der Gradmann-Stiftung für das Gradmannhaus auf dem Konto 3461 100 **vermischte Erträge** und die **Ersätze Gebäudeunterhaltung** für das Samariterstift auf dem Konto 3461 000 **sonst. privatrechtl. Entgelte** verbucht werden. 522



Vergleichbare Geschäftsvorgänge sind **gleich** zu behandeln und zu **verbuchen**. 523

Im Prüfungsjahr wurden alle **Buchungen** auf dem Konto „Vermischte Erträge“ **gesichtet** und einige **Belege stichprobenartig geprüft**. Zudem wurden die Erläuterungen zu den einzelnen Posten im Haushaltsplan herangezogen. 524

Insgesamt gingen auf dem Konto „Vermischte Erträge“ 280.161,38 € ein. Die **größten Beträge** sind Zahlungen der Erich- und Liselotte Gradmann- Stiftung für die **Gebäudeunterhaltung** des 525

Samariterstiftes, des Gradmannhauses sowie für die Altenarbeit. Ein weiterer wesentlicher Posten sind drei **Verrechnungen für Renovierungsarbeiten** in der Altenwohnanlage Friedrichstraße 1, die vom Verpächter zu erstatten waren.



Hier fiel auf, dass laut vertraglicher Grundlage u. a. die Instandhaltung und Erneuerung von Aufzuggurten und Gurtroller nicht vom Verpächter zu tragen sind (s. § 3 Unterhaltung). In der Auflistung zu 2 Belegen findet sich der Posten „Gurtscheiben u. Gurte sowie Rolladengurte erneuern“. Der **Fachbereich** wird **um Überprüfung gebeten**.

526

Bei der **Belegprüfung** ergaben sich **keine weiteren Prüfungsbemerkungen**. Den zuvor erwähnten Einzahlungen liegen jeweils **umfassende vertragliche Regelungen** zugrunde, diese waren nicht Bestandteil der Prüfung. Die **begründenden Unterlagen** enthalten hierzu jeweils entsprechende **Aktenvermerke** und **Nachweise**.

527

e) Kostenerstattungen und Kostenumlagen

1.817.945,26 € (1.903.880,31 €)

Bei den Erstattungen vom Land, Gemeinden, Zweckverbänden, Eigenbetrieben, der SEG und von Dritten ergab sich Vergleich zum Haushaltsplan ein höheres Ergebnis. Es wurden **Mehrerträge** von 407.875,26 € im Vergleich zum Planansatz (1.410.070,00 €) verbucht. Das Jahresergebnis lag 4,5 % unter dem des Vorjahres (1.903.880,31 €).

528

Bei den **Erstattungen sonstiger öffentlicher Bereich** (Konto 3484000) gingen 464.036,01 € statt geplanter 175.010,00 € ein. Das Rechnungsergebnis im Prüfungsjahr lag um 135.257,61 € unter dem Vorjahresergebnis.

529

Auf dem Sachkonto werden u. a. **Rückerstattungen** infolge der **Abrechnung von Betriebskostenzuschüssen** mit kirchlichen und sonstigen Kita-Trägern verbucht. Des Weiteren ging eine hohe Anzahl von sogenannten U2 Umlagen der Krankenkassen ein. Diese werden für Mitarbeiterinnen im Mutterschutz überwiesen. Außerdem werden Eingliederungszuschüsse der Agentur für Arbeit verbucht.

530

Ein wesentlicher Grund für die hohen Einnahmen ist sind erneut **Erstattungen AOK** im Zusammenhang mit der **Coronapandemie**, insbesondere nach der Coronatestverordnung sowie nach § 150 Abs.2 SGB XI.

531

Alle **Buchungen** wurden **gesichtet** und einige **Belege** haben wir **geprüft**. Ein Buchungsbeleg betrifft einen monatlichen Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit zu einer Ausbildungsvergütung. Hier wurde als begründende Unterlage die E-Mail der Stadtkasse mit der **Aufforderung zur Belegerstellung** beigelegt. Auf die E-Mail wurde ein kurzer Vermerk angebracht, die **zahlungsbegründende Unterlage ist nicht ausreichend**. Weitere Prüfungsbemerkungen ergaben sich nicht.

532

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis (64.662,15 Euro) zeigten sich auf dem Sachkonto „Erstattung Land“ (Konto 3481000) **deutlich höhere Erträge** von 185.204,28 Euro, der Haushaltsansatz in Höhe von 156.000 € wurde um 29.204,28 € überschritten. Im Jahr 2021 hat die Landtagswahl stattgefunden, hierfür gingen vom Land Kostenerstattungen in Höhe von fast 60.000 € ein. Zudem wurde die erste Abschlagszahlung für die Bundestagswahl in Höhe von 25.043,05 € überwiesen.

533

f) Sonstige ordentliche Erträge **8.300.002,86 €** (3.309.848,01 €)

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen beträgt das Ergebnis 8.300.002,86 €. Der **Planansatz** in Höhe von 2.997.930,00 € wurde **deutlich überschritten**. 534

Diese hohe Abweichung ergab sich **insbesondere** auf dem Konto 3583000 **Sonstige nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge**, ein Planansatz war nicht vorhanden. 535

Durch die **Auflösung des Eigenbetriebs Wohnungsverwaltung Ostfildern (WVO)** zum 31.12.2020 wurden sämtliches **Vermögen** sowie die **Schulden** des Eigenbetriebs in die **städtische Bilanz eingegliedert**. 536

Der **finale Jahresabschluss** des Eigenbetriebs WVO **zur Auflösung** weist in der **Bilanz** zum 31.12.2020 in Summe ein **Eigenkapital von 5.102.768,31 Euro** aus. Dieser **Kapitalwert geht** auf die Stadt Ostfildern **über**. Bislang wurde die **Beteiligung** in der **Bilanz der Stadt Ostfildern** unter der Position „1.3.3 Sondervermögen“ mit Beteiligung Eigenbetrieb **WVO 570.022,14 €** geführt. Der hieraus **resultierende Mehr-Wert** aus diesen beiden Beträgen nämlich **4.532.746,17 €** wird **als Ertrag gutgeschrieben**. 537

Die **Kämmerei** hatte sich in einem **Aktenvermerk** unter Hinzuziehung einer **Beratung durch die GPA** mit der **korrekten Verbuchungssystematik** (mehrere Buchungssätze) auseinandergesetzt. Es wurde festgehalten, dass das am Ende noch verbleibende Delta **als Zu- oder Abschreibung des Beteiligungsvermögens mit der Ergebnisrechnung auszugleichen** ist. Es wurde festgelegt, den Geschäftsvorgang als **ordentlichen Ertrag** zu bewerten und demzufolge beim Sachkonto 3583 **einzubuchen**. Beim Vollzug erfolgte nochmals eine In-Kenntnis-Setzung der GPA. 538

Das örtliche Rechnungsprüfungsamt wäre unter Verweis auf § 61 Ziffer 4 GemHVO („außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallende Erträge und Aufwendungen, insbesondere Gewinne und Verluste aus Vermögensveräußerung, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind“) hier eher zu der Einschätzung eines außerordentlichen Ertrages gelangt, tritt jedoch hinter die Beurteilung durch die überörtliche Prüfung (GPA) zurück. 539

Bei den **Verwarnungs-/Bußgeldern** ergab sich im Gegensatz zum Vorjahr eine Abweichung nach oben mit 143.374,87 € **mehr** als geplant (Planansatz 820.000 €). 540

Bei den **Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen** ergab sich ein deutliches **Plus** von 296.824,61 € gegenüber dem Plan (30.000 €). 541

Außerdem gab es Erträge in Höhe von 150.000 € beim Sachkonto **Erträge Wertberichtigungen Forderungen**. Hier war kein Haushaltsansatz vorhanden. Die **Buchungen** wurden **geprüft**. Zwei mit höheren Beträgen gebildete **Einzelwertberichtigungen** wurden **wieder aufgelöst** und als Ertrag gegengebucht. Die im Vorjahr gebildete **Pauschalwertberichtigung** auf privatrechtliche Forderungen in Höhe von 17.000 € konnte auf 8.000 € **reduziert** werden. Die Differenz von 9.000 € aus der Reduzierung der Pauschalwertberichtigung wird als Ertrag gutgeschrieben. 542

6. Aufwendungen der Ergebnisrechnung

a) Personalaufwendungen 35.438.677,90 € (34.866.367,29 €)

Im Haushaltsplan 2021 waren die Personalaufwendungen mit einem Betrag von 38.090.000,00 € veranschlagt. 543

Am Jahresende ergab sich eine Einsparung von 2.651.322,10 € aufgrund von **Minderaufwendungen** bedingt **durch Fluktuation, Stellenvakanzen und Langzeiterkrankungen**. Im Prüfungsjahr wurden 95 Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt, davon mussten 6 Stellen mehrfach ausgeschrieben werden. 544

Die Personalaufwendungen sind einer der **größten Ausgabepositionen** des Haushalts. Daher werden Sie auch verstärkt in die örtliche Prüfung einbezogen. Auf den **eigenständigen Berichtsteil Personalprüfung** bei den einzelnen Prüfungsfeststellungen der allgemeinen Verwaltung wird verwiesen (siehe Kapitel VII. 2.). 545

b) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 16.551.355,89 € (16.509.835,79 €)

Der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen lag bei 18.783.700 €, tatsächlich wurden mit einem Ergebnis von 16.551.355,89 € insgesamt 2.232.344,11 € **weniger aufgewendet**. 546

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden detailliert auf insgesamt 56 verschiedenen Sachkonten dargestellt. **Thematisch** umfassen diese Konten die **Bereiche**: 547

- Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens 6.334.836,87 €
- Unterhaltung des beweglichen Vermögens 1.015.067,65 €
- Mieten und Pachten, Leasing 1.810.429,86 €
- Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen 3.906.090,58 €
- Haltung von Fahrzeugen 307.428,25 €
- Besondere Aufwendungen für Beschäftigte 271.858,61 €
- Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen 2.214.764,92 €
- Aufwendungen für den Verbrauch von sonstigen Vorräten 110.447,50 €
- Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen 580.431,65 €

Planvergleich

Fast durchweg waren im Vergleich zum **Planansatz geringere Aufwendungen** zu verzeichnen. 548
Die höchsten Reduzierungen gab es bei der Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, bei der Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, bei den besonderen Aufwendung für Beschäftigte und bei den sonstigen Sach- und Dienstleistungen. Bei der Unterhaltung des beweglichen Vermögens wurde der Planansatz deutlich überschritten (+ 35 %).

Bei der **Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens** ergab es wesentliche **Aufwandsminderungen** bei der Unterhaltung sonst. unbewegl. Vermögensgegenstände (- 357.794,86 €) und bei der Unterhaltung Grundstücke/Außenanlagen (-167.153,73 €) 549

Ebenfalls **deutlich geringer** sind die **Bewirtschaftungskosten** ausgefallen. Die **größten Einsparungen** gab es bei den Kosten für Heizung und Brennstoffe (- 200.544,09 €), beim Strom (- 258.264,50 €) und beim Wasser/Abwasser (- 75.176,83 €). 550

Die **besonderen Aufwendungen für Beschäftigte** lagen um 190.221,39 € (- 41 %) und die **sonstigen Sach- und Dienstleistungen** um 634.815,08 € (- 22 %) **unter dem Ansatz**. 551

Vorjahresvergleich

Im Vergleich zum **Vorjahresergebnis** gab es jedoch auch **größere Kostensteigerungen**. 552

So stiegen die Aufwendungen für die **Unterhaltung baulicher Anlagen KZB** von 24.416,10 € um 53.732,53 € bzw. + **220 %** auf 78.148,63 € an. Wir haben die zugrundliegenden Buchungen gesichtet, auf dem Konto „Unterhaltung Messanlage Verkehrswesen“ wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 30.000 € um 47.033,43 € überschritten. Die einzelnen **Buchungen** wurden **gesichtet**, hieraus ergab sich **kein Anlass zur Prüfungsvertiefung**. 553

Die **Aufwendungen für Wasser/Abwasser** (Sachkonto 42 41 200) stieg von 223.976,05 € auf 287.732,50 €, ein Plus von 28,5 %. Hinzu kommt noch mit rund 1 T€ der hoheitliche Bereich (Sachkonto 42 41 210) 554

In der **Mehrjahresbetrachtung** relativiert sich der starke Kostenanstieg etwas. 555

in €	2018	2019	2020	2021
Wasser/Abwassergebühren	231.765,23	241.938,63	225.139,68	288.723,17

Für das **Vorjahr 2020** war der deutliche **Einbruch** aus zwei Gründen **erklärbar**. Zum einen durch die geringeren Nutzungszeiten der städtischen Gebäude und Einrichtungen und zum anderen durch die befristete Mehrwertsteuersenkung im 2. Halbjahr 2020 ausgelöst jeweils aufgrund der Corona-Pandemie. 556

Wie alle Kosten werden die **Bewirtschaftungskosten** durch zwei Faktoren **beeinflusst**, zum einen **durch die Verbrauchs-Menge** und zum anderen durch den **Stück-Preis**. Menge mal Preis ergibt die Kosten. Anders als bspw. bei der Heizung (milder Winter) sind beim Wasser keine weiteren Einflussfaktoren auf die Verbrauchsmenge zu erwarten. 557

 Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt die **weitere Entwicklung** bei den gesamten **Bewirtschaftungskosten** (3,9 Mio. €) insgesamt im Auge zu behalten und **bei Bedarf eine nähere Analyse** durchzuführen. 558

Die Aufwendungen für die **Fahrzeughaltung** steigerten sich um **+ 23 %** von 205.280,45 € auf 252.548,26 €. 559

Prüfungen

Bei den Aufwendungen für die **Unterhaltung des beweglichen Vermögens** haben wir sowohl **Buchungen** als auch Buchungsbelege über den gesamten Haushalt **in Stichproben geprüft**. Bei einem Beleg fehlte die begründende Unterlage. In den Fällen, in denen Skonto möglich war, erfolgte der Abzug. 560

Wie schon im Vorjahr waren bei einigen Belegen die **begründenden Unterlagen** in ihrer Formulierung **nicht ausreichend**. Auf eine **konkrete Benennung** des jeweiligen Kaufgegenstandes und insbesondere des spezifischen Verwendungszweckes sollte **geachtet werden**. 561

 Besonders aufgefallen ist uns **1 Beleg** mit **Barauslagen** einer Lehrkraft für die Anschaffung von verschiedenen Gegenständen mit einer Gesamtsumme von **2.356,59 €** an einer Grundschule. 562

 Zudem gab es etliche Barauslagen im hohen 3-stelligen Bereich und **ein Mitarbeiter** in der Schulkindbetreuung hat **im Prüfungsjahr 28 Barauslagen getätigt**. Hier drängt sich der **Verdacht** auf, dass diese **Vorgehensweise** als **normal** betrachtet wird und **nicht als absolute Ausnahme**. Auch im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr wurden von Mitgliedern Auslagen getätigt (vierstelliger und hoher 3-stelliger Bereich). 563

Wie schon im letzten Prüfungsbericht ausgeführt, **werden Barauslagen** aus verschiedenen Gründen **generell kritisch gesehen**. Tatsächlich handelt es sich bei den meisten sogenannten „Barauslagen“ schon lange nicht mehr um bar bezahlte Einkäufe, die anderweitig nicht oder nur erschwert erfolgen könnten, sondern um Bestellungen im Internet. Wir weisen außerdem darauf hin, dass es in vielen Bereichen **für kleinere Barkäufe Handvorschusskassen** gibt. 564

c) Planmäßige Abschreibungen 7.222.024,18 € (6.499.331,16 €)

Die planmäßigen Abschreibungen von insgesamt 7.222.024,18 € setzen sich aus den Abschreibungen auf **immaterielle Vermögensgegenstände** und das **Sachvermögen** in Höhe von 5.911.898,98 € (5.490.130,61 €), den Abschreibungen auf **Forderungen** in Höhe von insgesamt 508.298,02 € (360.581,49 €) und den **sonstigen Abschreibungen** in Höhe von 801.827,18 € (648.619,06 €) € zusammen. 565

d) Zinsen und ähnliche Aufwendungen **276.205,40 € (231.987,91 €)**

Der **Planansatz** betrug insgesamt 420.800 €, das **Ergebnis** lag u. a. wegen Zinersparnissen bzw. günstigeren Zinssätzen um 144.594,60 € **niedriger**. 566

Die **Kreditzinsen** waren mit 350.000 € veranschlagt, tatsächlich fielen lediglich 202.384,06 € an (-147.615,94 €). 567

Die **Buchungskosten** lagen mit 14.172,19 € um 5.827,81 € unter dem Planansatz und waren somit vergleichbar zum Vorjahr (12.192,77 €). 568

Im Prüfungsjahr fielen wie schon im Vorjahr **Negativzinsen auf Geldbestände** an, sie betrugen 59.649,15 €. 569

e) Transferaufwendungen **52.858.793,80 € (42.535.607,05 €)**

Unter Transferaufwendungen versteht man überwiegend **Zuschüsse für laufende Zwecke und Umlagen**. 570

Im Rechnungsjahr 2021 wurden dafür insgesamt 52.858.793,80 € ausgegeben und damit die Summe der **Planansätze** in Höhe von 46.401.150 € um 6.457.643,80 € **überschritten**. Die **wesentlichsten Abweichungen** werden nachfolgend dargestellt. 571

Bei der **Finanzausgleichsumlage** wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 15.626.860 € um 202.749,00 € **unterschritten**. Bei der **Finanzausgleichsumlage Rückstellung** betrug der Haushaltsansatz - 2.100.000 €, das Ergebnis mit 3.000.000 € überschritt den Ansatz um 5.100.000 €. 572

Bei der **Kreisumlage** betrug das Ergebnis 20.331.529,32€, der Haushaltsansatz (21.346.320 €) wurde um 1.014.790,68 € unterschritten. Bei der **Kreisumlage Rückstellung** wurde **unterplanmäßig** eine **geringere Rückstellung eingebucht**. Im laufenden Jahr wurden statt dem eingeplanten Minderaufwand von - 2.500.000 € lediglich - 100.000 € gebucht. Dies bedeutet zugleich eine **Überschreitung des Mittelansatzes** um 2.400.000 €. 573

Eine Erhöhung ergab sich bei der **Gewerbesteuerumlage**, die um 949.366,70 € höher lag als der Haushaltsansatz mit 1.181.250,00 €. 574

Beim **Stadtticket Ostfildern** wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 164.000 € **deutlich unterschritten**, das Rechnungsergebnis liegt bei 26.180,42 €. 575

Wir haben **alle Buchungen eingesehen** und zwei **Belege geprüft**. Das Rechnungsergebnis ergibt sich aus **Abschlagszahlungen** in Höhe von 1.600 € monatlich sowie einer **Schlussrechnung** in Höhe von 6.980,42 €. Wie aus Schriftverkehr mit dem VVS in den zahlungsbegründenden Unterlagen hervorgeht, lag die **Anzahl der verkauften Tickets coronabedingt deutlich unter der angenommenen Anzahl**. 576

Beim **Zuschuss übriger Bereich** wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 5.314.050,00 € **geringfügig** um 213.858,76 € **unterschritten**. 577

Beim **Zuschuss Zweckverband** wurde der Haushaltsansatz in Höhe von 387.150,00 € um 578
231.699,29 € unterschritten. Dies ist überwiegend auf einen **geringere Betriebskostenumlage**
des **Gymnasialen Schulverbandes Ostfilder** zurückzuführen. Diese Umlage erreichte im Jahr
2021 ein **Allzeit-Tief** von 191.684,77 € anstatt der geplanten 442.410 €. Bei den letzten beiden
Werten handelt es um Werte des Schulverbands, die Stadt selbst muss daran nur einen Anteil
von rund 146 T€ entrichten.

f) Sonstige ordentliche Aufwendungen 3.508.784,44 € (3.152.403,68 €)

Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören insbesondere **Entschädigungen** für 579
ehrenamtliche Tätigkeit, Geschäftsausgaben (wie Büromaterial, Telefongebühren etc.),
Steuern, Versicherungen, Erstattungen vor allem an **Gemeinden, Zweckverbände und Eigen-**
betriebe sowie private Unternehmen, und Erstattungszinsen.

Bereitgestellt wurden im Haushalt insgesamt 3.063.690 €, tatsächlich **verbraucht** wurden 580
3.508.784,44 € (im Vorjahr: 3.152.403,68 €).

In der Summe der Ansätze ist aber der **Globale Minderaufwand** mit einem negativen Haus- 581
haltsansatz von - **600.000 € enthalten**. Auf diesem Produktsachkonto gibt es keine direkten
Buchungen und damit auch kein Ergebnis, denn die vorgesehenen **pauschalen Einsparungen**
werden bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** sowie bei **sonstigen ordentli-**
chen Aufwendungen erwirtschaftet. Somit standen für sonstige ordentliche Aufwendungen
3.663.690 € bereit.

Bei aufgewendeten 3.508.784,44 € ergaben sich **erkennbare Minderungen** bei den sonstigen 582
ordentlichen Aufwendungen, die **höchsten Abweichungen** waren:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten - 127.740,29 €
- Formular/Druck-/Kopierkosten - 61.286,31 €
- Steuer/Versich./Schadensfall - 51.827,17 €
- Bürobedarf - 50.208,17 €
- Vermischte Aufwendungen/Mitgliedsbeiträge - 39.651,30 €

In 2 Bereichen ergaben sich **deutliche Mehrungen**, die nachfolgend aufgeführt werden: 583

- Erstattungszins + 169.509,00 €
- Rechts- und Beratungskosten + 121.909,37 €

Es erfolgte eine **Detailanalyse** für ausgewählte **Sachkonten**. 584

Rechts- und Beratungskosten

Bei den **Rechts- und Beratungskosten** wurden im Prüfungsjahr 121.909,37 € mehr ausgegeben, als veranschlagt. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis lag das Ergebnis mit 307.369,37 € um 29.040,37 € höher. 585

Im **Verlauf der letzten Jahre** zeigt sich ein **stetes Auf und Ab** bei den **geplanten** und eine **stetige Steigerung** bei den **erreichten Werten** auf diesem Sachkonto. Innerhalb von 5 Jahren haben sich die Ausgaben mehr als vervierfacht. 586

in Euro	2017	2018	2019	2020	2021
Planansatz	135.200,00	164.400,00	223.850,00	251.300,00	185.460,00
Rechnungsergebnis	71.624,18	165.002,90	123.994,26	278.328,42	307.369,37

587

Im Prüfungsjahr haben wir **alle Buchungen** auf dem Sachkonto 4431500 „Rechts- und Beratungskosten“ **gesichtet** und **einige Belege geprüft**, dabei ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 588

Die **gewährten Eingliederungshilfen** sind, wie schon im Vorjahresbericht bemerkt, nicht unter diesem Aufwandssachkonto, sondern **unter der Kontenart 433 Sozialtransferaufwendungen** zu **verbuchen**. Eine **Umsetzung** konnte aufgrund der Zeitläufe **noch nicht erfolgen**. 589

Größter Kostentreiber in diesem Jahr war die Bildung von **neuen Rückstellungen** aufgrund **anhängiger Gerichtsverfahren** (Verfassungswidrigkeit der Nachzahlungszinsen, Vergnügungs- und Gewerbesteuer). 590

Erstattungs-zins

Die Erstattungs-zinsen **überstiegen** im Prüfungsjahr den **Haushaltsansatz** in Höhe von 55.000 € um 169.509,00 €. Das **Vorjahresergebnis** lag bei 49.741,00 €. 591

Die **Belegprüfung** ergab, dass ein einzelner Beleg (interne Verrechnung) auf dem Sachkonto gebucht wurde. Diese **Umbuchung** erfolgte **im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten**, die aufgrund KIRP- spezifischer Gegebenheiten erforderlich war. Dem Beleg liegt **eine Excel-Tabelle aller Gewerbesteuerfälle**, die im Prüfungsjahr Erstattungs-zinsen erhalten haben, bei. Dabei zeigte sich, dass **in einem Einzelfall** Erstattungs-zinsen von **178 T€ zu zahlen** waren. Im Rahmen einer **Rückfrage** beim zuständigen **Fachamt** wurden uns die Hintergründe allgemein **erläutert** und die **Ordnungsmäßigkeit versichert**. 592

Ehrenamtliche Tätigkeiten

Das Ergebnis bei **Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten** lag mit 247.469,71 € um 124.880,29 € **unter dem Planansatz** (372.350 €) und damit leicht über dem **Ergebnis** des **Vorjahres** von 242.562,84 € (siehe Konto 44 21 000). 593

Auf dem Konto 44 21 100 Ehrenamtliche/sonstige Tätigkeit war ein Ansatz in Höhe von 55.000€ veranschlagt, das Rechnungsergebnis betrug 52.140,00 €. Auf diesem Konto wurden die **Wahlhelferentschädigungen** gebucht. 594

Das Rechnungsprüfungsamt verschaffte sich einen **Überblick** über **alle Buchungen**. 595

Größere Kostenblöcke betrafen die Entschädigung für 596

- die Gemeinderäte (89 T€)
- Aufwandsentschädigung (49 T€) für ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich Soziales
- Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr (51 T€)
- Sprachförderung (42 T€)

Im **Vorjahr** wurden einzelne Belege **detailliert geprüft**, es ergaben sich verschiedene **Prüfungsbemerkungen**, deren **Umsetzung** aufgrund der Zeitläufe **noch nicht erfolgen** konnte. Im **Prüfungsjahr** wurde daher auf eine **erneute Belegprüfung verzichtet**. 597

7. Ordentliches Ergebnis

Aus der Differenz zwischen den **ordentlichen Erträgen** in Höhe von 120.208.718,89 € und den **ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 115.855.841,61 € ergibt sich ein **ordentliches Ergebnis** von + 4.352.877,28 €.

598

Eine **Nachtragshaushaltssatzung** war für das Wirtschaftsjahr 2021 nicht erforderlich.

599

Die hohen **Mehr-Erträge** (+ 21,0 Mio. €) und die geringen **Mehr-Aufwendungen** (+ 2,3 Mio. €) addierten sich zu einer **hohen Ergebnis-Verbesserung** von 18,7 Mio. gegenüber dem negativen Plan-Ansatz (- 14,4 Mio. €). Die Mehrerträge speisten sich vor allem höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer, aber auch bei fast allen anderen Ertragspositionen ergaben sich höhere Einnahmen als geplant. Reduzierte Aufwendungen ergaben sich hauptsächlich aus Weniger-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie beim Personal. Diese wurden durch die deutliche Überschreitung der geplanten Transferaufwendungen überkompensiert.

600

Verbunden mit dem positiven ordentlichen Ergebnis ist der **Nachweis der intergenerativen Gerechtigkeit**, da der Ressourcenverbrauch erwirtschaftet werden konnte. So wurden die **Abschreibungen** mit einem Gesamtbetrag von rund 7,2 Mio. € **vollständig erwirtschaftet** und es konnten darüber hinaus sogar noch **Rückstellungen** für verschiedene Zwecke **gebildet** werden.

601

Das ordentliche Ergebnis von 4.352.877,28 € wird der **Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses** **zugeführt** und kann in schlechteren Jahren zur Deckung eines negativen ordentlichen Ergebnisses wieder entnommen werden. Der Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt zum 31.12.2021 somit rechnerisch 35.078.461,70 €. Hinzu kommen aufgrund einer Prüfungsanmerkung der GPA die zweckgebundene Rücklage Erschließung Zinsholz mit 125.000,00 €, die umgebucht wurde. Somit ergibt sich ein **Endbestand** der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses **zum 31.12.2021 mit 35.203.461,70 €**.

602

8. Sonderergebnis

Das **Sonderergebnis** errechnet sich aus den **außerordentlichen Erträgen** in Höhe von 2.976.729,17 € abzüglich der **außerordentlichen Aufwendungen** von 452.167,51 € und betrug damit **2.524.561,66 €**. 603

Außerordentliche Erträge waren 2021 in Höhe von 5.300.000 € bei Erträgen aus der **Veräußerung von Grundstücken** in der Hauptsache im Baugebiet Ob der Halde in Scharnhausen veranschlagt, tatsächlich wurden außerordentliche Erträge in Höhe von insgesamt **2.859.659,23 €** eingenommen. 604

Bei Erträgen aus der **Veräußerung Vermögensgegenständen** unter 1.000 € wurden lediglich **100,00 €** verbucht. 605

Bei den **sonstigen außerordentlichen Erträgen** wurden **116.969,94 €** vereinnahmt. Hier handelt es sich um **Erstattungen nach der Corona-Verordnung** insbesondere für die Corona-Tests. 606

Außerordentliche Aufwendungen waren im Prüfungsjahr nicht veranschlagt. Tatsächlich fielen insgesamt **452.167,51 €** an. 607

Dieser Betrag entstand überwiegend auf dem Konto Aufwendungen Katastrophen u. ä. Es wurden insgesamt **250.675,63 €** für **Aufwendungen** im Zusammenhang mit der **Corona-Pandemie** verbucht. 608

Zudem ergaben sich **außerplanmäßigen Abschreibungen** durch Anlagenabgänge aus der jährlichen Inventur (149.827,32 €) und **Aufwendungen** auf dem Konto **Veräußerung Grundstücke/Gebäude** in Höhe von 51.664,56 €. 609

Das positive Sonderergebnis („außerordentliche Ergebnis“) mit 2.524.561,66 € wird in voller Höhe der **Rücklage** aus Überschüssen des Sonderergebnisses **zugeführt**. 610

Diese Rücklage dient dabei sowohl der **Deckung von eventuell zukünftigen Fehlbeträgen beim Sonderergebnis** (§ 25 Abs. 4 GemHVO) als auch zur **Deckung von eventuell zukünftigen Fehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis**, die nicht bereits durch die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden können (§ 25 Abs. 2 GemHVO). 611

Der **Bestand der Rücklage** aus **Überschüssen des Sonderergebnisses** beträgt zum 31.12.2021 damit **19.234.363,79 €**. 612

9. Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die **Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** bilden den Geldfluss ab und entsprechen den **Erträgen und Aufwendungen des Ergebnishaushalts**, soweit sie **zahlungswirksam** sind. 613

Abweichungen zwischen den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung und den Erträgen und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung **haben** im wesentlichen **folgende Gründe**. 614

- Grundsätzlich, wenn die Ergebnisrechnung des alten Jahres und die Finanzrechnung des neuen Jahres betroffen sind. D. h. die **Zahlungswirksamkeit** erfolgt in einem Jahr während der **Erfolg** noch dem **anderen Jahr** zugeordnet wird. 615
- Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten** aus Zuwendungen und Zuschüssen sind nur in der Ergebnisrechnung dargestellt, da sie **nicht zahlungswirksam** werden. 616
- Zwischen den **Personalaufwendungen** und den **Personalauszahlungen** besteht eine **Differenz**, da bei den Personalaufwendungen **Rückstellungen** gebildet wurden, die erst **später zahlungswirksam** werden. 617
- **Rückstellungen** aller Art belasten die Ergebnisrechnung des alten Jahres und die Finanzrechnung des neuen Jahres. 618
- Die planmäßigen und die außerplanmäßigen **Abschreibungen** werden nur in der Ergebnisrechnung dargestellt, da sie **nicht zahlungswirksam** werden. 619

Die **Einzahlungen** aus laufender Verwaltungstätigkeit betragen insgesamt **115.506.036,28 €** (Ansatz 2021: 98.598.300 €), die **Auszahlungen** aus laufender Verwaltungstätigkeit **105.596.997,49 €** (Ansatz 2021: 111.359.340 €). 620

Daraus ergibt sich ein **Zahlungsmittelüberschuss** in Höhe von **9.909.038,79 €**. Im Jahresabschluss 2020 hatte sich noch ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von nur 1.175.638,15 € ergeben. 621

10. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

a) Einzahlungen aus Investitionszuwendungen 754.753,47 € (4.968.596,74 €)

Für **Investitionszuschüsse** des **Bundes**, des **Landes**, des **Landkreises**, des **Schulverbandes**, von **Eigenbetrieben** und **privaten Unternehmen** waren insgesamt Mittel in Höhe von 1.200.450 € eingeplant. Das **Ergebnis** lag mit 754.753,47 € um 445.696,53 € deutlich **unter dem Planansatz**. 622

Investitionszuwendungen des Landes wurde insbesondere bei den Projekten 623

- Sanierung und Brandschutz der **Wasenäckerschule, 2. AZ**,
- Verkehrsknoten Nellinger Linde,
- **Ortskernsanierungsmaßnahmen Ruit IV und Kemnat I** sowie
- **Feuerwehr, Gerätewagen Abt. Nellingen**

vereinnahm.

Die Rechnungsprüfung hat sich einen **Überblick** über **alle Buchungen** verschafft. Als **Stichprobe** wurden bei einer Einzahlung der zugrundeliegende Buchungsbeleg **angeschaut**, es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 624

b) Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen 543.095,17 € (333.294,98 €)

Hier wurden Zahlungen für **naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen** im Zusammenhang mit städtischen Bau- und Gewerbegebieten sowie **Erschließungsbeiträge** für das Baugebiet Ob der Halde verbucht. 625

Die Rechnungsprüfung hat sich einen **Überblick** über **alle Buchungen** verschafft. Als **Stichprobe** wurden bei vier Einzahlungen die **Belege angeschaut**, es ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 626

c) Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen 4.578.981,02 € (4.322.108,89 €)

Für das Jahr 2021 waren Erlöse aus **Verkäufen städtischer Grundstücke** geplant in Höhe von 3.800.000,00 €. Tatsächlich realisiert wurden im Ergebnis 4.578.881,02 €. Die Einzahlungen stammen im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken Ob der Halde, in Scharnhausen und Nellingen. 627

Die zugrundeliegenden Buchungen wurden gesichtet und einige **Belege in Stichproben geprüft**, dabei ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 628

Beim **Verkauf von beweglichem Sachvermögen** wurden zudem 100,00 € vereinnahmt. 629

11. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

a) Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

280.076,70 € (2.064.961,68 €)

Für den **Grunderwerb** waren im Haushaltsplan 535.000 € sowie **Ermächtigungsüberträge** aus dem Vorjahr von 247.841,32 € **vorgesehen**. Ausgezahlt wurden letztlich 280.076,70 €. 630

Es wurden überplanmäßige Mittel in Höhe von 1.326.000 € genehmigt. Zum Jahresabschluss wurden **Ermächtigungsübertragen** in Höhe von 1.790.000 € für den Erwerb von Grundstücken in Scharnhausen in das Folgejahr 2022 **übertragen**. 631

b) Auszahlungen für Baumaßnahmen

9.224.217,89 € (8.422.786,65 €)

Für **Baumaßnahmen** standen im Haushaltsjahr 2021 insgesamt 16.905.960,34 €, nämlich 632

- 8.940.000,00 € an **Haushaltsansätzen** 2021,
- 7.544.759,98 € an **Ermächtigungsresten** aus dem Jahr 2020 sowie
- 421.200,36 € durch **ergänzende Festlegungen** im Haushaltsvollzug bereit.

Das **Rechnungsergebnis** 2021 beträgt 9.224.217,89 €. Auch in diesem Prüfungsjahr kam es bei einer **Vielzahl von Bauprojekten zu Verzögerungen** und es gab viele **mehrfährige Bau- und Sanierungsprojekte**, weshalb die Mittel nicht wie geplant abflossen. 633

Die **Haushaltsmittel** werden somit **weiterhin benötigt** und es wurden für den Gesamtbereich Baumaßnahmen **Ermächtigungsreste** in Höhe von 7.085.454,28 € **gebildet**. Diese liegen um 459.305,70 € **niedriger gegenüber** den Ermächtigungsresten des **Vorjahres**. 634

c) Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen

498.748,48 € (1.028.007,72 €)

Für den **Kauf von immateriellen und beweglichen Vermögensgegenständen** wie Geräte, Mobiliar, Lizenzen für Software, Fahrzeuge etc. über 1.000 € netto fielen Auszahlungen von 498.748,48 € an. 635

Das Rechnungsergebnis **überschreitet** den **Planansatz** in Höhe von 489.300,00 € zwar **minimal**; allerdings standen auch noch **aus dem Vorjahr Ermächtigungsübertragungen** in Höhe von 462.837,86 € zusätzlich zur Verfügung. Zudem wurden im Rahmen der **ergänzenden Festlegungen im Haushaltsvollzug** weitere 454.304,10 € zur Verfügung gestellt. Damit wäre **weit-aus mehr möglich** gewesen. 636

Die Rechnungsprüfung hat sich einen **Überblick** über **alle Buchungen** auf dem Konto verschafft und einige **Belege in Stichproben** gesichtet. In den Vorjahren wurde hier verschiedene Prüfungsbemerkungen getroffen. Entsprechende Vorgänge sind auch in diesem Jahr wieder aufgefallen, werden jedoch nicht erneut ausgeführt. Es besteht die Hoffnung, dass unsere **Bemerkungen in künftigen Jahren Beachtung finden**. 637

d) Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen 45.355,00 € (0,00 €)

Im Haushaltsplan 2021 war für den Erwerb von Beteiligung ein Haushaltsansatz von 42.860 € vorgesehen. Hier erfolgte im Wesentlichen eine Kapitalaufstockung bei der END sowie untergeordnet (2.500 €) eine Stammkapitaleinlage bei der Klimaschutzagentur Esslingen. 638

e) Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen 5.729.386,22 € (6.328.327,43 €)

Bei den Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen wurde der **Haushaltsansatz** in Höhe von 6.515.240,00 € um 785.853,78 € **unterschritten**. Mit insgesamt 5.729.386,22 € wurden u. a. Investitionen des Gymnasialen Schulverbands Ostfilder, der SEG, von Vereinen sowie kirchlichen und sonstigen Kindergartenträgern bezuschusst. 639

Nahezu planmäßig flossen die **Kapitalumlage** an den Verband Region Stuttgart ab, die Kapitalumlage an den **Gymnasialen Schulverband Ostfilder** betrug 4.050.841,36 € und unterschritt den Haushaltsansatz. Die geplante Vermögensumlage an den neuen Zweckverband 4IT floss auch in diesem Jahr nicht ab. 640

Für **Ortskernsanierungen** wurden rund 1,5 Mio. € ausgezahlt. Größte Posten waren die Mittel für die Sanierung der Hindenburgstraße mit 831.304 €, die Ortskernsanierungsmaßnahme Ruit IV mit 100.000 € sowie 564.000 € für die Ortskernsanierung Kemnat I. 641

Für **Investitionszuschüsse übrige Bereiche** (Konto 7818) wurden insgesamt 161.624,25 € ausgezahlt. Wir haben uns über alle Buchungen einen **Überblick** verschafft und zwei **Belege** als **Stichprobe** gezogen. Wesentlichste Posten waren die 1. Teilzahlung sowie die Schlusszahlung für die Erweiterung der Marco-Polo Kinderbetreuungseinrichtung in Kemnat (zusammen 143.000,00 €). Bei der **Belegprüfung** ergaben sich **keine Prüfungsbemerkungen**. 642

f) Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen 77.829,20 € (49.771,56 €)

Im Jahr 2021 wurden insbesondere **Investitionen** für Lizenzen und DV-Software getätigt. Es erfolgten Neuanschaffungen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 77.829,20 € für verschiedenen Bereiche der Verwaltung. Drei Belege wurden **gesichtet**. Es ergaben sich diesbezüglich **keine Anhaltspunkte für tiefergehende Prüfungen**. 643

12. Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

a) Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit 11.026.276,00 € (5.992.245,00 €)

In § 2 der Haushaltssatzung 2021 wurde eine **Kreditermächtigung** in Höhe von 11.000.000 € für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen festgesetzt. 644

Es wurden **zwei Kredite** in Höhe von insgesamt 11.026.276,00 € **aufgenommen**, ein KfW-Darlehen in Höhe von 10.000.000,00 € sowie ein Darlehen von der LBBW mit 1.026.276,00 €. 645

Das Rechnungsprüfungsamt hat die beiden zugrundeliegenden Belege gesichtet und in die begründenden Unterlagen **Einsicht genommen**, daraus ergaben sich **keine Prüfbemerkungen**. 646

Die Auszahlung des KfW Förderdarlehens von insgesamt 10 Mio. € für den Neubau der Sporthalle 1 erfolgte tatsächlich erst im Jahr 2021 mit **anteiliger Anrechnung** von 3 Mio. € auf die **Kreditermächtigung 2020**. Die Kreditermächtigung 2020 wurde nur zum Teil in Anspruch genommen, so dass der noch zur Verfügung stehende Rest nun berücksichtigt werden konnte. Hier kommt § 87 Abs 3 GemO zum Tragen: „Die Kreditermächtigung gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr erlassen ist.“ 647

b) Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit 2.076.367,13 € (1.397.402,01 €)

Die **Kredittilgungen entsprachen** im Jahr 2021 mit 2.076.367,13 € nahezu dem **Haushaltsansatz** von 2.010.400 €. 648

c) Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres 8.917.819,08 € (- 1.601.784,47 €)

Aus den tatsächlich erhaltenen Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 11.026.276,00 € und den tatsächlich geleisteten Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 2.076.367,13 € ergibt sich im Saldo ein **Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit** von 8.949.908,87 €. 649

Kennzeichnend für die **Finanzrechnung** ist, dass die **jeweiligen Ein- und Auszahlungen** nach laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit **getrennt saldiert** werden, ehe ein **Gesamtsaldo** als Saldo der **Finanzrechnung** gebildet wird. 650

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	Zahlungsmittel überschuss oder Zahlungsmittel bedarf der Ergebnisrechnung	651
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Finanzierungsmittel überschuss oder Finanzierungsmittel bedarf aus Investitionstätigkeit	
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit oder Finanzierungsmittelbedarf
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	
Saldo der Finanzrechnung (Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres)	

Die **Summe aus dem Zahlungsmittelüberschuss** der Ergebnisrechnung (laufende Verwaltungstätigkeit) von + 9.909.038,79 €, saldiert mit dem **Finanzierungsmittelbedarf** aus Investitionstätigkeit von - 9.941.128,58 € und dem **Finanzierungsmittelüberschuss** aus Finanzierungstätigkeit von + 8.949.908,87 € ergibt eine **Änderung des Finanzierungsmittelbestands** zum Ende des Haushaltsjahres in Höhe von **8.917.819,08 €**. 652

Hier wird die **Verbesserung** gegenüber der geplanten Änderung des **Finanzierungsmittelbestandes** im Haushaltsplan 2021 von - 14.839.820 € deutlich. Es wurden **deutlich weniger liquide Mittel benötigt**. 653

In der **Analyse** zeigt sich die rasche Rückkehr zu „**Normal-“Einnahmen** bei der **Gewerbsteuer** und zudem deutlich **höhere Zuweisungen** als maßgeblich **verantwortlich**. Bei der Gewerbesteuer sind statt geplanter 13,5 Mio. € hier 24,35 Mio. € geflossen; die Zuweisungen lagen um 5,2 Mio. € über dem Ansatz. 654

Zudem muss eine **Verbesserung der Liquidität** wegen den sogenannten **haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen** (insbesondere der Eigenbetriebe und Zuführungen aus mittelfristigen Geldanlagen) mit einem Betrag von + **1.644.768,54 €** berücksichtigt werden. 655

Somit **erhöht** sich der **Bestand an Zahlungsmitteln** um insgesamt **10.562.587,62 €**. 656

Dadurch hat sich der Anfangsbestand an **Zahlungsmitteln** von 17.191.468,52 € auf einen **Endbestand** zum Jahresabschluss von **27.754.056,14 €** erhöht. Diese Beträge entsprechen der Position 1.3.9 **Liquide Mittel** in der Bilanz unter Berücksichtigung der Gelder aus den Handvorschusskassen. 657

V. Prüfung der Kassen

1. Grundlagen der Kassenprüfung

Dem Rechnungsprüfungsamt obliegt nach § 112 Abs. 1 GemO die **laufende Prüfung der Kassenvorgänge** bei der Gemeinde und bei den Eigenbetrieben zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse, sowie die **Kassenüberwachung**, insbesondere die Vornahme der Kassenprüfungen bei den Kassen der Gemeinde und Eigenbetriebe. 658

Das Rechnungsprüfungsamt legt nach pflichtgemäßem Ermessen selbst fest, wie intensiv es die **dauernde Überwachung der Kasse** vornimmt und wie zahlreich die **Kassenprüfungen** durchgeführt werden. 659

Immer wieder wird in den Fachkreisen diskutiert, inwieweit es sinnvoll ist, Kassenanordnungen vor ihrem Vollzug von der örtlichen Rechnungsprüfung prüfen zu lassen (sog. **Visa-Kontrolle**). Nach unserer Einschätzung bindet eine derartige fortlaufende Belegprüfung nicht unerhebliche Prüferkapazitäten, außerdem besteht die Gefahr der Verminderung der Sorgfalt der unterzeichnenden Personen („Das RPA prüft ja eh.“). Die Visa-Prüfung macht in begründeten Ausnahmefällen mit zeitlicher Begrenzung Sinn, wenn sich etwa vorhandene Verdachtsmomente oder bei Einführung einer neuen Regelung Anfangsfehler dadurch leichter und rascher aufklären lassen. 660

Die Kassenüberwachung soll durch Vornahme von **unvermuteten Kassenprüfungen** sowie beim Wechsel des Kassenverwalters vorgenommen werden. Der **Umfang der Kassenprüfung** ist dabei sehr vielfältig (vgl. § 8 GemPrO). So ist nicht nur eine **Kassenbestandsaufnahme** zu machen, bei der der Kassen-Ist-Bestand mit dem Kassen-Soll-Bestand abzugleichen ist. Es ist auch festzustellen, ob 661

- der **Zahlungsverkehr** ordnungsgemäß abgewickelt wird,
- die **Bücher** ordnungsgemäß geführt werden,
- die erforderlichen **Belege** vorhanden sind,
- die **Kassenmittel** ordnungsgemäß bewirtschaftet werden,
- bei den **Forderungen** die nötigen Sicherungs-, Überwachungs- und Beitreibungsmaßnahmen getroffen werden,
- die verwahrten **Wertgegenstände** und andere verwaltete Gegenstände vorhanden und ordnungsgemäß aufbewahrt werden und
- die **Kassensicherheit** gewährleistet ist.

Neben der Prüfung der Gemeindekasse (Hauptkasse) sind auch bei den **Zahlstellen und Handvorschüssen unvermutete Kassenprüfungen** vorzusehen. In jedem Prüfungsjahr werden nach einem internen Prüfungsplan weitere Zahlstellen und Handvorschusskassen geprüft. Die Ergebnisse werden in Kapitel 3 dargestellt. 662

Die **Dienstanweisung (DA)** für die **Stadtkasse** wurde überarbeitet und trat **zum 01.01.2018 in Kraft**. Sie regelt u. a. die **Aufgaben und Zuständigkeiten der Beschäftigten** der Stadtkasse, nennt aber auch die bei den Banken **eingerichteten Geschäftskonten**. 663

2. Kassenprüfung

a) Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 112 Abs. 1 der Gemeindeordnung sowie den §§ 1 bis 9 der Gemeindeprüfungsordnung. 664

Die Kassenprüfung 2021 war weiterhin von der **Besonderheit der Corona-Pandemie** geprägt. Mit dem Entstehen der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden alle **Kassenprüfungen vor Ort eingestellt**. Stattdessen wurden die Aktivitäten der Kassenüberwachung gestärkt. 665

b) Prüfungsunterlagen

- Tagesabschluss vom 20.12.2021 mit Schwebeposten 666
- KIRP-Liste Kontenumsätze/Zahlungszuordnung, Bankbuchhaltung, Stand 21.12.201, 10:53 Uhr
- Ermittlung des Kassenbestands „Geldkassette“ und „Einzelmünzen Beutel Tresor“
- Abschlussblatt der Stadtkasse, Abrechnung vom 21.12.2021
- Schwebeposten, Stand 21.12.2021, 10:54 Uhr
- Elektronische Kontoauszüge
- Wertbuchführung

c) Prüfungsumfang

Die Kassenprüfung umfasst nach der Gemeindeprüfungsordnung eine **Kassenbestandsaufnahme** (vgl. § 8 Abs. 1) sowie weitere **Mindestprüfungsbestandteile** gemäß § 8 Abs. 2. 667

Nach § 3 GemPrO kann sich die Prüfung – mit Ausnahme der Kassenbestandsaufnahme – auf **Stichproben** beschränken. Dabei können nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der Risikoaspekte entsprechende **Schwerpunkte** gebildet werden. 668

d) Prüfungshandlungen

Allgemeines

Die **letzte Kassenprüfung** fand am 07.01.2021 wegen des Wechsels des Kassenleiters statt. Hieraus ergaben sich keine Bemerkungen, die bei dieser Prüfung aufzugreifen wären. 669

Die **unvermutete Kassenprüfung** fand am 21.12.2021 von 10:15 Uhr bis 11:00 Uhr in den Räumen der Stadtkasse, Klosterhof 6, Nellingen, 73760 Ostfildern statt. Neben den beiden Prüfern waren der Kassenverwalter und zeitweise zwei Beschäftigte der Stadtkasse, anwesend. 670

Bei **Beginn der Prüfung** wurde festgestellt, dass die Stadtkasse Ostfildern **noch andere Geschäfte** als die der Stadt Ostfildern **ausführt**. Dabei handelt es sich um die Kassengeschäfte des **Gymnasialen Schulverbands Ostfilder**. 671

Die **Eigenbetriebe** Hallenbäder Ostfildern und Wohnungsverwaltung Ostfildern wurden zum 31.12.2019 bzw. 31.12.2020 **aufgelöst**. 672

Der Eigenbetrieb **Stadtwerke Ostfildern** wickelt seine Kassengeschäfte seit dem 01.01.2018 selbständig über ein eigenes Girokonto ab. Die Mahnstufen erfolgen durch die Stadtwerke Ostfildern. Die Vollstreckungen werden von der Stadtkasse durchgeführt. Eine **schriftliche Vereinbarung** darüber **besteht nicht**. 673

Die weiteren Kassengeschäfte werden als **Einheitskasse** geführt. 674

Kassenbestandsaufnahme

Es erfolgte eine **Kassenbestandsaufnahme**. Im Tagesabschluss werden die Kassenbestände nach den einzelnen Konten aufgeführt. Neben der Barkasse werden verschiedene Girokonten, Geldmarktkonten, Festgelder und Bausparguthaben geführt. Durch die Kassenbestandsaufnahme ist zu ermitteln, ob der Kassenistbestand mit dem Kassensollbestand und dem Saldo der Finanzrechnungskonten übereinstimmt. 675

1. Barkasse

Das **Bargeld** wurde sicher im Tresor aufbewahrt. Es konnte folgende **Ist-Bestandsaufnahme** geführt werden (vgl. Anlage Ermittlung des Kassenbestands): 676

Geldkassette 677

0 keine höherwertigen Scheine vorhanden		
03 Scheine zu je	50 EUR	150,00 EUR
34 Scheine zu je	20 EUR	680,00 EUR
84 Scheine zu je	10 EUR	840,00 EUR
42 Scheine zu je	5 EUR	210,00 EUR
32 Münzen zu je	2 EUR	64,00 EUR
20 Münzen zu je	1 EUR	20,00 EUR
30 Münzen zu je	50 Ct.	15,00 EUR
46 Münzen zu je	20 Ct.	9,20 EUR
59 Münzen zu je	10 Ct.	5,90 EUR
34 Münzen zu je	5 Ct.	1,70 EUR
10 Münzen zu je	2 Ct.	0,20 EUR
13 Münzen zu je	1 Ct.	0,13 EUR
Summe:		1.996,13 EUR

Einzel Münzen Beutel Tresor 678

0 keine höherwertigen Scheine vorhanden		
131 Münzen zu je	2 EUR	262,00 EUR
131 Münzen zu je	1 EUR	131,00 EUR

100 Münzen zu je	50 Ct.	50,00 EUR
108 Münzen zu je	20 Ct.	21,60 EUR
68 Münzen zu je	10 Ct.	6,80 EUR
30 Münzen zu je	5 Ct.	1,50 EUR
16 Münzen zu je	2 Ct.	0,32 EUR
14 Münzen zu je	1 Ct.	0,14 EUR
Summe: 473,36 EUR		

Zusammen: 2.469,49 Euro

In Summe war an Bargeld somit **2.469,49 EUR** vorhanden (tatsächlicher **Istbestand**). Das Bargeld wurde nach der Bestandsaufnahme sofort wieder in den Tresor eingeschlossen. 679

Anschließend wurde auf dem Abschlussblatt der Stadtkasse vom 21.12.2021 der **Kassensollbestand** in Höhe von **2.469,49 Euro** festgestellt. 680

Der Barkassen-**Istbestand stimmt mit dem Barkassen-Sollbestand überein.** 681

Der Tagesabschluss vom 20.12.2021 weist den Bestand der Barkasse mit 2.920,59 € aus. Anhand des Abschlussblattes vom 21.12.2021 wird dieser Betrag zunächst als Übertrag in die Abrechnung der Barkasse übernommen, ehe sich unter Abzug der Tagesauszahlungen in Höhe von 451,10 € der Soll-Endbestand von 2.469,49 € ergibt. 682

2. Bankkonten

Im Zuge der mittlerweile **weitgehend elektronisch abzuwickelnden Bankgeschäfte** („electronic banking“), die täglich vollzogen werden, hat sich durch den Tagesabschluss mit Kontenabstimmung ein Instrument etabliert, welches einen tagtäglichen Abgleich zwischen den Konten, der Zuordnung der Zahlungsvorgänge sowie der Deckung der Konten sicherstellt. 683

Papierauszüge über die Kontenbewegungen werden von den Banken und Sparkassen **nicht mehr erstellt**. Der konkrete Kontostand kann jedoch jederzeit online nachvollzogen werden. Das Rechnungsprüfungsamt hat sich von den Hauptgeschäftsgirokonten die tagesaktuellen elektronischen Kontoauszüge geben lassen. 684

Die **Kontenabstimmung** wird im Rahmen des **Tagesabschlusses** auch tagtäglich dokumentiert und von dem Kassenverwalter und der Kassenaufsicht (= Fachbediensteter für das Finanzwesen) handschriftlich unterschrieben. Hierdurch wird das **Vier-Augen-Prinzip eingehalten**, welches besagt, dass keine einzelne Person alleine verantwortlich für einen Prozess sein darf. Vielmehr müssen fachlich dazu ausreichend geeignete Personen den Vorgang bearbeiten. Dies ist eine wesentliche Grundlage eines **Internen Kontrollsystems (IKS)**. 685

Die gemäß § 8 Abs. 1 geforderten Abgleiche werden im Tagesabschluss dokumentiert. So besteht richtigerweise „keine Differenz zwischen Finanzrechnungskonten und Bankbestandskonten“ sowie „keine Differenz zwischen den Bankbestandskonten und den Geldbeständen“. 686

Weitere kassentechnischen Feststellungen

Die Ein- und Auszahlungen der Stadtkasse werden über ein Datenträgeraustauschverfahren (DTA) mit den Sparkassen und Banken abgewickelt. Die Schwebeposten werden in einer separaten Liste aufgeführt. Schwebeposten sind Auszahlungen, die buchungsmäßig bereits erfasst sind, jedoch im Kontenbestand der Banken und Sparkassen noch nicht abgebildet werden. Beispielsweise, weil eine Auszahlung mittels DTA erst zur Bank weitergegeben wurde oder fällige Lastschriften bereits buchhalterisch erfasst sind. Die banktechnische Abwicklung erfolgt in den nächsten Tagen. Dies wird durch separate Listen überwacht. 687

Der **aktuelle Bestand an Schwebeposten** weist Gutschriften in Höhe von 1.256.037,05 € und Lastschriften in Höhe von 4.924.885,19 € aus. 688

Die Stadtkasse wurde gebeten, im neuen Jahr einen **Nachweis über die Auflösung der aktuellen Schwebeposten** an das Rechnungsprüfungsamt zu übermitteln. 689

Die Stadtkasse verwahrt keine **Kreditkarten**. 690

Ordnungsgemäße Abwicklung des Zahlungsverkehrs (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 GemPro)

Im Zuge der mittlerweile weitgehend elektronisch abzuwickelnden Bankgeschäfte werden die **Dispositionsvorgänge** so vollzogen, dass eine Deckung des Kontos vor der Erteilung der Aufträge des Zahlungsvorganges geprüft wird. Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Zahlungsverkehrs gehört auch, dass die **Zahlstellen** regelmäßig mit der Stadtkasse abrechnen. 691

Aufgrund der Corona-Pandemie fanden seit März 2020 keine Prüfungen der **Zahlstellen** und **Handvorschusskassen** durch das Rechnungsprüfungsamt vor Ort mehr statt. Insgesamt konnte die Stadtkasse in diesem Jahr ein **deutlich geringeres Zahlungsaufkommen** konstatieren. Die Abrechnungen erfolgen regelmäßig, die Korrektheit der Abrechnungen wurde jeweils durch die Stadtkasse nachvollzogen. 692

Bislang wurden **keine Zahlungen** über **virtuelle Konten** (z. B. Paypal) abgewickelt. 693

Bücher- und Belegprüfung (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 GemPro)

Im Rahmen der Prüfung ist festzustellen, ob die **Bücher** ordnungsgemäß geführt werden, also den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Dies erfolgt im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses. 694

Bei der **Belegprüfung** ist zu untersuchen, ob jede Anordnung auch mit dem Original einer Rechnung oder mit einem Eigenbeleg verbunden ist und ob der angeordnete Betrag mit der Endsumme des Belegs übereinstimmt. Es existieren entsprechende Handlungsanweisungen zum Ablauf der Prozesse. Im Rahmen der laufenden Prüfung der Kassenvorgänge zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse nimmt das Rechnungsprüfungsamt entsprechende **Systemprüfungen** vor. 695

In beiden Fällen haben sich in der aktuellen Prüfperiode **keine Prüfungsbemerkungen** oder Anstände ergeben. 696

Ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel (§ 8 Abs. 2 Nr. 4 GemPro)

Zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Kassenmittel gehört, die **Zahlungsbereitschaft** sicherzustellen. Insbesondere wegen der Volatilität der Ein- und Auszahlungen wird täglich eine Dispositions-Übersicht angefertigt, ehe die Zahlungsaufträge bei der Bank beauftragt werden. Aufgrund der Erhebung von Verwarentgelten werden seit Anfang des Jahres 2020 keine Tagesgelder mehr angelegt. Dadurch musste nach Auskunft der Kassenleitung auch im Jahr 2021 nicht ein einziges Mal ein **Liquiditätskredit** in Anspruch genommen werden. 697

Wir baten die Stadtkasse wegen unserer Ausführungen im **letzten Prüfungsbericht** in Zusammenarbeit mit den einzelnen Fachbereichen und Einrichtungen, die **SEPA-Lastschriftmandate** auf ihre Vollständigkeit und Notwendigkeit hin zu überprüfen. 698

Der Leiter der Stadtkasse befindet sich nach seiner Aussage **im Prozess der Aufarbeitung**. Er bat außerdem um **fachliche Unterstützung** bei der zukünftig eventuell möglichen **elektronischen Verwaltung der SEPA-Lastschriftmandate**. Das **Rechnungsprüfungsamt** hat seine **Unterstützung** zugesagt. 699

Nötige Maßnahmen bei den Forderungen (§ 8 Abs. 2 Nr. 5 GemPro)

Dies wurde in einer der letzten Kassenprüfungen detaillierter hinterfragt und untersucht. Dabei ließen wir uns den Prozess näher erläutern. Es wurde damals festgestellt: „Hierzu ist ein entsprechendes **Berechtigungskonzept vorhanden**, welches sowohl **Wertgrenzen** als auch **Zeitgrenzen** umfasst. Zudem wurde auch das Verfahren bei Überschreiten der Zahlungsfälligkeit thematisiert. In Folge der Ausführungen und Regelungen kommt das Rechnungsprüfungsamt zu der Einschätzung, dass die **Ordnungsmäßigkeit gegeben** ist.“ 700

In diesem Jahr haben wir auf eine **vertiefte Prüfung verzichtet**. 701

Verwahrte Wertgegenstände und andere Gegenstände (§ 8 Abs. 2 Nr. 6 GemPro)

Zur Feststellung, ob die verwahrten Wertgegenstände und die anderen von der Stadtkasse verwahrten oder verwalteten Gegenstände vorhanden sind und ordnungsgemäß aufbewahrt werden, haben sich die Prüfer das **Wertebuch** vorlegen lassen. 702

Danach konnte anhand von willkürlich und zufällig ausgewählten **Stichproben** festgestellt werden, dass das Wertebuch **korrekt geführt** wird und die **Gegenstände physisch vorhanden** sind. Alle geprüften Wertgegenstände wurden **ordnungsgemäß** im Tresor **aufbewahrt** und waren **deutlich beschriftet**. 703

Im Einzelnen handelte es sich um ein Sparbuch der Kreissparkasse, einen Tresorschlüssel der Stadtwerke Ostfildern und zwei KFZ-Briefe von Fahrzeugen von Schuldnern, die als Sicherheit hinterlegt wurden. 704

Kassensicherheit (§ 8 Abs. 2 Nr. 7 GemPrO)

Die Überprüfung der Kassensicherheit erfordert insbesondere eine Untersuchung der 705

- **Strukturen** (Organisationsregelungen, Aufbauorganisation) und
- **Prozesse** (Geschäftsgang, Ablauforganisation) sowie
- **personellen Zuständigkeiten**

Dabei darf nicht von der Vertrauenswürdigkeit einzelner Kassenbediensteter ausgegangen werden, sondern die **Prüfung** muss vielmehr **vom „institutionellen Misstrauen“ bestimmt** sein. 706

Die **Kassensicherheit** zeigt sich zum einen in der **äußeren** und zum anderen in der **inneren** Kassensicherheit. 707

Bei der **äußeren Kassensicherheit** werden die Räume nach Einbruchsicherheit und Sicherheit vor möglichen Elementarschäden geprüft. Die Fenster und Türen sind abschließbar. Die Räumlichkeiten sind außerhalb der Kassenstunden abgeschlossen. Das Bargeld und die Wertgegenstände werden sicher in einem brandgeschützten Tresor aufbewahrt. 708

Aktuell werden im Gebäude Klosterhof 6 **Umbauarbeiten** (bestehender Wohnraum wird in Büroräume umgewandelt) **durchgeführt**. Wir fragten deshalb beim **Kassenverwalter** nach, ob aus **seiner Sicht** die **Kassensicherheit betroffen** ist. 709

Nach seinen **Erläuterungen** ist **sichergestellt**, dass der Eintritt der Handwerkerfirmen durch die Hauseingangstüre **nur bei Anwesenheit der Mitarbeitenden** der Finanzdienste **möglich** ist. Ein **Schlüssel** wurde **nicht ausgegeben**, die Handwerkerfirmen müssen immer die Türklingel des Gebäudes betätigen. Auch wenn Anbindungsarbeiten am städtischen Server durchgeführt werden, können die Büroräume der Stadtkasse **nur zu den Arbeitszeiten** und **bei Anwesenheit der Kassenmitarbeitenden betreten** und die Arbeiten ausgeführt werden. 710

Unter der **inneren Kassensicherheit** versteht man alle personellen und organisatorischen Grundsätze und Regelungen, die dafür sorgen, dass u. a. keine dolosen Handlungen ermöglicht werden, aber vor allem die Geschäftsprozesse effizient und rechtssicher ablaufen. 711

Dazu gehört die Sicherstellung von ausreichend **Personal**, Kenntnisnahmen der Bestellung und deren Bedeutung. Dabei gilt es auf die **Unbefangenheit** und **Unabhängigkeit der Personen** zu **beachten**. 712

Letztjähriger Prüfungsschwerpunkt war die Bestellung zum Kassenverwalter und die Regelungen gemäß § 93 GemO Baden-Württemberg. Wir haben den Kassenverwalter befragt, ob im Zuge seiner Bestellung eine Abfrage hinsichtlich von **möglichen Befangenheitsgründen** gemäß § 93 Abs. 3 i. V. m. § 18 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 GemO stattgefunden hat. Dies wurde nicht direkt mit der betroffenen Person erörtert. 713

 Nach Rücksprache mit dem Fachbediensteten für das Finanzwesen als zuständigem Vorgesetzten wurde dies bei der Besetzung der Stelle „mitbedacht“. Das **Rechnungsprüfungsamt regt an**, das **Prüfverfahren** zu **formalisieren** und das **Ergebnis** zu **dokumentieren**. 714

Nach wie vor wird durch entsprechende Regelungen und Anordnungen die **Trennung von Feststellung und Anordnung** einerseits sowie von **Anordnung und Vollzug** andererseits **sicher-gestellt**. Die Mitarbeiter sind im Besitz einer **Vertretungsregelung**. Der **Zugang zum Tresor** ist mit nur wenigen Mitarbeitern, die im Besitz der Zahlenkombination sind, **sehr beschränkt**. 715

Prüfungsbegleitende Beratung (§ 1 Abs. 2 GemPro)

Im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung gab es von Seiten des **Rechnungsprüfungs-amtes** kein anzusprechendes Thema. 716

Der **Kassenverwalter** wollte keinen selbst vorgeschlagenen Punkt von den Prüfern betrachtet haben. 717

e) Prüfungsergebnis

Bei der Ermittlung des Kassen-Solls und dem Kassen-Ist ergab sich **keine Differenz**. Der tat-sächliche Istbestand des Bargelds stimmte mit dem buchmäßigen Sollbestand der Barkasse überein. 718

Alle gewünschten **Unterlagen** wurden **unmittelbar zur Verfügung gestellt**. Die **Aufbereitung** der Daten vermittelte einen **sehr geordneten und übersichtlichen** Eindruck. 719

Die **Unterlagen** waren **vollständig und richtig**. Es ergaben sich **keine Kassenprüfungs-Bean-standungen**. 720

3. Anmerkungen zu den Prüfungen bei den Zahlstellen und Handvorschüssen

Im Jahr 2021 fanden **pandemiebedingt keine Prüfungen** statt. 721

Anhand von einer bei der Stadtkasse angeforderten **Abrechnung** wurde dennoch eine **nachträgliche Prüfung** der **Handvorschusskasse** und der **Zahlstelle** der städtischen **Musikschule** durchgeführt. 722

Es ergaben sich folgende **Feststellungen**: 723

Die Musikschule hat **Ausgaben** in Höhe von 525,17 Euro und **Einnahmen** in Höhe von 78,51 Euro zu verzeichnen. Der auf dem Abschlussblatt verzeichnete **Kassen-Soll-Bestand** von 53,24 Euro ist somit **rechnerisch richtig**. Es kommt weder ein Fehlbetrag noch ein Überschuss zustande. 724

Die ausreichend **sichere Aufbewahrung** sowie die tatsächliche Höhe des Kassen-Ist-Bestandes kann auf Grund der Corona-Pandemie vor Ort **nicht geprüft** werden. 725

Es ist **positiv** anzumerken, dass für Einkäufe (Auszahlungen) regelmäßig **Rabatt-Coupons verwendet** wurden. 726

Am 28.01.2021 wurde **fälschlicherweise** eine **(Pfand-)Einnahme** bei den Ausgaben **miterfasst** (Beleg Nr. 4). Die **Auszahlungen** und **Einzahlungen** sind jeweils handschriftlich in ein Verzeichnis, **getrennt** nach Auszahlungen und Einzahlungen einzutragen. 727

Beim einem-Einkauf am 01.02.2020 wurde eine **private Kundenbindungs-Karte** genutzt (Beleg Nr. 10). Dies ist **nicht zulässig**. 728

Mit insgesamt 248,17 Euro werden ca. **47 %** der Gesamtausgaben **für Lebensmittel** verwendet. 729



In Zukunft ist ein **detaillierterer Verwendungszweck** lesbar zu verfassen, welcher die Personenzahl, Dauer und Art der Sitzung ohne hinderliche Abkürzungen **enthalten** soll. 730



Da auf der internen Anordnung für die beiden Kassen der Musikschule **nur eine Person** als Verwalter **bestimmt** ist, wird **angeraten, zusätzlich** einen **stellvertretenden Verwalter** zu bestellen. 731

4. Prüfung von Sonderkassen

Sonderkassen sind nach § 98 GemO für das **Sondervermögen** und **Treuhandvermögen** einzurichten. Sie sollen mit der Gemeindekasse verbunden werden. Allerdings können diese **Kassengeschäfte** auch **außerhalb** der Gemeindeverwaltung **erfolgen**, sofern die ordnungsmäßige Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet ist (vgl. § 94 GemO). 732

Die **Voraussetzung** für Sonderkassen ist also, dass **Sonder- oder Treuhandvermögen** vorhanden ist. Im Kapitel „Weitere Prüfungen\Sonder- und Treuhandvermögen“ stellen wir fest, dass mit Ausnahme der **Eigenbetriebe** kein weiteres Sondervermögen oder Treuhandvermögen bei der Stadt Ostfildern vorhanden ist. 733

Von der Stadtkasse werden folgende **fremde Kassengeschäfte mit erledigt**, die Kassengeschäfte des 734

- Zweckverbandes Gymnasialer Schulverband Ostfildern.

Die Prüfung der **Sonderkasse des Eigenbetriebs Stadtwerke** wurde mittlerweile in den Prüfungsplan aufgenommen. Die **Kassenprüfung** fand am 24. November 2021 **vor Ort** bei den Stadtwerken Ostfildern statt. 735

Kassenprüfung 2021 bei den Stadtwerken Ostfildern am 24. November 2021

a) Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 112 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GemO) sowie den §§ 1 bis 9 der Gemeindeprüfungsordnung (GemPrO). 736

b) Prüfungsunterlagen

- Dienstanweisung für die Kasse der Stadtwerke Ostfildern (SWO), Stand: 14.05.2018 737
- Interne Anordnung für die Zahlstelle Hallenbad der Stadtwerke Ostfildern, Stand: 30.01.2020
- Bankauszug Stand 01.01.2021
- Bankauszug Stand 18.11.2021
- Einzelposten Bank (17600000) 01.01.2021 bis 18.11.2021
- Bilanz/G+V BuKr 9000 Stand 24.11.2021
- Bilanz/G+V BuKr 8000 Stand 24.11.2021

c) Prüfungsumfang

Die Kassenprüfung umfasst nach der Gemeindeprüfungsordnung (GemPrO) eine **Kassenbestandsaufnahme** (vgl. § 8 Abs. 1 GemPrO) sowie weitere **Mindestprüfungsbestandteile** gemäß § 8 Abs. 2 GemPrO. 738

Nach § 3 GemPrO kann sich die Prüfung – mit Ausnahme der Kassenbestandsaufnahme – auf **Stichproben** beschränken. Dabei können nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der Risikoaspekte entsprechende **Schwerpunkte** gebildet werden. 739

d) Prüfungshandlungen

Grundsätzliche Vorbemerkungen

Durch die organisatorische Trennung der Kassengeschäfte des Eigenbetriebs Stadtwerke Ostfildern, der seine Kassengeschäfte seit dem 01.01.2018 selbständig über ein eigenes Girokonto abwickelt, sind auch **eigenständige Kassenprüfungen** beim Eigenbetrieb vorzusehen. 740

Die Arbeitsbelastung sowohl bei den Stadtwerken als auch bei der Rechnungsprüfung hat dies in der ersten Zeit verhindert. Mit dem Entstehen der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden alle Kassenprüfungen vor Ort eingestellt. Um zugleich dennoch die Aktivitäten der Kassenüberwachung zu stärken, wurde im Spätsommer 2021 beschlossen, noch in diesem Jahr eine unvermutete Kassenprüfung beim Eigenbetrieb vorzusehen. In der Vorbereitung zeigte sich, dass aufgrund der Vergangenheit schon gewisse Unschärfen in den grundsätzlich dokumentierten Unterlagen bestehen. Zudem war der avisierte Termin von der Pflicht einer 3-G-Regelung am Arbeitsplatz überlagert. 741

Eine Abfrage und das zur Verfügung stellen von Kassenprüfungsunterlagen gemäß dem Prüfprogramm für unvermutete Kassenprüfungen bei der Stadt Ostfildern zeigte weitere Handlungsfelder auf. Insoweit soll dieser Bericht die **weiteren Handlungsnotwendigkeiten dokumentieren**, um bei geeigneter Gelegenheit eine unvermutete Kassenprüfung mit dem vorgesehenen Prüfungsprogramm durchführen zu können. 742

Durchführung und Beteiligte

Die **unvermutete Kassenprüfung** wurde telefonisch am 24.11.2021 dem stellvertretenden kaufmännischen Werkleiter angezeigt. Neben den grundsätzlichen Problematiken der Kassenprüfung wurde um die Übersendung von entsprechenden Nachweisen zur Bilanz, Finanzrechnung, Tagesabschluss, Kontoauszug gebeten. 743

Mit E-Mail vom 24.11.2021 gingen um 12:15 Uhr folgende **Unterlagen** ein: 744

- Bankauszug Stand 01.01.2021
- Bankauszug Stand 18.11.2021
- Einzelposten Bank (17600000) 01.01.2021 bis 18.11.2021

- Bilanz/G+V BuKr 9000 Stand 24.11.2021
- Bilanz/G+V BuKr 8000 Stand 24.11.2021

Die Bilanz zum Stand 18.11. zu erstellen ist leider zwecks tagesgenauem Abgleich (18.11. wie Bankauszug) nicht möglich.“ 745

Im Nachgang der weiteren Aufbereitung der Unterlagen, baten wir noch um die Übersendung von weiteren Unterlagen, die mit E-Mail vom 30.12.2021 eingingen: 746

- Kontoauszug Stand 24.11.2021
- Einzelpostennachweis Bankbuchungen Zahlungsein-/ausgänge
- Abstimmung Buchhaltung und Kontoauszug zum 24.11.2021“

Da es auch in letzter Zeit zu **Personalwechsel** gekommen ist bzw. noch kommen wird, ist eine **Aktualisierung der handelnden Personen** geboten. 747



Wir bitten noch um **Übersendung der Organisationsverfügungen** bzw. Bestellungen zum **Kassenverwalter*in** und **stellvertretenden Kassenverwalter*in**. 748



Eine Auflistung der Namen der Mitarbeitenden mit den Funktionen Kassenverwalter, stv. Kassenverwalter und weitere Bedienstete der Eigenbetriebskasse könnte auch in der Dienstanweisung aufgenommen werden, vergleichbar zu der Anlage 1 zur internen Anordnung der Zahlstelle Hallenbad Nellingen. 749

Organisatorische Grundlagen

Zu **Beginn der Prüfung** wurde festgestellt, dass die Stadtwerke Ostfildern **keine anderen Geschäfte** als die der Stadtwerke Ostfildern **ausführt**. 750

Die Eigenbetriebskasse wird als **Einheitskasse** geführt (vgl. § 2 Abs. 1 der Dienstanweisung für die Kasse der Stadtwerke Ostfildern (DA Kasse SWO)). Dies besagt, dass die Kassengeschäfte nur von der Kasse und nicht von anderen Stellen des Eigenbetriebs wahrgenommen werden dürfen. 751

Zur **Eigenbetriebskasse** gehören gemäß § 2 Abs. 2 und Abs. 3 DA Kasse SWO auch die **Zahlstellen** (vgl. § 3 GemKVO) 752

- Kassenautomat Hallenbad Nellingen
- Parkscheinautomat Tiefgarage An der Halle
- Parkscheinautomat Tiefgarage Klosterhof

sowie die **Handvorschüsse** (vgl. § 4 GemKVO) 753

- Hallenbad Nellingen
- Hallenbad Nellingen Kassenautomat

-  Die jeweiligen **internen Anordnungen**, welche die Aufgaben und Zweck, Art und Form der Aufzeichnungen, Abrechnungsverfahren und -zeitpunkt sowie weiteres regeln, sind uns **noch vorzulegen**. Bislang liegt uns lediglich die Zahlstelle Hallenbad Nellingen vor. 754
-  Bei den Übersichten der **Anlage 1** und **Anlage 2** der DA Kasse SWO fehlt die **Höhe** der jeweiligen **Beträge**. Dies bitten wir zu **ergänzen**. 755
-  Weiter sind nur die Bereiche der Handvorschusskasse in **Anlage 2** aufgezählt, die **Namen der Bedienteten** sind jedoch **nicht genannt**. (vgl. Ausführungen in § 2) 756
-  Insoweit die Inhalte Höhe des Wechselgeldvorschusses (Anlage 1) bzw. Höhe des Handvorschusses (Anlage 2) durch die jeweiligen internen Anordnungen der Zahlstellen/Handvorschüsse geregelt wird, ist die Spalte mit der Wertangabe in den Anlagen auch entbehrlich. 757
-  Ist bei den Automaten der Zahlstellen auch eine **alternative Bezahlung** mittels **EC-Karte** möglich oder angedacht? 758
- Der Eigenbetrieb **Stadtwerke Ostfildern** wickelt seine Kassengeschäfte seit dem **01.01.2018** **selbständig** über ein **eigenes Girokonto** ab. 759
- Nach § 14 der DA Kasse SWO ist das Geschäftskonto bei der Kreissparkasse Esslingen eingerichtet. 760
- Hierbei handelt es sich um das Konto mit der IBAN DE04 6115 0020 0102 8879 63, BIC ESS-LDE66XXX. 761
- Diese Daten stimmen mit den vorgelegten Kontoauszügen überein. 762
-  Bei der nächsten Überarbeitung der Dienstanweisung ist die formal korrekte Bezeichnung „Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen“ zu übernehmen. 763
- Die **Mahnstufen** erfolgen durch die Kasse Stadtwerke Ostfildern. Die **Vollstreckungen** werden von der Stadtkasse der Stadt Ostfildern durchgeführt. 764
-  Es sollte dokumentiert werden, wie dies genau geregelt ist und auch praktisch erfolgt. 765

Beginn der Kassenprüfung

- Zu Beginn der Prüfung hat der Kassenverwalter gegenüber den Prüfern zu erklären, dass außer den eigenen Kassengeschäften keine fremden Kassengeschäfte erledigt werden. 766
- So dann lassen sich die Prüfer die Bestandskonten sowie den Tagesabschluss mit den Ständen der Barkasse und den Ständen sämtlicher Bankkonten vorlegen. Darüber hinaus sind die ausgewiesenen Schwebeposten mitzuteilen. 767
- Die Prüfer ließen sich die Unterlagen als Dateien vorlegen. 768

Kassenbestandsaufnahme

Es erfolgte eine **Kassenbestandsaufnahme**. Im Tagesabschluss werden die Kassenbestände nach den einzelnen Konten aufgeführt. Ganz allgemein gehören zu den Kassenbeständen die Barkasse, Girokonten, Geldmarktkonten, Festgelder und Bausparguthaben. Durch die Kassenbestandsaufnahme ist zu ermitteln, ob der Kassenistbestand mit dem Kassensollbestand und dem Saldo der Finanzrechnungskonten übereinstimmt. 769

Barkasse

Eine **Barkasse** selber wird nach Auskunft des stv. kaufm. Werkleiters **nicht geführt**. Daher kann auch keine **Ist-Bestandsaufnahme** durchgeführt werden. 770

Gleichwohl wird ein **maximaler Bargeldbestand** der Eigenbetriebskasse von **15.000 Euro** nach der DA Kasse SWO **ermöglicht**. 771



Bei der nächsten Überarbeitung der Dienstanweisung ist diese **Passage zu überprüfen und anzupassen**. 772

Bankkonten

Es besteht ein **Girokonto** bei der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen mit der IBAN: DE04 6115 0020 0102 8879 63. 773

Papierauszüge über die Kontenbewegungen werden von der Kreissparkasse erstellt und an den Eigenbetrieb versandt. Die Kontoauszüge konnten uns **vorgelegt** werden. 774

Der **Kassenistbestand** umfasst den Bestand der Zahlungsmittel auf Grundlage des Kontoauszugs in Papierform bzw. dessen „Ersatz“ in elektronischer Form. 775

Der **Kassenistbestand** zum 18.11.2021 betrug laut Kontoauszug 3.855.435,11 Euro sowie zum 24.11.2021 dann 3.768.507,09 Euro. 776

Bankkontenabfrage

Aufgrund von **personellen Veränderungen** wurde auf eine **aktuelle Bankkontenabfrage verzichtet** und dies für **später vorgemerkt**. Hintergrund ist, dass um die Vollständigkeit des Bestandsabgleichs sicherzustellen, im Rahmen der Kassenprüfung regelmäßig eine Abfrage zumindest bei den örtlichen Bankinstituten zu den Saldenständen der eingerichteten Bankkonten und zu den jeweils hinterlegten Zeichnungsberechtigungen erfolgen sollte. 777

Dabei sind auch Konten zu berücksichtigen, die ggf. unter dem Namen einzelner Einrichtungen geführt werden. Soweit eine **nachvollziehbare Dokumentation der Verwaltung** über die eingerichteten Bankkonten (einschl. Zeichnungsberechtigungen) vorliegt und Änderungen verlässlich fortgeschrieben werden, kann auf die Bankkontenabfrage im Einzelfall verzichtet werden, so dass diese nicht zwangsläufig bei jeder Kassenprüfung erfolgen muss. 778

Ermittlung des Kassensollbestands

Der **Kassensollbestand** ergibt sich aus den für den Nachweis der Zahlungsmittel eingerichteten Bestandskonten in der Buchführung. Mit dem Bilanzauszug (SWO 9000 in Excel-Format) zum 24.11.2021 wurde das Bestandskonto „17600000 KSK Esslingen-Nürtingen – GiroKto“ mit 3.768.945,09 Euro sowie das Konto „17601000 KSK Esslingen-Nürtingen – SchwebeKto“ mit 0,00 Euro übermittelt. 779

Ermittlung des Zahlungsmittelbestands

In der **Finanzrechnung** wird der Zahlungsmittelbestand fortgeschrieben (§ 50 GemHVO). Es ist ggf. erforderlich, dass der Endbestand der Zahlungsmittel aus dem Vorjahr als Anfangsbestand der Zahlungsmittel in die Finanzrechnung des neuen Haushaltsjahres übernommen wird (vgl. Muster 21 Nr. 40-42 der VwV Produkt- und Kontenrahmen). 780

Als Nachweis wurde die **Einzelposten-Übersicht** (Bankkonto 17 600 000 im Excel-Format) übermittelt. Zum Stichtag 24.11.2021 werden insgesamt **5.200 Ein- bzw. Auszahlungsvorgänge** mit dem Betrag von **1.294.283,88 Euro** als **Zahlungsmittelüberschuss** saldiert. 781

Unter Berücksichtigung des Anfangsbestands (Bilanz 01.01.2021) von 2.474.223,21 Euro ergibt sich ein **buchhalterischer Zahlungsmittelbestand** von **3.768.507,09 Euro**. 782

Übereinstimmung der Bestände

Der **Abgleich der Bestände** (Gesamtkasse) erfolgt, indem im Rahmen der Kassenbestandsaufnahme i. V. m. § 22 GemKVO ermittelt wird, ob der **Kassenistbestand** mit dem **Kassensollbestand** und, soweit eine Finanzrechnung geführt wird, mit dem **Saldo der Finanzrechnungskonten** übereinstimmt. 783

Es werden also **zwei Buchungsbestände** mit dem **Kassenistbestand** abgeglichen, wodurch (wenn auch nicht gesetzlich ausdrücklich formuliert) indirekt auch die beiden Buchungsbestände gegeneinander abgeglichen werden. Dieser Abgleich ist oft sogar unabdingbar, da aus verfahrenstechnischen Gründen (z. B. zeitversetzte Datenübergabe zwischen den Programm-Modulen) Abweichungen (zwischen den Buchungsbeständen) möglich sind. 784

Da im Kassenistbestand (Kontoauszug des Kreditinstituts) bereits Lastschriften (z. B. Abbuchungen) enthalten bzw. im Kassensollbestand bereits Gutschriften verbucht sein können, die noch nicht realisiert worden sind, wären diese ggf. entstandenen **Schwebeposten** bei der Abstimmung zwischen den Kassenbeständen entsprechend zu berücksichtigen. 785

Gegenüberstellung Kassenistbestand und Kassensollbestand

• Kassenistbestand	3.768.507,09 Euro	786
• Kassensollbestand	3.768.945,09 Euro	
• Differenz	438,00 Euro	

Die Kasse ist **nicht ausgeglichen**. Ursächlich hierfür sind die letzten vier Buchungen auf dem Kontoauszug vom 24.11.2021 (eine Lastschrift mit 637,84 Euro sowie drei Gutschriften mit 161,84 Euro + 25,00 Euro + 13,00 Euro) saldiert zu einem Zahlungsmittelbedarf von 438,00 Euro. Gemäß der Einzelpostenliste war das Erfassungsdatum für diese Vorgänge erst am 25.11.2021, somit waren sie in der Bilanz mit Stand vom 24.11.2021 noch nicht berücksichtigt. 787



Eine **Klärung** über die Zuordnung bzw. **buchhalterische Behandlung** von diesen Schwebeposten ist **notwendig**. 788

Gegenüberstellung Kassenistbestand und Finanzrechnung

• Kassenistbestand	3.768.507,09 Euro	789
• Finanzrechnung	3.768.507,09 Euro	
• Differenz	0,00 Euro	

Die Kasse ist **ausgeglichen**. 790



In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die **Formerfordernisse** für den **Tagesabschluss** gemäß § 22 Gemeindekassenverordnung sowie die in § 25 der DA Kasse SWO festgelegten **Dokumentationspflichten**. 791

e) Weitere Kassentechnische Feststellungen

Die Ein- und Auszahlungen der Kasse der Stadtwerke werden über die **Electronic-Banking-Software** mit der Kreissparkasse abgewickelt. Zahlläufe finden Dienstags und Donnerstags statt. 792

Schwebeposten sind Auszahlungen, die buchungsmäßig bereits erfasst sind, jedoch im Kontenbestand bei den Banken und Sparkassen noch nicht abgebildet werden. Beispielsweise, weil eine Auszahlung erst zur Bank weitergegeben wurde oder fällige Lastschriften bereits buchhalterisch erfasst sind. Die banktechnische Abwicklung erfolgt in den nächsten Tagen. 793

Die Kasse der Stadtwerke verwahrt keine **Kreditkarten**. 794

f) Ordnungsgemäße Abwicklung des Zahlungsverkehrs (§ 8 Abs. 2 Nr. 1 GemPro)

Im Zuge der mittlerweile weitgehend elektronisch abzuwickelnden Bankgeschäfte werden die **Dispositionsvorgänge** so vollzogen, dass eine Deckung des Kontos vor der Erteilung der Aufträge des Zahlungsvorganges geprüft wird. Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Zahlungsverkehrs gehört auch, dass die **Zahlstellen** lt. Anlage 1 zur DA Kasse SWO regelmäßig mit der Kasse der Stadtwerke abrechnen. 795

Bislang wurden **keine Zahlungen** über **virtuelle Konten** (z. B. Paypal) abgewickelt. 796

g) Bücher- und Belegprüfung (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 und Nr. 3 GemPro)

Im Rahmen der Prüfung ist festzustellen, ob die **Bücher** ordnungsgemäß geführt werden, also den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Dies erfolgt im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses. 797

Bei der **Belegprüfung** ist zu untersuchen, ob jede Anordnung auch mit dem Original einer Rechnung oder mit einem Eigenbeleg verbunden ist und ob der angeordnete Betrag mit der Endsumme des Belegs übereinstimmt. Es existieren entsprechende Handlungsanweisungen zum Ablauf der Prozesse. Im Rahmen der laufenden Prüfung der Kassenvorgänge zur Vorbereitung der Prüfung der Jahresabschlüsse nimmt das Rechnungsprüfungsamt entsprechende Systemprüfungen vor. 798

Eine **stichprobenartige Überprüfung** von Papierbelegen ist für die nächste **Vor-Ort-Prüfung** vorgemerkt. 799

h) Ordnungsgemäße Bewirtschaftung der Kassenmittel (§ 8 Abs. 2 Nr. 4 GemPro)

Zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Kassenmittel gehört, die **Zahlungsbereitschaft** sicherzustellen. Hierzu **besteht** u. a. auf dem Girokonto bei der KSK Esslingen-Nürtingen ein **Kontokorrentkredit** von 1.500.000,00 Euro. In Stichproben konnte zudem ein ausreichend vorhandener Kontostand festgestellt werden. 800

Die Erteilung und Verwaltung der **SEPA-Lastschriftmandate** ist Aufgabe der Kasse der Stadtwerke (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 4 sowie § 6 Abs.4 Nr. 5 der DA Kasse SWO). 801

Die Erteilung eines solchen Mandates kann nur im Einvernehmen mit dem stv. kaufm. Werkleiter stattfinden (§ 6 Abs. 4 Nr. 5 der DA Kasse SWO). Hierdurch wird das **Vier-Augen-Prinzip eingehalten**. 802

Nach § 16 Abs. 2 und 3 der Gemeindekassenverordnung kann die Stadtkasse ein Kreditinstitut beauftragen oder einen Empfangsberechtigten ermächtigen, Forderungen bestimmter Art vom Konto der Gemeindekasse abzubuchen oder abbuchen zu lassen. Eine solche Anweisung darf nur erteilt werden, wenn 803

- zu erwarten ist, dass der Empfangsberechtigte ordnungsgemäß mit der Gemeindekasse abrechnet,
- die Forderungen des Empfangsberechtigten zeitlich und der Höhe nach abzuschätzen sind und
- gewährleistet ist, dass das Kreditinstitut den abgebuchten Betrag auf dem Konto der Gemeindekasse wieder gutschreibt, wenn die Gemeindekasse in angemessener Frist der Abbuchung widerspricht.

Von der Voraussetzung nach Satz 2 Nr. 3 kann abgesehen werden, wenn der Empfangsberechtigte eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist. Auszahlungen für Rechnung einer anderen Stelle sollen nur insoweit geleistet werden, als Kassenmittel aus Einzahlungen für diese Stelle oder aus deren Beständen zur Verfügung stehen. 804

Demzufolge ist die **Anzahl der Abbuchungen** vom Konto der Stadtwerke auf einen **recht engen Rahmen zu begrenzen**. 805



Zur **Vervollständigung der Prüfungsunterlagen** bitten wir noch um **Übermittlung** einer **Übersicht** über die **erteilten Mandate** zugunsten von **Zahlungsempfängern**. 806

i) Nötige Maßnahmen bei den Forderungen (§ 8 Abs. 2 Nr. 5 GemPrO)

Die nötigen Sicherungs-, Überwachungs- und Beitreibungsmaßnahmen bei den Forderungen sind gemäß der Dienstanweisung Kasse SWO zweigeteilt zwischen der **Eigenbetriebskasse** der **Stadtwerke Ostfildern** und der **Stadtkasse** der **Stadt Ostfildern**. 807

Der Eigenbetriebskasse obliegt die **Mahnung** der Geldforderungen, die Festsetzung, Stundung, Niederschlagung und der Erlass von **Mahngebühren** sowie die **Stundung** von Hauptforderungen vorbehaltlich anderweitiger Zuständigkeiten. 808



Zur **Vervollständigung der Prüfungsunterlagen** bitten wir noch um **Übermittlung** einer **Prozessbeschreibung**, zum einen durch welche **Maßnahmen** sichergestellt wird, dass **Forderungen rechtzeitig eingezogen** werden (vgl. § 26 Abs. 2 GemHVO) und zum anderen zum weiteren **Verfahrensablauf** bei **Überschreiten der Zahlungsfälligkeit** unter Berücksichtigung von ggf. gesetzten Wert- und Zeitgrenzen. 809

j) Verwahrte Wertgegenstände und andere Gegenstände (§8 Abs. 2 Nr. 6 GemPrO)

Bei den von der Kasse der Stadtwerke **verwahrten** anderen **Gegenständen** (vgl. § 3 Abs. 4 DA Kasse SWO) handelt es sich nach Auskunft des stv. kaufm. Werkleiters im Wesentlichen um **Bürgschaften** (vgl. § 28 DA Kasse SWO). Da die Prüfung nicht Vor-Ort stattfand, konnte sich das Rechnungsprüfungsamt weder vom Vorhandensein noch von der ordnungsgemäßen Aufbewahrung überzeugen. Dies kann jedoch nicht als Mangel oder Misstrauen interpretiert werden, sondern ist schlicht der Tatsache der virtuellen Kassenprüfung geschuldet. Eine **Prüfung des Wertebuchs** zu einem späteren Zeitpunkt haben wir uns **vorgemerkt**. 810

k) Kassensicherheit (§8 Abs. 2 Nr. 7 GemPrO)

Die Überprüfung der Kassensicherheit erfordert insbesondere eine Untersuchung der 811

- **Strukturen** (Organisationsregelungen, Aufbauorganisation) und
- **Prozesse** (Geschäftsgang, Ablauforganisation) sowie
- **personellen Zuständigkeiten**

Dabei darf nicht von der Vertrauenswürdigkeit einzelner Kassenbediensteter ausgegangen werden, sondern die Prüfung muss vielmehr vom „institutionellen Misstrauen“ bestimmt sein. 812

Die Kassensicherheit zeigt sich zum einen in der äußeren und zum anderen in der inneren Kassensicherheit. 813

Bei der **äußeren Kassensicherheit** (§12 DA Kasse SWO) werden u. a. die Räume nach Einbruchsicherheit und Sicherheit vor möglichen Elementarschäden geprüft sowie die Räumlichkeiten außerhalb der Kassenstunden geschlossen gehalten. 814

Unter der **inneren Kassensicherheit** (§13 DA Kasse SWO) versteht man alle personellen und organisatorischen Grundsätze und Regelungen, die dafür sorgen, dass u. a. keine dolosen Handlungen ermöglicht werden, aber vor allem die Geschäftsprozesse effizient und rechtssicher ablaufen. 815

Prüfungsbegleitende Beratung (§ 1 Abs. 2 GemPrO)

Im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung gab es weder von Seiten des **Rechnungsprüfungsamtes** noch von dem Eigenbetrieb Stadtwerke Ostfildern aktuell anzusprechende Themen. 816

I) Prüfungsergebnis

Sowohl die erstmalige Prüfung der Kasse als auch deren virtuellen Durchführung hat zu Schwierigkeiten geführt. 817

Die gewünschten Unterlagen wurden zur Verfügung gestellt. Die Aufbereitung der Daten vermittelte einen geordneten Eindruck. 818

Auf die oben aufgeführten **Prüfungsbemerkungen**, die ein konkretes Tun oder Unterlassen erfordern und/oder zukünftiges Handeln verlangen wird verwiesen. 819

Die nächste unvermutete Kassenprüfung bei den Stadtwerken Ostfildern ist für das Jahr 2022 vorgemerkt. 820

VI. Weitere Prüfungen

1. Prüfung des Gesamtabchlusses / Erweiterten Beteiligungsberichts

Gemäß **§ 110 GemO** hat das Rechnungsprüfungsamt den **Gesamtabschluss** vor der Feststellung durch den Gemeinderat **zu prüfen**. 821

Der Gesamtabschluss besteht aus der **konsolidierten Ergebnisrechnung** und der **konsolidierten Bilanz**. Er ist durch eine **Kapitalflussrechnung** zu ergänzen und durch einen **Konsolidierungsbericht** zu erläutern. Das bedeutet, dass der Gesamtabschluss einen **Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Situation** des Kernhaushalts der Gemeinde und der von der Gemeinde beherrschten wirtschaftlich selbständigen Einheiten ermöglicht. Dies entspricht einem **städtischen Konzernabschluss**. 822

Mit der **Evaluation des NKHR** wurde in der Begründung des Gesetzentwurfs zur Änderung der gemeindehaushaltsrechtlichen Vorschriften im Jahr 2015 festgehalten, dass – durch die Verlängerung der Übergangsfristen auf das neue Recht – die **Vorschriften** zum Gesamtabchluss **bis zum Jahr 2021 noch nicht verpflichtend** anzuwenden sind. **Im Februar 2021** wurde durch eine **Gesetzänderung** an dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen, dass die **Übergangsvorschriften** nochmals **um drei Jahre verlängert** werden. Somit sind die **Bestimmungen zum Gesamtabchluss** (§ 95 a GemO) **spätestens ab dem Haushaltsjahr 2025 anzuwenden**. 823

Wir hatten bereits darüber berichtet, dass bislang **kaum praktische Erfahrungen** mit den Vorschriften in Baden-Württemberg **vorliegen**. Uns sind bislang Gesamtabschlüsse nur von der Stadt Esslingen (erstmalig zum 31.12.2012) und der Stadt Bruchsal (erstmalig zum 31.12.2015) bekannt. 824

Es war aus unserer Sicht daher die **richtige Entscheidung**, diese **Übergangsvorschriften weitestgehend auszunutzen**, d. h. „auf den Gesamtabchluss zu verzichten“, zumal in diesen Jahren auch **andere umfangreiche und wichtige Themen** (SAP, UStG, Tax Compliance, Novelle des Eigenbetriebsgesetzes, Grundsteuerreform) durch die **Finanzverwaltung** bewältigt werden müssen. 825

Eine in der Vergangenheit erwartete **gesetzliche Veränderung** bzw. Nachbesserung ist mittlerweile **im November 2024 vom Landtag beschlossen** worden. 826

Zur Entlastung der Kommunen wird vom Gesetzgeber ein **Gesamtabschluss nicht mehr gefordert**. Stattdessen wird das finanzielle Gesamtbild einer Kommune in einem vereinfachten Verfahren, dem **Erweiterten Beteiligungsbericht**, dargestellt. 827

Der **Erweiterte Beteiligungsbericht** soll mittels einer **vereinfachten Darstellung** einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle **Gesamtlage der Gemeinde** geben, um damit die in der Kommunalen Doppik angestrebte **Gesamtsteuerung zu realisieren**. 828

Erstmals für das **Wirtschaftsjahr 2025** ist ein solcher Erweiterter Beteiligungsbericht zu **erstellen, sofern nicht die Befreiungstatbestände** nach § 95 a Abs. 2 GemO **zutreffen**. 829

Das Rechnungsprüfungsamt wird zu gegebener Zeit **in Abstimmung mit der Kämmerei** prüfen, ob eine **Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung** möglich ist. 830

2. Prüfung der Jahresabschlüsse von den Eigenbetrieben sowie des Jahresabschlusses des Gymnasialen Schulverbandes Ostfildern

Auch die **Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe** hat das Rechnungsprüfungsamt vor der Feststellung durch den Gemeinderat **zu prüfen** (§ 111 Abs. 1 GemO). 831

Im Jahr 2021 bestand der Eigenbetrieb Stadtwerke Ostfildern (SWO). Der Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung Ostfildern (WVO) wurde zum 31.12.2020 aufgelöst. 832

Die Vorlagen der Prüfungsberichte über die örtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 der **Stadtwerke Ostfildern** wurden in der Sitzung des Gemeinderats vom 30.07.2025 zur Kenntnis genommen. 833

Im Jahr 2018 wurde bei den **Stadtwerken** das neue ERP-System SAP eingeführt. Der Jahresabschluss 2018 ist somit der erste, der im neuen System erstellt wurde. 834

Personaldiskontinuitäten (Fluktuation, Wissensverlust) und Personalvakanz (Krankheit, Wiederbesetzung) und auch hohe Arbeitsbelastungen sowie weitere Unabwägbarkeiten (u.a. Pandemie-Bewältigung) waren wesentliche **Ursachen** für die aufgelaufenen **Rückstände** bei der **Erstellung der Jahresabschlüsse**. 835

Üblicherweise erfolgt nach der Erstellung des Jahresabschlusses die vorgeschriebene **Prüfung** durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern oder einen externen Dienstleister. Die nächsten beiden Prüfungen für die Jahresabschlüsse 2020 und 2021 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind bereits von der SWO beauftragt worden und eingeplant. 836

Der Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses setzt sich aus drei Bestandteilen zusammen: 837

- Prüfungsbericht zum **Jahresabschluss** von ES Treuberater
- Auszug zur **Kassenprüfung**
- **Sachprüfung** des Rechnungsprüfungsamts

Letzteres geht auf einen Prüfungshinweis der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zurück.

Des Weiteren hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss 2021 des **Gymnasialen Schulverbandes Ostfildern** geprüft. Der Bericht über die Prüfung wurde der Verbandsversammlung in der Sitzung am 01.12.2022 vorgelegt. 838

3. Prüfung des Sonder- und Treuhandvermögens

Gemäß **§ 111 Abs. 2 GemO** hat das Rechnungsprüfungsamt auch das **Sonder- und Treuhandvermögen zu prüfen**. Diese Prüfung wird allerdings auf das Sondervermögen nach § 96 Abs. 1 Nr. 4 sowie das Treuhandvermögen nach § 97 Abs. 1 Satz 1 beschränkt. 839

a) Sondervermögen

Das **Sondervermögen** wird in § 96 GemO näher bestimmt als 840

- „1. das Gemeindegliedervermögen,
2. das Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen,
3. das Vermögen der Eigenbetriebe,
4. rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen für Bedienstete der Gemeinde,
5. das Sondervermögen für die Kameradschaftspflege nach § 18 des Feuerwehrgesetzes.“

Neben der Prüfung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe (vgl. § 111 Abs. 1 GemO) ist aus all diesen Sondervermögen nur noch die „rechtlich unselbstständige **Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen für Bedienstete** der Gemeinde“ zu prüfen (vgl. § 111 Abs. 2 GemO). Da eine derartige Einrichtung in Ostfildern **nicht vorhanden** ist, kann auch **keine Prüfung** erfolgen. 841

b) Treuhandvermögen

Das **Treuhandvermögen** wird in § 97 GemO näher bestimmt als die rechtlich selbstständigen örtlichen Stiftungen sowie andere Vermögen, welche die Gemeinde nach besonderem Recht treuhänderisch zu verwalten hat (sog. Mündelvermögen). 842

Dabei gilt es nach § 101 Abs. 1 GemO zu beachten, dass die Gemeinde nur dann die **örtlichen Stiftungen** verwaltet, soweit durch Gesetz oder Stifter nichts anderes bestimmt ist. D. h. nur soweit der Stifter keine Regelung getroffen hat, gelten die Regelungen der Gemeindeordnung (subsidiärer Charakter). 843

In **Ostfildern** gibt es nach unserer Kenntnis namentlich folgende **Stiftungen**: 844

Bürgerstiftung Ostfildern	Klaus-Jürgen u. Heidemarie Futterer-Stiftung
Klaus und Waltraud Reichert Stiftung	Erich und Liselotte Gradmann-Stiftung
Walter Stegmaier-Stiftung	DOMINO-Stiftung
Hilde Mair Stiftung	Stiftung vom Wort zur Tat

Diese Stiftungen werden soweit bekannt und nachvollziehbar **alle von eigenen Organen verwaltet**. Damit besteht auch **keine** Pflicht zu einer **Prüfung** durch das Rechnungsprüfungsamt. 845

Das **Mündelvermögen** ist – sofern vorhanden – gemäß § 97 Abs. 3 GemO lediglich im Jahresabschluss gesondert nachzuweisen. Somit erfolgt auch hier **keine eigenständige Prüfung**. 846

4. Prüfung der Betätigung der Gemeinde

a) Grundlagen

Durch Beschluss des Gemeinderates vom 31. Mai 1989 wurden dem Rechnungsprüfungsamt zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben die in § 112 der Gemeindeordnung aufgeführten weiteren Aufgaben übertragen, so u. a. „die Prüfung der Wirtschaftsführung der wirtschaftlichen Unternehmen“. 847

Der § 112 Abs. 2 Nr. 3 GemO spricht heute von „Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist“. Dabei sind Beteiligungen unmittelbar (§ 103, 103a GemO) oder mittelbar (§ 105a GemO) möglich. **Unmittelbare Beteiligung** bedeutet, dass die Gemeinde direkt an einem anderen Unternehmen beteiligt ist. Eine **mittelbare Beteiligung** liegt vor, wenn ein Unternehmen, an dem die Gemeinde unmittelbar Anteile hält, seinerseits an einem anderen Unternehmen beteiligt ist. 848

Im Rahmen der Neufassung der Gemeindeprüfungsordnung im Jahr 2018 sind erstmalig **explizite Regelungen** zur Betätigungsprüfung festgelegt worden. 849

So gilt für die **örtliche Prüfung** nach § 14 GemPrO die entsprechenden Grundlagen, die in § 17 GemPrO festgehalten sind, nämlich, dass „darauf geprüft [wird], 850

- ob die **Steuerung und Überwachung** der Beteiligungsgesellschaft durch die Gemeinde den **gesetzlichen Anforderungen** entspricht.

Inbesondere umfasst die Prüfung

- die **Einhaltung** des der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegten **Gesellschaftsgegenstandes**,
- die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Befugnisse und Möglichkeiten zur **Einflussnahme auf bedeutende Gesellschaftsangelegenheiten** unter Beachtung der kommunalverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten
- sowie die **Wahrnehmung der Gemeindeinteressen in den Gesellschaftsorganen** durch Gemeindevertreterinnen oder Gemeindevertreter.“ [Hervorhebungen und Aufzählungszeichen nicht im Originalgesetzestext]

Die **Aufgabe des Rechnungsprüfungsamts** ist es zu prüfen, ob die **Beteiligungsverwaltung ordnungsgemäß gearbeitet** hat. Es geht nicht darum, die Jahresabschlüsse der Unternehmen und Beteiligungen zu prüfen. Dies ist die Aufgabe der beauftragten Wirtschaftsprüfer. Es ist vielmehr zu prüfen, ob die gesellschaftlichen **Befugnisse zur Steuerung und Überwachung** der Unternehmen von der Beteiligungsverwaltung **ausreichend und sachgerecht** wahrgenommen werden. Anders gesagt, die Betätigungsprüfung ist eine **Gesellschafter- und keine Gesellschaftsprüfung**. 851

Das bedeutet jedoch auch, dass **neben** der Prüfung hinsichtlich der Einhaltung der **gesetzlichen Anforderungen**, auch **weitergehende Festlegungen** wie interne Richtlinien, Leitlinien und Wertesystem im Sinne des Compliance-Gedankens mit zu **überprüfen** sind. 852

Am zweckmäßigsten gelingt dies, wenn bereits ein **Public Corporate Governance Kodex (PCGK)** etabliert wurde. 853

Ein PCGK ist eine **Zusammenstellung von Grundsätzen** zur verantwortungsvollen Steuerung, Leitung und Aufsicht von und in öffentlichen Unternehmen, die sich in der Praxis und nach wissenschaftlichen Analysen einschlägig bewährt haben, sowie Hinweise auf gesetzliche Vorschriften und Vorgaben. In den letzten Jahren wurden von Kommunen, Bundesländern und Bund bereits zahlreiche verschiedene Public Corporate Governance Kodizes etabliert. 854



Wir empfehlen den Finanzdiensten **mittelfristig** einen **PCGK** für Ostfildern **aufzustellen**. Dazu kann der Deutsche Public Corporate Governance-**Musterkodex** (D-PCGM) genutzt werden. 855

Der **D-PCGM** bietet ein umfassendes **Unterstützungsangebot** bei der Etablierung und Evaluierung von Public Corporate Governance Kodizes in Gebietskörperschaften. Der D-PCGM ist nicht als Ersatz für den **Public Corporate Governance Kodex** einer Gebietskörperschaft vorgesehen, der jeweils **vor Ort entwickelt** und vom zuständigen **politischen Gremium verabschiedet** wird. Zuletzt wurde der D-PCGM von einer hochkarätigen Expertenkommission überarbeitet und liegt seit April 2024 nunmehr als 4. veröffentlichte Fassung vor (Weitere Informationen sowie eine Downloadmöglichkeit des Musterkodex finden sich unter www.pcg-musterkodex.de). 856

Der **Inhalt und Umfang der Betätigungsprüfung** ist ähnlich vielseitig und umfangreich wie die Prüfung des Jahresabschlusses selbst. Die gesetzlich normierten Prüfungshandlungen aus der Gemeindeprüfungsordnung (siehe oben) sind dazu Ausgangspunkt. Hier sind eine **Vielzahl von Prüfungskriterien** denkbar, so dass auch diese Prüfung jedes Jahr aufs Neue mit immer wieder **anderen Schwerpunkten und Prüfungsgesichtspunkten** vorgenommen werden kann. 857

Die Betätigungsprüfung wird **sukzessiv** in den nächsten Jahren **auf- und ausgebaut** werden. 858

b) Beteiligungsbericht

Eine Erfordernis ist, dass **jährlich** ein **Beteiligungsbericht** erstellt wird (vgl. hierzu § 105 GemO). Dem kommt die Stadtverwaltung mit der Berichterstattung durch die Beteiligungsberichte nach, zuletzt der Beteiligungsbericht 2024 (vgl. Vorlage 002/2026). 859

Beteiligungsbericht	Stand	Vorlage	Gemeinderat
2024	Dezember 2025	002/2026	04.02.2026
2020 - 2023	Februar 2025	034/2025	12.03.2025
2019/2020	Juni 2023	065/2023	28.06.2023
2018/2019	November 2021	148/2021	08.12.2021
2017/2018	August 2020	113/2020	07.10.2020
2016/2017	November 2019	148/2019	11.12.2019

Bei der Vorlage der letzten Beteiligungsberichte zeigt sich eine weitergehende **zeitliche Verzögerung** was durch die Finanzdienste **plausibel erklärt** werden konnte. Zum einen werden teilweise Jahresabschlüsse durch die Beteiligungen verspätet vorgelegt und zum anderen wirken auch die Vielzahl der komplexen Finanzthemen und -projekte bei gleichzeitig angespannten Personalkapazitäten der Finanzdienste retardierend. Dennoch sollte wieder eine **regelgerechte Veröffentlichung angestrebt** werden. Der **Beteiligungsbericht** ist nach der Gemeindeordnung **jährlich zu erstellen**. Durch die Zusammenfassung mehrere Jahre in der vorletzten Berichterstattung konnte hier ein „Schritt nach vorne“ gemacht bzw. ein großer Schritt zur Aktualisierung unternommen werden. 861

Eine gesetzliche **Aufstellungsfrist** ist **nicht vorgegeben**. Ebenso muss der Beteiligungsbericht **nicht geprüft** und auch nicht vom Gemeinderat festgestellt werden. Er dient lediglich „zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner“ (§ 105 Abs. 2 GemO). Gleichwohl ist die Erstellung des Beteiligungsberichts **ortsüblich bekannt zu geben**. Ein Nachweis wurde dem Rechnungsprüfungsamt von der Finanzverwaltung vorgelegt. Eine öffentliche **Einsichtnahme** war an sieben Tagen **möglich**. 862

Neben den zeitlichen ist auch ein Augenmerk auf die **inhaltlichen Komponenten** zu legen. Zuletzt wurde mit dem Beteiligungsbericht mit Stand vom Dezember 2025 der Gemeinderat im Februar 2026 über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs im Geschäftsjahr 2024 informiert. Der **Beteiligungsbericht** sollte, um seiner **Informations- und Steuerungsfunktion** gerecht zu werden, möglichst **zeitnah** aufgestellt werden; dies wäre **bis zum Ende des dem Geschäftsjahr folgenden Jahres**. Mit dem Beteiligungsbericht 2024 wurde dies nahezu erreicht. 863

Inhaltlich werden durch den Beteiligungsbericht die **gesetzlich notwendigen Angaben** wie bspw. Darstellung des Gegenstands des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens **getätigt**. 864

Der **Beteiligungsbericht** (§ 105 GemO) kann in den kommenden Jahren als eigenständiger Bericht entfallen, da der Gesetzgeber beschlossen hat dessen Inhalt in den **Erweiterten Beteiligungsbericht** (§ 95a GemO) einzubeziehen (vgl. § 56 Abs. 1 GemHVO). 865

c) Mandatsbetreuung

Im Rahmen der **Mandatsbetreuung** sind die Mandatsträger bei ihrer Tätigkeit in den Unternehmensgremien zu unterstützen. In der letzten allgemeinen Finanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt wurden als **wesentliche Beteiligungen** genannt: 866

- Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Ostfildern GmbH (SEG)
- Versorgungsgesellschaft END GmbH

Für eine Beteiligung wurden beispielhaft die **kommunalen Mandatsträger** näher betrachtet. Ihnen kommt die Aufgabe zu, den **Einfluss** in den Beteiligungen **angemessen wahrzunehmen**. 867

Als **Organe einer Gesellschaft** werden typischerweise definiert: die Geschäftsführung, die Aufsichtsräte und die Gesellschafterversammlung. 868

Der **Gesellschaftsvertrag** der „Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Ostfildern mit beschränkter Haftung“ (SEG Ostfildern) vom 13.12.2013 benennt in § 5 die Organe der Gesellschaft mit „a) die Geschäftsführer, b) der Aufsichtsrat, c) die Gesellschafterversammlung“. 869

Die **Mitglieder des Aufsichtsrats** (mindestens drei, höchstens 12 Personen) der SEG werden gemäß Gesellschaftsvertrag von der Gesellschafterversammlung für die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates gewählt. 870

Dem **Anhang zum Jahresabschluss 2021** der SEG ist zu entnehmen, dass sich der **Aufsichtsrat** im Jahr 2021 aus folgenden **acht Personen** zusammen setzte: von der Verwaltungsführung OB Christof Bolay und BM Monika Bader sowie die Stadträte Sonja Abele, Axel Deutsch, Carola Eisemann, Petra Hönschel-Gehring, Jürgen Kleih und Martina Sandhorst-Schäfer. 871

- Die **Mitglieder der Gesellschafterversammlung** der SEG wurden durch GR-Beschluss (vgl. Vorlage 083/2019 Bestellung bzw. Wahl der Mitglieder von Ausschüssen, Beiräten, Kommissionen und sonstigen Gremien) bestimmt. Es handelt sich um die Stadträte: Corina Raisch, Steffen Kaiser, Dr. Gabriele Klumpp, Dr. Gert Hohenberger, Uwe Stahlmann und Stefanie Sekler-Dengler. 872
- Im Wege der Einigung hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 08.12.2021 eine **Neubesetzung von Gremien** aufgrund eines **Wechsels im Gemeinderat** beschlossen (vgl. Vorlage 082/2021 Neubesetzung von Gremien aufgrund eines Wechsels im Gemeinderat). Hiervon war auch die **Gesellschafterversammlung der SEG** betroffen. Anstatt Dr. Gert Hohenberger wird zukünftig Robert Langer **Mitglied** sein. 873
- Die **Vertreter der Stadt Ostfildern** in der **Gesellschafterversammlung** der SEG Ostfildern mbH werden regelmäßig **beauftragt**, in den entsprechenden Sitzungen den Beschlussvorlagen zuzustimmen. 874
- So wurden beispielsweise in der Sitzung vom 21.07.2021 durch einstimmigen **Beschluss** des Gemeinderates gemäß der **Vorlage** Nr. 094/2021 die **Vertreter der Stadt Ostfildern in der Gesellschafterversammlung** der SEG Ostfildern mbH **beauftragt**, in der Sitzung am 26.7.2021 den **Beschlussvorlagen** 875
- Jahresabschluss 2020, Lage- und Tätigkeitsbericht und Prüfungsbericht der WIBERA
 - Zuweisung und Verwendung des Bilanzgewinns 2020
 - Wirtschaftsplan 2022 und 5-jährige Finanzplanung
- zuzustimmen.**
- Im **Bericht zur Prüfung des Jahresabschlusses** wird durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **dokumentiert**, dass gemäß Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz im Rechnungsjahr **fünf Aufsichtsratssitzungen** und eine **Gesellschafterversammlung stattgefunden** haben und diese auch **ordnungsgemäß genehmigt** sind. 876
-  Bei der **Beteiligungsverwaltung** liegen diese **Niederschriften nicht vor**. Wir empfehlen, diese **Dokumente für die Mandatsbetreuung** auch **zu verwahren**. 877
- In den **Erläuterungen** zu dem **Jahresabschluss-Posten** „Gezeichnetes Kapital“ ist festgehalten, dass das Stammkapital zu **100 %** von der Stadt Ostfildern gehalten wird. 878
- Nach **Auskunft der Beteiligungsverwaltung** war im Zuge der **Mandatsbetreuung** weder die **Aufbereitung** oder zusätzliche Informationen/Recherchen oder Abgaben von Stellungnahmen /Empfehlungen noch eine zusätzliche **Beratung** gewünscht worden. 879
- In der Vergangenheit bestand **kein Gastrecht** in den **Gesellschaftsgremien** für Mitarbeitende der Beteiligungsverwaltung, um beispielsweise Informationen aus erster Hand gewinnen zu können. Die Mandatsbetreuung wurde einfach und schmalspurig wahrgenommen. 880
- Derzeit findet noch eine **hybride Aktenführung** (Papier und digital) statt. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass bestimmte Unterlagen die Stadt in mehrseitiger gebundener Papierform erreichen. 881

5. Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung

a) Prüfungsauftrag

Der **Prüfungsauftrag** ergibt sich aus § 112 Abs. 2 der **Gemeindeordnung** („weitere Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts“) sowie den Vorschriften der **Gemeindeprüfungsordnung**. 882

Durch **Beschluss** des **Gemeinderats** der Stadt Ostfildern vom 31.05.1989 wurden dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Unter anderem die Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen, die sich die Stadt **vorbehalten** hat. Dazu gehört auch die **Prüfung der Jahresrechnung** der „Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern“, welche durch die Gesellschaft dem Rechnungsprüfungsamt **gemäß § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags** übertragen wurde. 883

Durch die Prüfung soll die **Ordnungsmäßigkeit des Handelns** sichergestellt werden. Die Ordnungsmäßigkeit basiert auf den drei Säulen der **Recht- und Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit** sowie **Zweckmäßigkeit**. 884

b) Prüfungsunterlagen

- **Kontoauszüge** des Girokontos DE43 6115 0020 0010 5228 91 der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung Ostfildern, Nummer 2 bis 9 aus dem Jahr 2021
- **Umsatzanzeige** – Übersichtsseite vom 08.12.2020 bis 23.03.2021 der KSK Esslingen als Ersatz für den Originalkontoauszug Nr. 1, da dieser bei der Abteilung 40 nicht angekommen ist.
- **Haushaltsplan** 2021, aufgestellt am 25.03.2021 (Excel-Aufstellungen von Abteilung 40)
- **Rechnungsabschluss** 2021, aufgestellt am 11.03.2021 (Excel-Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben von Abteilung 40)
- **Abrechnung der Sachkostenpauschale** 2020 für die Mobile Jugendarbeit in Ostfildern, aufgestellt vom Kreisjugendring am 12.12.2021
- **Abrechnung der Sachkostenpauschale** 2021 für die Mobile Jugendarbeit in Ostfildern, aufgestellt 12.12.2021
- **Mailverkehr** „Abrechnung Mobile Jugendarbeit 2020 und 2021“ mit den Anlagen „2020 Mobile Jugendarbeit Kiju.pdf“ und „2021 Mobile Jugendarbeit Kiju.pdf“ zwischen Buchhaltung Kinder- und Jugendförderung Ostfildern (KiJu) und Abteilung 40
- **Niederschrift der Gesellschafterversammlung** vom 21.04.2021

c) Prüfungsumfang

Die **Kontobewegungen** der Gesellschaft wurden anhand der Kontoauszüge **vollständig nachvollzogen und geprüft**. Die **Werte des Haushaltsplans** wurden mit dem **Rechnungsergebnis verglichen**. 885

d) Prüfung Girokonto 10522891, KSK Esslingen-Nürtingen, Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern

Die Entwicklung auf dem Girokonto stellt sich wie folgt dar: 886

• Übertrag Rechnungsabschluss 2020	5.753,89 Euro
• + Gutschriften (Beleg-Nrn. 1-11) 2021	+ 7.800,00 Euro
• - Ausgaben (Beleg-Nr. 12)	- 5.304,52 Euro
• Kontostand zum 30.12.2021	8.249,37 Euro

Der **Übertrag** aus dem Jahr **2020** erfolgte **korrekt**. Auf den Kontoauszügen waren **alle 11 Gutschriften** und **1 Lastschrift** aufgeführt und handschriftlich **durchnummeriert**. Die **Kontoauszüge** waren **vollständig** vorhanden. Die Umsatzanzeige-Übersichtsseite der KSK Esslingen-Nürtingen wird als Ersatz für den Kontoauszug Nr. 1 akzeptiert. Der **Kontostand** zum 30.12.2021 konnte **nachvollzogen** werden und wurde auch **zahlenmäßig korrekt** in der Jahresrechnung **ausgewiesen**. 887

e) Zahlungseingänge der Gesellschafter

Bei der Prüfung stellten wir fest, dass auch in diesem Jahr **nicht alle aufgeführten Gesellschafter** die in § 8 des Vertrages aufgeführten **Festbeträge** zur Finanzierung der Gesellschaft **geleistet** haben. Wie auch in § 8 erläutert, erfolgt die Verpflichtung nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Gesellschafter. 888

Die nachfolgende **Übersicht** zeigt die **Differenzen** zwischen Gesellschaftsvertrag, Haushaltsplan und tatsächlich eingegangener Zahlungen auf: 889

Gesellschafter lt. Seite 6 des Vertrages	Gesellschafts- vertrag, § 8 Festbetrag in Euro	Haushaltsplan 2021 in Euro	Jahresrechnung lt. Kontoaus- züge geleistet in Euro	Bemerkungen
Ev. Kirchengemeinde Ruit	400,00	400,00	400,00	
Ev. Kirchengemeinde Nellingen	400,00	400,00	400,00	
Ev. Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde Parksiedlung	400,00	400,00	400,00	
Ev. Kirchengemeinde Scharnhausen	400,00	800,00	800,00	Für Vorjahr 2020 und 2021 jeweils 400 Euro
Ev. Kirchengemeinde Kemnat	500,00	500,00	500,00	

Gesellschafter lt. Seite 6 des Vertrages	Gesellschafts- vertrag, § 8 Festbetrag in Euro	Haushaltsplan 2021 in Euro	Jahresrechnung lt. Kontoaus- züge geleistet in Euro	Bemerkungen
Katholische Gesamtkir- chengemeinde Ostfil- dern	2.100,00	2.100,00	2.100,00	
Ev.-Methodistische Kir- chengemeinde Ostfil- dern	Nicht aufgeführt	s. Bemerkungen	0,00	Nach Maßgabe der finanziellen Möglichkei- ten des Gesellschafters
Bürgerverein Parksied- lung	500,00	500,00	500,00	
Die SchaPanesen e.V.	200,00	200,00	200,00	
DRK Ortsverein Ostfil- dern	2.500,00	2.500,00	2.500,00	
Stadt Ostfildern	Nicht aufgeführt	Nicht aufgeführt	0,00	Finanzielle Beteiligung?
TSV Scharnhausen	Nicht aufgeführt	s. Bemerkungen	0,00	Nach Maßgabe der finanziellen Möglichkei- ten des Gesellschafters
Turnverein Nellingen	Nicht aufgeführt	s. Bemerkungen	0,00	Nach Maßgabe der finanziellen Möglichkei- ten des Gesellschafters
Summe	7.400,00	7.800,00	7.800,00	

In den letzten Prüfberichten der Rechnungsabschlüsse 2017 bis 2020 **baten** wir aus Gründen 890
der **jährlichen Zuordnung** auf einen **fristgerechten, jahresbezogenen Zahlungseingang** zu ach-
ten. Dies gelang nun im Rechnungsabschluss **2021**. Der letzte Zahlungseingang war am
06.12.2021.

Im **Haushaltsplan 2021** wurde für die ev. Kirchengemeinde Scharnhausen insgesamt 800 Euro 891
eingeplant. Der Betrag setzte sich aus dem noch fehlenden Betrag für das Jahr 2020 in Höhe
von 400 Euro und aus dem laufenden Betrag 2021 zusammen. Beide Zahlungen konnten so
wie geplant verbucht werden.

Laut **Kontoauszügen** erfolgten die **Zahlungseingänge** bis auf einen Gesellschafter zwischen 892
dem 20.01. und dem 20.05.2021. Damit **folgten alle bis auf einen Gesellschafter** ihrer in der
Niederschrift 2019 festgehaltenen **Zusicherung**, den Zeitpunkt des Zahlungseingangs „vor den
Sommerferien“ **einzuhalten**.

Der Gesellschafter wurde per Mail vom 23.08.2021 **an den fehlenden Gesellschafterbeitrag** 893
erinnert. Die Zahlung ging in 2 Teilbeträgen am 16.09.2021 (400 Euro) und am 06.12.2021 (100
Euro) ein. Wie im Prüfbericht 2019 von der Gesellschaft zugesagt wurde, lag eine **Dokumen-
tation** (E-Mail) der Anforderung des noch fehlenden Gesellschafterbetrags den Prüfungsunter-
lagen bei.

f) Auszahlung Fördermittel

Nach § 2 des **Gesellschaftsvertrages** bedient sich die Gesellschaft der **Personalträgerschaft** 894
des Kreisjugendrings Esslingen (KJR). Sie stellt ihm **jährlich** Geldmittel (**Sachkostenbeitrag**) zur
Verfügung. Die Höhe des Betrags ist im Vertrag nicht geregelt und wird von der Geschäftsfüh-
rung **nach aktueller finanzieller Lage** der Gesellschaft im Haushaltsplan vorgeschlagen.

In der Niederschrift der **Gesellschafterversammlung** vom 21.04.2021 wurde unter TOP 6 „Haushaltsplan 2021“ die Auszahlung des **Sachkostenbeitrags** in Höhe von 9.500 Euro für das Jahr 2021 einstimmig **beschlossen**. 895

Im **Rechnungsabschluss** 2021 (01.01. bis 31.12.) erfolgte dann am 21.12.2021 eine Auszahlung in Höhe von **5.304,52 Euro**. Die Geschäftsführerin teilte bei Einreichung der Prüfungsunterlagen dazu schriftlich mit: „Der geplante Sachkostenbeitrag 2021 in Höhe von 9.500 Euro wurde vom KJR nicht in voller Höhe eingefordert, da auf Grund der andauernden Pandemie immer noch nicht alle Angebote der Mobilen Jugendarbeit im Jahr 2021 stattgefunden haben.“ 896

Auffällig war, dass im Vergleich zu den Vorjahren erstmals ein „krummer Betrag“ an den KJR ausbezahlt wurde. Dieser Betrag entspricht bis auf 10 Cent genau der Summe der Gesamtkosten, die auf der Abrechnung der Sachkostenpauschale 2021 für die Mobile Jugendarbeit in Ostfildern ausgewiesen wurde. 897

Die Geschäftsführerin teilte schriftlich mit, dass „bei der Überweisung ein Übertragungsfehler bei der Zehnerstelle hinter dem Komma unterlaufen“ ist, „sodass 0,10 Euro zu viel überweisen wurden. Diese Überzahlung wird im Jahr 2022 verrechnet.“ 898

 Hierzu geben wir den **Hinweis**, dass durch den **generellen Vortrag auf die neue Rechnung** für die Auszahlung ein **runder/glatter Betrag**, wie auch in den Vorjahren bereits praktiziert, durchaus **möglich** gewesen wäre. 899

Der handschriftlich ausgefüllte **Überweisungsbeleg** für die Begleichung der **Sachkostenbeitrags 2021** war in den Unterlagen/Kontoauszügen **vorhanden**. 900

g) Zusammenfassung

Nach umfassender Prüfung wird folgender Prüfungsvermerk erteilt:	901
Die Buchführung der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern erfolgte im Jahr 2021 korrekt. Der Nachweis des Geldflusses ist lückenlos. Die Bankbelege sind vollständig vorhanden und ordnungsgemäß abgelegt.	902
Beim Rechnungsabschluss der Gesellschaft für Kinder- und Jugendförderung in Ostfildern für das Rechnungsjahr 2021 ergaben sich beim Abgleich der Kontobewegungen des Girokontos und der Dokumentation derselben keine Beanstandungen .	903
In den letzten Jahren der Prüfung konnten deutliche prozessuale Verbesserungen umgesetzt werden. Bis Ende Mai hatten alle Gesellschafter, bis auf einen Gesellschafter, ihren Festbetrag zur Finanzierung der Gesellschaft entrichtet. Nach einer Erinnerung konnte auch der noch ausstehende Gesellschafterbeitrag im laufenden Geschäftsjahr vereinnahmt werden.	904
Die Dokumentation der Abrechnungsgrundlagen durch die Kiju wurde verbessert und die Differenzen zwischen gewährtem Sachkostenbeitrag und tatsächlichem Kostenaufwand wurde auf die jeweils neue Rechnung übertragen.	905
All dies kann bei der diesjährigen Prüfung positiv gewürdigt werden. Prüfung zeigt Wirkung .	906
Die Jahresrechnung 2021 vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Situation der Gesellschaft.	907
Der Gesellschafterversammlung kann empfohlen werden, die Jahresrechnung 2021 festzustellen und die Vorsitzende sowie die stv. Vorsitzende (Geschäftsführerin) zu entlasten.	908

6. Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Vereins SOfiA

a) Prüfungsauftrag

Bei dem Verein „SOfiA – Selbstständig in Ostfildern auch im Alter e.V.“ (im folgenden Verein SOfiA) handelt es sich um einen **rechtsfähigen, nichtwirtschaftlichen Verein**. Eine gesetzliche **Pflicht zur Prüfung** von Vereinen **besteht grundsätzlich nicht**. 909

Die **Satzung des Vereins** sieht nach § 7 Absatz 5 die **Bestellung von zwei Rechnungsprüfern** vor, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören und auch nicht Angestellte des Vereins sein dürfen, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluss zu prüfen und über das **Ergebnis der Prüfung** vor der **Mitgliederversammlung zu berichten**. Dies ist für die Mitgliederversammlung regelmäßig die Grundlage für die Entscheidung, den Vorstand zu entlasten oder nicht. 910

Das **Rechnungsprüfungsamt prüft** den Jahresabschluss vom Verein SOfiA **im Auftrag und für die Stadt Ostfildern**. Nach § 112 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg kann der Gemeinderat dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Durch **Beschluss des Gemeinderats** der Stadt Ostfildern **vom 31.05.1989** wurden dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen. Unter anderem die **Buch-, Betriebs- und Kassenprüfungen, die sich die Stadt vorbehalten hat**. Die Stadt finanziert die Koordinierungsstelle des Vereins SOfiA über den städtischen Haushalt mit einem hauptamtlichen Beschäftigten. Daher ist eine sonstige **jährliche Prüfung** über den Verein SOfiA **vorgesehen**. 911

Ergänzende Vorschriften zu den Prüfungshandlungen ergeben sich aus der **Gemeindeprüfungsordnung** (GemPrO) vom 3. März 2018. Die Gemeindeprüfungsordnung gilt nach ihrem § 1 auch für die sonstigen nach § 112 der Gemeindeordnung vorgesehenen Prüfungen. 912

Auftragsgemäß hat das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern den **Jahresabschluss 2021** einschließlich der **Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021** des Vereins SOfiA geprüft. Die Prüfung wurde von einem Sachbearbeiter des Rechnungsprüfungsamts durchgeführt. 913

b) Prüfungsziel und Prüfungsmaßstäbe

Das Ziel der Prüfung ist die Feststellung des **ordnungsgemäßen Verhaltens** der Vereinsverantwortlichen. Dies umfasst sowohl rechtmäßiges als auch wirtschaftliches Handeln sowie auch zweckmäßiges Verhalten. Die Ordnungsmäßigkeit **basiert** somit auf den **drei Säulen** der Recht- und Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Zweckmäßigkeit. 914

Die **Recht- und Gesetzmäßigkeit** ergibt sich, wenn nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist, also das geltende Recht beachtet wurde. Dies beinhaltet auch die Prüfung, dass es keine Verdachtsfälle auf Unterschlagungen und Veruntreuungen gibt. 915

Das Wirtschaften hat **sparsam und wirtschaftlich** zu erfolgen, um ein günstiges Verhältnis von Mitteleinsatz und Ergebnis zu erreichen. 916

Die Prüfung der **Zweckmäßigkeit** erfolgt hauptsächlich als Organisationsprüfung. Ausgehend von der Frage: sind die Strukturen und Prozesse geeignet, um die Ziele zu erreichen. 917

c) Prüfungsunterlagen

Zur Prüfung lagen folgende Unterlagen vor bzw. wurden in die **Prüfung mit einbezogen:** 918

- Satzung des Vereins SOfiA vom 15. Juli 2008 (abgerufen Website 26.11.2025)
- Selbstdarstellung über den Verein SOfiA auf der eigenen Website <https://www.sofia-ostfildern.de>
- Ordner „SOfiA Finanzen 2021“ u. a. mit
 - Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021,
 - Ausgabe- und Einnahmebelege Nr. 1 bis Nr. 110 sowie Belege der Hand-kasse Nr. 1 bis Nr. 30
 - Buchungsjournal 2021 (Grundbuch und Hauptbuch),
 - Kontoauszüge Nr. 1/2021 bis 13/2021 vom Kontokorrent mit der Kontonummer 10 9000 04 bei der Scharnhäuser Bank eG

d) Prüfungsgegenstand

Prüfungsgegenstand ist das finanzielle Wirtschaften des Vereins SOfiA im Jahr 2021. 919

Der Verein SOfiA bietet ein **Unterstützungsangebot für ältere Menschen**, die sich zum Ziel gesetzt haben, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu verbleiben, einen Pflegeheim-aufenthalt hinauszuzögern und wenn möglich zu verhindern. Insbesondere ältere Menschen, die einerseits in einem Pflegeheim überversorgt, andererseits mit den bestehenden ambulanten Unterstützungsangeboten nicht ausreichend versorgt wären, werden angesprochen. Gerade wenn Familie und Freunde die notwendige Hilfe nicht leisten können, kann SOfiA mit dem Angebot eines „Betreuten Wohnens zu Hause“ weiterhelfen. Es stützt sich auf eine hauptamtliche Fachkraft, die Koordinierungsstelle und einen von bürgerschaftlich Engagierten getragenen Besuchsdienst. 920

Der **Verein SOfiA** wurde durch 23 Einrichtungen aus der Stadt im Juli 2008 gegründet. Er wird im Wesentlichen durch die **Stadt Ostfildern**, die **örtlichen Kirchengemeinden** und weitere vor Ort tätige **soziale Organisationen und Vereine** unterstützt. 921

Der **Vorstand** besteht aus 922

- Christof Bolay, Oberbürgermeister Stadt Ostfildern, 1. Vorsitzender
- Richard Genth, Pfarrer i. R., 2. Vorsitzender
- Dr. Ulrich Abele (Katholische Kirchengemeinde Ruit)
- Barbara Bock (Kirchengemeinde Nellingen)
- Waltraud Fichtner (Diakoniestation auf den Fildern – Ruit)
- Doris Hoinkis (Krankenpflegeverein Scharnhäuser)
- Jürgen Kleih (SchaPanesen e.V.)

Beratende Mitglieder sind

923

- Alexander Gebauer, Rechnungsführer
- Sylvia Weber, SOfiA- Koordinierungsstelle
- Simona Steimle, Beratungsstelle und Wohnen für Ältere

e) Prüfungsumfang

Die Summe aller Einnahmen (inkl. Anfangsbestand) bzw. aller Ausgaben (inkl. Endbestand) betrug im Jahr 2021 jeweils 68.610,75 Euro. 924

Im Geschäftsjahr 2021 wurden durch die Aktivitäten mit 110 Belegen Einnahmen in Höhe von 23.765,00 Euro und Ausgaben in Höhe von 21.261,52 Euro auf dem **Girokonto** gebucht. 925

Daneben wurden über die **Handkasse** in 30 Vorgängen Einnahmen in Höhe von 361,65 Euro und Ausgaben in Höhe von 478,89 Euro abgewickelt. 926

Die fortlaufenden Einnahmen und Ausgaben wurden zudem auf inhaltliche **Sachkonten** zugeordnet. 927

Die Prüfung erfolgte in **Schwerpunkten und Stichproben**. Die Schwerpunkte wurden gemäß der Gemeindeprüfungsordnung „nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der Risikoaspekte“ gebildet. 928

Aufgrund der Struktur und Größe des Vereins SOfiA ergab sich trotz der **Stichproben** dennoch eine umfassende fast vollumfängliche Prüfung. 929

Eine **Kassenbestandsaufnahme** der in der **Handkasse** enthaltenen Gelder hat im Prüfungsjahr **nicht stattgefunden**. 930

f) Prüfungsfeststellungen - grundsätzliche Anmerkungen

Für die Geschäftsführung des Vorstands finden nach § 27 Absatz 3 BGB die Vorschriften für den Auftrag nach den §§ 664 bis 670 entsprechende Anwendung. Die Anforderung zur Rechnungslegung des Vereins SOfiA ergibt sich aus § 666 BGB i. V. m. § 259 BGB, wonach der Beauftragte (Vorstand) verpflichtet ist gegenüber dem Auftraggeber (Mitgliederversammlung) Rechenschaft abzulegen und dazu eine die **geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und der Ausgaben** enthaltende Rechnung vorzulegen. 931

Der Verein SOfiA verfolgt **gemeinnützige Zwecke**, daher hat er nach § 63 Absatz 3 Abgabenordnung ordnungsmäßige Aufzeichnungen über Einnahmen und Ausgaben zu führen und nachzuweisen, dass diese auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung der steuerbegünstigten Zwecke gerichtet sind. 932

Die Buchführung des Vereins SOfiA erfolgt als **Einnahmen-Ausgaben-Rechnung**. Sie wird in **korrekter Form aufgestellt**. 933

Ein eigenständiges Programm für die Buchführung wird nicht verwendet. Die Belege werden zunächst in einer **Microsoft Excel Tabelle** chronologisch erfasst. Aus diesem **Grundbuch**, in dem alle Geschäftsvorfälle in zeitlicher Reihenfolge erfasst sind, wird am Jahresende sodann das **Hauptbuch** erstellt. Im Hauptbuch sind die einzelnen Geschäftsvorfälle dann nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet (Sachkonten). 934

Im Jahr 2021 wurden **110 Belege** in dem **Girokonto** und **30 Belege** in der **Handkasse** chronologisch verbucht. 935

Die Vorgänge wurden mittels einer **Excel-Tabelle** erfasst und sodann thematisch zugeordnet. Somit war sowohl ein **Grundbuch** (auch Journal genannt) als auch ein **Hauptbuch** auch unterjährig stets **vorhanden**. Durch die Vorlage dieser Buchungstabelle konnte sich das Rechnungsprüfungsamt, als sachverständiger Dritter, innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Entstehung und Abwicklung der Geschäftsvorfälle verschaffen. 936

Die **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)** waren **eingehalten**. Die Buchführung erfolgte klar und übersichtlich. Die Geschäftsvorfälle waren fortlaufend und vollständig, richtig und zeitgerecht sowie sachlich geordnet gebucht. Sämtliche Buchungen müssen anhand der Belege jederzeit nachprüfbar sein. Die Belege wurden fortlaufend nummeriert und geordnet aufbewahrt. 937

g) Prüfungsbemerkungen aus Vorjahren

Aus dem Prüfbericht 2020 ergab sich die **Empfehlung** (2.4, Zeile 43) **Barspenden** ungezählt zur Bank zu bringen und dort maschinell zählen zu lassen. Aus den vorliegenden Belegen lässt sich für das Rechnungsjahr 2021 nicht herauslesen, ob so verfahren wurde. 938

h) Übernahme der Anfangsbestände

Die **Anfangsbestände** des Rechnungsjahres 2021 wurden **aus dem Vorjahr übernommen** und stimmen wertmäßig mit dem Endbestand des Vorjahres 2020 überein. 939

Anfangsbestand Girokonto 43.924,02 Euro

Anfangsbestand Handkasse 560,08 Euro

Der **Bestandsnachweis wurde geführt** mit dem Girokonto, Nr. 10 900 004 mit 43.924,02 Euro. Der Kontoauszug Nr. 1/2021 wurde mit dem genannten Betrag im Haben geprüft. 940

i) Prüfung der Handkasse

Die Prüfung der Handkasse erfolgte zunächst **vorab**. Die entsprechend zugeordneten Bargeld-Vorgänge wurden den Hauptbuch-Konten zugeordnet. 941

Alle **Ausgabe- und Einnahmebelege** wurden **geordnet aufbewahrt** und waren **vollständig vorhanden**. Sie wurden **fortlaufend nummeriert** und gaben auch den **Verwendungszweck** an. 942

Es waren insgesamt 30 Belege mit Barbeträgen zwischen **Minimum 1,95 Euro** und **Maximum 250,00 Euro**; bei letzterem handelt es sich um eine **Spenden-Einnahme**. Der **höchste Ausgabebetrag** betrug **70,27 Euro** für Briefpapier für Advents- und Weihnachtsbriefe. 943

Es gibt **keine Regelung** für einen **Höchstbetrag**, welcher im Einzelfall nicht überschritten werden sollte. 944

Aus der **Überprüfung der Belege** ergaben sich **folgende Beanstandungen** und Empfehlungen. 945

Es werden verschiedene Quittungsformate für Barauszahlungen aus der Handkasse verwendet. Beim Beleg 23 ist nicht ersichtlich, wer den Beleg erstellt hat. 946



Wir empfehlen, um dies zukünftig zu vermeiden, **einheitliche Quittungsvorlagen** zu verwenden und den Ausstellenden zu verzeichnen. 947

Im Prüfbericht des Vorjahres wurde angeregt, ehrenamtliche Hilfe gleichwertig zu entschädigen. Ob dies geschehen ist, kann nicht nachvollzogen werden. 948

Aus dem Prüfbericht des Vorjahres ergeht die Empfehlung, bei Weihnachtskarten bzw. Adventsbriefen eine nachvollziehbarere Beschaffung zu etablieren. Es ist festzustellen, dass es teilweise noch nicht umgesetzt wurde. 949

Die aufsummierten Beträge der **Einnahmen** in Höhe von **361,65 Euro** und der **Ausgaben** in Höhe von **478,89 Euro** ergaben einen negativen Jahressaldo von 117,24 Euro bei der Handkasse. Zusammen mit dem Jahresanfangsbestand von 560,08 Euro ergab sich zum **31.12.2021** ein **Jahresendbestand** in Höhe von **442,84 Euro**, der auf die neue Rechnung vorgetragen wurde. 950

j) Einnahmen

Einnahmen in Euro	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2021	Ver- gleich 2021 (Ist-Plan)
Patenschaftsverträge	1.560,00	820,00	440,00	1.500	- 1.060
Vorsorgeverträge	4.465,00	4.425,00	5.510,00	5.000	+ 510
Mitgliederbeiträge	2.300,00	2.640,00	2.320,00	2.000	+ 320
Fördermitgliederbeiträge	990,00	1.085,00	1.120,00	1.000	+ 120
Zuschüsse Land und Pflegekasse	2.500,00	12.675,00	12.675,00	8.000	+ 4.675
Spenden	1.427,33	2.172,29	2.061,65	1.000	+ 1.061
Sonstige Erlöse	257,20	0,83	0,00	0	+ 0
Summe	13.499,53	23.818,12	24.126,65	18.500	+ 5.626

Die größten Abweichungen **zum Vorjahr** mit **- 380 Euro** (- 53,6 %) **+ 1.085 Euro** (+ 24,5 %) ergaben sich bei den **Patenschaftsverträgen** und den **Vorsorgeverträgen**. Die **Zuschüsse** vielen zwar entgegen der Planung um 4.675 Euro höher aus, jedoch in der **gleichen Höhe** wie im **Vorjahr**, so dass die **Gesamteinnahmen** zu 2020 **nahezu gleichgeblieben** sind. Die weitere Prüfung der Einnahmen erfolgte, indem ausgewählte Positionen **schwerpunktmäßig untersucht** wurden. 951

Patenschaftsverträge

Ist 440,00 Euro

Plan 1.500 Euro

Der **Plan** wurde wieder **nicht erreicht**. Obwohl die Gewinnung von weiteren Patenschaften sehr wünschenswert ist, werden vom Rechnungsprüfungsamt auch die Schwierigkeiten gesehen. Das dringliche Erfordernis wird jedoch weiterhin gesehen. 952

Vorsorgeverträge

Ist 5.510,00 Euro

Plan 5.000 Euro

Der Planansatz wurde überschritten, es wurden 510 Euro (10 %) **mehr als geplant vereinnahmt**. Das Vorjahresergebnis wurde erfreulicherweise um 24,5 % überschritten. 953

Es werden unterschiedliche **Vorsorgeverträge** angeboten: 954

Vertragsart	Vertragsnehmer	
	zum Jahresbeginn	zum Jahresende
Vorsorgevertrag mit Telefonkontakt (Einzelperson: 15 Euro/Monat, Ehepaare: 20 Euro/Monat)	7 Einzelpersonen 3 Ehepaare	8 Einzelpersonen 3 Ehepaare
Vorsorgevertrag mit Besuch (Einzelperson: 15 Euro/Monat, Ehepaare: 20 Euro/Monat)	5 Einzelpersonen	6 Einzelpersonen
Vorsorgevertrag PLUS 2 (Einzelperson: 25 Euro/Monat, Ehepaare: 35 Euro/Monat)	6 Einzelpersonen 1 Ehepaar	7 Einzelpersonen 1 Ehepaar
Vorsorgevertrag PLUS 3 (Einzelperson: 30 Euro/Monat, Ehepaare: 50 Euro/Monat)	0	0

Es zeigen sich gewisse **unterjährige Veränderungen** im Gesamtbestand der Vertragsnehmer. 955

Für jeden **Abrechnungsmonat** liegt eine entsprechende **Übersicht der Vertragsnehmer** vor, so dass die vereinnahmten **Beträge je Monat nachvollzogen** werden konnten. 956

Ebenso wie bei den Patenschaftsverträgen ist die **Gewinnung von weiteren Vertragsnehmern** **wünschenswert**. 957

Ordentliche Mitgliederbeiträge

Ist 2.320,00 Euro

Plan 2.000 Euro

Ordentliche Mitglieder des Vereins SOfiA sind **juristische Personen** des öffentlichen und privaten Rechts. Hingegen werden volljährige natürliche Personen als Fördermitglieder geführt. 958

Die ordentlichen Mitglieder haben **unterschiedliche Jahresbeiträge** in der Höhe zwischen 20,00 Euro und 200,00 Euro zu bezahlen. 959

An ordentlichen Mitgliederbeiträgen konnten im **Geschäftsjahr 2.320,00 Euro vereinnahmt** werden. Im Vorjahr wurden mit 2.640 Euro 320,00 Euro mehr reguläre Jahreszahlungen vereinnahmt. 960

Fördermitgliederbeiträge

Ist 1.120,00 Euro

Plan 1.000 Euro

Alle Mitglieder des Vereins SOfiA, die **volljährige natürliche Personen** sind, werden als **Fördermitglieder** geführt. Hingegen werden juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts als ordentliche Mitglieder des Vereins SOfiA bezeichnet.

961

Eine Fördermitgliedschaft bei SOfiA kostet laut Website jährlich 20,00 Euro.

962

Zuschüsse Land und Pflegekasse

Ist 12.6750,00 Euro

Plan 8.000 Euro

Das Ergebnis ist **deutlich höher** ausgefallen als geplant. Bei den vereinnahmten Mitteln handelt es sich zum einen um eine **Zuwendung des Bundesamtes für Soziale Sicherung (BAS)**. Hier gingen unter dem Verwendungszweck „Häuslicher Betreuungsdienst 2020“ 11.425,00 Euro ein.

963



Es liegen **keine begründenden Unterlagen** dazu vor. Der Beleg 15 ist ein **Eigenbeleg**.

964

Zum anderen erhielt der Verein eine **Zuwendung des Landes Baden-Württemberg** in Höhe von 1.250,00 Euro zur Förderung für demenzerkrankte Menschen in der Häuslichkeit. Hier liegt der entsprechende Förderbescheid vor (Beleg 103).

965

Spenden

Ist 2.061,65 Euro

Plan 1.000 Euro

Die Einnahmen liegen nahezu gleichauf mit dem Vorjahr. Allerdings konnte eine **sehr hohe Einzelspende** in Höhe von 1.000,00 Euro verzeichnet werden.

966

k) Ausgaben

Ausgaben in Euro	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2021	Vergleich 2021 (Ist-Plan)
Personalkostenanteil	13.000,00	13.000,00	13.000,00	13.000	+ 0
Vertretungskosten	571,05	-	0,00	600	+ 0
Aus- und Fortbildung	2.077,55	192,33	168,80	2.000	- 1.832
Veranstaltungen	694,53	1.043,09	265,19	500	- 234
Aufwandsentschädigung Besuchsdienst	666,25	530,75	695,75	200	+ 495
Versicherungen	747,39	747,39	747,39	750	- 3
Spenden	-	-	150,00	-	- 150
Öffentlichkeitsarbeit / Homepage	749,32	207,88	4.050,87	1.000	+ 3.050
Büroausstattung/-material	461,44	15,00	821,16	1.000	- 178
Sonstige Aufwendungen	963,05	86,13	1.796,25	-	+ 1.796
Rückz. an Vertragsnehmer		215	45,00	-	- 45
Summe	19.359,53	16.037,57	21.740,41	19.050	+ 2.899

967

Der **Planansatz** wurde insgesamt um 14% **überschritten**. Bei fast allen Sachkonten fielen geringere Aufwendungen an, lediglich bei den **sonstigen Aufwendungen**, der **Öffentlichkeitsarbeit** /Homepage und den Aufwandsentschädigungen **Besuchsdienst** fielen **höhere** Aufwendungen an **als geplant**. Außerdem ergaben sich aufgrund der Pandemiesituation Rückzahlungen an Vertragsnehmer, die nicht eingeplant waren. 968

Außerplanmäßig ergaben sich Aufwendungen in Höhe von 3.650,00 Euro für einen **neuen Imagefilm**. So sehr dies für die Öffentlichkeitsarbeit und Mitglieder- und Kundenwerbung zu begrüßen ist, ist zu bemerken, dass dies nicht geplant war. Da ein solcher Imagefilm kaum spontan beauftragt wird und bei solch hohen Beträgen ist zum Zwecke der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung im Haushalt zu planen. 969

Die weitere Prüfung der Ausgaben erfolgte indem ausgewählte Positionen **schwerpunktmäßig untersucht** wurden. 970

<u>Personalkostenanteil</u>	Ist 13.000,00 Euro	Plan 13.000 Euro
-----------------------------	--------------------	------------------

Dies umfasst die **Kostenbeteiligung** des Vereins SOfiA an den **Personalkosten** bei der Stadt Ostfildern. Unter der Voraussetzung einer Kostenbeteiligung in Höhe von jährlich 13.000 Euro, hat der Gemeinderat am 26.09.2012 (Vorlage 162/2012) beschlossen, die Koordinierungsstelle des Vereins SOfiA dauerhaft zu finanzieren. 971

Im Jahr 2021 wurden 14 Stunden pro Woche sowie 5 Stunden pro Monat von zwei Personen bei tatsächlichen Kosten von rund 27.500 Euro geleistet. Die Kostenbeteiligung 2020 in Höhe von 13.000 Euro wurde durch Rechnung datierend vom 22.02.2021 geltend gemacht. 972

 Das **Zahlungsziel** wurde auf 25.03.2021 festgelegt. Dies wurde vom Verein **nicht ausgenutzt**, da der Betrag bereits am 01.03.2021 vom Konto des Vereins abgebucht wurde. 973

 Im letztjährigen Prüfungsbericht wurde **bemängelt**, dass die jährliche Rechnungsabgrenzung nicht eingehalten wurde und damit das Periodisierungsprinzip missachtet wurde. Dies ist im Rechnungsprüfungsjahr wieder der Fall. Außerdem weist die Rechnungsprüfung darauf hin, dass aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten der volle Zeitrahmen des Zahlungsziels auszunutzen ist. 974

<u>Aus- und Fortbildung</u>	Ist 168,80 Euro	Plan 2.000 Euro
-----------------------------	-----------------	-----------------

Der **Planansatz** bei der Aus- und Fortbildung wurde um 90 % **deutlich unterschritten**. 975

<u>Veranstaltungen</u>	Ist 265,19 Euro	Plan 500 Euro
------------------------	-----------------	---------------

Es wurden hier die Ausgaben für die Miete eines Raumes sowie Getränke abgerechnet. 976

<u>Aufwandsentschädigung Besuchsdienst</u>	Ist 695,75 Euro	Plan 200 Euro
--	-----------------	---------------

Die **Ausgaben** liegen um mehr als das Doppelte über dem **Planansatz** und haben sich im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres (666,25 Euro) verringert. Anders als im **Vorjahr** wurden die Aufwandsentschädigungen dem richtigen Konto zugeordnet. Hier **zeigt** die **Rechnungsprüfung** ihre **Wirkung**. 977

Versicherungen

Ist 747,39 Euro

Plan 750 Euro

Für das Kalenderjahr bestand eine

978

- Haftpflichtversicherung 202,30 Euro
- Unfallversicherung 102,41 Euro
- Dienstreisefahrzeugversicherung 442,68 Euro

Alle drei Versicherungen sind bei **derselben Gesellschaft**. Es wurde ein **Lastschriftmandat** erteilt.

979

Öffentlichkeitsarbeit / Homepage

Ist 207,88 Euro

Plan 1.000 Euro

Hierunter fallen u. a. die laufenden Kosten für die Homepage an. Im Prüfungsjahr wurde allerdings, wie bereits oben erwähnt, eine **außerplanmäßige Aufwendung von 3.650,00 Euro** für einen neuen **Imagefilm** getätigt.

980

Zwar ist ein solcher **Imagefilm** unter Marketing- und Werbegesichtspunkten zu begrüßen, es stellt sich jedoch die Frage, ob so etwas nicht bei der Haushaltsplanung hätte berücksichtigt werden können. So eine Maßnahme kann kaum spontan eingefallen sein. Da insgesamt jedoch trotzdem ein Überschuss erwirtschaftet wurde, kann diese außerplanmäßige Ausgabe von höheren Einnahmen gedeckt werden. Die sonstigen Ausgaben in diesem Bereich sind ähnlich wie in den Vorjahren.

981

Büroausstattung

Ist 821,16 Euro

Plan 1.000,00 Euro

Ein Planansatz war im Vorjahr 2020 noch nicht vorgesehen. Dies ist jetzt geschehen, und es wurden Ausgaben getätigt. Der Planansatz wurde nicht erreicht. Hier wurde ein Vorschlag der Rechnungsprüfung umgesetzt.

982

Sonstige Aufwendungen

Ist 1.796,25 Euro

Plan 1.000,00 Euro

Hierunter fallen die für Coronaschutzmaßnahmen erforderlichen Antigen-Schnelltests in Höhe von 499,80 Euro für 100 Stück. Hier wurden auch die Weihnachtsgrußkarten- und Präsente (1.131,37 Euro) verbucht.

983

Rückzahlungen an Vertragsnehmer

Ist 45,00 Euro

Plan 0,00 Euro



Es handelt sich zwar um **auszahlungswirksame Vorgänge**, **buchhalterisch** sollte die Rückabwicklung allerdings von der entsprechenden **Einnahmeposition abgesetzt** werden.

984

l) Jahresergebnis (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung)

Das **Jahresergebnis** wird als Einnahmen-Ausgaben-Rechnung ermittelt. D. h. aus den Einnahmen ergibt sich unter Abzug der Ausgaben das Ergebnis. 985

• Einnahmen	24.126,65 Euro
• Ausgaben	21.740,41 Euro
• Ergebnis	+ 2.386,24 Euro

Nach dem **Haushaltsplan** waren Einnahmen von 19.100 Euro und Ausgaben von 19.050 Euro geplant, so dass ein positives Ergebnis von + 50 Euro zu erwarten gewesen wäre. Das tatsächliche Ergebnis liegt bei + 2.386,24 Euro und **übertrifft damit die Planung um 2.690,41. Euro.** 986

Das Jahr **2021** war noch durch die **Corona-Pandemie** und die damit verbundenen Einschränkungen geprägt. Zwar konnte SOfiA meist seine Arbeit weiterführen, aber besonders beim ersten Lockdown mussten die **Besuche** weitgehend auf telefonische Kontakte verlegt werden und **Veranstaltungen** fanden **nicht wie gewohnt statt**. Diese Veränderungen hatten auch Auswirkungen auf die hier abgebildeten Einnahmen und Ausgaben. 987

m) Nachweis der Endbestände

Aus den **Anfangsbeständen** bestehend aus 988

- Girokonto mit 43.924,02 Euro und Handkasse mit 560,08 Euro 44.484,10 Euro

ergibt sich unter Berücksichtigung der

- **Einnahmen** von 24.126,65 Euro und **Ausgaben** von 21.740,41 Euro 2.386,24 Euro

ein buchhalterischer **Endbestand** des Jahres 2021 von 46.870,34 Euro

Dieser Betrag ist zugleich das **Vereinsvermögen** zum Jahresende 2021. 989

Die **Endbestände des Rechnungsjahres 2021** betragen 990

- Endbestand Girokonto 46.427,50 Euro
- Endbestand Handkasse 442,84 Euro

Der **Bestandsnachweis** wurde geführt mit dem **Girokonto**, Nr. 10 900 004 mit 46.427,50 Euro. 991
Der Kontoauszug Nr. 13/2021 wurde mit dem genannten Betrag geprüft.

Der Bestand der Handkasse wird im Kassenabschluss vom 29.03.2022 zum 31.12.2021 mit 442,84 Euro durch den Rechnungsführer und die Mitarbeiterin der SOfiA- Koordinierungsstelle bestätigt. 992

n) Vereinsvermögen / Freie Rücklage

Der Verein SOfiA verfügt zum Jahresende 2021 über ein **Vermögen** von **46.870,34 Euro**, was 993 einem **Zuwachs** von **2.386,24 Euro** entspricht. Davon wurden laut Jahresabschluss 5.000,00 Euro in die **Freie Rücklage** eingestellt, die damit auf **34.484,10 Euro** (im Vorjahr waren es noch 29.484,10 Euro) angewachsen ist.

In Anbetracht der vorgelegten **Risiko-Analyse** hatte der **Vorstand** am 29.07.2020 gemäß 994 Beschlussvorlage sich dafür ausgesprochen, eine **Rücklage** von **bis zu 52.200 Euro** zu bilden.

Die normalen laufenden Ausgaben in Plan und Ist betrugen in den letzten Jahren rund 20.000 995 Euro. Das derzeitige **Vereinsvermögen** kann somit innerhalb der nächsten Jahre **nach satzungsgemäßen Zwecken zeitnah verwendet werden**. Damit entspricht die Höhe des Mittelvortrags noch den Bestimmungen der Abgabenordnung und der ausgeübten Praxis des Finanzamts bezüglich der Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Vereinen.

o) Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse und Prüfungsvermerk

Die Buchführung vermittelt eine **sorgfältige und gewissenhafte Arbeit**. Wichtige **Grundsätze** 996 **ordnungsmäßiger Buchführung** (GoB) waren **eingehalten**.

Die Rechnungsprüfung konnte sich als **sachverständiger Dritter** innerhalb angemessener Zeit 997 einen **Überblick** über die Entstehung und Abwicklung der **Geschäftsvorfälle verschaffen**.

Alle Ausgabe- bzw. Einnahmebelege sind **vorhanden** und geben den Verwendungszweck 998 eindeutig wieder. Die **Überprüfung der Belege** ergab **keine wesentlichen Beanstandungen**.

Die Einnahmen und Ausgaben der **Handkasse** werden **ebenfalls weitgehend sachkonten-** 999 **gerecht** in die Jahresrechnung **miteinbezogen**. **Hinweise** zu einer verbesserten Abwicklung und Verringerung der Fehleranfälligkeit sowie zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit wurden gegeben.

Aufgrund der Prüfung der einzelnen **Einnahmen** in Stichproben und Schwerpunkten sehen wir 1000 bei der Vereinnahmung der **Mitgliederbeiträge** noch **Verbesserungsmöglichkeiten**. Zudem wurden Hinweise zu einer **besseren und vollständigen Dokumentation** gegeben.

Die Prüfung der einzelnen **Ausgaben** in Stichproben und Schwerpunkten ergab **keine relevan-** 1001 **ten Beanstandungen** in Bezug auf **Wirtschaftlichkeit** und **Sparsamkeit**. Hinweise zur **besseren Dokumentation von Beschaffungsvorgängen** wurden gegeben.

Nach umfassender Prüfung wird folgender **Prüfungsvermerk** erteilt: 1002

Die Buchführung des Vereins „SOfiA – Selbstständig in Ostfildern auch im Alter e.V.“ erfolgte 1003 im Jahr 2021 korrekt. Der Nachweis des Geldflusses ist lückenlos. Die Bankbelege sind vollständig vorhanden und ordnungsgemäß chronologisch abgelegt.

Die Jahresrechnung vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buch- 1004 führung nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Situation des Vereins „SOfiA – Selbstständig in Ostfildern auch im Alter e.V.“ im Jahr 2021.

7. Prüfung des Verwendungsnachweises 2021 „Partnerschaft für Demokratie“

a) Prüfungsauftrag

Der Prüfungsauftrag beruht auf der Grundlage des **Zuwendungsbescheids** vom 04.12.2019 für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie Ostfildern“ mit der Projekt-Nr. 21M 02K im Rahmen des **Bundesprogramms** „Demokratie leben!“.

Die Zuwendung wird als **Projektförderung** in Form einer Anteilfinanzierung für den **mehnjährigen Bewilligungszeitraum** vom 01.01.2020 bis 31.12.2023 gewährt. Mit **Änderungsbescheid** vom 27.08.2020 erfolgte noch eine Ausweitung des Bewilligungszeitraumes auf das Jahr 2024.

Die **Zuwendung** ist **zweckgebunden** und darf nur nach den **entsprechenden Bestimmungen** verwendet werden.

In den Allgemeinen Nebenbestimmungen (6.4) für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) ist der Nachweis der Verwendung der Zuwendung, der sogenannte **Verwendungsnachweis**, geregelt. Dieser Verwendungsnachweis besteht aus einem **Sachbericht** und einem **zahlenmäßigen Nachweis**.

Im Zuwendungsbescheid wurde ergänzend festgehalten, dass ein **Zwischennachweis** in Form des Verwendungsnachweises vorzulegen ist, sofern der Verwendungszweck nicht innerhalb eines Jahres erfüllt ist. Die Verwendung ist **spätestens neun Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres** nachzuweisen.

Des Weiteren ist in den ANBest-Gk 7.2 geregelt: Unterhält der Zuwendungsempfänger (hier: Stadt Ostfildern) eine **eigene Prüfungseinrichtung**, ist von dieser (hier: Rechnungsprüfungsamt) der **Verwendungsnachweis vorher zu prüfen** und die Prüfung unter Angabe ihres **Ergebnisses zu bescheinigen**.

b) Prüfungsdurchführung

Dem Rechnungsprüfungsamt wurde der Leitz-Ordner „Pfd 2021 Belegordner“ ausgehändigt. Darin enthalten waren der **Änderungsbescheid** vom 27.08.2020, der **Sachbericht 2021**, der **zahlenmäßigen Nachweis 2021** und eine **Projektübersicht**.

c) Prüfungsumfang

Zur **Wahrnehmung** des **Prüfungsauftrages** liegen **keine** näheren **Ausführungen** vor. Für die üblichen Prüfungen der kommunalen Prüfeinrichtung, hier das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Ostfildern, gilt die Verordnung des Innenministeriums über das kommunale Prüfungswesen (Gemeindeprüfungsordnung vom 03. März 2018).

Demnach „können nach Schwierigkeit und wirtschaftlicher Bedeutung sowie unter Berücksichtigung der **Risikoaspekte** der einzelnen Prüfungsgebiete **Schwerpunkte** gebildet werden“. „Die Prüfung kann sich [dabei] ... auf **Stichproben** beschränken.“ „Ergeben sich wesentliche Anstände, ist die Prüfung entsprechend zu erweitern“ (vgl. § 3 Gemeindeprüfungsordnung). 1013

Die Prüfung dient der **öffentlichen Finanz- und Rechtmäßigkeitskontrolle**. Sie wirkt darauf hin, dass die geprüften Verwaltungen ihre Aufgaben **rechtmäßig, sparsam und wirtschaftlich** erledigen. Sie soll zudem **risikoorientiert** und **zukunftsgerichtet** sein (vgl. § 1 Gemeindeprüfungsordnung). 1014

Allerdings sprechen die Unterlagen lediglich von "kommunalen Prüfvermerken" bzw. "beim Zuwendungsgeber zu prüfen". Das bedeutet, dass die **Aufgabe im Vordergrund** steht. 1015

Die **Organisationseinheit** wird nur einmal erwähnt. Unter Ziffer 3 wird zum zahlenmäßigen Nachweis ausgeführt: „**kann** .. auch durch ein RPA geprüft werden“ [Hervorhebung nicht im Original]. 1016

Unsere **Prüfung** im Zuge des Schlussberichts kann sich daher auf den **IKS-Ansatz fokussieren**. Sprich „im Rahmen der Funktionsprüfung soll festgestellt werden, ob die **Regelungen** in der Praxis gelebt werden, die Kontrollmaßnahmen regelmäßig durchgeführt und dokumentiert werden, kurzum ob die **Wirksamkeit der Kontrollen gegeben** ist.“ 1017

Wir **überzeugen** uns bspw. davon, dass das zuständige **Fachamt** (federführende Amt) die inhaltlichen **Mindestanforderungen** (vgl. Ziffer 2) im jeweiligen **Prüfvermerk** ausweist sowie im Rahmen des **Verwendungsnachweises** einen **Sachbericht** und einen **zahlenmäßigen Nachweis** (vgl. Ziffer 1) vorlegt. 1018

d) Prüfungsunterlagen und -durchführung

Folgende Unterlagen aus dem Ordner „PfD 2021“ wurden für die Prüfung herangezogen: 1019

- Bescheid zur Zwischenverwendungsnachweisprüfung 2021 vom 07.03.2023
- Zahlenmäßiger Nachweis 2021
- Inventarisierungsliste
- Summenblatt Mittelbereitstellung
- Summenblatt Kommune
- Belegliste
- Sachbericht
- Kommunale Prüfvermerke zur Verwendungsnachweisprüfung der Letztempfänger
- Aktualisiertes Handlungskonzept für das Förderjahr 2021

Weiter war die Prüfungsdokumentation des federführenden Amtes sowie der **Verwendungsnachweis 2021** enthalten. Dazu gehörten das Deckblatt Verwendungsnachweis, die Kostendeckungsübersicht, der zahlenmäßige Nachweis, das Summenblatt und die Belegliste Kommune. 1020

Des Weiteren wurden die **Förderzusage** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ab dem Jahr 2020, der **Zuwendungsbescheid** vom 04.12.2019 für den Bewilligungszeitraum vom 01.01.2020 bis 31.12.2023 (geplante Projektlaufzeit bis 31.12.2024) und der **Finanzierungsplan** vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2023 sowie die bestehenden **Richtlinien** und **Merkblätter** aus der **Vorjahresprüfung** sowie der Änderungsbescheid vom 24.08.2020 zur Prüfung herangezogen. 1021

Ferner lagen **Kopien** der für die einzelnen Projekte bzw. Maßnahmen die **Belege**, weitere begründende Unterlagen und der Zuwendungsbescheid über die Projektförderung für den Letztempfänger vor. 1022

Im Prüfungsverlauf forderten wir noch den **Änderungsbescheid** vom **23.02.2021** an, da dieser im Ordner nicht abgelegt war. Der Änderungsbescheid wurde uns zeitnah vom Fachbereich 2 übersandt. 1023

Die **Unterlagen** waren bis auf wenige Kopien von Auszahlungsbelegen **ordentlich abgelegt und aufbereitet**, so dass eine zügige Prüfung ermöglicht wurde. Für **Rückfragen** stand die mit der Durchführung des Projekts befasste Mitarbeiterin vom „federführenden Amt in der Kommunalverwaltung“ (hier der **Fachbereich 2**) zur Verfügung. 1024

e) Prüfungsfeststellungen Zuwendungsbescheid

Durch den **Zuwendungsbescheid** mit Schreiben vom 04.12.2019 wurden für den Bewilligungszeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021 **nicht rückzahlbare Zuwendungen von bis zu 112.500,00 Euro gewährt** (SOLL-Zuwendung). 1025

Diese Mittel sind gemäß den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides **an Letztempfänger*innen weiterzuleiten**. Die Weiterleitung soll vornehmlich durch Zuwendungsbescheide erfolgen. 1026

Die Zuwendung wird als Projektförderung in Form einer **Anteilfinanzierung** für den oben genannten Bewilligungszeitraum gewährt. Die Zuwendung aus dem Bundeshaushalt entspricht **höchstens 90,00 % der Gesamtausgaben**. 1027

Der als verbindlich erklärte **Finanzierungsplan** vom 19.09.2019 setzt grundsätzlich den **Einsatz** von Eigen- bzw. Drittmitteln in Höhe von **mindestens 10 Prozent** der **Gesamtausgaben** im **Bewilligungszeitraum** voraus. 1028

f) Prüfung der verausgabten Mittel

Aus dem **zahlenmäßigen Nachweis** ist erkennbar:

1029

	Soll	Ist
Ausgaben (nur direkte Verausgabung)		
(externe) Koordinierungs- und Fachstelle	0,00 Euro	0,00 Euro
Aktions-/Initiativfonds	6.405,00 Euro	0,00 Euro
Jugendfonds	5.400,00 Euro	0,00 Euro
Öffentlichkeitsarbeit/Partizipation usw.	0,00 Euro	0,00 Euro

Ausgaben im Zusammenhang mit **Weiterleitungen**

2.1 (externe Koordinierungs- und Fachstelle	52.500,00 Euro	35.174,84 Euro
2.2 Aktions- und Initiativfonds	46.095,00 Euro	34.518,29 Euro
2.3 Jugendfonds	4.600,00 Euro	2.121,66 Euro
2.4 Öffentlichkeitsarbeit/Partizipation usw.	10.000,00 Euro	1.353,38 Euro

in **Summe** somit **125.000,00 Euro** **73.168,17 Euro**

Ergebnis: Nach dem Soll-Ist-Vergleich der Ausgaben wurden weder in der Summe noch in den Einzelansätzen zu viel Mittel verausgabt. Im Gegenteil, die **zuwendungsfähigen Mittel** von 125.000 Euro (SOLL-Zuwendung) wurden **nur zu 58,5 % ausgeschöpft**.

1030

g) Einhaltung der Eigenmittel

Der als verbindlich erklärte Finanzierungsplan vom 19.09.2019 setzt grundsätzlich den **Einsatz** von Eigen- bzw. Drittmitteln in Höhe von **mindestens 10 Prozent** der **Gesamtausgaben** im **Bewilligungszeitraum** voraus. Die Summen wurden im zahlenmäßigen Nachweis dementsprechend **ausgewiesen**. Im Jahr 2021 wurden **mehr als 10 Prozent** Eigenmittel eingetragen.

1031

h) erhaltene Zuwendungen

Der **Mittelabruf** über 72.000,00 Euro (AR104656) wurde am **22.11.2021** vereinnahmt.

1032

Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten wurde ebenfalls laut Buchungsbeleg am **22.11.2021** eine **Rückerstattung** der **nicht verbrauchten** Mittelanforderung in Höhe von 6.851,73 Euro (AR105482) mit einem Sollabgang (AR104656) an die Bundeskasse Halle veranlasst. Eine Kopie dieser Annahmeanordnung war **nicht im Ordner abgelegt**.

1033

Wir haben **hinterfragt**, ob die **beiden Buchungen** (**Anforderung** 72.000 Euro und **Rückzahlung** 6.851,73 Euro) tatsächlich am **selben Tag zahlungswirksam gebucht** wurden und baten die **Stadtkasse** um Rückmeldung.

1034

Aus den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen war **ersichtlich**, dass durch **Umstellung** des **Finanzsystems** von KIRP nach SAP zum Jahreswechsel 2021/2022 der **Abgang** von KIRP nach **SAP migriert** (neues Kassenzeichen 524400000025) wurde. **Von dort** aus wurden die **6.851,73 Euro**, wie vom **Bundesministerium** aufgefordert, **zurücküberwiesen**.

1035

Die **Rückzahlungs-Buchung** wurde in **SAP** am 27.01.2022 erfasst und unter dem **Buchungstag 31.12.2021**, dem **Vorjahr** zugeordnet. Ein **Zahlungsausgleich** ist dann am **03.02.2022** erfolgt. 1036

Das Bundesamt für Familie teilte im 5-seitigen „**Widerrufsbescheid** mit Auszahlung zur Zwischenverwendungsnachweisprüfung 2021“ vom 07.03.2023 unter anderem mit: „Da die von Ihnen vorgenommene und am 04.02.2022 bei der Bundeskasse vereinnahmte **Erstattung** in Höhe von **6.851,73 Euro** die **tatsächliche erforderliche Erstattungssumme von 6.148,65 Euro übersteigt**, ist der **überzahlte Betrag in Höhe von 703,08 Euro** zu erstatten. Mit der festgesetzten **Zinsforderung von 23,93 Euro** erfolgte demnach eine **Verrechnung**. Im Ergebnis ist Ihnen somit ein Betrag in Höhe **679,15 Euro wiederauszuzahlen**.“ 1037

Ergebnis: Die erhaltenen Zuwendungen waren **schlussendlich nachvollziehbar** (Ordner und Kirp sowie enaio/SAP). 1038

i) Prüfung der Weiterleitung und Verwendung der Mittel an bzw. durch Dritte

Die Ziffer IV, Absatz 2 der **Förderrichtlinie** regelt, dass 1039

- es sich bei den Letztempfänger_innen „grundsätzlich [um] juristische Personen des öffentlichen Rechts bzw. juristische Personen des Privatrechts“ handelt.

Bereich	Einzelmaßnahme	Letztempfänger
(externe) Koordinierungs- und Fachstelle -	Personalkosten	Kreisjugendring Esslingen e.V.
Aktions- und Initiativfonds	Ich, Bonhoeffer (A0175-001)	Bürgerstiftung Ostfildern
	Mehr als 1.000 Bäume (A0175-002)	Förderverein Grundschule Kemnat
	Hocketse für Vielfalt (A0175-003)	Kreisjugendring Esslingen e.V.
	Lust auf Theater? (A0175-004)	Freundeskreis Asyl Ostfildern – Projekt abgesagt
	Interkultureller Frauentreff mit einer Informationsreihe (A0175-005)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern
	Schulung und Workshop für Fachkräfte und Multiplikator:innen zur Elternberatung für die Mediennutzung in der Familie (A0175-006)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern
	Pädagogische Tage zum Thema Antirassismus (A0175-007)	Kinder- und Jugendförderung Ostfildern
	ImBiss der Wahrheit (A0175-008)	Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.
Jugendfonds	X-Games (A0175-001JF)	John-F.-Kennedy-Schule Esslingen

Ergebnis: Die **Bedingung** wurde **eingehalten**. 1040

j) Prüfung der Beleglisten

Die **Beleglisten** aller Projekte wurden überblicksartig **gesichtet**. Diese enthalten eine Übersicht über die einzelnen Einnahmen und Ausgaben in chronologischer Reihenfolge sowie die rechtsverbindliche Unterschrift für die Richtigkeit der gemachten Angaben. 1041

Dadurch, dass **unterschiedliche Personen** für das Ausfüllen dieser Beleglisten **verantwortlich** sind, ist die **ausfüllende Art und Weise auch unterschiedlich**. So finden sich händische Nachtragungen. Des Weiteren werden bei einigen Beleglisten die Auszahlungen mit negativem Vorzeichen geführt, bei anderen Beleglisten sind die Einzahlungen im Minus. Auch fehlt beim Projekt 007 die Belegliste. 1042



Es empfiehlt sich daher auf **eine einheitliche Darstellung** der **Beleglisten** zu achten. 1043

Die **Beleglisten der Projekte** wurden ebenso **mit** den sich im Ordner befindlichen **Belegen verglichen**. 1044

Ergebnis: Es ergaben sich **keine Beanstandungen**, die Anlass zu Bedenken geben. 1045

Insbesondere wurde **geprüft**, ob bei getätigten **Auszahlungen Gegenstände** mit einem **Wert ab 800,00 Euro** zzgl. MwSt. (Nettopreis) beschafft wurden. Diese sind einzeln in die Inventarisierungsliste im Förderportal zu erfassen. Die Übersicht ist dem BAFzA im Rahmen des Verwendungsnachweises **auch** einzureichen, **wenn keine Investitionen** getätigt worden sind (s. Zuwendungsbescheid S. 5, Nr. 2). 1046

Ergebnis: Laut Beleglisten wurde **kein Gegenstand** mit einem Wert ab 800 Euro netto **angeschafft**. Die Inventarliste muss nach den Vorgaben im Zuwendungsbescheid trotzdem im Förderportal erfasst werden. Eine Kopie der Inventarisierungsliste (Bestätigung, dass keine Güter im Bewilligungszeitraum angeschafft wurden) war im Ordner abgelegt. 1047

k) Belegprüfung in Stichproben und Schwerpunkten

(externe) Koordinierungs- und Fachstelle

Die externe Koordinierungs- und Fachstelle wurde durch Personal vom Kreisjugendring Esslingen e. V. (KJR) ermöglicht. Hierfür wurden anteilige **Personalkosten** sowie **Verwaltungs- und Büroausstattungskosten** erstattet. 1048

Die **In-Rechnung-Stellung** der Personalkosten gegenüber der Stadt Ostfildern **erfolgte bis zum Jahr 2019 in untypischer Weise** mittels drei Rechnungen. Hierbei werden jeweils zum einen Ist-Werte von bereits abgerechneten Monaten (z. B. Juni, Juli) sowie Hochrechnungen auf kommende Monate (z. B. August) geltend gemacht. Damit sind bei der nachfolgenden nächsten Abrechnung die Beträge der Hochrechnung entsprechend zu korrigieren. 1049

In seinem Schreiben vom 16.12.2019 teilte der **KJR** mit, dass er „ab 2020 den Mittelabruf quartalsweise ohne Hochrechnung stellen wird, um **Korrekturen** entsprechend zu **vermeiden**.“ 1050

Im Jahr 2021 stelle der KJR die Rechnungen dann quartalsweise **ohne** Hochrechnung. Nur die Mittelanforderung Juli bis Oktober wurde mit einer Hochrechnung für die Monate November und Dezember gestellt. 1051



Zum **Jahresende** hin erfolgte dann eine **erste Korrektur** (ER119775) in Höhe von - 247,48 Euro in Form eines Sollabgangs (ER117378) mit dem Buchungsdatum 10.11.2021. Eine **zweite Korrektur** (ER121249) mit dem Buchungsdatum 31.12.2021 (Erfassungsdatum 17.01.2022) erfolgte in Höhe von + 536,35 Euro. Der **Sachverhalt selbst** war aus der Aktenlage **nicht nachzuvollziehen**. 1052

Die zwei Korrekturen für die Hochrechnung der Personalkosten (Mittelabruf 3) für November und Dezember 2021 wurden vom KJR in Form eines Anschreibens und einer Belegliste bzw. Tabelle an den Fachbereich geschickt und von diesem verbucht. 1053

Es ergibt sich ein **Gesamtbetrag** von **35.081,34 Euro**. 1054

Weitere 4 Kleinausgaben z. B. für Büromaterialien in Höhe von 93,50 Euro waren ebenfalls im Ordner abgelegt. 1055

Laut **Zahlungsmäßigen Nachweis** wurden **35.174,84 Euro** ausgewiesen. Wir konnten die Zahlungen in Kirp/enaio nachvollziehen. 1056

Ergebnis: Es ergaben sich **keine relevanten Beanstandungen**. 1057

Aktions- und Initiativfonds

Im Aktions- und Initiativfonds wurden laut zahlenmäßigem Nachweis bei den **acht Projekten** insgesamt **Zuschüsse** von 35.518,29 € **bewilligt**. 1058



Die Projekte wurden in **Stichproben** gesichtet. Dabei **fiel uns auf:** 1059

A175-001 Ich, Bonhoeffer 1060

Von den bewilligten 13.000 Euro wurde nach jeweiliger Anforderung der **Bürgerstiftung** (Projektträger) ein Betrag in Höhe von 1.400 Euro sowie ein Betrag in Höhe von 11.600 Euro ausbezahlt. Bei der Abrechnung des Projekts war noch eine **Einnahme** (Förderung Bürgerstiftung Ostfildern) in Höhe von 5.000 Euro ersichtlich. In Summe stand dem Projekt also **18.000 Euro** zur Verfügung.

Dagegen standen **Gesamtausgaben** in Höhe von **17.884 Euro**. Nach Abrechnung wurden nach Abzug der Ausgaben Fördergelder in Höhe von **116 Euro nicht in Anspruch** genommen. Diese wurden mit **Abgang** (ER116766) von der ursprünglichen Auszahlungsanordnung (ER120519) gebucht und von dem Träger des Projekts **wiedervereinnahmt**. 1061

A175-002 Mehr als 1.000 Bäume 1062

Für das Projekt wurden laut Bewilligungsbescheid 6.900 Euro bewilligt. Bei der **Belegliste fehlt die rechtsverbindliche Unterschrift**.

A175-003 Hocketse für Vielfalt 1063

Es wurden 6.715 Euro **bewilligt**, aber **nur** 6.332,09 Euro angefordert und **ausbezahlt**.

- A175-004 Lust auf Theater? 1064
Es wurden 1.100 Euro bewilligt. Das **Projekt** wurde **abgesagt**, da nach Absagen von angemeldeten Teilnehmern die notwendige Teilnehmerzahl nicht erreicht wurde. Im Finanzsystem Kirp war weder auf der Kostenstelle noch beim entsprechenden Zahlungsempfänger eine Auszahlung zu finden.
- A175-005 Interkultureller Frauentreff mit einer Informationsveranstaltungsreihe 1065
Es wurden 2.493,30 Euro bewilligt und ausbezahlt.
- A175-006 Schulung und Workshop für Fachkräfte und Multiplikator:innen zur Elternberatung für die Mediennutzung in der Familie 1066
Bewilligt und ausbezahlt wurden 2.589 Euro. Eine Belegliste ist vorhanden, aber **keine Kopien** des **Auszahlungsbelegs**.
- A175-007 Pädagogische Tage zum Thema Antirassismus 1067
Bewilligt und ausbezahlt wurden 700 Euro. Die **Belegliste** ist **nicht vorhanden**.
- A175-008 ImBiss der Wahrheit 1068
Bewilligt und ausbezahlt wurden 2.600 Euro

Jugendfonds

- Laut **Zahlungsmäßigen Nachweis** wurde für die Jugendfonds insgesamt **2.121,66 €** ausgegeben. Diese betrafen die Förderung des einzigen **Projekts** in Höhe von 900,00 Euro und **weitere Ausgaben** in Höhe von 1.221,66 Euro. 1069
- Es handelt sich um das **Projekt**: AO175-001JF X-Games. Laut Zuwendungsbescheid wurden **900,00 Euro bewilligt und ausbezahlt**. 1070
- Im Ordner befindet sich unter der o. g. Projektrubrik **weitere 5 Ausgaben** in Höhe von insgesamt **1.221,66 Euro**. Es handelte sich um **Druckkosten für Plakate und Flyer** sowie um ein **Honorar** für die Gestaltung des **Layouts** für eine Veranstaltung (Jugendforum mit Podiumsdiskussion) sowie für die Beschaffung von Namensschildern. Ein weiteres Honorar in Höhe von 1.069,81 Euro wurde für eine **Beratung** im Rahmen der **Konzeptentwicklung einer Jugendbeteiligung** ausgegeben. 1071
- In **Summe** ergibt dies, wie im **zahlungsmäßigen Nachweis** ausgewiesen, insgesamt **2.121,66 Euro**. 1072
- Ergebnis**: Es ergaben sich **keine Beanstandungen**. 1073

Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit

- Für **Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit** wurden laut zahlungsmäßigem Nachweis insgesamt 1.353,38 € verausgabt. 1074
- Im Ordner waren Kopien von **16 Auszahlungsbelegen** in Höhe von insgesamt **1.353,38 Euro** abgelegt. 1075

Es handelt sich um Belege zwischen 4,25 Euro für Verpflegung und 687,82 Euro für die Fertigung von 1.000 Folder und 500 Visitenkarten. Des Weiteren war eine Rechnung in Höhe von 323,09 Euro für Business Hosting und zwei E-Mail-Postfächern sowie mehrere Monatsabrechnungen in Höhe von jeweils 16,65 für den Zoom-Zugang ersichtlich. 1076

Ergebnis: Die Summe im zahlungsmäßigen Nachweis wurde **nachvollzogen**. Es ergaben sich **keine Beanstandungen**. 1077

Sonstiges

Laut den Beleglisten der einzelnen Projekte wurden **Reisekosten** Jahr 2021 nur beim Projekt A175-005 in Höhe von 92,30 Euro abgerechnet. Es war ein Nachweis über Fahrtkosten von Ostfildern nach Kirchheim (44 km 0,30 Euro x 7 Veranstaltungen) vorhanden. 1078

Die **Berechnung** der verantwortlichen Person ist rechnerisch **falsch**. Es wurden 0,10 Euro **zu wenig** berechnet. 1079

Ergebnis: Das Reisekostenrecht wurde mit der berücksichtigten Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,30 Euro pro km korrekt angewendet. 1080

I) Sachbericht

Gemäß Ziffer 5.5 der Leitlinie Förderbereich A beinhaltet der Verwendungsnachweis auch einen **Sachbericht**. Dieser muss **Aussagen** zur **Projektwirkung** und zur **Zielerreichung** treffen. 1081

Die Verwendung der Zuwendungen sowie die dadurch **erzielten Ergebnisse** sind darzustellen und den **vorgegebenen Zielen gegenüberzustellen**. 1082

Des Weiteren ist auf die **wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises** einzugehen sowie die **Notwendigkeit und Angemessenheit** der geleisteten Arbeit **zu erläutern**. 1083

Die 13-seitige Kopie des **Sachberichts mit Datum vom 19.09.2022 lag zur Prüfung vor**. 1084

Die entsprechend **vorgeschriebene Gliederung** wurde **eingehalten**. 1085

Die **unterschiedlichen Projekte** wurden auf ihre **Wirksamkeit**, ihren **Beitrag zur Zielerreichung** sowie ihrer **Wirtschaftlichkeit** hin beleuchtet. 1086

Die erzielten **Ergebnisse** wurden **dargestellt** sowie die **Notwendigkeit** und **Angemessenheit** der Ausgaben **erläutert**. 1087

Auf die **wichtigsten Positionen** des zahlenmäßigen Nachweises wurde **eingegangen**. 1088

Ergebnis: Es ergeben sich **keine Beanstandungen**. 1089

m) Zusammenfassendes Prüfungsergebnis

Der **Verwendungsnachweis** wurde geprüft. 1090

Die Prüfung des **zahlenmäßigen Nachweises** führte zu **keinen wesentlichen Beanstandungen**. 1091

Es wird bestätigt, dass 1092

- die Bundesmittel ordnungsgemäß verwendet wurden,
- nach dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verfahren wurde,
- die Angaben mit den Belegen und Büchern übereinstimmen und
- das Reisekostenrecht Anwendung gefunden hat.

Der **Sachbericht** wurde durch die kommunale Prüfeinrichtung in Stichproben geprüft. Es 1093
ergaben sich **keine Beanstandungen**.

8. Zuwendungsprüfungen

In manchen Fällen sehen staatliche Zuwendungsbescheide eine Verpflichtung vor, wonach die örtliche Prüfungseinrichtung also das Rechnungsprüfungsamt die **ordnungsgemäße Verwendung des Zuschusses** zu prüfen und zu **bestätigen** hat. 1094

Diese Aufgabe ist unter den **sonstigen vorbehaltenen Prüfungen**, die dem Rechnungsprüfungsamt mit Gemeinderatsbeschluss übertragen wurden, zu sehen. 1095

Unabhängig davon ist der **Zuwendungsgeber** jederzeit berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Unterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung auch im Rahmen einer begleitenden und/oder abschließenden Erfolgskontrolle durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. 1096

Einige wesentliche und/oder bedeutsame, **durchgeführte Zuwendungsprüfungen** im Prüfungszeitraum werden nachfolgend kurz dargestellt. 1097

a) Integrationsbeauftragte

Der Verwendungsnachweis für eine **Zuwendung aus Mitteln des Landes** Baden-Württemberg gemäß der Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Integrationsbeauftragten wurde geprüft. 1098

Es handelt sich dabei um den **Schlussverwendungsnachweis** über den Bewilligungszeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2021. Dieser besteht aus einem **Sachbericht** für den nachgewiesenen Zeitraum sowie einen zahlenmäßigen Nachweis der **tatsächlichen Ausgaben** in Höhe von 70.221,21 €. 1099

Der Schlussverwendungsnachweis wurde **geprüft: Beanstandungen** haben sich **nicht ergeben**. 1100

b) eins plus b (Eltern im Netzwerk Sprache plus Bildung)

Durch das Projekt sollen Eltern aller Nationalitäten mit Kindern im Alter von 0 bis 10 Jahren angesprochen werden, um sie in den Bereichen Sprache und Bildung zu unterstützen. 1101

Diese **Prüfung** zeigt sich **aufwändiger** und **umfangreicher**, da zum einen die **Übereinstimmung** der Angaben mit den **Büchern und Belegen** sowie der Nachweis des **wirtschaftlichen und sparsamen Handelns** und auch die **Notwendigkeit der Ausgaben** zu belegen ist. Zum anderen sind die **Abrechnungsmodalitäten** sehr differenziert: Einerseits **Pauschalen**, mit Prüfung der Ausschöpfung, andererseits **Spitzabrechnungen**, mit konkreten Nachweisbelegen. 1102

Letztlich konnte im Schlussverwendungsnachweis für die Zuwendungen im Haushaltsjahr 2021 gegenüber dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konstatiert werden: **Beanstandungen** haben sich **nicht ergeben**. 1103

9. Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit und nachhaltige Beschaffung

Das Rechnungsprüfungsamt hatte zuletzt in seinem Schlussbericht über die örtliche Prüfung 1104 2014 über den Stand der Umsetzung des Beschlusses des Gemeinderats zum Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit und nachhaltiger Beschaffung bei der Stadtverwaltung, ihren Einrichtungen und den Eigenbetrieben berichtet.

Damals konnte zusammenfassend festgestellt werden: „dass der Prozess „Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit“, „fairer Handel“ und „nachhaltige Beschaffung“ den 1105 der Gemeinderat 2010 mit seinem Grundsatzbeschluss in Gang gesetzt hat, nach wie vor vorankommt. Wichtig ist dabei nicht die große Aktion, sondern es sind eher die kleinen Schritte, die zielführend sind.“

Seit damals hat sich einiges getan, nicht zuletzt haben sich die **Rahmenbedingungen** und die **Akzeptanz** des Themas deutlich **verbessert**. Im Folgenden soll auf ausgewählte Punkte eingegangen werden und nicht zuletzt wird das Thema weiterhin **regelmäßig** Gegenstand der **Prüfung und aktiver Beratung** durch das Rechnungsprüfungsamt sein. 1106

Die Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (**VwV Beschaffung**) vom 24. Juli 2018 wird den Kommunen **zur Anwendung empfohlen**. Die VwV Beschaffung ermöglicht es, bei Beschaffungen deutlich stärker als bisher **qualitative, innovative, soziale, umweltbezogene und wirtschaftliche Aspekte** in den Vordergrund zu rücken. Konkret heißt dies, dass bei Beschaffungen zum Beispiel umweltgerechte Aspekte wie die Beschaffung von Recyclingpapier, Biolebensmitteln, energieeffizienten und klimaschützenden Waren sowie lärm- und schadstoffarmen mobilen Maschinen und Geräten eine gewichtigere Rolle spielen. Außerdem werden soziale Aspekte wie die Förderung der sozialen Integration und der Gleichstellung, ILO-Kernarbeitsnormen und fair gehandelte Produkte berücksichtigt. 1107

In Ostfildern gelten die **Dienstanweisung für umweltfreundliche Beschaffungen** und die **Dienstanweisung zum Kauf fair gehandelter Waren** nach wie vor. 1108

Im Mai 2015 wurde der Stadt Ostfildern erstmals der Titel „**Fairtrade Town**“ verliehen. Dies 1109 setzt voraus, dass fünf Kriterien erfüllt sind:

- **Gemeinderatsbeschluss**
- Bildung einer **Steuerungsgruppe**
- Fairtrade **Produkte** im Sortiment bei vielen Einzelhändlern und Gastronomen (Der Einkaufsführer "Ostfildern kauft fair!", ist im März 2019 bereits in dritter erweiterter Auflage erschienen.)
- Engagement der **Zivilgesellschaft**, weitere öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Vereine und Kirchengemeinden sind eingebunden
- **Öffentlichkeit** u.a. wöchentliche Rubrik in der Stadtrundschau

Alle zwei Jahren wird seither **überprüft**, ob Ostfildern noch alle **Kriterien** für diesen Titel **erfüllt**. Da dies der Fall ist, darf sich die Stadt **weiterhin Fairtrade Town** nennen. 1110

Mit dem **Lieferketten(sorgfaltspflichten)gesetz** wird ab 01.01.2023 ein weiterer Schritt getan. 1111

10. Behördlicher Datenschutzbeauftragter

a) Grundlagen

Mit Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters vom 19. September 1989 wurde dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes die **Funktion des örtlichen Datenschutzbeauftragten** übertragen. 1112

Es handelt sich dabei insbesondere um folgende **Aufgaben**: 1113

- Beurteilung von Grundsatzfragen
- Koordination von Maßnahmen des Datenschutzes
- Information der städtischen Mitarbeiter
- Federführender Schriftverkehr mit dem/der Landesbeauftragte/n für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Baden-Württemberg
- Erteilung von allgemeinen und amtsübergreifenden Auskünften im Sinne von § 12 LDSG an Betroffene

Der Datenschutzbeauftragte hat **Kontrollbefugnisse**. Er kann jederzeit alle Bereiche der Stadtverwaltung daraufhin kontrollieren, ob die Belange des Datenschutzes und der Datensicherheit eingehalten werden. 1114

Die **Fachbereiche und Einrichtungen** haben den Datenschutzbeauftragten zu unterstützen und auf Verlangen Zutritt zu allen Räumen und Einsicht in sämtliche Unterlagen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in Dateien zu gewähren. 1115

Beanstandungen teilt der Datenschutzbeauftragte den betroffenen Fachbereichen und Einrichtungen mit. Werden Beanstandungen anerkannt, ist schriftlich darzulegen, wie sie ausgeräumt werden. Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten kann der Datenschutzbeauftragte beratend mitwirken. 1116

Werden Beanstandungen oder Empfehlungen nicht anerkannt, so ist dies schriftlich zu begründen. Der Datenschutzbeauftragte kann sich an die **Verwaltungsführung** wenden, mit der Bitte, die Aufklärung der Beanstandung zu veranlassen. 1117

Der Datenschutzbeauftragte hat kein Weisungsrecht. Die **Verantwortung der Fachbereiche und Einrichtungen für den Datenschutz** bleibt durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten unberührt, ebenso die Verantwortung für eine ständige Verbesserung des Datenschutzes im eigenen Bereich. 1118

Zur Aufgabe des Datenschutzbeauftragten gehört auch die Vorbereitung von **Stellungnahmen** der Stadt zu Anfragen des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI). 1119

Im Berichtszeitraum ergaben sich u. a. nachfolgende **konkrete Fragenstellungen** zum Datenschutz. 1120

b) Einrichtung von Home Office, Mobile Office

Im Prozess zur **Einrichtung von Telearbeitsplätzen** ist der Datenschutzbeauftragte fester Bestandteil. Voraussetzung für die Verrichtung von Telearbeit ist die **Zustimmung des Datenschutzbeauftragten**. 1121

Die gesetzlichen und verwaltungsinternen Regelungen für Datenschutz und Datensicherheit gelten auch an Telearbeitsplätzen. Alle Daten und Informationen sind vom Beschäftigten so zu schützen, dass **Dritte am häuslichen Arbeitsplatz weder Einsicht noch Zugriff** nehmen können. 1122

Insbesondere falls personenbezogene Daten in Telearbeit verarbeitet werden sollen, müssen die datenschutzrechtlichen Anforderungen im Einzelfall in Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten rechtzeitig ermittelt und vor Aufnahme der Tätigkeit in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. 1123

Daraus ergeben sich immer wieder **individuelle und spezielle Fragestellungen** je nach konkreter Tätigkeit des einzelnen Telearbeiters. 1124

Ganz allgemein sind **häufige Fehlerquellen**, dass

- nicht mit der **gebotenen Sorgfalt** gearbeitet wird. („Papierdokumente mit personenbezogenen Daten wandern ungeschreddert in den Papierkorb.“) 1125
- **neue Möglichkeiten** ausgenutzt werden. („Der Beschäftigte sitzt im Garten bzw. auf dem Balkon und telefoniert, und der Nachbar hört brisante Informationen mit.“) 1126
- ein **unsachgemäßer Transport** von Arbeitsmaterial erfolgt. Hier ist insbesondere auf **Diebstahl, Verlust oder Untergang auf dem Transportweg**, aber auch auf **unsichere Transportwege** („privates E-Mail-Postfach“) sowie die Gefahr der **Unvollständigkeit der Aktenführung** hinzuweisen. 1127

c) Fragen zur Datenverarbeitung rund um Corona

Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie sind **sehr vielfältige datenschutzrechtliche Fragestellungen** aufgetreten. Zum einen vor dem Hintergrund, dass es sich hierbei um eine bislang nicht gekannte Situation handelte und sich zum anderen auch die **rechtlichen Rahmenbedingungen** durch die entsprechenden Corona-Verordnungen **mehrfach geändert** haben. 1128

Ausgewählte Fragestellungen, die auch eine grundsätzliche Bedeutung für das Thema Datenschutz haben, waren beispielsweise der Umgang mit der **Bescheinigung zur Impfung** gegen das Coronavirus bei den Wahlhelfern. Wäre eine **interne Übermittlung von** weitergehenden **Daten** durch das Personalamt an das Wahlamt ohne weiteres möglich oder handelt es sich bereits um Datenverarbeitung und ist somit Zustimmung bzw. Belehrung notwendig. 1129

Hier zeigte sich in der Beratung, dass das Fachamt durch eine **gute organisatorische bzw. pragmatische Lösung** (Anschieben an die Wahlhelfer, wer eine Bescheinigung benötigt, muss sich rückmelden) die **rechtlichen Problematiken umgehen** kann. 1130

Auch die Frage der **Dauer der Datenspeicherung** stellte sich aus pandemie-bedingtem Anlass. 1131
So wurde die Speicherdauer der personenbezogenen Daten zur Terminvereinbarung im Bürgerservice vom Stadthaus im Nachgang nach dem Termin verlängert, um ggf. die Kontakte besser nachverfolgen zu können.

Nach Art. 17 Abs. 1 DS-GVO besteht das **Recht auf unverzügliche Löschung** („Recht auf Ver- 1132
gessenwerden“) der personenbezogenen Daten, sofern diese für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind. Dies wäre nach der Wahrnehmung des Termins der Fall.

Allerdings gilt dies nach Abs. 3 desselben Artikels nicht, wenn **Gründe des öffentlichen 1133
Interesses** im Bereich der **öffentlichen Gesundheit** vorliegen. Hierunter sind auch die besonderen **Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung** der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) zu sehen, wie bspw. die **Verarbeitung der Kontaktdaten**.

Das Stichwort **Kontaktnachverfolgung** zeigte sich auch bei einer Wettkampfveranstaltung mit 1134
Zuschauern im Außenbereich. Bei dem Einsatz einer **geeigneten Vorlage** wurde der **Datenschutzbeauftragte** um **Freigabe zur Benutzung** gebeten.

Wir verwiesen darauf, dass es wichtig ist, dass **keine fortlaufenden Listen geführt** werden, 1135
oder die einzelnen Blätter so gesammelt werden, dass der aktuell Abgebende die **Daten** seines Vorgängers **offen einsehen** kann.

Ergänzend sollte auch gleich der **Prozess der ordnungsgemäßen Löschung** nach 4 Wochen 1136
bedacht werden. Ferner sollte darauf geachtet werden, dass die jeweils **aktuellen rechtlichen Anforderungen** abgebildet werden.

d) Datenschutz bei Social Media

Zum Thema Datenschutz bei der Social Media Nutzung wurde die Pressestelle beraten. Hierbei 1137
konnte auch auf die seit Februar 2020 vorliegende Broschüre vom Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg verwiesen werden, welche die wesentlichen **Anforderungen** an die **behördliche Nutzung „Sozialer Netzwerke“** benennt.

e) Daten-Weiterleitung

Ein Thema, das auch öfters für Beratungsbedarf sorgt, ist die **Weiterleitung von Daten**. Sei es 1138
rein **intern** von den Personaldiensten an den Personalrat um Mitgliedschaften bei der Sozialen Gemeinschaftskasse (früher Freud- und Leidkasse, kurz FULK genannt) abzugleichen und aktualisieren zu können. Oder wenn vom Bürgerservice eine Auswertung aus der Einwohner-meldedatei für die Jugendbeteiligung angefordert wird.

Aber auch eine **externe Weitergabe** von Daten an Dritte, die als konfessionelle und sonstige 1139
Träger von Einrichtungen zur Kinderbetreuung fungieren, und auf die zentral bei der Verwaltung erfassten Daten zur Anmeldung und Vermittlung eines Betreuungsplatzes in einer Kindertageseinrichtung zugreifen und diese Daten exportieren möchten.

Stets gilt es die **einschlägige Rechtsgrundlage** gemäß Art. 6 DS-GVO Rechtmäßigkeit der Verarbeitung zu beachten. Darin finden sich die unterschiedlichsten Arten (Einwilligung, Vertragserfüllung, Erfüllung rechtlicher Pflichten, lebenswichtige Interessen, öffentliche Aufgaben oder auf Basis einer Interessensabwägung), die regeln, ob die **personenbezogenen Daten** verarbeitet werden dürfen. Diese Norm gilt als die wichtigste Norm innerhalb der DS-GVO, weil sie das sogenannte **Verbot mit Erlaubnisvorbehalt** enthält. D. h. mindestens einer der hier genannten Zulässigkeitstatbestände muss für die Verarbeitung der Daten anwendbar sein. 1140

f) Ausblick

Insgesamt lässt sich eine **Zunahme von datenschutzrechtlichen Fragen** im Vergleich zu den letzten Jahren verzeichnen, insbesondere auch durch die Einführung und Umsetzung der europäischen **Datenschutz-Grundverordnung** (EU-DSGVO) zum 25. Mai 2018. 1141

Aus der EU-DSGVO entstehen viele **neue Aufgaben**, wie bspw. das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten oder die Dokumentation der technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM) oder das Datenauskunftsrecht. Hinzu kommt die **Überarbeitung und Anpassung** vieler bislang schon verwendeter Formulare und Datenschutzinformationen, Einwilligungserklärungen, Benutzungsordnungen und Verträge zur Auftragsdatenverarbeitung. 1142

Dabei zeigt sich auch, dass die **Bürgerinnen und Bürger** für das Thema **Datenschutz sensibilisierter** sind und sich öfters **direkt an die Stadtverwaltung wenden**, wenn es um Fragen wie bspw. einer Adressweitergabe geht. 1143

VII. Einzelne Prüfungsfeststellungen – Allgemeine Verwaltung –

1. Prüfung des internen Kontrollsystems (IKS)

Nach § 10 der Gemeindeprüfungsordnung soll auch das Interne Kontrollsystem (IKS) **Gegenstand der Prüfung** sein. 1144

Das IKS stellt die **Gesamtheit aller Grundsätze, Methoden und Verfahren**, sowie angeordneten Vorgänge und Maßnahmen dar, die zur **Überwachung einer Organisation** eingesetzt werden, damit die **Sicherstellung** der 1145

- Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Prozessen,
- Verlässlichkeit der Daten des Finanz- und Rechnungswesens,
- Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns,

gewährleistet wird.

Wesentliche **Grundlagen** eines IKS sind die folgenden **Prinzipien**: 1146

- Prinzip der **Transparenz**: Es müssen Prozesse für Sollkonzepte etabliert sein, die es einem Außenstehenden ermöglichen, zu beurteilen, inwieweit Beteiligte konform zu diesem Sollkonzept arbeiten. Gleichzeitig wird dadurch die Erwartungshaltung der Organisationsleitung definiert. 1147
- Prinzip der **Zwei Personen / Vier Augen**: Eine einzelne Person darf nicht allein verantwortlich für einen Prozess sein. Vielmehr müssen fachlich dazu ausreichend geeignete Personen den Vorgang bearbeiten, um mögliche Abweichungen und Kontrollschwächen zu erkennen und auszuschalten. 1148
- Prinzip der **Funktionstrennung**: Es ist eine Trennung zwischen Auftragserfüllung (operative Verantwortung) und Auftragskontrolle (Soll-Ist-Vergleich) etabliert. 1149
- Prinzip der **Mindestinformation**: Für die Beschäftigten sind nur diejenigen sensiblen Daten verfügbar, die sie für ihre Arbeit brauchen (insbesondere durch technische und organisatorische Sicherungsmaßnahmen). 1150

Ein funktionierendes IKS reduziert das **Risiko von Fehlern** und dient der **Abwehr von Schäden**, die durch das eigene Personal oder böswillige Dritte verursacht werden können. 1151

Die **Prüfung des IKS** erfolgt in zwei Schritten. Im Rahmen der **Aufbauprüfung** des IKS ist zu beurteilen, ob das IKS **angemessen** ausgestaltet und aufgebaut ist. Bei der anschließenden **Funktionsprüfung** wird geprüft, inwieweit das System auch in der geplanten Form praktiziert wird und ob die Maßnahmen **wirksam** sind. 1152

Im Rahmen der Aufbauprüfung müssen die **eingerichteten Kontrollen identifiziert** werden und auf ihre **Angemessenheit und Wirksamkeit** geprüft werden. Dabei sind zunächst die **typischen Bereiche**, in denen eine IKS notwendig ist, zu identifizieren. Neben der **Finanz- und Anlagenbuchhaltung** gehören dazu bspw. auch die **Beschaffungsprozesse** (inkl. der Vergabe von Aufträgen). 1153

Danach sind innerhalb der Bereiche die **Prozesse zu beschreiben**, ehe die **Risiken** zu erkennen, 1154
zu bewerten und zu steuern sind. Hierzu werden **Kontroll-Matrizen** aufgestellt, die Antworten
auf alle wesentlichen Fragen liefern sollen.

Im Rahmen der Funktionsprüfung soll festgestellt werden, ob die **Regelungen** in der Praxis 1155
gelebt werden, die **Kontrollmaßnahmen** regelmäßig **durchgeführt und dokumentiert** werden,
kurzum ob die **Wirksamkeit** der Kontrollen **gegeben** ist.

Insoweit ist das IKS inhaltlich nichts Neues, sondern oftmals schon vorhanden. Neu ist jedoch 1156
die **dezidierte Darstellung** durch ein bewusstes Hinterfragen nach den Risiken und deren vor-
beugenden Behandlung. Dabei sollte eine zu intensive Beschäftigung mit sich selbst, ganz im
Sinne der Sicherstellung der Effektivität und Effizienz vermieden werden.

Das IKS wurde in der **diesjährigen Prüfung** bei ausgewählten Prüfungssegmenten wie bspw. 1157
Buchungsvorgängen bei der Anlagenbuchhaltung oder Finanzbuchhaltung sowie auch bei der
Personalprüfung bereits berücksichtigt.

Das Rechnungsprüfungsamt wird die **Thematik** in den nächsten Prüfungen sukzessive weiter 1158
auf- und ausbauen.

2. Personalprüfung

Bei der Personalprüfung geht es schwerpunktmäßig um die Auseinandersetzung mit **arbeitsrechtlichen, beamtenrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Themen**, die in der Personalarbeit anzutreffen sind. 1159

Die Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst umfassen im Wesentlichen zwei große Arten von Rechtsverhältnissen, zum einen öffentlich-rechtlicher Natur für **Beamtinnen und Beamte** sowie zum anderen privatrechtlicher Natur für **Tarifbeschäftigte**. 1160

Mithin sind die **Personalaufwendungen einer der größten Ausgabepositionen** des Haushalts. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem letzten Prüfungsbericht darauf hingewiesen, dass „finanzwirtschaftlich bedeutsame Verwaltungsvorgänge deutlich stärker als bisher in die örtliche Prüfung einzubeziehen (v. a. Personalwesen, ...)“ sind. 1161

a) Letzte Prüfung

Die **letzte Prüfung** des Personalwesens fand im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses **2020** statt. Der Bericht ging den Zentralen Diensten/Personaldiensten am **27.08.2025** über den Oberbürgermeister zu. 1162

Es **ergaben** sich insgesamt **33 Prüfungsbemerkungen** und **5 Prüfungsanregungen** in den Prüfungspunkten/-themen: 1163

- **Besitzstand Kind** im Beschäftigtenbereich
- **Familienzuschlag** bei den Beamten
- **Einmalzahlungen über 100 Euro** ((Urlaubs)-Kontingentabgeltung, Abfindungen und Einmalzahlung besonderer Anlass bzw. Entstehungsprinzip und Gesundheitsprävention)



Eine **Stellungnahme** wurde vom Oberbürgermeister angefordert und auf Antrag des Fachamts eine Fristverlängerung bis zum 31.05.2026 gewährt. Demzufolge liegt dem Rechnungsprüfungsamt **bis zur Fertigstellung** des Prüfungsberichts **2021 noch nichts vor**. Die **Prüfungsbemerkungen** aus dem Prüfungsjahr **2020** sind **unerledigt**. 1164

b) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang

Im Prüfungsjahr **2021** wurde bei der Prüfung des Personalwesens der **Schwerpunkt** auf das Prüfungsthema „**Langzeitkonto**“ in der Gruppe der **Beschäftigten** gelegt. 1165

Es wurde geprüft, ob die **Dokumentation** über das Einrichten eines Langzeitkontos sowie die Anträge über Entnahmen bzw. Zugänge in der Personalakte **vorhanden** sind und die **Vorgaben** der **Dienstvereinbarung** über die Flexibilisierung der Arbeitszeit (Punkt 5: Langzeitkonto) **eingehalten** wurden. 1166

Des Weiteren wurden die von den Personaldiensten gelieferten (Stunden)-**Werte** der Excel-Tabelle mit den ermittelten Daten nach Aktenlage **verglichen**. 1167

Nachdem einige augenscheinliche **Differenzen** aufgetreten sind, wurde die **ursprünglich** geplante **Stichprobenprüfung** anhand vorher festgelegter Kriterien, auf den **gesamten Personenkreis ausgeweitet**. 1168

Um das **Sichten** der oft über mehrere hundertseitigen Personalakten **effektiv** zu gestalten sowie die **Vorteile** der **Digitalisierung** zu nutzen, wurden die elektronischen Personalakten der **71 Beschäftigten** mit dem **Begriff „Langzeit“ durchsucht** und die ersichtlichen **Daten und Werte** in eine **Bemerkungsspalte** in die bestehende Exceltabelle der Personaldienste **übertragen**. 1169

Ergaben sich **Unstimmigkeiten** zwischen Aktenlage und der von den Personaldiensten gelieferten Excel-Tabelle wurde auch die **gesamte Personalakte** gesichtet. 1170

c) Rechtliche Grundlagen

(1) Städtische Dienstvereinbarung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit

Hinweis: zum 01.04.2026 wurde die o. g. Dienstvereinbarung **außer Kraft** gesetzt und durch eine **neue Dienstvereinbarung „Arbeitszeit“** ersetzt. In dieser ist das Einrichten eines **Langzeitkontos nicht mehr vorgesehen**. Weiter gibt es eine Regelung für das letztmalige Übertragen von Stunden bis zum 30.06.2026. 1171

Für das **Prüfungsjahr 2021** war aber dennoch die unten aufgeführte **Dienstvereinbarung gültig** und wird deshalb erklärt: 1172

In der städtischen **Dienstvereinbarung** über die **Flexibilisierung der Arbeitszeit vom 01.05.2007** ist unter **Punkt 5** das **Langzeitkonto** geregelt. Sie gilt für **alle Mitarbeitenden** der Stadtverwaltung. 1173

Durch **individuelle Vereinbarung** zwischen Fachbereichsleiter/Verwaltungsführung und Mitarbeiter kann das normale **Zeitkonto** (Abweichungen zwischen Soll- und tatsächlicher Arbeitszeit) als **Langzeitkonto** weitergeführt werden. Diese Vereinbarung kann im städtischen Intranet abgerufen werden. Der **Antrag** kann **erst** gestellt werden, wenn der Mitarbeitende eine **Beschäftigungszeit von mindestens 6 Monaten erfüllt** hat. 1174

In das **Langzeitkonto** können auf **Antrag** des Mitarbeitenden **Zeitguthaben** aus dem Zeitkonto und Überstunden **eingestellt** werden. Das **Volumen** ist je Mitarbeitenden und Kalenderjahr auf **150 Stunden** begrenzt. 1175

Entnahmen von Zeitguthaben aus dem Langzeitkonto in Form der bezahlten Freistellung von der Arbeitsleistung können unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedürfnisse aus folgenden **Gründen** vereinbart werden: 1176

- Vorzeitiger Übergang in den Ruhestand
- Persönliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- zu anderen Zwecken

Die **Entnahme** aus dem **Zeitkonto** kann nur in Höhe des jeweiligen Guthabens erfolgen. Im Falle persönlicher **Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen** kann mit dem Mitarbeitenden vereinbart werden, dass der **Saldo** aus dem **Langzeitkonto** für eine **bestimmte Dauer** bis zu **minus 300 Stunden unterschritten** werden darf. Gleichzeitig ist **festzulegen**, bis wann das **Langzeitkonto** wieder **auszugleichen** ist. 1177

Der **Entnahmezeitpunkt** und die **Dauer** werden zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten **vereinbart** und über die Zentralen Dienste **dokumentiert**. Die **Ankündigungsfrist** muss der Entnahmedauer entsprechen. Sie beträgt **mindestens zwei Wochen, höchstens sechs Monate**. 1178



Wir möchten darauf **hinweisen**, dass die Dienstanweisung **formale Fehler** in der Struktur **enthält bzw. enthielt**. 1179

So ist z. B. 1180

- in Punkt 5. Langzeitkonto im Abs. 5 der Hinweis auf die „Fehlzeiten nach Nr. 8 Abs. 3“ aufgeführt. Die laufende Nr. 8 „Regelungen der Zeiterfassung“ hat allerdings nur 2 Absätze. Der Hinweis sollte wahrscheinlich auf „Nr. 7 (Abwesenheitszeiten), Abs. 3“ lauten.
- im selben Absatz ist in Nr. 5 Abs. 5 erläutert „scheidet ein Mitarbeiter aus, gilt Nr. 5 Abs. 5 entsprechend“. Hier wird also in einem Absatz auf denselben Absatz verwiesen. Der Hinweis sollte wahrscheinlich auf „Nr. 4 (Zeitkonto) Abs. 5“ lauten
- in Punkt 7. Abwesenheitszeiten wird in allen 3 Absätzen auf den Punkt „Zeitkonto Nr. 5“ verwiesen. Der Punkt 5 trägt die Überschrift „Langzeitkonto“, die Regelungen für das Zeitkonto befinden sich in „Punkt 4“.
- in Punkt 4, Abs. 2, Buchstabe a) wird ebenfalls auf „Nr. 5 Abs. 3“ verwiesen.



Weiter fiel uns im **Oktober 2024** der Eintrag „Frist Langzeitkonto“ im internen städtischen **„Newsroom“** sowie auch im **„Rathaus Intern“** auf, indem darauf hingewiesen wurde, dass die Anträge für eine **Übertragung** von Stunden **aus dem Vorjahr bis zum 31.01. des Folgejahres** beantragt werden können. In der **Dienstvereinbarung** findet sich **kein Hinweis** zu dieser **terminlichen Regelung**. Auch der in einzelnen Personalakten ersichtliche interne Schriftverkehr der Personaldienste, dass z. B. nur **„volle Stunden“** übertragen werden, ist in der o. g. Dienstvereinbarung **nicht** erwähnt. 1181

(2) TVöD

Im **Prüfungszeitraum** war folgende **Regelung** im **TVöD** für das Einrichten von Langzeitkonten **gültig**: 1182

Nach **§ 10** (Arbeitszeitkonto) Absatz 1 **TVöD** kann ein **Arbeitszeitkonto** durch **Betriebs-/Dienstvereinbarung** eingerichtet werden. Bei **Einrichtung** eines **Langzeitkontos** nach Abs. 6 ist der Betriebs-/Personalrat zu **beteiligen**. 1183

Es gibt im TVöD **drei** Grundtypen von **Arbeitszeitkonten**: 1184

- das Jahresausgleichskonto auf Basis des § 6 Abs. 2 TVöD. Darunter fallen alle Kurzzeitkonten wie das Gleitzeitkonto,

- das Mittelfristkonto nach § 10 Abs. 1 bis 5 und
- das **Langzeitkonto** nach **§ 10 Abs. 6 TVöD**.

Der Kommentar von Breier/Dassau (rehm Verlag) führt aus: (Bei) **Langzeitkonten**

1185

- werden Zeitguthaben angespart, um eine spätere längerfristige Freistellung von der Arbeitsleistung zu ermöglichen. Das kann der vorzeitige Ruhestand sein oder z.B. auch ein zeitweiliger Ausstieg aus dem Berufsleben (Sabbatjahr).
- werden einzelvertraglich zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten vereinbart. Ein Anspruch der/des Beschäftigten auf Einrichtung eines Langzeitkontos besteht grundsätzlich ebenso wenig wie ein solcher auf Arbeitgeberseite.
- ermöglicht das Ansparen von Zeitguthaben, um eine spätere langfristige Freistellung von der Arbeitsleistung zu ermöglichen, wie z.B. das Sabbatjahr oder einen vorzeitigen Ruhestand.

Langzeitkonto nach § 7 d SGB IV (Führen und Verwalten von Wertguthaben) sieht vor, dass die Wertguthaben als Entgeltkonten zu führen sind. Langzeitkonten können jedoch aufgrund der bereits bestehenden tarifvertraglichen Regelung zum Zeitpunkt der Änderung des SGB mit einer Übergangsregelung auch als Zeitguthabenkonto geführt werden. 1186

Arbeitgeber und Beschäftigte/r sind bei der inhaltlichen Ausgestaltung einer Vereinbarung über die Einrichtung eines Langzeitkontos grundsätzlich frei. Folgender Regelungsinhalt **sollte** aufgenommen werden: 1187

- Zu welchem Zweck wird das Arbeitszeitkonto angelegt?
- Auf welchen Zeitraum sollte das Arbeitszeitkonto angelegt werden?
- Welche Arbeitszeitbestandteile oder welche Entgeltsbestandteile werden auf dem Langzeitkonto gutgeschrieben?
- Wie wird das angesammelte Guthaben angelegt, ggf. wie?
- Wem kommt die Rendite des Guthabens zugute?
- Informationspflichten des Arbeitgebers über das Wertguthaben

Die Einführung von Langzeitkonten (oft auch Lebensarbeitszeitkonten genannt) im TVöD war rechtlich demzufolge **bereits** ab dem Jahr **2005 möglich**. Allerdings war dies vor allem eine Frage individueller Absprachen (**einzelvertraglich**), während die **kollektiven Regelungen** erst später deutlich ausgebaut wurden. 1188

Nach einem in § 10 TVöD **neu** eingefügten **Abs. 7** (§ 10 Abs. 7 TVöD) kann mit **Wirkung** ab dem 01.07. **2025** die **Einrichtung** von Langzeitkonten nunmehr **auch auf betrieblicher Ebene vereinbart** werden. Das Langzeitkonto (Wertguthabenkonto) kann gemäß § 7c SGB IV genutzt werden. 1189



Nachdem **2025** die **rechtlichen Voraussetzungen** für die Einrichtung von **Langzeitkonten** auf **betrieblicher Ebene** im Tarifvertrag **geschaffen** wurden, stellt sich die **Frage**, warum die **Stadtverwaltung** die bereits seit dem Jahr 2007 **bestehende Regelung** nach Dienstvereinbarung **abschafft** bzw. auslaufen lässt. 1190

d) Betrachtung des Jahres 2021

(1) Anfangsbestand

Zum 01.01.2021 waren bei **71 Beschäftigten** insgesamt **28.117,82 Langzeitstunden** verzeichnet. Der **höchste** Stand an **Langzeitstunden** betrug **2.250 Stunden**, der **niedrigste** Stand betrug **30 Stunden**. 1191

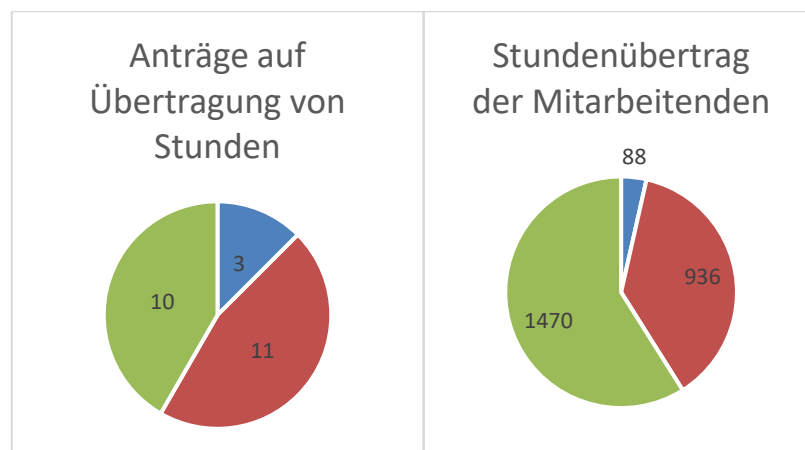
Die **Anträge** der 71 Beschäftigten, die im **Prüfungsjahr** ein **Langzeitkonto** führten, wurden **regelmäßig** ab dem Jahr 2005 **gestellt**. 1192

(2) Zugänge

Im Jahr 2021 wurden insgesamt **2.494 Stunden** von **24 Mitarbeitenden** vom Gleitzeitkonto auf das **Langzeitkonto** umgebucht (**Zugang**). 1193

Diese **verteilen** sich folgendermaßen: 1194

	Bis zu 50 Stunden	51 bis 100 Stunden	101 bis 150 Stunden
Mitarbeitende	3	11	10
Stunden	88	936	1470



(3) Abgänge

Die **Abgänge** beziffern sich auf - **2.171,35 Stunden** und wurden von **7 Mitarbeitenden** wegen **Renteneintritt** bzw. **Ausscheidens** in **Anspruch** genommen und somit auch das jeweilige Langzeitkonto vollständig entleert (Stand 0). Die höchste **Entnahme** betrug 400 Stunden, die kleinste Entnahme **80 Stunden**. 1195

(4) Endstand

Somit betrug der Stand der **Langzeitkonten** am **31.12.2021** insgesamt **28.440,47 Stunden**, was einem **Mittelwert** von 400 Stunden/Fall entspricht. 1196

Die **Verteilung** (Stunden/Fälle):

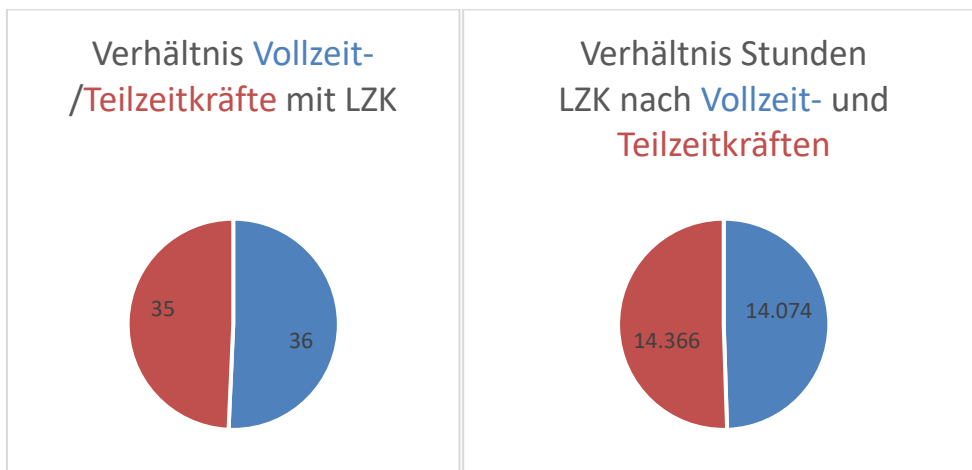
1197



	0	51	101	151	301	501	1001	
	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	über
Stunden	50	100	150	300	500	1000	1500	1500
Anzahl	10	19	6	12	7	8	5	4

(5) Teilzeit/Vollzeit

Den **Beschäftigungsumfang** der **71 Mitarbeitenden** mit Langzeitkonto konnte man fast je zur **Hälfte** in **Vollzeit-** (36 Mitarbeitende) und **Teilzeitbeschäftigung** (35 Beschäftigte) einteilen. Auch die Summe der **übertragenen Stunden** war fast je **hälftig**. Der niedrigste **Beschäftigungsumfang** bei den 35 Teilzeitbeschäftigten betrug 15,38 %, der höchste 96,15 %.



Und auch bei der **Gesamtstadt** ist das **Verhältnis** Vollzeit- (428) zu Teilzeitkräften (403) **fast ausgeglichen** (Quelle Personalbericht 2021 ohne GSV):

Es ist ersichtlich, dass **Teilzeitkräfte** im Verhältnis **deutlich mehr Stunden** in Langzeitkonten **erwirtschaften** als Vollzeitkräfte.

e) Prüfungsbemerkungen

Differenzen

In **17 Fällen** haben wir **Differenzen** zwischen den von uns aus der **Akte** ermittelten **Werten** und den Werten in der **Excel-Tabelle** der Personaldienste festgestellt. 1201

Wir haben die Personaldienste **bereits** im Prüfungsverlauf gebeten, den **Verlauf/die Historie von 2 Fällen nachzuvollziehen**. Wir haben dann eine **Historie** zu den angeforderten Langzeitkonten erhalten und nochmals mit den Daten der **Personalakten** verglichen. 1202

In beiden Fällen stellten wir fest, dass die **Dokumentation** in der Personalakte **nicht vollumfänglich** die Arbeitsschritte der Personalverwaltung darstellt. Auch die **Zuordnung** der Stunden in einzelne **Haushaltsjahre** (und in die jährliche Excel-Liste) war nicht eindeutig erkennbar. 1203



Die augenscheinlichen **Stunden-Differenzen** zwischen den **dokumentierten** Stunden in der **Personalakte** und dem **Stand** in der **Excel-Tabelle** in den **15 Fällen** betrug zwischen **230 Stunden Mehrstunden** und **158 Stunden Wenigerstunden**. Es haben sich ebenfalls viele **Detailfragen** durch die unterschiedliche **Aktenführung** ergeben. Wir haben den Personaldiensten zur **Aufarbeitung** unsere Dokumentation **überlassen**. Wir bitten, den **Verlauf zu klären** und das **Ergebnis** mitzuteilen. 1204

Im Gesamten betrachtet, waren die **Anträge** für die **Einrichtung** eines LZK sowie die **Übernahme/Entnahme** von Stunden aus dem LZK **generell vorhanden**. 1205



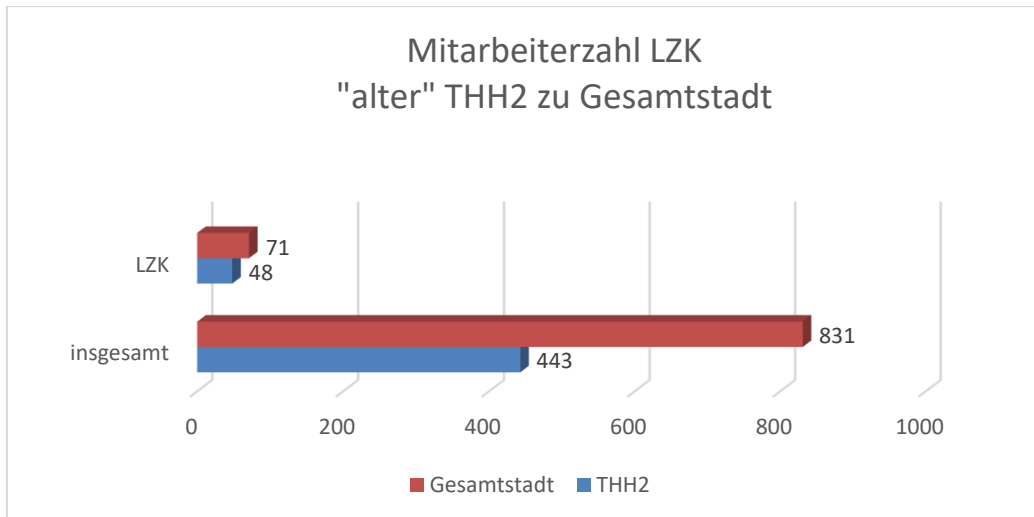
Die **Frist**, dass für Mitarbeitende erst **6 Monate nach Eintritt** ein Langzeitkonto **eingerrichtet** werden kann, wurde in **einem Fall nicht beachtet**. Die Mitarbeitende ist zum 01.10.2018 **eingetreten**. Der **Antrag** auf Einrichten eines Langzeitkontos wurde bereits am 31.01.2019 **gestellt** und 60 Stunden **übertragen**. 1206

Bei **11** der angeforderten **Personalakten** war das Register „**Altakte**“ **leer**. Die **Anträge** auf Übertragung bzw. Entnahme von Stunden konnten deshalb **nicht nachvollzogen** werden. Auf **Nachfrage** bei den Personaldiensten wurde **erläutert**, dass diese Mitarbeitenden vor dem Verscanen der Personalakten (Sommer 2024) bereits ausgeschieden waren. Auf das Herausuchen und Bereitstellung aus der Registratur haben wir **verzichtet**. Somit wurde auch nicht geprüft, ob die Ankündigungsfrist für eine Entnahme nach der Dienstvereinbarung eingehalten wurde. 1207

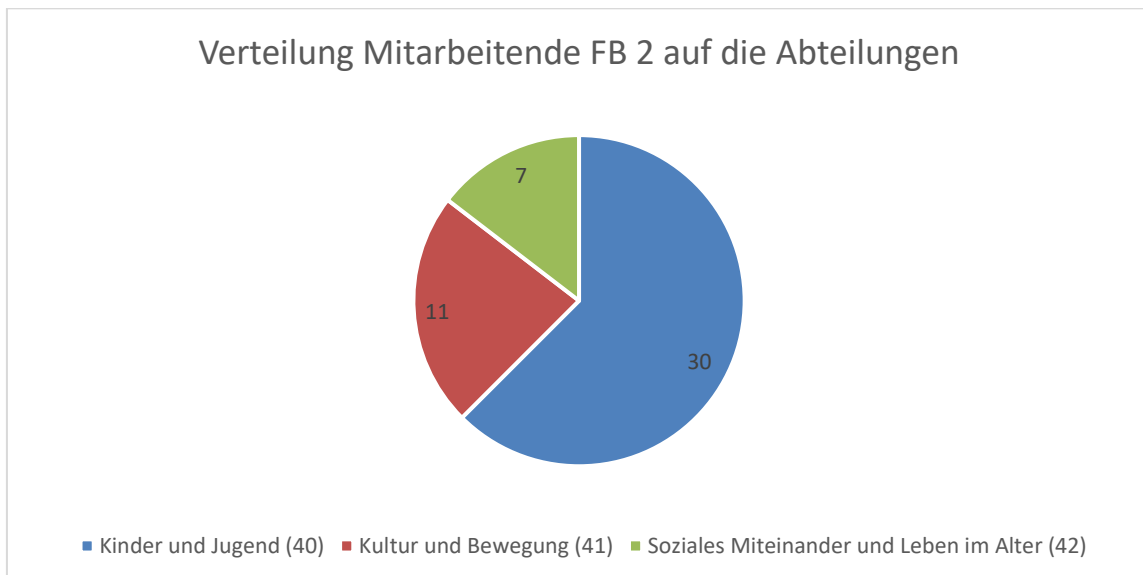
Struktur

Insgesamt ist **ersichtlich**, dass **9 %** (71 Mitarbeitende) **aller 831 Mitarbeitenden** der Stadtverwaltung ein **Langzeitkonto** eingerichtet haben. 1208

Dabei fällt auf, dass **Mitarbeitende im THH2 (FB 2)** **überproportional** Langzeitkonten **angelegt** haben. Der Fachbereich stellte im Jahr 2021 **53 % der Stellen** und **68 % der Langzeitkonten**. 1209



Die **48 Langzeitkonteninhaber** (ohne Beamte) des FB 2 sind wie folgt auf die **Abteilungen** verteilt: 1210



Regelmäßige Übertragung von 100 und mehr Stunden auf das LZK

Ebenfalls haben wir einen Blick auf die Langzeitkonteninhaber (Beamte und Beschäftigte) geworfen, die regelmäßig (Definition „regelmäßig“: Übertrag 2 Jahre hintereinander und/oder seit Einrichtung des LZK die Hälfte der Übertragungen) die **Obergrenze von 150 Stunden** pro Jahr übertragen haben. 1211

LZK mit regelmäßiger Übernahme 150 Stunden	12	davon im FB 2	7
davon Teilzeitkräfte	7	davon im FB 2	5

Auch die regelmäßige Übernahme von **100 und mehr Stunden** haben wir ausgewertet: 1212

LZK mit regelmäßiger Übernahme 100 und mehr Stunden	30	davon im FB2	17
davon Teilzeitkräfte	12	davon im FB2	10

Es ist ersichtlich, dass unter den **Teilzeitkräften**, die **regelmäßig 100 und mehr Stunden** pro Jahr in das LZK übertragen, **rund 83 %** davon ebenfalls im **FB 2** angesiedelt sind. 1213



Wir halten die **generelle Regelung**, dass **Teilzeitkräfte** ebenfalls wie die Vollzeitkräfte, bis zu **150 Stunden im Jahr** auf ein LZK übertragen können, für **kritisch**, da manche **Teilzeitkräfte** (vor allem in den **Sekretariaten der Schulen**) demzufolge **rein rechnerisch fast Vollzeit** arbeiten, um diese Stunden im Langzeitkonto verbuchen zu können. Aus **Arbeitgebersicht** muss die **Frage** gestellt werden, ob diese **Stellenanteile** überhaupt **auskömmlich** sind. Der Mitarbeitende wird zwar in **Teilzeit angestellt**, das **Arbeitsvolumen** ist aber wohl in diesem **Zeitraumen nicht zu bewältigen**. 1214

Anteile Führungskraft und Sachbearbeitung

Eine interessante Fragestellung ergibt sich aus der Frage, wie sich die beantragten LZK auf die **Hierarchie-Ebenen** verteilen, sprich plakativ „Haben nur Führungskräfte ein LZK?“ 1215

Beispielhaft wird auch hier der **FB 2** mit den Bereichen 1216

- Kinder und Jugend (Abteilung 40 mit 12 Kindergärten und 6 Schulen)
- Kultur und Bewegung (Abteilung 41 mit 4 Einrichtungen)
- Soziales Miteinander und Leben im Alter (Abteilung 42 mit 4 Einrichtungen)

näher **betrachtet**.

In den o. g. Bereichen waren im Jahr 2021 insgesamt **50 (48 Beschäftigte und 2 Beamte) Langzeitkonten** vorhanden und verteilten sich wie folgt auf die Abteilungen: 1217

Abteilung	Leitungsfunktion	Stunden LZK	Mitarbeitende	Stunden LZK
40	15	10.272,00	18	8.980,50
41	6	1.148,00	5	1.293,47
42	6	1.265,85	0	0

Es handelte sich um **27 Leitungskräfte** (Fachbereich-, Abteilungs- bzw. Einrichtungsleitung) und **23 Mitarbeitende**. Im Bereich 42 ist die Leitungsspanne relativ klein, es gibt außer der Führungskraft oft keine Mitarbeitenden. 1218

Zudem ist **erkennbar**, dass in vielen städtischen **Sekretariaten der allgemeinbildenden Schulen** sowie bei den **kulturellen Einrichtungen** wie der Musik-, Volkshochschule und der Stadtbücherei **Langzeitkonten** geführt werden. 1219



Auffällig ist, dass in diesen Bereichen oftmals „nur“ eine **Teilzeitstelle** zur Verfügung steht. Es stellt sich für uns die **Frage**, ob damit bereits die „Überstunden“ bzw. die Schulferienwochen **einkalkuliert** werden. 1220

Bemerkungen zur Dokumentation in der Personalakte

Generell ist festzustellen, dass die **Dokumentation** über das **Einrichten** eines Langzeitkontos und auch die **Anträge** auf Übernahme von Stunden in das Langzeitkonto je nach Sachbearbeitungen und Jahren **unterschiedlich** gehandhabt wurden. 1221

So ist in manchen Fällen ein **Auszug aus AIDA** abgelegt, der den **Stand** des **Gleit-** und des **Langzeitkontos** vor und nach der **Verbuchung/Übertragung** der Stunden zeigt. In einigen Fällen ist auf der Vereinbarung zur Dienstanweisung ein **handschriftlicher** Vermerk des **alten** und des **neuen** Stunden-Standes zu sehen. 1222

Des Weiteren konnten wir **nicht erkennen**, ob die **Zustimmungserklärungen** des **Personalrats** eventuell **erst** ab dem Jahr 2017 eingeholt wurden oder in den Jahren davor zwar eingeholt und „nur“ nicht in der Personalakte abgelegt wurde. Generell **hinterfragen** wir die Zustimmungspflicht des Personalrats, da dieser bereits die Dienstvereinbarung **mitgetragen** hat. In zwei Fällen ist uns aufgefallen, dass in der **Zustimmungserklärung** ein **anderes Jahr** genannt wurde, als im **Antrag eingetragen** wurde. 1223

Der Antrag auf Übernahme von Stunden in das LZK aber auch die Einrichtung eines LZK sind in den Jahren 2005 und 2006 für verschiedene Mitarbeitende vom Leiter einer Organisationseinheit per Mail gestellt und von den Personaldiensten bearbeitet worden. Warum hier der Leiter agiert und nicht die betroffene Person sowie das vorhandene Antragsformular nicht benutzt wurde und die Anträge dennoch bearbeitet bzw. umgesetzt wurden, kann im Nachhinein nicht mehr beurteilt bzw. nachvollzogen werden. 1224



Wir halten eine geeignete **Dokumentation** über die **Veränderungen** im Langzeit- bzw. Gleitzeitkonto mit **Datumsangabe** in der **Personalakte** sowie den aktuellen **Stundenstand** mit **Datumsangabe** für **zweckdienlich und erforderlich**. 1225

In einer Personalakte fanden wir aktuell einen **elektronisch** angebrachten Vermerk mit roter Umrahmung auf dem Antrag zur Übernahme von Stunden auf das LZK für das Jahr 2025: (Liste gepflegt, in AIDA erfasst, neue Stundenzahl: 203, Datum Unterschrift Sachbearbeiter). 1226

Bemerkungen zur Exceltabelle der Personaldienste

Zur **Dokumentation** der **Langzeitkonten** mit den **Zu- und Abgängen** wird von den **Personaldiensten** eine **Excel-Datei** geführt. 1227

Im Zuge der **Prüfung** der Belege für die **Verbuchung** der **Rückstellungen** der **Langzeitkonten** stellten wir fest, dass die **uns zur Prüfung vorgelegte** Datei **nicht in vollem Umfang der Datei** der Personaldienste, die von den Finanzdiensten zur Verbuchung der Rückstellungen verwendet wird, **entspricht**, sondern einen **gekürzten Auszug** darstellt. 1228

So **fehlten** für die Prüfung die **5 Langzeitkonten der Mitarbeitenden der Stadtwerke**, da diese in der Originaltabelle zwar **extra gelistet** sind, aber in der uns übermittelten **Prüfungstabelle** von den Personaldiensten **wohl entfernt** wurden. Diese waren für die Prüfung deshalb **nicht ersichtlich** und konnten auch **nicht einbezogen** werden. 1229

Es handelte sich hierbei um: 1230

300 Stunden Abgang	1 Mitarbeitender
450 Stunden Zugang	3 Mitarbeitende

Zum 01.01.2021 betrug der Stand der 5 Langzeitkonteninhaber der Stadtwerke demnach 2.600 1231
Stunden, zum Jahresende 2.750 Stunden. Dies entspricht einem Gesamtrückstellungswert in
Höhe von 128.650,50 Euro (Zuwachs in Höhe von 3.454,50 Euro).



Als **prüfungsrelevant** wurden „die Daten aus den eingerichteten Langzeitkonten der **Beschäftigten** und **Beamten** der **Stadt**“ von uns **definiert** und bei den Personaldiensten **angefordert**. 1232
Der **Eigenbetrieb** Stadtwerke Ostfildern hat zwar einen eigenen zu bewirtschaftenden Haushalt, die **Mitarbeitenden** sind jedoch der **Gruppe** der **Beschäftigten** der **Stadt Ostfildern zuzuordnen**. Dies ist für die **Zukunft** bei der **Anforderung** von **Unterlagen/Personenkreisen** zu beachten.

Ebenso waren auch die Daten der Langzeitkonten für den Gymnasialen Schulverband nur in 1233
der Tabelle für die Verbuchung der Rückstellungen vorhanden. Der GSV ist rechtlich selbstständig. Deshalb waren diese Daten für die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt nicht von Bedeutung.



Generell **hinterfragen** wir die **Führung** der erforderlichen **Daten** für Langzeitkonten in einer 1234
reinen (überschreibbaren) **Excel-Tabelle**. Eventuelle **Eintragungsfehler** und/oder Formelveränderungen durch **Übertippen** können im Nachhinein **nicht mehr nachvollzogen** bzw. korrigiert werden.



Das Führen und Befüllen der Felder mit Text (z. B. Nennung des Datums/Grund/Formulierung) 1235
wurde im Prüfungsjahr **unterschiedlich** gehandhabt. Wir **regen** hier eine **einheitliche Vorgehensweise** für denselben Prozess **an**. Uns wurde aber bereits auf Nachfrage von den Personaldiensten **erläutert**, dass „früher“ (also für das **Prüfungsjahr**) **alle** Sachbearbeitenden die Liste **geführt** haben, „aktuell“ (also 2026) aber nur noch **eine Zuständige** die Liste führt. Demzufolge sollte dies zu einer einheitlichen und klaren Darstellung führen.



Auch erfolgte die **Erfassung** der **übertragenen** Stunden nicht immer in der Tabelle für das **Antragsjahr**. 1236
Als Beispiel sei ein Fall genannt, bei der lt. Aktenlage 97 Stunden für das Jahr **2021** eingetragen waren mit dem **Vermerk** „Stunden aus **2020**“. Weiter wurde nach **Aktenlage** 120 Stunden für das Jahr **2021** beantragt, dieser Wert ist aber erst in der **Tabelle 2022** mit dem **Vermerk** „Stunden für 2021=120,00 Std./ und 31.12.2022 Stunden für 2022=150 Std“ eingetragen.

Da die Excel-Tabelle Grundlage für die **Verbuchung** der **Rückstellungen** ist, bitten wir die Personaldienste um **Klärung**, ob diese Vorgehensweise (Jahresüberschreitungen) für die Ausweisung und **Verbuchung** der **Rückstellungen korrekt** ist. 1237



Sollte der **Grund** z. B. eine verspätete Antragsstellung sein (Haushaltsjahr geschlossen) oder 1238
ein Versäumnis der rechtzeitigen Bearbeitung/Verbuchung seitens der Personaldienste sein, muss eine **ausreichende Dokumentation** vorliegen. Die Stunden für die Rückstellungen gehen so gesehen zwar nicht „verloren“, werden aber einem **anderen Haushaltsjahr zugeordnet**, als sie entstanden sind. Im Einzelfall erweckt dies auch den Anschein, dass dem o.g. Mitarbeitenden 270 Stunden in einem Jahr übertragen wurden, was gegen die Dienstvereinbarung (Obergrenze 150 Stunden) verstoßen würde.

f) Personalberichte

In den **Personalberichten** 2019 bis 2021 und 2022/2023 (Gremiumsvorlagen) wird unter anderem auch über die **Stände** der Langzeitkonten (Beschäftigte und Beamte) **berichtet**: 1239

	2019	2020	2021	2022	2023
Langzeitkonten ohne GSV und SWO	89	88	88 (87) *)	90	92
Stunden	31.491,32	32.677,82	34.158,57	35.977	32.509
Rückstellungen in €	1.446.345,21	1.496.532,52	1.548.862,48	1.679.036	1.498.081

*) Anmerkung von 14: im Erläuterungstext wird im Jahr 2021 von 88 Langzeitkonten berichtet, in der aufgeführten Tabelle sind jedoch „nur“ 87 Langzeitkonten aufgelistet. Der Wert von 87 wird in der Tabelle im Folgebericht weitergeführt.

Hinweis: Wir gehen davon aus, dass im Bericht 2022/2023 die Stunden sowie die Rückstellungen gerundet wurden.



Beim angedachten Vergleich der Daten aus den **Personalberichten** mit den Daten der uns zur Verfügung gestellten **Excel-Tabelle** und der **Bilanz** haben wir **Differenzen** festgestellt. 1240

Excel Tabelle:

	Wert Bericht	Wert Excel	Differenz
Langzeitkonten 2021	88/87 *)	86	2 / 1
Langzeitkonten 2022	90	90	0

*) 14: im Erläuterungstext des Personalberichts wird im Jahr 2021 von 88 Langzeitkonten berichtet, in der Tabelle sind jedoch „nur“ 87 Langzeitkonten aufgelistet. Der Wert von 87 wird in der Tabelle im Folgebericht weitergeführt.

	Wert Bericht	Wert Excel	Differenz
Stunden 2021	34.158,57 Std.	33.330,47 Std	-828,10 Std.
Stunden 2022	35.977 Std.	35.976,69 Std	Gerundet 0

Hinweis 14: Wir gehen davon aus, dass im Bericht 2022/2023 die Stunden sowie die Rückstellungen gerundet wurden.

Für unsere **Vermutung**, dass eventuell Mitarbeitende der **Stadtwerke** oder des Gymnasialen Schulverbands Ostfildern in der uns zur Verfügung stehenden Excel-Tabelle **nicht aufgeführt** waren (z.B. SWO Mitarbeiter anteilig beschäftigt bei SWO und STADT) und für den **Personalbericht** herausgerechnet wurden, verweisen wir auf die Erläuterungen im Punkt „d) Bemerkungen zur **Exceltabelle** der Personaldienste“. **Unklar** bleibt, ob im Folgejahr, in dem der Wert übereinstimmt, eine Herausrechnung dann nicht mehr stattgefunden hat, bzw. ob die herausgerechneten Personalfälle sich „aufgelöst“ haben. 1241



Da die Excel-Tabelle der Personaldienste offensichtlich **für die jährlich zu buchenden Rückstellungen als Grundlage dient**, **hinterfragen** wir die **korrekten Werte** und bitten um **Aufklärung**. Auch zu der **Frage**, in welcher Art und Weise die **Rückstellungen** für die Mitarbeitenden der **Stadtwerke verbucht** und **ausgewiesen** werden. 1242

g) Berechnungen der Rückstellungen in Euro

Wir haben weiter die gebuchten **Belege** für die **Rückstellungen** der **Langzeitkonten** in der **Bilanz** angeschaut und die Werte verglichen: 1243

	Wert Bericht	Wert Bilanz	Wert Beleg(e)
Rückstellungen 2021	1.548.862,48 €	1.548.862,48 €	1.548.862,48 €
Rückstellungen 2022	1.679.036 €	1.679.036,38 €	1.679.036,38 €

Es ergaben sich **keine Differenzen**. Im Bericht 2022 ist der Betrag ohne Nachkommastellen dargestellt. 1244

h) Belege für die Verbuchung der Rückstellungen

Die **begründende** Originalunterlage ist **nicht** am Beleg angeheftet, da sie **personalrechtliche Daten** (Namen, Entgeltgruppe, LZ-Stunden) enthält. Diese wird von 11 geliefert und **20 bucht** nach diesen Werten. Die Originalanlage wird bei 20 nur so lange gespeichert, bis der Jahresabschluss geprüft wurde und wird anschließend von 20 **vernichtet**. 1245



Wir halten zukünftig einen **Vermerk** auf der **begründeten** Unterlage, **dass die zu Grunde liegenden Daten/Datei im Bereich 20 bzw. 11 vorliegt** und aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht mit angehängt wird, für **angebracht**. 1246



Weiter ist uns **aufgefallen**, dass in der zugrundeliegenden Tabelle der jährliche **pauschale Stundensatz** für jede **Entgeltgruppe ohne Formel** hinterlegt und augenscheinlich von den Personaldiensten **händisch** eingegeben wird. Dies halten wir für **fehleranfällig** und **regen** an, eine Hilfstabelle zu erstellen, die den jährlichen Wert für jede Entgeltgruppe angibt und zu verknüpfen. 1247

3. Anfragen und Beratungen

Bei der Rechnungsprüfung ging wieder eine **Vielzahl von Anfragen** ein. Zudem sind wir auch **aus eigenem Erkennen** bei Themen, denen eine gewisse Problematik innewohnt, **beratend tätig** geworden. 1248

Perikles, einem führenden Staatsmann Athens im 5. Jahrhundert v. Chr., wird das Zitat 1249 zugeschrieben:

Wir Athener betrachten Beratungen nicht als Hindernisse auf dem Weg des Handelns, sondern wir halten sie für notwendige Voraussetzungen weisen Handelns.

Beratungen sorgen dafür, dass **Entscheidungen sachlicher** werden und **Risiken früher erkannt** 1250 werden. Durch die Beratung kommen **zusätzliche Sichtweisen** zum Tragen, bspw. andere **Fachkenntnisse** und andere **Erfahrungen**. Das Rechnungsprüfungsamt bringt hier gerne seine Expertise ein. Beispielfhaft werden nachstehend einige Themen dargestellt.

a) Vergabe- und Zuständigkeitsfragen

Aus **verschiedenen Verwaltungsbereichen** haben uns wieder Anfragen zum **Vergaberecht** und 1251 zur **Zuständigkeitsordnung** erreicht.

Die **Verwaltungsführung** stellte die Frage, ob bei einer geplanten **Beschaffung** einer größeren 1252 Anzahl von Corona-Tests für die Kindergärten denn **Vorkasse** wegen dem **kassentechnischem Schluss zum Jahresende** möglich sei. Es sollten mehrere Lieferanten abgefragt werden.

Nach Einarbeiten in die Thematik fanden sich **keine rechtlichen Regelungen**, die **Vorkasse** 1253 **generell untersagen**. Allerdings sollte die **Frage des Risikos bewertet** werden. Wir wiesen auf die vergaberechtlichen Grenzen laut **städtischer Vergabeordnung** hin und gaben Hinweise auf **Ausnahmemöglichkeiten während der Pandemie**, die aber zu dokumentieren sind.

Der Bereich der **Tagespflege** wandte sich mit mehreren Fragen zur geplanten **Vergabe** des 1254 **Fahrdienstes** an uns.

Wir erörterten die **Rechtslage** und kamen zu dem Ergebnis, in § 4 VOL/A Rahmenvereinbarun- 1255 gen ist geregelt: „Die Auftraggeber dürfen für dieselbe Leistung nicht mehrere Rahmenvereinbarungen abschließen. Die Laufzeit darf vier Jahre nicht überschreiten, es sei denn, der Auftragsgegenstand oder andere besondere Umstände rechtfertigen eine Ausnahme.“

Anders als in der VOB/A ist in der **VOL/A keine Preisgleitklausel vorgesehen**. 1256

Als **Preisgleitklauseln** gelten einerseits die **Lohngleitklausel** und zum anderen die **Stoffpreis-** 1257 **gleitklauseln**. Sie sind seit Jahrzehnten in der **Baupraxis üblich** und wurden bei öffentlichen Bauaufträgen mit unterschiedlichem Umfang in verschiedenen Zeitperioden angewendet.

Ansatzpunkt ist die Aussage in der VOB Teil A (in den Abschnitten 1 bis 3 jeweils in § 7 Abs. 1 1258 Nr. 3), dass einem Bauunternehmen als „Auftragnehmer kein ungewöhnliches Wagnis aufgebürdet werden darf für Umstände und Ereignisse, auf die es keinen Einfluss hat und deren Entwicklung auf die Preise nicht im Voraus eingeschätzt werden kann“. Bei **sehr langen Bauzeiten** kann dies nicht nur bezüglich **tariflicher Lohnänderungen**, sondern auch bei der **Entwicklung der Baumaterialpreise** der Fall sein. Bei öffentlichen Bauaufträgen könnten dann **Preisvorbehalte vereinbart** werden.

In Anlehnung an § 132 Abs. 2 GWB ist eine **Änderung eines öffentlichen Auftrags** ohne Durch- 1259 führung eines neuen Vergabeverfahrens **zulässig**, wenn in den ursprünglichen Vergabeunterlagen klare, genaue und eindeutig formulierte **Überprüfungsklauseln** oder Optionen **vorgesehen** sind, die Angaben zu Art, Umfang und Voraussetzungen möglicher Auftragsänderungen enthalten, und sich aufgrund der Änderung der Gesamtcharakter des Auftrags nicht verändert.

Damit die **Überprüfungsklausel** den Anforderungen genügt, sollte diese sich an einem **ein- 1260 deutigen Preisindex** wie bspw. vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht **orientieren**.

Und auch der **Kostenanteil in der Preiskalkulation**, welcher dem Preisindex unterliegt, wäre 1261 zu **definieren**. Vergleiche hierzu das folgende Baubeispiel: Der Auftragswert für einen Rohbau beträgt 1 Mio. Euro. Davon entfallen 100.000 Euro auf den Bewehrungsstahl (reine Materialkosten). Für den Bewehrungsstahl hat der Auftragnehmer mit 1.000 Euro je Tonne kalkuliert. Der Stahlpreis steigt nach Vertragsschluss auf 2.000 Euro je Tonne. Der Auftragnehmer muss für den Stahl nunmehr – statt 100.000 Euro – insgesamt 200.000 Euro ausgeben. Im Hinblick auf den Gesamtauftragswert führt das aber „nur“ zu einer Kostensteigerung um 100.000 Euro im Vergleich zu 1 Mio. Euro. Das sind 10 %.

Die **Schulverwaltung** hatte Fragen zu den Wertgrenzen, da eine **Server-Software zur Digitali- 1262 sierung von Schulen** beschafft werden mussten. Die **Lizenzen** in Höhe von 3,6 T€ im Anschaffungsjahr und 2,3 T€ in den Folgejahren, sollten mehrjährig vergeben werden.

Wir verwiesen darauf, dass **bei mehrjährigen Beauftragungen** die **Gesamtsumme** eine Rolle 1263 spielt und dass **bei unbefristeten Verträgen** auch die **Kündigungsfrist** Eingang in die Überlegungen finden sollte.

Der Bereich **Bürgerservice** wandte sich mit einer Frage zur eigenen **Registrierung** des Fach- 1264 bereichs zur **Vergabestatistik** an uns. Wir klärten die Thematik in Abstimmung mit dem Fachbereich 4.

Es wurde mitgeteilt, dass die Vergabestatistik inzwischen **über den Vergabemanager des 1265 Staatsanzeigers abgewickelt wird**. Es besteht zwar noch ein manueller Zugang, dieser würde aber nicht mehr benutzt werden. Jeder Fachbereich sollte sich einen eigenen Zugang einrichten, der Fachbereich 4 bietet an, bei Bedarf zu unterstützen.

Für die Einholung der **Auskunft beim Gewerbezentralregister** wird ein zentraler Zugang bei 1266 der Stadt (=Administrator) eingerichtet. Von hier aus erfolgt dann die Weitergabe der Rechte an einzelne Vergabestellen. Der Vorschlag lautete, die Admin-Stelle zentral bei den Zentralen Diensten einzurichten.

b) Interne Radförderungs-Richtlinie

Wir wurden von den **Personaldiensten** um **Einschätzung** gebeten, ob beim Antrag auf Auszahlung des **Radlerbonus** (Richtlinie zur Förderung der Radmobilität für Mitarbeitende der Stadt Ostfildern) eine **Unterschrift** des einzelnen Mitarbeitenden **rechtlich** erforderlich ist, um die **Richtigkeit** der gemachten **Angaben zu bezeugen**. Bisher war **kein Feld** für die Unterschrift des Mitarbeitenden auf dem Antrag vorgesehen. Der Antrag ist im städtischen Intranet als Excel-Datei hinterlegt. 1267

Wir stellten die **Sachlage** dar: In der Richtlinie zur Förderung der Radmobilität für Mitarbeitende der Stadt Ostfildern wurde im Gegensatz zur Beantragung des **Gehaltsvorschusses** für den Kauf eines neuen Fahrrads oder Pedelecs, welche **schriftlich zu erfolgen** hat (vgl. Ziffer 3.1 der genannten Richtlinie), für die Beantragung des **Radlerbonus keine Formerfordernis**, sondern **lediglich eine Fristerfordernis** (hier: „bis spätestens 31.01. des Folgejahres“) festgelegt. 1268

Die Beantragung ist „bei den Personaldiensten einzureichen (Anlage 2)“. Eine **Formerfordernis**, wie es einzureichen ist, also ob **schriftlich** auf Papier oder **elektronisch**, z. B. durch Anhängen der Excel-Datei oder als pdf-Datei an ein E-Mail oder gar als Grafik-Kopie in einer E-Mail ist **nicht hinterlegt**. 1269

Auf dem Antrag auf Auszahlung des Radlerbonus (=Anlage 2) steht lediglich der Satz „Mit Absenden dieses Antrages auf Auszahlung des Radlerbonus versichere ich die Richtigkeit meiner Angaben.“ 1270

Die **Versicherung der Richtigkeit der Angaben** bedarf **üblicherweise der Schriftform**, also einer **eigenhändigen Namensunterschrift**. 1271

Auch Haufe/Personal, eine der führenden Fachdatenbanken und Software-Lösungen für Personalwesen, Arbeitsrecht und Personalmanagement in Deutschland, führt aus: **Alle Unterlagen**, in denen der Arbeitnehmer Angaben zu seiner Person macht, Anträge stellt oder Erklärungen abgibt, sind auch vom Arbeitnehmer **zu unterzeichnen**. 1272

Rechtlich gilt: Ein Antrag ist eine **Willenserklärung**, die **Verlautbarung** des Willens wird **sinnvollerweise dokumentiert**. Ist dazu eine Schriftform, elektronische Form oder Textform notwendig (vgl. BGB § 126 ff), so wird dies durch das Gesetz vorgeschrieben oder durch das Rechtsgeschäft bestimmt. 1273

Mit der **Unterschrift** sind also **drei Dinge verbunden**, zum einen der **Wille** den Bonus zu **beantragen** und zum zweiten die **Bestätigung der Richtigkeit** der gemachten Angaben und letztlich die **Authentifizierung des Beantragenden** („ich bin ich“). Zu letzterem, ein reines Formblatt könnte ja ohne weiteres in doloser Handlung ausgefüllt werden. Die Fälschung einer Unterschrift ist da a) aufwändiger und liegt b) in der Hemmschwelle u. E. auch höher. 1274



Des Weiteren sind auf dem Antrag auf Auszahlung des Radlerbonus (=Anlage 2) durch die entsprechenden Formular-Felder **drei Unterschriften** mit Datumsangaben von der sachbearbeitenden Abteilung **Personaldienste** vorgesehen, um die **Feststellung, Erfassung und Anordnung** schriftlich **zu dokumentieren**. Hier ist der Teilprozess **genau diametral umgesetzt worden**. 1275

Der Antrag sieht aktuell (2026) immer noch **kein Feld für die Unterschrift des Mitarbeitenden** vor. 1276

c) Preisgleitklausel

Der Fachbereich 1 fragte bei der **Vergabe** eines **Feuerwehrfahrzeuges** nach, ob in der Vergangenheit **Preisleitklauseln** bei Vergaben im VOL bzw. VGV Bereich verwendet wurden. Die Meinung des mit der Vergabe beauftragten Beraters war, dass diese standardmäßig nicht vorgesehen sind und sofern bisher nicht praktiziert, dies abzulehnen ist. 1277

Wir teilten mit, dass von einer Anwendung in diesem Bereich bei der Stadt Ostfildern uns bislang **nichts bekannt** wäre. Weiter wurde auf das **Fehlen** einer **Zentralen Vergabestelle** hingewiesen, die diese Frage zu beantworten hätte. 1278

Das **Rechnungsprüfungsamt** hat die Fachbereichsleitungen bereits über das Thema **Preisgleitklausel informiert** und Hinweise/Empfehlungen bei der Ausschreibung von Leistungen und nachfolgender Vertragsgestaltung ausgesprochen. 1279

Im Nachfolgenden eine **kurze Zusammenfassung** der Hinweise. 1280

I. Aufträge im Bauwesen (VOB)1. Bestehende Verträge 1281

Grundsatz: Bestehende Verträge sind einzuhalten.

Vertragsänderungen werden möglich aufgrund von BGB § 313 Störung der Geschäftsgrundlage und/oder VOB/B § 6 Abs. 2 Nr. 1 c Verlängerung der Ausführungsfristen.

Beweispflicht liegt beim Auftragnehmer; dann können bestehende Verträge angepasst werden.

2. Laufende Vergabeverfahren 1282

Es wird empfohlen, bei laufenden Verfahren erst auf Hinweise und Einwendungen der Bieter zu reagieren bzw. bei erkennbar kritischen Verfahren nachträglich eine Stoffpreisklausel einzubeziehen.

Vor Submission besteht die Möglichkeit die Stoffpreisgleitklauseln, das Formblatt 225 des VHB nachträglich einzufügen. Ausführungsfristen sind der aktuellen Situation anzupassen. Die Angebotsfrist ist ggf. zu verlängern.

Ist die Submission bereits erfolgt, kann das Verfahren in den Stand vor Angebotsabgabe zurückversetzt werden.

3. Neue Vergabeverfahren 1283

Vor Einleitung des Vergabeverfahrens ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Vereinbarung von Stoffpreisklauseln vorliegen. Insbesondere

- Produktgruppe der Betriebsstoffe oder Stahl, Erdölprodukte, Holz usw. (gemäß Liste BMWSB)

- Zeitraum zwischen Angebotsabgabe und vereinbarter Fertigstellung von 10 Monaten (laut Erlass BMWSB vorübergehend reduziert auf 1 Monat)

- Überschreiten der Wertgrenze (Stoffkostenanteil mindestens 1 %)

Dann besteht die Möglichkeit der Einführung einer entsprechenden Stoffpreisgleitklausel in den Ausschreibungsunterlagen. Das Formblatt 225 des VHB ist den Ausschreibungsunterlagen beizufügen.

II. Liefer- und Dienstleistungsaufträge (VOL)

Es wird empfohlen, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen analog zu obiger Vorgehensweise in Anlehnung an die VOB zu verfahren. 1284

Anlagen

1285

1. Städtetag Baden-Württemberg R 38528/2022 mit Erlass des BMWSB
2. Auszug aus der Gemeindegasse 9/2021
3. Muster Formblatt 225 und Richtlinien zu 225

Dem **Fachbereich** wurde mitgeteilt, sofern dies die **eigene Entscheidung** ist, der Empfehlung des Beraters zu folgen. 1286

d) Spendenkonto Poltawa

Die Zentralen Dienste und die Stadtkasse hatten eine **Fragestellung** zur Übernahme des gemeinsamen **Spendenkontos** der Städte Filderstadt, Leinfelden-Echterdingen und Ostfildern für die Partnerstadt **Poltawa**, die sich durch die **Übernahme** der **Geschäftsführung** ergeben hat. Es wurde **hinterfragt**, ob die Spenden über das **allgemeine Girokonto** der Stadt **abgewickelt** werden könnten, wie dies bisher von der vorher zuständigen Gemeinde erfolgte, **oder** ein **eigenständiges Girokonto** eingerichtet werden sollte. 1287

Aus **rechtlicher Sicht** sprach unserer Einschätzung **nichts dagegen**, die Spenden über das allgemeine Girokonto zu verwalten. Die Stadt wird im Rahmen ihrer Aufgaben der Städtepartnerschaft tätig und darf dazu auch Spenden einwerben und annehmen (vgl. § 78 Abs. 4 GemO). Demzufolge ist eine **Abwicklung** über **jedwegliches städtisches Girokonto** möglich. Dadurch finden die **Zahlungsvorgänge** auch Eingang in den **Tagesabschluss** der Stadtkasse. 1288

Ein **eigenständiges Girokonto** bietet die **Vorteile** der **Abgrenzung**, bessere **Prägnanz** der Kontonummer für Spenden und auch **Erleichterungen** im technischen Handling. Auch weitere städtische Einrichtungen verfügen über ein eigenständiges separates Konto in eigener Zuständigkeit. 1289

Da die **Aufgaben** der Städtepartnerschaft Poltawa **gemeinsam** mit Filderstadt und Leinfelden-Echterdingen wahrgenommen werden, sollte das miteinander **besprochen** werden. 1290

VIII. Einzelne Prüfungsfeststellungen – Baubereich, technische Prüfung –

1. Grundlagen

a) Begriffserklärung

AG	Auftraggeber	1291
AN	Auftragnehmer	
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure	
KEV	Kommunale Einheitliche Vordrucke „Boorberg Verlag“	
LV	Leistungsverzeichnis	
VO	Vergabeordnung der Stadt Ostfildern	
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen	
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen	
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge	
ZO	Zuständigkeitsordnung der Stadt Ostfildern	

b) Vorbemerkungen

Das Rechnungsprüfungsamt führt eine **sachliche, rechtmäßige** und eine **verantwortungsvolle** örtliche Bauprüfung durch. 1292

Durch die Prüfung der **Einhaltung der Vergabevorschriften** und der **korrekten Bauabrechnung** soll der **wettbewerbliche und korruptionspräventive Ansatz** beachtet werden. 1293

Das **Ziel** ist die **positive Weiterentwicklung** der Stadt und der **Sicherstellung der Leistungsfähigkeit**. 1294

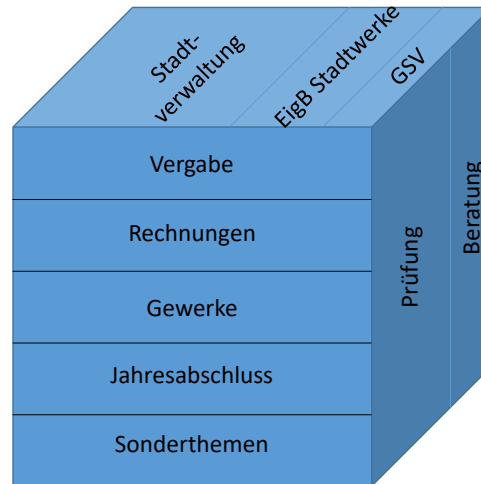
Das **Ergebnis** wird in Form eines **Prüfberichtes** veröffentlicht und dient zur **Qualitätsoptimierung, Wirtschaftlichkeit** und der **Verbesserung** der Verwendung öffentlicher Mittel. 1295

Die **Veröffentlichung** ist nicht nur eine gesetzlich geforderte Handlung, sondern ist gleichzeitig ein Vertrauensbeweis gegenüber der Verwaltung und bestätigt den korrekten Umgang mit den öffentlichen Geldern. 1296

c) Der „Prüfungswürfel“

Die technische Bauprüfung findet unterjährig statt und umfasst die **Themen** Vergabeprüfung, Rechnungsprüfung (Visa-Prüfung), Gewerke-Prüfung und den Jahresabschluss. In allen Themen fungiert das Rechnungsprüfungsamt **auch als Berater**. 1297

Der Prüfungswürfel zeigt die **Bereiche der Stadtverwaltung** und eine **Übersicht der Themen**, die das Rechnungsprüfungsamt betrachtet, (über-)prüft und ggf. auch berät. 1298



Es wurde ein **Schwerpunkt** bei der Prüfung von einzelnen **schlussgerechneten Gewerken** bzw. 1299 Leistungsbereichen gelegt.

2. Beratungen

Aufgrund der Stellenvakanz bei der Bauprüfung konnten im Prüfungszeitraum **keine** 1300 **begleitenden und/oder beratenden spezifischen Bauprüfungen** durchgeführt werden.

3. Vergaberecht

Das Vergaberecht ist 2016 mit dem **Vergaberechtsmodernisierungsgesetz** umfassend geän- 1301 dert worden, und hat sich seitdem **in weitem Umfang bewährt**. Die Komplexität dieses Rechtsbereichs ist jedoch ungewöhnlich hoch geblieben und seit 2016 sind auch viele Herausforderungen noch deutlicher zu Tage getreten.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beabsichtigt das Vergaberecht praxis- 1302 gerecht aber ambitioniert weiter zu modernisieren und benennt folgende **fünf Aktionsfelder** im Rahmen der Konsultation zur **Transformation des Vergaberechts** ("Vergabetransformationspaket"):

- Stärkung der **umwelt- und klimafreundlichen** Beschaffung
- Stärkung der **sozial-nachhaltigen** Beschaffung
- **Digitalisierung** des Beschaffungswesens
- **Vereinfachung** und **Beschleunigung** der Vergabeverfahren
- Förderung von **Mittelstand, Start-Ups** und **Innovationen**

4. Wasenäckerschule - Trockenbauarbeiten

a) Grunddaten

Haushalts-/Finanzrechnung	I 11 24 30 01 und weitere // 78 71 ..	1303
Planung und Objektüberwachung	Architekt / Projektsteuerer	
Kostenermittlung vom 13.03.2018	Langtextfassung liegt vor	
Kostenfeststellung	Lag nicht vor.	
Ausführungszeit	Juli /2018 bis August /2019 beauftragt	

b) Dokumentenablage/Aktenführung

Die zu **prüfende Dokumente** sind vom Gebäudemanagement **im Dokumentenmanagement-system** Enaio **abgelegt**. Sämtliche Unterlagen zur Bauprüfung wurden zunächst in der Software im entsprechenden E-Aktenordner gesichtet. 1304



Die meisten Dokumente sind im E-Aktenordner hinterlegt und konnten zügig lokalisiert werden. Auf Anfrage wurden mehrere **Unterlagen** kurzfristig per E-Mail **nachgereicht**; **einige Dokumente fehlen nach wie vor**. 1305

c) Vergabe

Die Wasenäckerschule in Scharnhausen (Bj. 1963) muss aufgrund **gestiegener Brandschutzanforderungen** saniert werden. Im Zuge der Brandschutzsanieierung wurden weitere umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Für die Realisierung dieser Maßnahmen wurden Fördermittel beantragt. Eine **Kostenschätzung** vom 30.01.2020 über die Trockenbauarbeiten vom Architekten mit 473.336,78 € (inkl. 19 % MwSt.) **liegt vor**. 1306

Die Maßnahme wurde nach § 5 VOB/A **öffentlich ausgeschrieben**. 23 Firmen haben das **Leistungsverzeichnis** angefordert. Am Wettbewerb haben 16 Firmen teilgenommen. Die Öffnung der Angebote erfolgte am 03.03.2020 um 14:00 Uhr. 1307

Es wurde **keine Beanstandungen** gegenüber dem gewählten **Verfahren** noch gegenüber dem **Ablauf** festgestellt. 1308



Laut Vergabeunterlagen wird die **Zuschlagsfrist** bis einschließlich dem 30.04.2020 mit 58 Kalendertagen festgelegt. Nach VOB/A § 10 Abs. 4 soll die Binde-/Zuschlagfrist so kurz wie möglich sein und darf **30 Kalendertage nicht überschreiten**, es sei denn, besondere Umstände rechtfertigen eine längere Frist. 1309

Der Auftraggeber muss die besonderen Umstände, die eine längere Bindefrist rechtfertigen, in den Vergabeunterlagen transparent darlegen und begründen. Eine pauschale Verlängerung ohne triftigen Grund ist unzulässig und kann zu Rügen oder sogar zur Unwirksamkeit des Vergabeverfahrens führen. 1310

d) Prüfung und Wertung

Ein Architekturbüro wurde mit der Prüfung und Wertung der Angebote beauftragt. Das **einzigste Wertungskriterium** war der **Preis**. 1311

Laut Vergabevorschlag vom 05.03.2020 wurde die Firma mit dem niedrigsten Angebot von 227.061,16 € brutto hinsichtlich der Referenzen (Angaben auf der Homepage der Fachfirma) und der Präqualifikation geprüft. 1312

Bei der **Auswertung des Preisspiegels** ist eine Position mit einem hohen Einheitspreis aufgefallen. Da es sich um eine mobile Trennwand handelt, ist mit einer Mengenmehrung nicht zu rechnen. 1313

Die Wertung des Angebotes ergab mit 48 % ein **deutlich geringeres Ergebnis gegenüber der Kostenberechnung**. Das niedrige Angebot wurde damit **begründet**, dass der Bieter ein starkes **Interesse an dem Auftrag** hatte. 1314

Der AN wurde als wirtschaftlichster Bieter vorgeschlagen und am 17.03.2020 beauftragt. Der Baubeginn war am 06.04.2020 und die Fertigstellung am 20.08.2021 vereinbart. 1315

Auf Seite 10 des KEV-Blattes 222 AngPrüf **fehlt die Dokumentation** der Überprüfung des Vergabevorschlags durch den AG vom zuständigen Bearbeiter des Fachamtes. Auch ein **Vergabevermerk** des Fachamtes und das **Vergabegesprächsprotokoll** ist **nicht vorhanden**. 1316



Das RPA empfiehlt die **Nutzung der KEV-Blätter** für eine **lückenlose Dokumentation**. 1317

e) Beauftragung von Nachträgen

Nachtragsforderung Nr. 1

Nachtragsforderung Nr. 1 vom 11.03.2021 in Höhe von 3.841,62 € brutto für den Einbau einer Schallschutztür Typ 48 zwischen Lehrerzimmer und Sekretariat liegt vor. 1318

Aus der Nachtragsvereinbarung vom 14.04.2021 (KEV 337) geht hervor, dass zusätzlich eine weitere Tür zwischen Sekretariat und Rektorat insgesamt in Höhe von 7.683,24 € beauftragt wurde. 1319

Eine **Begründung** für den nachträglichen Einbau ist **nicht vorhanden**. 1320

Nachtragsforderung Nr. 2

Nachtragsforderung Nr. 2 vom 26.05.2021 und die Nachtragsvereinbarung KEV 337 vom 04.06.2021 über 1.001,02 € brutto liegen vor. Es handelt sich um eine Zulage zu der Position 1.14 Freitragende Decke, F30 vu, Feuerschutzplatten GFK 18 mm für Raumbreiten bis 4.40 m. 1321

Eine **Begründung** für die Zulage ist **nicht vorhanden**. 1322



Eine **Begründung für einen Nachtrag** ist **zwingend erforderlich**, um die **Rechtmäßigkeit** des 1323
Anspruchs darzulegen, die **Prüfbarkeit** zu ermöglichen, **Transparenz** zu schaffen und **Rechts-
streitigkeiten** vorzubeugen.

f) Rapporte, Lieferscheine

Eine schriftliche Anordnung der Stundenlohnarbeiten und die unterschriebenen Rapporte und 1324
Lieferscheine sind **im Dokumentenmanagementsystem** **enaio nicht verfügbar**. Ebenso **fehlen**
die **Bautagesberichte**.



Die **Dokumentation** ist **unvollständig**. 1325

g) Abnahme, Mängel, Gewährleistung

Der Abnahmetermin fand am 17.11.2021 statt. Eine **Abnahmeniederschrift liegt vor**. 1326

Die **Gewährleistung** für den Gesamtauftrag ist der **17.11.2025**. 1327

Bei der Abnahme der Arbeiten wurden **Mängel festgestellt** und entsprechend **dokumentiert**. 1328
Aus den Unterlagen geht jedoch nicht hervor, **ob und wann** die **Mängel beseitigt** wurden.



Das RPA **empfiehlt** einen kurzen **Vermerk mit Datum und Signatur** über die Beseitigung dieser 1329
Mängel.

Es wurden **weitere Mängel** bei den **Spachtelarbeiten** von Stoßfugen der Gipskartonbeplan- 1330
kung in den WC-Räumen im EG festgestellt. Aus dem **Vermerk der Niederschrift** geht hervor,
dass der **AG** und der **AN** sich darauf **verständigt haben**, diese Leistung nicht zu berechnen. Ein
entsprechendes Begleitschreiben zur Schlusszahlung mit der Einwilligung auf Verzicht dieser
Leistung ist vorhanden.

Es wurden **keine Beanstandungen** festgestellt. 1331

h) Rechnungen

Die **Schlussrechnung** vom 29.11.2021 **liegt vor**. Sie umfasst neben den ausgeschriebenen Lei- 1332
stungen auch die Nachträge mit einer **Gesamtforderung** von **232.439,57 €** brutto. Die **Rechnung**
wurde am 01.12.2021 von der Bauaufsicht **geprüft und korrigiert**. Nach Abzug aller Abschlags-
zahlungen **erfolgte** die **Schlusszahlung**.

Mit dem **Leistungsverzeichnis** wurden **Stundenlohnarbeiten** für evtl. erforderliche Arbeiten 1333
nach Genehmigung durch Bauleiter und entsprechenden Nachweisen ausgeschrieben. In der
Summe wurden 300 h für Meister/Vorarbeiter/Polier, Facharbeiter und Helfer angesetzt. In
der Schlussrechnung wurden jedoch 536,385 h abgerechnet.

Eine **Prüfung der Stundenlohnarbeiten** kann aufgrund von **fehlenden Unterlagen** (siehe unter 1334
f) Rapporte und Lieferscheine) **nicht durchgeführt** werden.

i) Fazit

Die **Dokumentation** in Enaio ist **unvollständig**. Ein **wesentlicher Grund** für die Unvollständigkeit ist die sogenannte **hybride Aktenführung**. Hierbei existieren Projektdaten parallel in physischer Form (Papierakten, Pläne, Aufmaße, Rapporte) und in verschiedenen digitalen Silos (E-Mails, lokale Server, externe Server verschiedener Büros). Diese **Zerstückelung** führt zwangsläufig zu **Informationsverlusten**, da kein einheitlicher SPT (Single Point of Truth), also ein „einziger Punkt der Wahrheit“ existiert. Oft finden auch die handschriftlichen Notizen, Bautagesberichte oder Rapporte, die vor Ort erstellt werden, nicht den Weg in das zentrale Dokumentenmanagementsystem (DMS) oder nur zeitverzögert. 1335

Ein Defizit in der Dokumentation, wie es in der vorliegenden Prüfung festgestellt wurde, gefährdet die Durchsetzbarkeit von Ansprüchen und die Abwehr unberechtigter Forderungen. Eine **lückenlose Baudokumentation** ist **wesentlich** und verhindert Konflikte, Missverständnisse und Rechtsstreitigkeiten. Es erleichtert die Projektkoordination, die Abrechnung und eine erfolgreiche Projektabwicklung. 1336

Die **Dokumentation** ist **kein Selbstzweck**, sondern ein Teil der vertraglichen Nebenpflichten des Planers und Bauleiters. Eine unvollständige Dokumentation kann als Pflichtverletzung gewertet werden, die Schadensersatzansprüche nach sich zieht, insbesondere, wenn Mängelansprüche aufgrund fehlender Beweise nicht abgewehrt werden können. 1337

Nach Rücksprache mit der Fachabteilung wurde dem RPA mitgeteilt, dass die noch fehlenden **Unterlagen** für die Vollständigkeit **eingefordert** und im entsprechenden Projektordner (Enaio) **abgelegt** werden. 1338

Grundsätzlich sind alle Unterlagen nach Fertigstellung der Baumaßnahmen von externen Architekten/Ingenieuren von der Verwaltung aktiv und unmittelbar nach Abschluss der Baumaßnahme einzufordern und in Enaio einzupflegen. 1339

IX. Bestätigungsvermerk

Das Rechnungsprüfungsamt hat den **Jahresabschluss 2021** der Stadt Ostfildern bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz, Anhang und den Rechenschaftsbericht nach § 110 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg **geprüft**. Die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurden in die Prüfung einbezogen. 1340

Die Prüfung wurde vom Rechnungsprüfungsamt **nach den Vorschriften** der Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindeprüfungsordnung sowie der Handreichung der KGSt für die Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse vorgenommen. 1341

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass **wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße** mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. 1342

Die **gesetzlichen Vorschriften**, die ergänzenden Bestimmungen der **Satzungen** und die sonstigen **ortsrechtlichen Bestimmungen** wurden beachtet. 1343

Die **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung** (GoB) wie bspw. Vollständigkeit, Richtigkeit und Willkürfreiheit, Begründetheit, Klarheit und Übersichtlichkeit waren eingehalten. 1344

Der **Jahresabschluss vermittelt** ein den **tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage** der Stadt Ostfildern. 1345

Der **Rechenschaftsbericht** steht **im Einklang** mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Ostfildern und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. 1346

Die in diesem Bericht erwähnten **Prüfungsbemerkungen** und Ausführungen über einzelne Sachverhalte sind für den **Einzelfall von Bedeutung**. Sie sind jedoch **weder** in der **Anzahl**, **noch** in der **wirtschaftlichen Bedeutung** derart **gravierend**, als dass sie der **Bestätigung** des Jahresabschlusses **entgegenstehen**. 1347

Die Prüfung des Jahresabschlusses hat somit insgesamt zu **keinen Einwendungen** geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erteilt das Rechnungsprüfungsamt den **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk**. 1348

Dem **Gemeinderat** kann **empfohlen** werden, den **Jahresabschluss** für das Haushaltsjahr 2021 gemäß § 95 b Abs. 1 GemO endgültig **festzustellen**. 1349

Ostfildern, den 31.05.2026



Freybler
Rechnungsprüfungsamt

NKHR-Bilanz

Aktivseite

Monat: 01/21 - 12/21

Beträge in EUR

	Vorjahreszahlen	
1. Vermögen		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	265.818,46	217.934,89
1.2 Sachvermögen		
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	21.861.025,66	22.784.629,96
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	149.017.306,03	138.682.017,44
1.2.3 Infrastrukturvermögen	67.198.081,94	66.704.660,85
1.2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	500,45	500,45
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	181.955,69	185.437,02
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.862.854,02	3.041.586,65
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	959.761,90	943.281,61
1.2.8 Vorräte	53.449,15	43.527,56
1.2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	8.971.605,77	7.120.086,23
Summe Sachvermögen	251.106.540,61	239.505.727,77
1.3 Finanzvermögen		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	207.451,31	
1.3.2 Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	289.877,04	499.699,94
1.3.3 Sondervermögen	10.973.321,47	11.543.343,61
1.3.4 Ausleihungen	2.164.815,22	2.320.909,20
1.3.5 Wertpapiere	15.469.642,48	15.968.275,42
1.3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	378.864,07	2.266.766,10
1.3.7 Privatrechtliche Forderungen	2.575.711,38	1.536.028,33
1.3.8 Liquide Mittel	27.861.740,03	17.295.093,33
Summe Finanzvermögen	59.921.423,00	51.430.115,93
Summe Vermögen	311.293.782,07	291.153.778,59
2. Abgrenzungsposten		
2.1 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	233.503,16	252.314,31
2.2 Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	20.999.901,92	17.369.223,65
Summe Abgrenzungsposten	21.233.405,08	17.621.537,96
3. Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0,00	
Summe Aktivseite	332.527.187,15	308.775.316,55

NKHR-Bilanz

Passivseite

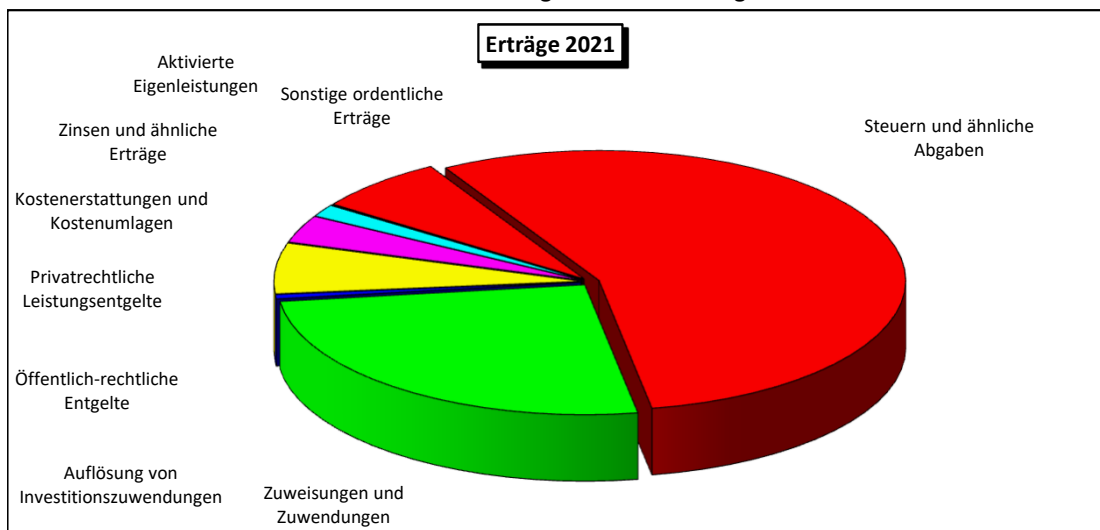
Monat: 01/21 - 12/21

Beträge in EUR

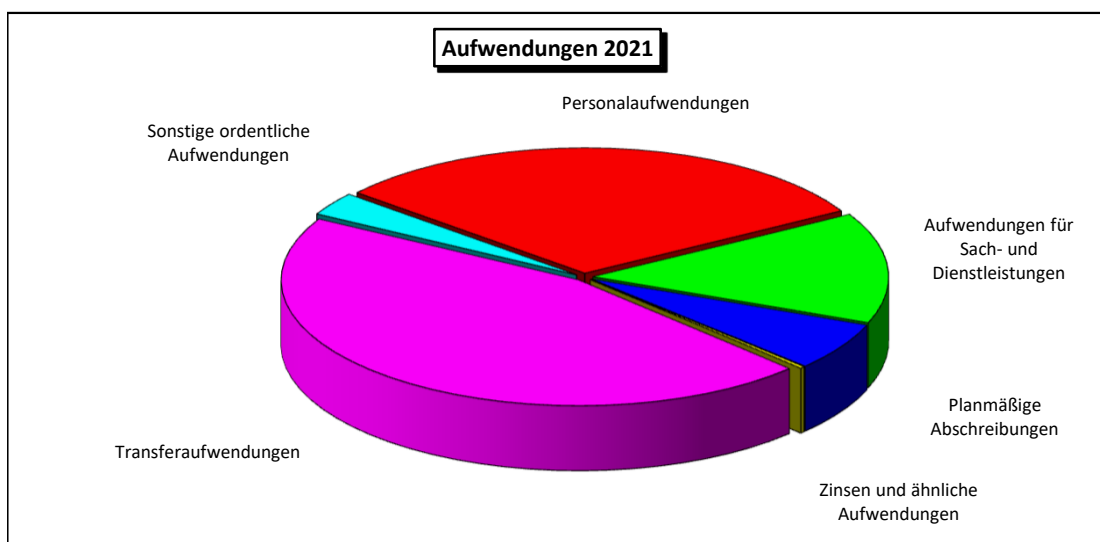
	Vorjahreszahlen	
1. Eigenkapital		
1.1 Eigenkapital	201.774.897,20	201.774.897,20
1.2 Rücklagen		
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	35.203.461,70	30.725.584,42
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	19.234.363,79	16.709.802,13
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	125.000,00
Summe Rücklagen	54.437.825,49	47.560.386,55
1.3 Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses		
1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	
1.3.2 Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnissrücklagen nicht möglich	0,00	
Summe Fehlbeträge des ord. Ergebnisses	0,00	
Summe Eigenkapital	256.212.722,69	249.335.283,75
2. Sonderposten		
2.1 für Investitionszuweisungen	699.485,00	773.115,00
2.2 für Investitionsbeiträge	8.336.246,39	8.337.703,22
2.3 für Sonstiges	4.397.121,60	4.463.223,99
Summe Sonderposten	13.432.852,99	13.574.042,21
3. Rückstellungen		
3.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	818.066,96	631.720,37
3.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	0,00	
3.3 Stilllegungs- u. Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00	
3.4 Gebührenüberschussrückstellungen	0,00	
3.5 Altlastensanierungsrückstellungen	0,00	
3.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen	378.600,00	390.600,00
3.7 Sonstige Rückstellungen	17.571.644,12	14.297.366,43
Summe Rückstellungen	18.768.311,08	15.319.686,80
4. Verbindlichkeiten		
4.1 Anleihen	0,00	
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	29.561.289,53	18.067.026,18
4.3 Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.716.664,65	3.336.816,16
4.5 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	7.699.704,16	5.066.670,63
Summe Verbindlichkeiten	39.977.658,34	26.470.512,97
5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	4.135.642,05	4.075.790,82
Summe Passivseite	332.527.187,15	308.775.316,55

Jahresabschluss 2021 Stadt Ostfildern

Übersicht der Erträge und Aufwendungen



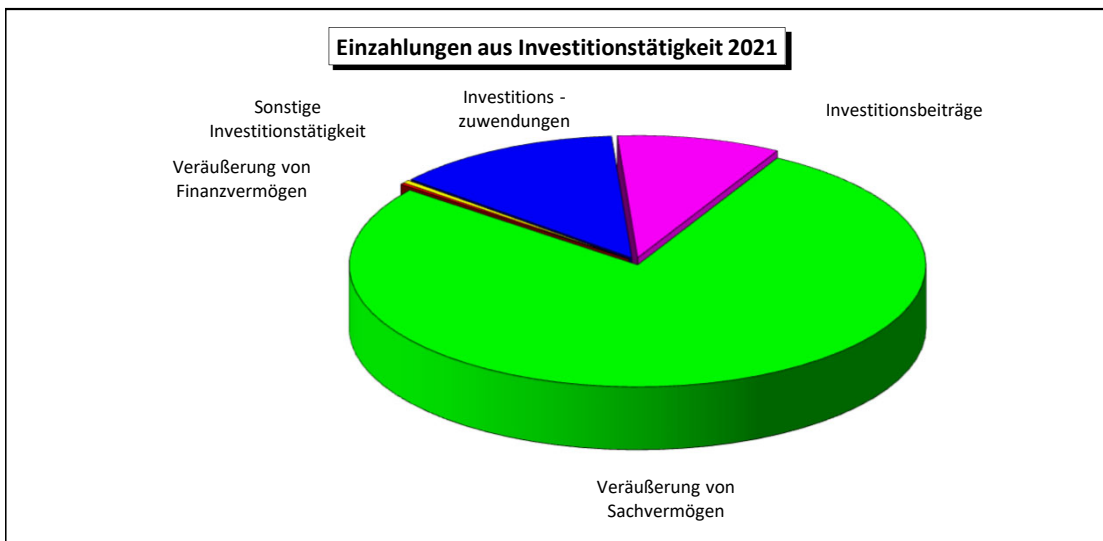
	Euro	%
Steuern und ähnliche Abgaben	66.804.205	55,57%
Zuweisungen und Zuwendungen	30.898.266	25,70%
Auflösung von Investitionszuwendungen	618.182	0,51%
Öffentlich-rechtliche Entgelte	7.565.593	6,29%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.102.953	3,41%
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.817.945	1,51%
Zinsen und ähnliche Erträge	87.976	0,07%
Aktivierte Eigenleistungen	13.596	0,01%
Sonstige ordentliche Erträge	8.300.003	6,90%
Ordentliche Erträge	120.208.719	100,00%



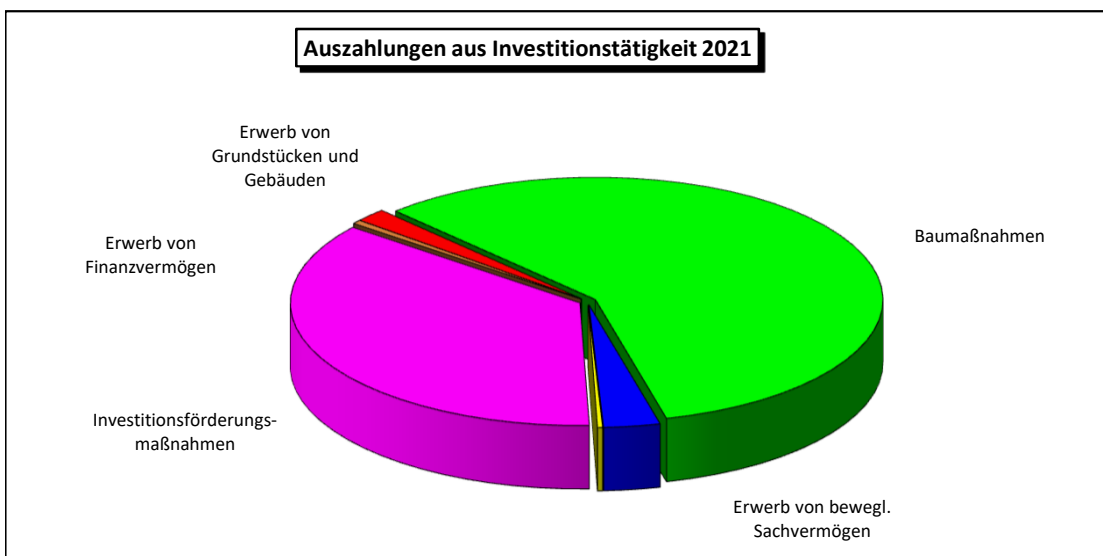
	Euro	%
Personalaufwendungen	35.438.678	30,59%
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.551.356	14,29%
Planmäßige Abschreibungen	7.222.024	6,23%
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	276.206	0,24%
Transferaufwendungen	52.858.794	45,62%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.508.784	3,03%
Ordentliche Aufwendungen	115.855.842	100,00%
Ordentliches Ergebnis	4.352.877	
Sonderergebnis	2.524.562	
Gesamtergebnis	6.877.439	

Jahresabschluss 2021 Stadt Ostfildern

Übersicht der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit



	Euro	%
Investitionszuwendungen	754.753	12,76%
Investitionsbeiträge	543.095	9,18%
Veräußerung von Sachvermögen	4.578.981	77,42%
Veräußerung von Finanzvermögen	13.641	0,23%
Sonstige Investitionstätigkeit	24.015	0,41%
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.914.485	100,00%



	Euro	%
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	280.077	1,77%
Baumaßnahmen	9.224.218	58,18%
Erwerb von bewegl. Sachvermögen	498.749	3,15%
Erwerb von Finanzvermögen	45.355	0,29%
Investitionsförderungsmaßnahmen	5.729.386	36,13%
Erwerb von immat. Vermögensgegenst.	77.829	0,49%
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	15.855.614	100,00%
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	-9.941.129	

Jahresabschluss 2021: Wesentliche Planabweichungen im Ergebnishaushalt

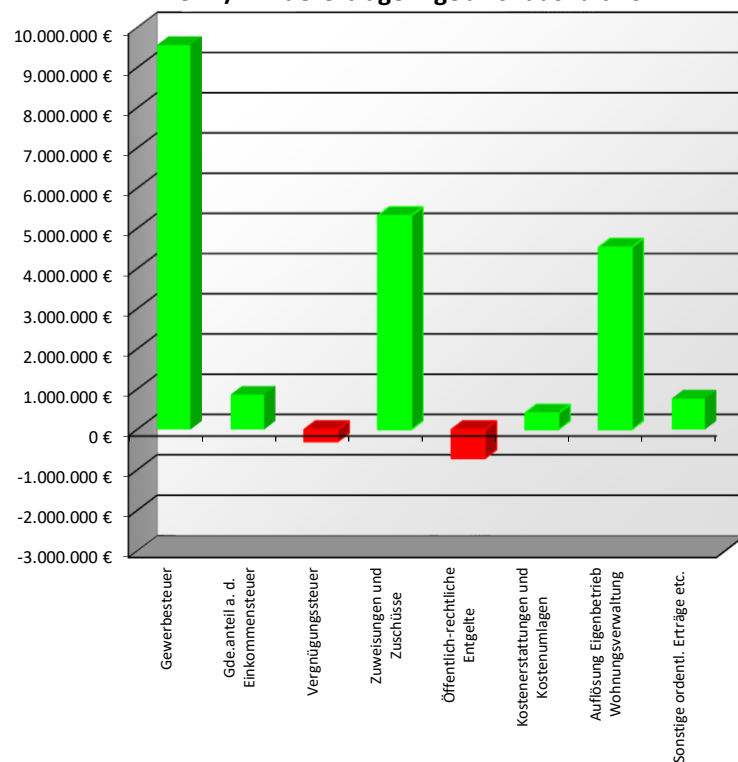
Mehr-/Mindererträge

Gewerbesteuer	9.561.524 €
Gde.anteil a. d. Einkommensteuer	866.706 €
Vergnügungssteuer	-300.155 €
Zuweisungen und Zuschüsse	5.317.716 €
Öffentlich-rechtliche Entgelte	-714.287 €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	407.875 €
Auflösung Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung	4.532.746 €
Sonstige ordentliche Erträge etc.	769.327 €

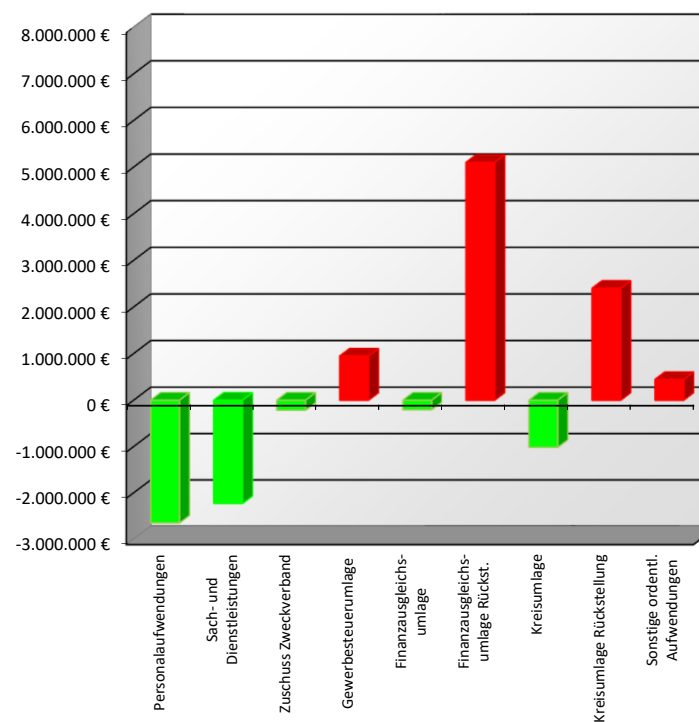
Mehr-/Minderaufwendungen

Personalaufwendungen	-2.651.322 €
Sach- und Dienstleistungen	-2.232.344 €
Zuschuss Zweckverband	-213.699 €
Gewerbsteuerumlage	949.367 €
Finanzausgleichsumlage	-202.749 €
Finanzausgleichsumlage Rückstellung	5.100.000 €
Kreisumlage	-1.014.791 €
Kreisumlage Rückstellung	2.400.000 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	445.094 €

Mehr-/Mindererträge Ergebnishaushalt 2021



Mehr-/Minderaufwendungen Ergebnishaushalt 2021



Jahresabschluss 2021: Wesentliche Planabweichungen im Finanzhaushalt bei Investitionen

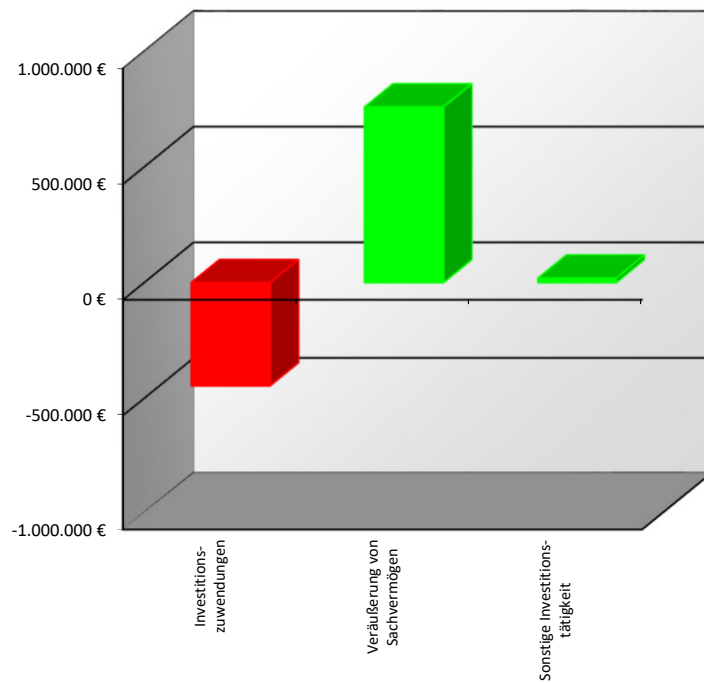
Mehr-/Mindereinzahlungen

Investitionszuwendungen	-445.697 €
Veräußerung von Sachvermögen	758.981 €
Sonstige Investitionstätigkeit	19.015 €

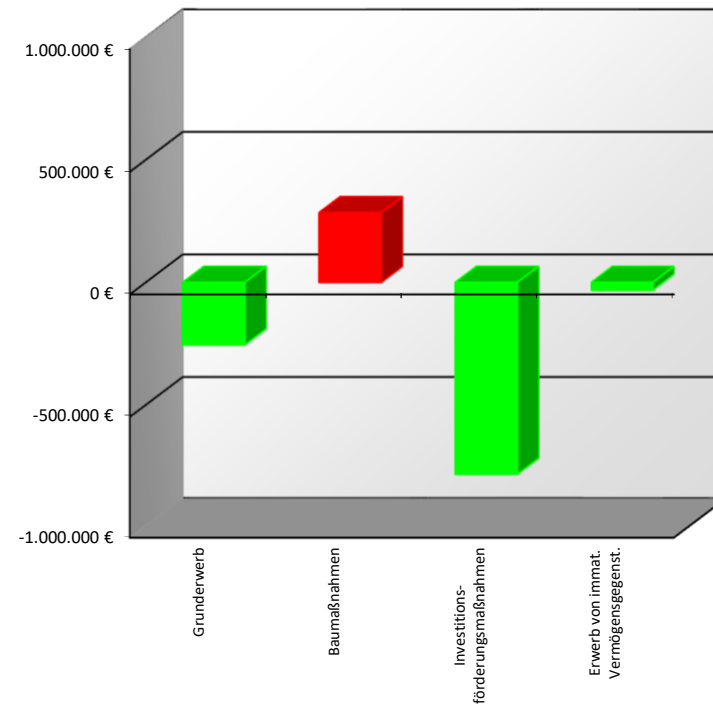
Mehr-/Minderauszahlungen

Grunderwerb	-254.923 €
Baumaßnahmen	284.218 €
Investitionsförderungsmaßnahmen	-785.854 €
Erwerb von immat. Vermögensgegenst.	-31.371 €

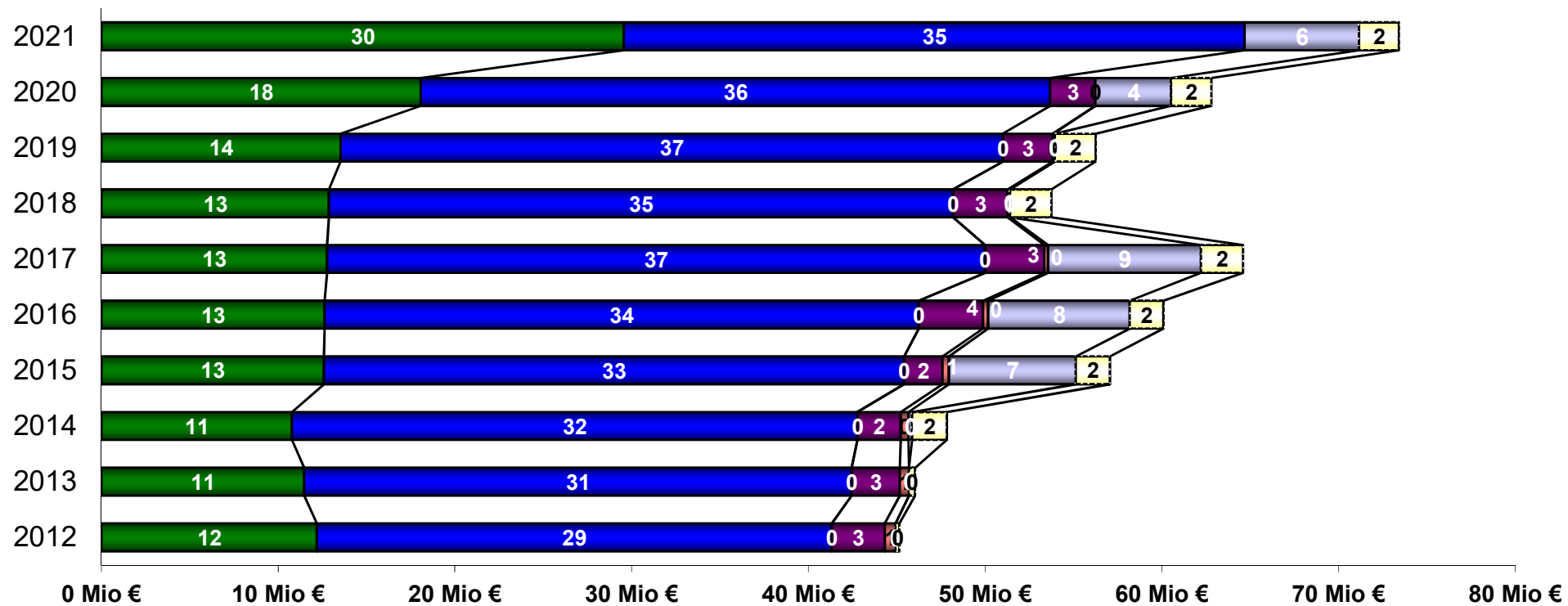
Investive Mehr-/Mindereinzahlungen Finanzhaushalt 2021



Investive Mehr-/Minderauszahlungen Finanzhaushalt 2021



Entwicklung des Schuldenstandes (in Mio. Euro ohne interne Darlehen)



- | | |
|---|-----------------------------------|
| ■ Stadt (Hoheitsbereich) | ■ Eigenbetrieb Stadtwerke |
| ■ Eigenbetrieb Hallenbäder | ■ Eigenbetrieb Wohnungsverwaltung |
| ■ Gymn. Schulverband (anteilig ca. 60,9%) | ■ Grunderwerb Gewerbegebiete |
| ■ SEG Ostfildern mbH | |